

Werner Rüter

Kommunale Kriminalitätsanalyse

Auswertung offizieller Kriminalitätsdaten
und einer Bürgerbefragung zum
Sicherheitsgefühl in der Kommune

Kriminologische Regionalanalyse Bonn

kassel
university



press

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar

ISBN 3-89958-135-0
URN urn:nbn:de:0002-1354

© 2005, kassel university press GmbH, Kassel
www.upress.uni-kassel.de

Umschlaggestaltung: Bettina Brand grafikdesign, München
Druck und Verarbeitung: Unidruckerei der Universität Kassel
Printed in Germany

Vorwort zur Neuauflage

Vor mehr als fünf Jahren hat das Kriminologische Seminar der Universität Bonn im Auftrag des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Bonn eine sehr umfangreiche und differenzierte Kriminologische Regionalanalyse durchgeführt. Sie sollte als Grundlage dienen für kriminalpräventive Aktivitäten mit dem Ziel einer mittel- und langfristigen Reduzierung kommunaler Kriminalitätszahlen sowohl in objektiver als auch in subjektiver Hinsicht. Die „objektive“ Sicht bezieht sich vor allem auf die offiziellen Daten der alljährlich veröffentlichten „Polizeilichen Kriminalstatistik“; die „subjektive“ Sicht hat vor allem die Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger vor bestimmten Kriminalitätserscheinungen im Blick, wozu man in der Kriminologie die Methoden der empirischen Sozialforschung und speziell repräsentative Bürgerbefragungen heranziehen kann.

Empirische Kriminalitätsanalysen versuchen beide Dimensionen möglichst umfassend zu beschreiben und auf ihre Zusammenhänge hin zu untersuchen. Sie stellen sozusagen das notwendige Hintergrund- und Basiswissen zur Verfügung, was man für einen möglichst rationalen Umgang mit der Kriminalitätsproblematik benötigt. Da die Erscheinungsformen und auch die Erklärungsansätze von Kriminalität in letzter Zeit vermehrt in *kommunalen* Zusammenhängen und Strukturen gesehen werden, wird es speziell auch für die Aufgaben der *kommunalen Kriminalprävention* immer wichtiger, sozusagen auch *kommunale Kriminalitätsanalysen* für ihre Aktivitäten zu nutzen.

Insofern können die Erfahrungen und die Erkenntnisse aus der nun schon als klassisch zu bezeichnenden „Bonner Kriminalitätsanalyse“ als Grundlage und Modell für analoge Vorgehensweisen in der boomenden Branche der kommunalen Kriminalprävention in anderen Städten und Gemeinden dienen. Zudem empfiehlt es sich, dass diese empirische Untersuchung auch im Zusammenhang mit der empirischen Ausbildung von Studierenden im Bereich der Kriminologie eingesetzt wird. Da die Erkenntnisse der Bonner Kriminalitätsanalyse (als Forschungsbericht) bisher nur einem relativ kleinen und exklusiven Leserkreis vorbehalten waren, sollen sie in der vorliegenden Neuauflage einem breiteren, einschlägig interessierten Publikum zugänglich gemacht werden.

Bonn, im Mai 2005

Dr. Werner Rüter

Inhalt

Vorwort zur Neuauflage	1
1. Einleitung: Zur Relativität, Selektivität und sozialen Konstruktion von ‘Wirklichkeiten’	5
2. Kommunale Kriminalprävention als aktuelles Thema in Wissenschaft und Politik.....	7
2.1. Anzeichen für dieses Phänomen in den 90-er Jahren	7
2.2. Hintergründe und Inhalte des aktuellen kriminalpräventiven Diskurses ..	9
2.3. Fazit und Schlussfolgerungen.....	14
3. Die Kriminologische Regionalanalyse (KRA) als Grundlage für einen kritisch-rationalen Umgang mit Kriminalität, Kriminalitätsfurcht und Kriminalprävention in einer Kommune	17
3.1. Die Entwicklungsgeschichte der KRA und ihre theoretischen Wurzeln ..	17
3.2. Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) als Indikator für ‘Kriminalität’ und ihre selektiven Einflussfaktoren	18
1. Das Anzeigeverhalten der Bürger	19
2. Das Kontroll- und Registrierverhalten der Polizei	19
3. Das Normsetzungsverhalten des Gesetzgebers.....	21
4. Das ‘reale’ kriminelle (normabw.) Verhalten der Täter	21
5. Schlussfolgerungen	22
3.3. Die Befragungsdaten als Indikatoren für die ‘subjektive Sicherheitslage’	22
1. Der Konstruktionscharakter von (Un-) Sicherheit und das Erfordernis eines kritischen Methodenbewusstseins	23
2. Die Orientierung an methodischen Standards und die Nutzung von adäquaten Vergleichsmaßstäben	24
3.4. Die Heranziehung weiterer Indikatoren aus dem kommunalen Bereich ..	24
1. Behördliche Daten.....	25
2. Daten aus dem Medienbereich.....	26
3.5. Zusammenfassung	27
4. Die Kriminologische Regionalanalyse Bonn und das zentrale Bürgerbefragungsprojekt (KRABBE)	29
4.1. Zum Hintergrund und zur Genese des Projekts.....	29
4.1.1. Die Präventionswelle und der Polizeibereich	29
4.1.2. Die Bonner ‘Kriminalitätswelle’ und der Öffentlichkeitsbereich	30
4.1.3. Die Einrichtung eines ‘Rates zur Kriminalprävention’ und der Auftrag zur Durchführung einer Kriminologischen Regionalanalyse	32

4.2. Zu den zentralen Fragestellungen des Projekts.....	34
4.3. Zur Methodik des Bonner Projekts	38
4.3.1. Differenzierung der Grundkonzeption.....	39
4.3.1.1. Sekundäranalyse von vorhandenen offiziellen ‘objektiven’ Daten ..	39
4.3.1.2. Primärerhebung der ‘subjektiven’ Daten	40
4.3.2. Differenzierung der schriftlichen Befragung.....	40
4.3.2.1. Expertenbefragung (offene Fragen)	40
4.3.2.2. Bürgerbefragung (geschlossene Fragen).....	41
4.3.3. Differenzierung der Bürgerbefragung	46
4.3.3.1. split-half-Methode (Variation von Frageformulierungen)	46
4.3.3.2. split-time-Methode (Variation des Antwort-Zeitraums).....	48
4.3.4. Differenzierung der Analyse-Schritte.....	50
4.3.4.1. beschreibende und vergleichende Analyse	50
4.3.4.2. erklärende Analyse (Faktoren-, Korrelations- und Regressionsanalysen).51	
4.3.5. Differenzierung der Analyse-Ebenen	54
4.3.5.1. Individualdaten (von 1467 Befragten)	54
4.3.5.2. Aggregatdaten (von 62 statistischen Bezirken).....	54
4.3.6. Zusammenfassung	55
4.4. Zu den einzelnen Ergebnissen und Erkenntnissen des Projekts.....	56
4.4.1. Erkenntnisse zur ‘objektiven Sicherheitslage’ in der Stadt Bonn	56
4.4.1.1. Die Daten der ‚Polizeilichen Kriminalstatistik‘ (PKS).....	57
4.4.1.1.1. Beschreibung und Vergleich.....	57
4.4.1.1.2. Zur Erklärung der rasanten Entwicklung der registrierten Kriminalität in Bonn(in der Mitte der 90-er Jahre).	74
4.4.1.1.3. Zusammenfassung der PKS-Erkenntnisse.....	89
4.4.1.2. Die Daten der ‚Zentralen Vorgangsverwaltung‘ (ZVV).....	90
4.4.1.2.1. Zur Beschreibung des ZVV-Kriminalitätsbildes.....	91
4.4.1.2.2. Zur Erklärung der Kriminalitätsverteilung in Bonn	107
4.4.1.2.3. Zusammenfassung und Fazit der ZVV-Erkenntnisse	112
4.4.1.3. Sonstige ‘objektive’ Daten aus Bonn (CEBI; Ordnungsamt)	113
4.4.1.3.1. Statistiken über Polizei-Notrufe und Funkstreifenwagen-Einsätze	113
4.4.1.3.2. Bußgeldstatistiken des Ordnungsamtes der Stadt Bonn.....	115
4.4.1.4. Zusammenfassung der Erkenntnisse zur ‚objektiven Sicherheitslage‘ ...	118
4.4.2. Erkenntnisse zur ‘subjektiven Sicherheitslage’ in der Stadt Bonn.....	120
4.4.2.1. Ergebnisse der Vorstudien.....	120
4.4.2.1.1. Schriftliche und mündliche Pretests	120
4.4.2.1.2. Expertenbefragung.....	123
4.4.2.2. Ergebnisse der schriftlichen Bürgerbefragung.....	126
1. Daten zum Rücklauf und zur Repräsentativität	126
2. Beschreibung und Vergleich der Bonner Antwortpopulation nach verschie- denen Merkmalen der sozialen Position und der politischen Einstellung	131
3. Erkenntnisse der ‘splitting-Verfahren’	137
3.1. split-half.....	137
3.2. split-time.....	138

4. Zur Auswertung der einzelnen Fragenbereiche	141
4.1. Ängste der Bonner Bevölkerung im bundesweiten Vergleich	141
4.2. Sicherheitsgefühl (Standardfrage) (V08)	145
4.3. Nennung von Furchtzonen/Angsträumen (V09)	158
4.4. Viktimisierung und Anzeigeverhalten (V05)	161
4.5. Einschätzung von lokalen Problemen	174
4.6. Rolle der Medien	179
4.7. Bedeutung des Freizeitverhaltens (V17)	187
4.8. Bedeutung von Nachbarschaft.....	193
4.9. Benotung der Polizei (V22).....	199
4.10. Einschätzung verschiedener präventiver/repressiver Maßnahmen (V19/V23)	203
4.4.2.3. Zusammenfassung der Ergebnisse der Bürgerbefragung (beschreibender Teil).....	209
4.4.2.4. Ansätze zur multivariaten und multidimensionalen Erklärung der Sicherheitslage.....	215
4.4.2.4.1. Kontext-Analyse auf der Aggregatdaten-Ebene (für 62 stat.Bezirke)	215
4.4.2.4.2. Korrelations- und Regressionsanalyse auf der Individualdaten- Ebene (für 1467 Befragte)	221
4.5. Zusammenfassung der objektiven und subjektiven Datenlage.....	224
5. Fazit und Schlussfolgerungen aus den Erkenntnissen der Kriminologischen Regionalanalyse Bonn (KRABBE)	227
5.1. Bemerkungen und Wünsche der Bürger/innen.....	227
5.1.1. Analyse der persönlichen Bemerkungen in der schriftl. Befragung.....	227
5.1.2. Vergleich mit alternativen Datensätzen von Bürgerwünschen.....	229
5.2. Zentrale Beurteilungen und Schlussfolgerungen.....	231
5.3 Empfehlungen für die Einrichtung von Arbeitsgruppen‘	235
5.4. Empfehlungen und Überlegungen hinsichtlich der weiteren wissenschaftlichen Analyse	242
Aktuelles Literaturverzeichnis (2000-2004).....	245
Klassiker der Kriminologischen Regionalanalyse (90-er Jahre)..	250
Fragebogen der Bürgerbefragung	

1. Einleitung: Zur Relativität, Selektivität und sozialen Konstruktion von ‘Wirklichkeiten‘

*„Liebe Leute! Bonn und insbesondere Bad Godesberg ist ein Paradies!
Ich habe schon in ganz anderen Städten gelebt, darunter:
Frankfurt, Paris, Belgrad, Barcelona.
In jeder dieser Städte wurde ich mehrfach Opfer von Kriminalität;
in Bonn noch nie“! (Beamter, Anfang 40)*

*„Nach Einbruch der Dunkelheit traue ich mich nicht mehr auf die Straße.
Auch Spaziergänge mache ich nur durch bewohnte Gegenden.
CS-Gas habe ich immer dabei.“ (Angestellte, Ende 40)*

Was in diesen beiden Äußerungen aus unserer ‘Bürgerbefragung zum Sicherheitsgefühl’ vom Februar 1999 zum Ausdruck kommt, sind zwei ganz unterschiedliche persönliche Erfahrungen, Wirklichkeiten und Welten aus ein und derselben Stadt.

Sie machen eindrucksvoll bewusst, dass es so etwas wie ‘die Sicherheitslage’ oder ‘das Sicherheitsgefühl’ in dieser einfachen Form nicht gibt, sondern dass hier immer sehr viele unterschiedliche Empfindungen, Bewusstseinslagen und Bewertungen nebeneinander existieren und eine sehr komplexe und vielschichtige Gemengelage ergeben, welche ihrerseits in der öffentlichen Thematisierung und Diskussion dazu tendiert, wiederum stark vereinfacht und reduziert zu werden und je nach persönlichem Interessenstandpunkt in die eine oder andere Richtung ausgelegt und pointiert zu werden.

So erfährt man in den Medien und dabei speziell in den ‘Boulevard-Medien’, welche vor allem unter dem Druck der Einschaltquoten und der Auflagensteigerung stehen, tendenziell eher von einer Bedrohung und Dramatisierung der Sicherheitslage als umgekehrt; dies wird vorzugsweise erreicht durch das intensiviertere Eingehen auf besonders krasse und Aufsehen erregende Einzelfälle und/oder durch selektive Darstellung und skandalisierende Interpretation von vielfach aus dem Zusammenhang gerissenen und wenig kritisch hinterfragten Zahlengebilden.

Aus den Reihen der Wissenschaft, welche versucht mit analytischen und rationalen Mitteln und Methoden so etwas wie Gesamtlagen aus einer möglichst unabhängigen Vogelperspektive zu beschreiben und mit anderen Lagen zu

vergleichen, klingen die Erkenntnisse in der Regel doch weit weniger dramatisch und sehr viel differenzierter und ausgewogener.

Aber auch der wissenschaftliche bzw. empirische und weitgehend kritisch-rational reflektierte und möglichst unabhängige Zugang zu einem Thema ist kein Garant für **die** Wahrheit, **die** Richtigkeit oder **die** Objektivität einer Erkenntnis. Es kann immer nur der begründete und durch andere (intersubjektiv) nachprüfbare Versuch sein, dieser Wahrheit möglichst nahe zu kommen; dies gilt selbstverständlich auch für das vorliegende Forschungsprojekt. Dabei ist es weitgehend plausibel, dass auch wissenschaftliche Erkenntnisgewinnung sich nicht im luftleeren Raum abspielt und somit von verschiedenen gesellschaftlichen Faktoren und Erkenntnisinteressen beeinflusst wird. Dazu gehört auch die Frage, welche Themen man in seiner wissenschaftlichen Forschung vorrangig bearbeitet und welche Themen man eher in den Hintergrund stellt.

Öffentliche Thematisierungen üben hier wie selbstverständlich einen gewissen Einfluss aus, so dass die Untersuchung derartiger Thematisierungsprozesse für den empirischen Wissenschaftler auch in selbst-reflexiver Hinsicht von Interesse ist.

Dabei kann man in der Regel von folgender Grundannahme ausgehen: Gesellschaftliche Themen und Probleme, wie zum Beispiel auch das hier besonders interessierende Thema der 'Kriminalität und ihrer Bekämpfung' sind in einer Gesellschaft nicht objektiv gegeben, sondern sie werden in erster Linie durch verschiedene gesellschaftliche Prozesse und Akteure aufgegriffen, selektiert, hervorgehoben, pointiert, dramatisiert und damit letztendlich in gewisser Weise geschaffen.

Man spricht in diesem Zusammenhang auch von der **sozialen Konstruktion von Wirklichkeiten** und will damit deutlich machen, dass es so etwas wie **die** Wirklichkeit hinsichtlich sozialer Phänomene eigentlich nicht gibt, sondern dass in der Regel immer nur bestimmte Wirklichkeiten bzw. Phänomene im Wege eines Selektionsprozesses sozial besonders hervorgehoben, begrifflich gefasst und öffentlich thematisiert werden.

Wenn in den 90-er Jahren bestimmte Umweltphänomene wie zum Beispiel das des 'Waldsterbens' nicht mehr in dem Maße im Bewusstsein der Leute verankert waren wie noch in den 80-er Jahren, so bedeutet dies keinesfalls, dass diesbezügliche Probleme 'real' geringer geworden sind, sie wurden einfach im Vergleich zu anderen Problemen nur weniger wahrgenommen und weniger öffentlich diskutiert.

2. ‘Kommunale Kriminalprävention’ als aktuelles Thema in Wissenschaft und Politik

Die hier zur Diskussion stehenden Themen und Begriffe ‘Kriminalprävention’ und speziell auch ‘Kommunale Kriminalprävention’ erlebten vor allem in den 90-er Jahren sowohl in der Politik und der Öffentlichkeit als auch im Bereich der kriminologischen Forschung im doppelten Sinne eine gewisse ‘Hoch-Zeit’¹. Vor diesem Hintergrund kann man nachvollziehen, weshalb auch in der Stadt Bonn der Gedanke und das Thema der ‘Kommunalen Kriminalprävention’ seinen speziellen organisatorischen Ausdruck gefunden hat durch die Gründung des ‘Rates zur Kriminalprävention’ im Jahre 1998.

Die ‘kommunal- und kriminalpräventive Hoch-Zeit’ in der gesamten Republik, die sich an zahlreichen Indikatoren belegen lässt, ist auf mehrere Hintergrundfaktoren zurückzuführen, deren Bewusstmachung auch für die hier anstehende Arbeit sehr sinnvoll und nützlich sein kann.

2.1. Anzeichen für dieses Phänomen in den 90-er Jahren

Bevor wir auf diese Hintergründe im einzelnen näher eingehen, sollen zunächst einige Indikatoren angeführt werden, welche die besagte Hochkonjunktur als spezielles Phänomen der 90-er Jahre unterstreichen:

- die Gründung und Einrichtung von landesweiten kriminalpräventiven Gremien nahm ihren Ausgang in Schleswig-Holstein (1990); sie wurde fortgesetzt in Hessen (1992), Mecklenburg-Vorpommern (1994), Baden-Württemberg (1994), Niedersachsen (1996) u.a. Im Land Nordrhein-Westfalen gibt es bis heute keine derartige zentrale Institution, dafür aber eine große Anzahl an kriminalpräventiven Gremien auf kommunaler Ebene, die alle beim Landeskriminalamt registriert werden.

- Die regionalen und kommunalen Präventionsräte und Initiativen überziehen mittlerweile nicht nur das Land NRW, sondern das gesamte Bundesgebiet². Zahlreiche Beispiele gibt es auch aus anderen europäischen Ländern und aus Übersee.³

¹ D.Frehsee (1998) spricht von einem neuen Zauberwort, welches Konjunktur hat. Auch M.Walter (1998) sieht die Neuentdeckung der Prävention im Zusammenhang von in der Kriminalpolitik üblichen Mode-Wellen.

² Eine umfangreiche Sammlung von aktuellen Präventions-Projekten findet sich in: BKA, Hrsg., Kriminalprävention in Deutschland. Wiesbaden 1999; Babl,Susanne/Bässmann,Jörg, Kriminalprävention in Deutschland und Europa - Akteure, Modelle und Projekte - 2.aktualisierte Ausgabe, Wiesbaden 1998

³ Graham,John; Bennett,Trevor, Strategien der Kriminalprävention in Europa und Nordamerika. Bonn 1997

Angesichts der Vielzahl kriminalpräventiver Räte und der damit einhergehenden Selbstverständlichkeit und Normalität ist eine Kommune am Ende der 90-er Jahre eher dann auffällig, wenn sie (noch) kein Präventionsgremium vorweisen kann.

- Seit dem 1.4.1999 gibt es nun schließlich auch auf Bundesebene bzw. auf Bund-Länder-Ebene ein 'Deutsches Forum für Kriminalprävention' (DFK). Die Einrichtung des sogenannten Aufbaustabes geht auf einen Beschluss der Innenministerkonferenz vom November 1998 zurück; dieses Aufbau-, Koordinations-, Informations- und Dokumentationsgremium hat seinen Sitz in Köln gefunden, ist aber auch durch eine interessante Homepage⁴ im Internet präsent.

- Unter anderem fungiert das Deutsche Forum für Kriminalprävention auch als Kooperationspartner bei der Planung und Realisierung des sogenannten 'Deutschen Präventionstages', welcher seit 1995 im jährlichen Turnus⁵ an wechselnden Orten veranstaltet wird, wobei er seinen Ausgangspunkt in Schleswig-Holstein (Lübeck) genommen hatte.

- Aus Lübeck stammt auch die erste umfangreiche 'Kriminologische Regionalanalyse', die im Rahmen bzw. im Vorfeld der Arbeit eines kommunalen Präventionsrates durchgeführt und über die Grenzen dieser Stadt hinaus bekannt gemacht wurde. Seit dieser Zeit ist eine Vielzahl von weiteren, ähnlich aufgebauten Regionalanalysen⁶ in Angriff genommen und auch vollendet worden.

- Neben der Zunahme von entsprechenden empirischen Forschungsprojekten ist auch eine enorme Zunahme von einschlägiger Fachliteratur⁷ zum Thema 'Kriminalprävention' speziell in den 90-er Jahren zu verzeichnen, die wiederum in verschiedenen Dokumentations- und Sammelwerken zusammengefasst wird. Seit dem Jahre 1997 gibt es auch eine spezielle, 5 mal jährlich erscheinende Fachzeitschrift 'Die Kriminalprävention', welche sich als spezielles Publikationsorgan für alle Themen aus diesem neuen, in vielfacher Hinsicht 'boomenden' Bereich anbietet.

Auch die von uns durchgeführte 'Kriminologische Regionalanalyse Bonn' (KRABBE) im Auftrag des 'Rates zur Kriminalprävention' der Stadt Bonn und der vorliegende Projektbericht sind letztendlich vor diesem Hintergrund einer

⁴ unter: (www.kriminalpraevention.de)

⁵ Die Veranstaltungsorte der bisherigen 'Deutschen Präventionstage' sind: zweimal Bonn und je einmal Lübeck, Münster und Hoyerswerda. Der 6. Präventionstag soll im November 2000 in Düsseldorf stattfinden.

⁶ z.B. aus Lübeck, Landau, Hamburg, Essen, Castrop-Rauxel, Herten, Hamm, Freiburg, Bremen u.v.a.

⁷ Siehe hierzu: Göbel/Wallraff-Unzicker, Kriminalprävention. Eine Auswahlbibliographie. Wiesbaden 1997.)
Seit Januar 2000 hat das Bundeskriminalamt seinen 'Info-Pool Kriminalprävention' in das Internet (www.bka.de) eingestellt.

allgemeinen ‘kommunal- und kriminalpräventiven Hochkonjunktur’ zu sehen und in diesen weiteren Zusammenhang einzuordnen.

2.2. Hintergründe und Inhalte des aktuellen kriminalpräventiven Diskurses

Diese konjunkturelle Entwicklung des Themas ‘Kommunale Kriminalprävention’ besitzt verschiedene Antriebsmotoren sowohl im gesellschaftlich-politischen, als auch im wissenschaftlich-kriminologischen Bereich; beide Bereiche sind dabei nicht unabhängig voneinander zu sehen.

Als besonderer Auslöser kann die Öffnung der Grenzen im Jahre 1989 und der damit eingeleitete politische und soziale Umbruch in (Ost-)Europa und speziell auch in (Ost-)Deutschland betrachtet werden. Im Gefolge dieser einschneidenden Entwicklung zeigten sich sehr bald vor allem in den neuen Bundesländern einige deutliche ‘Krisen-Indikatoren’, wie eine Zunahme von ausländerfeindlichen Gewalttaten und ein deutliches Ansteigen der Kriminalitätsfurcht, welche auch ihre Auswirkungen auf die Situation in den alten Bundesländern hatten.

Das Thema ‘Sicherheit’, welches zwar auch in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten die Öffentlichkeit immer einmal wieder in unterschiedlicher Intensität und auch in unterschiedlicher Richtung (innere versus äußere Sicherheit) bewegt hatte, erhielt durch den plötzlichen Wegfall der bis dato ‘gesicherten’ und mehr oder weniger undurchlässigen Grenzen eine vollkommen neue Qualität und zudem auch eine eindeutige Richtung. Der ‘Bedrohung der äußeren Sicherheit’ waren in einem rasanten Tempo die Rahmenbedingungen abhanden gekommen; dafür verlagerte und konzentrierte sich das gesamte Bedrohungsgefühl nun ganz allein in Richtung eigenes persönliches Umfeld und damit in Richtung ‘Innere Sicherheit’. Dies galt sowohl für die Bürger der alten Bundesländer⁸, als auch und im besonderen Maße für die Bürger der neuen Bundesländer, die sich in einem radikal veränderten gesellschaftlichen und politischen System zurechtzufinden hatten. Eine solche extreme Umbruchsituation forciert die Entwicklung von massiven sozialen Verunsicherungen und von relativ großen und verbreiteten Zukunftsängsten. Derartig entstandene Ängste haben in der Regel einen recht diffusen und allumfassenden Charakter; damit zusammenhängend haben sie die Tendenz, sich in konkreteren Ängsten zu kanalisieren und abzubilden, wozu auch die vor allem in Ostdeutschland vielfach festgestellte und empirisch ermittelte ‘Kriminalitätsfurcht’ zu zählen ist.

⁸ In diesen Zusammenhang passt ein satirisch formuliertes Zitat aus der Szene der ‘kritischen Kriminologie’: „Der Russe, der bis dahin nur als relativ diffuses Bedrohungs-Szenario hinter dem ‘eisernen Vorhang’ hauste, kommt nun tatsächlich, aber nicht mit dem Panzer, sondern mit dem Lada. Und er hat es, wenn man Gegenwarts-Diagnostikern am Puls des Bürgers glauben will, zwar nicht mehr auf die Produktionsanlagen der Firma Mercedes-Benz, dafür aber umso nachdrücklicher auf den Mercedes des rechtschaffenen Bürgers abgesehen.“

Diese kann ihrerseits wiederum als Indikator für allgemein vorhandene Unsicherheiten und Zukunftsängste interpretiert werden.⁹

Das Thema 'Innere Sicherheit und Kriminalität' erhält so eine weitgehend neue Komponente, die man auch als 'subjektive' Komponente bezeichnet: die 'Kriminalitätsfurcht' oder allgemeiner gesprochen auch: das 'Sicherheitsgefühl'.

Wurde in den 40 Jahren der Geschichte der alten Bundesrepublik die 'Innere Sicherheit' zum überwiegenden Teil anhand der als 'real' und 'objektiv' verstandenen Kriminalitätsentwicklung gemessen und wurden hierzu im wesentlichen die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) herangezogen, so ist seit Beginn der 90-er Jahre der zweite bzw. 'subjektive' Indikator der 'Inneren Sicherheit' bei den einschlägigen Thematisierungen und Diskursen eigentlich nicht mehr wegzudenken.

War es in den früheren Jahrzehnten in der Regel der als besonders auffällig hervorgehobene Kriminalitätsanstieg in der PKS der in der politischen Auseinandersetzung gern als Beleg für einen bestimmten Handlungsbedarf herangezogen wurde, so argumentiert man seit einigen Jahren vermehrt mit einer angeblich besonders Besorgnis erregenden 'Kriminalitätsfurcht'. Dabei kommt diesen Argumentationen zugute, dass auch die kriminologische Forschung sich seit Anfang der 90-er Jahre durch die im Gefolge der Einheit vermehrt betriebenen Opferforschungen mit der Thematik der Kriminalitätsfurcht¹⁰ sehr viel ausführlicher befasst hat als in früheren Jahren. Die Ergebnisse bestätigen den oben beschriebenen Befund eines vergleichsweise besonders großen Ausmaßes an 'Kriminalitätsfurcht' in den neuen Bundesländern¹¹. Aber auch in den alten Bundesländern werden die neu entdeckten subjektiven Daten zur Kriminalitätsfurcht gern zur Problematik und auch Dramatisierung der 'Sicherheitslage' genutzt, zumal die objektiven Zahlen der PKS in ihrem Gesamtumfang seit einigen Jahren eher stagnieren bzw. sogar leicht zurückgehen.

Für bestimmte Bereiche, Regionen oder auch Einzelphänomene lassen sich hingegen auch aus den PKS-Zahlen gewisse Steigerungstendenzen ablesen. Diese können zwar die unterschiedlichsten Gründe haben (siehe hierzu Kap.2.2.1.), wie zum Beispiel ein verändertes Kontroll-, Registrier- und Anzeigeverhalten; dennoch kann man vor allem im Bereich der Medien, aber auch in der kriminologischen Fachwelt¹², einen gewissen Trend ausfindig machen, der die statistischen Anstiege z.B. der Jugendkriminalität besonders deutlich auf reale Anstiege zurückführen will.

⁹ in diese Richtung gehen auch die Feststellungen und Interpretationen bei verschiedenen Autoren, wie z.B. Reuband 1993 u.a.

¹⁰ als grundlegendes Werk für die Thematik der 'Kriminalitätsfurcht': Boers 1991; Kury 1992; Kury, Dörmann, Richter, Würger 1992; Kaiser, Kury 1993; Reuband 1993, 1994, 1995; Kaiser, Jehle 1995; u.v.a.

¹¹ siehe hierzu die entsprechende Grafik auf S.151 (Unsicherheitsgefühl im EU-Vergleich)

¹² Besonders hervorzuheben hat sich in dieser Richtung Ch.Pfeiffer (1995, 1996a)

Während die im Gefolge des sogenannten ‘Labeling Approach’ (Definitions-Ansatz) sozialisierten Kriminologen¹³ zunächst einmal die definitorischen bzw. die selektions- und konstruktionsbedingten Anteile solcher ‘realen’ Entwicklungen im Auge haben, gibt es seit dem gesellschaftlichen Umbruch in (Ost-)Europa und speziell in (Ost-)Deutschland einige besonders nahe liegende Erklärungs- und Interpretationsangebote für ‘reale’ Kriminalitätsanstiege aus dem Bereich der klassischen soziologischen Kriminalitätstheorien (z.B. Anomietheorie). Im Grunde lässt sich die Situation im Osten seit der Wende sehr gut als eine extrem anomische Situation beschreiben, in der die neuen Bundesbürger in einem subjektiven Zustand von anfänglicher Orientierungslosigkeit zwar die neuen gesellschaftlichen Werte und Normen als Rahmen vorgegeben bekommen haben, diese teilweise auch schon internalisiert haben, bei der Realisierung und Praktizierung der neuen Ziele und Werte aber enorme Restriktionen und Probleme erfahren. Eine derart anomische Situation tendiert nach R.K. Merton (dem Klassiker der Anomietheorie) bei den betroffenen Gesellschaftsmitgliedern zu verschiedenen möglichen Reaktionen und Verhaltensweisen, wozu auch das abweichende, kriminelle Verhalten zu rechnen ist. Die von vielen Ost-Bürgern zunehmend als frustrierend erlebte Begrenzung und Blockade von Teilnahmekanälen an der Erzielung des propagierten neuen gesellschaftlichen Wohlstands, die zunehmende Kluft zwischen ‘Anspruch und Wirklichkeit’, zwischen ‘arm und reich’, zwischen ‘Winnern’ und ‘Loosern’ führt bei den besonders betroffenen Gruppen zu einer bestimmten Drucksituation, die auch nicht-legitime, abweichende und kriminelle Lösungswege realistisch macht.

Dieses anomie-orientierte Denken aufgrund der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung in (Ost-)Deutschland hat einerseits die lange Zeit im kriminologischen Diskurs ein wenig unterbelichtete Ursachenforschung wieder hoffähig gemacht, es hat andererseits aber auch den hiermit wie die zweite Seite einer Medaille verknüpften Präventionsgedanken wiederbelebt. Wenn

¹³ Die Tatsache, dass ‘Kriminalprävention’ in der wissenschaftlichen Diskussion der 70-er (mit Auswirkungen in die 80-er Jahre) nur sehr begrenzt zu einem Thema wurde, hängt höchst wahrscheinlich mit der Theorie-Diskussion dieser Zeit zusammen, welche ätiologischen Ansätzen und Fragen nach den Ursachen der Kriminalität allenfalls zweitrangige Bedeutung zukommen ließ. Im Gefolge des damals heiß diskutierten und viel beachteten ‘Labeling Approach’ ging es weniger um soziale Ursachen von Kriminalität, sondern vor allem um die gesellschaftlichen Definitions- und Konstruktionsprozesse von Kriminalität. Reaktionen von Kontrollinstanzen wurden in erster Linie unter dem Aspekt der Stigmatisierung der betroffenen Täter und der Forcierung ihrer kriminellen Karrieren gesehen. Je weniger nachhaltige staatliche und strafrechtliche Sanktionen, desto positiver für die weitere Entwicklung des Täters. Vor allem die empirisch feststellbare Episodenhaftigkeit und Ubiquität des abweichenden Verhaltens von Jugendlichen kennzeichnet diese Position. Harte, strafende und stigmatisierende Reaktionen führen ihrerseits vor allem zu negativen, die kriminelle Karriere fördernden Konsequenzen. So lautet eine der zentralen Aussagen des ‘Labeling Approach’. Was vor diesem theoretischen Hintergrund an Maßnahmen für die Praxis angeboten wird, lässt sich mit folgenden Begriffen am ehesten beschreiben : Nicht-Intervention und Diversion.

Besonders die radikale Nicht-Intervention hat keine Anhänger in der Praxis gefunden; dagegen sind speziell die 80-er Jahre durch eine breite Übernahme und Anwendung von sogenannten Diversions-Maßnahmen gekennzeichnet, welche auch in den 90-er Jahren vor allem von den Hauptrepräsentanten der bundesdeutschen Kriminologie weiterhin (auch mit empirischen Erkenntnissen und Belegen) unterstützt und propagiert werden.

bestimmte soziale Strukturen und Faktoren mit Kriminalitätsphänomenen ursächlich in Zusammenhang gebracht werden, so ist es nur selbstverständlich, dass man bei diesen sozialen Strukturen gezielt ansetzt, um das Phänomen in den Griff zu bekommen bzw. zu reduzieren. Anomietheorie und soziale Prävention gehören danach untrennbar zusammen. Hier liegt also ein nicht ganz unbedeutender Grund für die aktuelle Hochkonjunktur der Kriminalprävention.

Ein weiterer und relativ konkreter Anlass liegt in der deutlichen Zunahme von ausländerfeindlichen, rechtsextremistischen Gewalttaten zu Beginn der 90-er Jahre, die vor allem mit bestimmten, besonders nachhaltig wirkenden Ereignissen und Orten (Solingen, Mölln, Hoyerswerda) assoziiert werden. Es waren nachweislich diese besonders Aufsehen erregenden Brandanschläge, die dazu geführt haben, dass in einem breiten öffentlichen und auch wissenschaftlichen Diskurs wieder vermehrt die Ursachenfrage gestellt wurde und daran anschließend auch bestimmte Präventionskonzepte entwickelt wurden. In NRW ist der spezielle Erlass des Innenministers vom Sommer 1993, in dem die einzelnen Polizeibehörden des Landes dazu angehalten werden, auf die Einrichtung von kommunalen Präventionsgremien hinzuwirken, eine eindeutig so verstandene und nicht anders zu interpretierende, direkte Antwort auf die fremdenfeindlichen Gewalttaten und Brandanschläge aus dieser Zeit. Sie haben die Präventions-Konjunktur sehr stark beflügelt.

Ein weiterer Grund liegt in der sehr weiten inhaltlichen Bedeutungsbreite und damit auch Strapazierbarkeit bzw. politischen Instrumentalisierbarkeit des Begriffes 'Kriminalprävention'.

Dahinter verbergen sich ganz unterschiedliche Inhalte, Gedankengebäude, politische Vorstellungen und Konzepte. So lassen sich nicht nur die oben beschriebenen sozial-präventiven Ansätze unter diesen Begriff subsumieren, sondern auch die vorwiegend repressiv ausgerichteten Konzepte eines härteren und konsequenteren strafrechtlichen Durchgreifens.

So verwundert es keineswegs, dass auch die in der zweiten Hälfte der 90-er Jahre zu uns aus New-York herübergeschwappten 'Aufräum- und Null-Toleranz-Konzepte' wie selbstverständlich in vielen Kommunen auch unter der positiv besetzten Flagge 'kommunale Kriminalprävention' angesiedelt werden und sich hier eher im Gegensatz zu den mehr sozial-präventiv orientierten Konzepten befinden.

Relativ wenig konflikthaft erscheint dagegen das allgemeine Ziel von Kriminalprävention, nämlich die 'Verhütung bzw. Verringerung von Straftaten' und neuerdings eben auch das zusätzliche Ziel der 'Verringerung von Kriminalitätsfurcht'.

Dadurch dass man vor allem die 'kommunale' Kriminalprävention in den Vordergrund rückt, will man deutlich machen, dass in erster Linie vor Ort, in der Kommune bzw. in den Stadtbezirken und Nachbarschaften, wo die

problematischen Fälle hautnah erlebt werden und wo viele Defizite angeblich festgemacht werden können, dass vor allem dort gehandelt werden muss, wenn man etwas erreichen will.

Sehr viel kontroverser wird es aber dann bei der notwendigen und wichtigen Diskussion über die Art und Weise des jeweiligen Handelns, über die Form der Beteiligung von Betroffenen und über organisatorische und konzeptionelle Fragen. Hier stehen eher zentralistische Modelle, die eher auch strafrechtlich-repressiv orientiert sind, vor allem solchen Modellen gegenüber, die von einer intensiveren Basisbeteiligung ausgehen und die soziale Prävention in den Vordergrund rücken.

Bei Betrachtung und Analyse der Medien und besonders der politischen Programme der Parteien besteht kaum ein Zweifel, dass sich die kriminalpräventiven Orientierungen vor allem in dieser Hinsicht unterscheiden lassen, wobei es selbstverständlich auch Überschneidungen beider Konzepte gibt.

Dennoch sollen die beiden konträren Grundmodelle der kommunalen Kriminalprävention¹⁴ noch einmal als solche zusammengefasst und skizziert werden:

- auf der einen Seite geht es um eine sozial-präventive Variante, welche in erster Linie an den sozialen Ursachen von kriminellem Verhalten anzusetzen und dieses durch verschiedene soziale Maßnahmen an der Wurzel zu beeinflussen versucht.

- auf der anderen Seite geht es um eine strafrechtlich-sanktionierende Variante, welche vor allem auf die Abschreckungswirkung strafrechtlicher Normen (Generalprävention) und auf die konsequente Anwendung von (strafrechtlichen) Sanktionen (im Sinne der Spezialprävention) setzt.

Während die sozial-präventive Variante eher einen helfenden, unterstützenden und soziale Rahmenbedingungen anzielenden Charakter aufweist (‘Sozialpolitik

¹⁴ Es gibt noch ein weiteres Modell zur Reduktion von Kriminalität und Kriminalitätsfurcht, welches allerdings nicht mit dem Begriff ‘Kriminalprävention’ assoziiert wird; deren Anhängerschaft findet sich vor allem in den Reihen der Wissenschaft und der ‘kritischen Kriminologie’. In der politischen Szene und in der Alltagspraxis gibt es aber auch einige virtuose Köpfer in diesem Bereich; dabei geht es vor allem um das Herunter-Reden bzw. Herunter-Rechnen von Problemen bzw. auch von Kriminalität; vornehmer bzw. wissenschaftlicher ausgedrückt ließe sich dieser Ansatz bzw. dieses Paradigma am ehesten als ‘(de-)konstruktivistisch’ bezeichnen. In der ‘radikalen Version’ ist die konstruktivistische Position mit keiner der beiden anderen kriminalpräventiven Positionen vermittelbar, da sie in keiner Weise von irgendwelchen ‘real’ zugrunde liegenden Phänomenen und Problemen ausgeht, die es gilt durch bestimmte Maßnahmen ursächlich zu beeinflussen; sondern sie sieht diese Phänomene und Probleme immer nur in ihrem höchst artifiziellen Konstruktkarakter, die man auch nur auf dieser Ebene verändern, also nur de-konstruieren kann. Die weniger radikale Position des ‘sozialen Konstruktivismus’ lässt auch Fragen nach anderen, speziell sozialen Ursachen von Kriminalität zu und sie ist somit vor allem auch mit sozial-präventiven Ansätzen vermittelbar.

ist die beste Kriminalpolitik'), zeigt die strafrechtliche Variante vor allem repressiv-kontrollierende Züge und setzt damit auf die vermutet 'heilsame Wirkung' von Strafen, ihrer Androhung und ihrer konsequenten Anwendung.

Der allgemein akzeptierte Meta-Begriff der 'Kommunalen Kriminalprävention' ist in der Lage, diese doch sehr unterschiedlichen Konzeptionen unter einem Dach zu vereinen. Er bietet sozusagen für jeden etwas. So ist es auch verständlich, dass dieser Meta-Begriff in letzter Zeit so häufig und intensiv benutzt wird, eben weil er von so unterschiedlichen Personen, politischen Gruppen und Positionen vereinnehmbar und instrumentalisierbar ist. Er fungiert sozusagen als Klammer für sehr unterschiedliche Antworten auf aktuelle gesellschaftliche Krisen-Phänomene.

Die Faszination dieses Begriffes und dieser 'Kriminalpräventions-Konjunktur' wird in jüngster Zeit unter einem weiteren Aspekt durchaus kritisch gesehen, nämlich der drohenden Vereinnahmung von Sozialpolitik durch Kriminalpolitik.¹⁵ So bestehe die Gefahr, dass Jugendarbeit zum Beispiel in bestimmten kommunalen Konstellationen nicht mehr von den Bedürfnislagen der Jugendlichen her definiert werde, sondern von Interessen der Störungsabwehr, so dass die Jugend insgesamt als riskantes Potential begriffen werde (Frehsee 1998). Vieles was aus sozialpolitischen Gründen sinnvoll sei, benötige danach in häufig nicht sachgerechter Weise zusätzliche kriminalpräventive Begründungen, was die Dinge auf den Kopf stelle bzw. das Pferd vom Schwanz her aufzäume. Danach müsse man aufpassen, dass der berühmte Satz von Franz von Liszt 'Die beste Kriminalpolitik ist eine gute Sozialpolitik' nicht in fataler Weise umgedreht werde.

2.3. Fazit und Schlussfolgerung

Die 'Kommunale Kriminalprävention' unterliegt wie auch andere öffentliche Thematisierungen bestimmten konjunkturellen Schwankungen. Im Unterschied zum 'Umweltschutz' erlebt sie seit der Wende in den 90-er Jahren eine gewisse Blütezeit, für die verschiedene gesellschaftliche Krisenphänomene, deren reale Zunahme und/oder deren wirkungsvolle öffentliche Inszenierung verantwortlich gemacht werden können. Das zentrale, in diesem Zusammenhang interessierende Krisenphänomen ist die angeblich sich verschlechternde innere Sicherheitslage, welche mit einem Anstieg der Kriminalität (obj. Indikator) und einem Anstieg der Kriminalitätsfurcht (subj. Indikator) zu belegen versucht wird.

Beide Phänomene (Kriminalität und Kriminalitätsfurcht) sind vor allem als soziale Phänomene zu begreifen und als solche unterliegen sie den oben

¹⁵ So z.B. Frehsee 1998, 1998a; ähnlich auch Lehne 1996a, u.a.

beschriebenen sozialen Konstruktionsprozessen. Besonders auch die verschiedenen Versuche, diese Phänomene zahlenmäßig zu fassen oder durch verbale Beschreibungen abzubilden, folgen ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten und sie sind durch verschiedene äußere und innersystemische Faktoren beeinflusst, die es bei einer sachgerechten Analyse und Bewertung der verschiedenen Zahlenprodukte (Statistiken) bzw. 'Kriminalitäts(furcht)bilder' (Befragungsergebnisse) zu berücksichtigen gilt.

Empirische Daten und Zahlen sind kein deckungsgleiches 1:1-Abbild von 'Realitäten', sondern stets eine besondere, mehr oder weniger selektive Form der Abbildung.

Dabei ist es kein Geheimnis und auch keine besondere Neuigkeit, dass die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) aus verschiedenen Gründen nur einen sehr begrenzten Ausschnitt der 'Realität' widerspiegeln; als ein wichtiger Verzerrungsfaktor wird immer wieder das Anzeigeverhalten der Bevölkerung genannt. Aber auch das Kontroll- und das Registrierverhalten der Polizei kann große Auswirkungen auf den Umfang der Kriminalitätszahlen haben. Letzteres gilt, wie wir an dem Bonner Beispiel noch sehen werden, vor allem auch für relativ überschaubare, umgrenzte, kommunale Größenordnungen.

Da die Polizeiliche Kriminalstatistik vor allem auch als wichtiger Indikator für die Zuweisung von Personal zu den einzelnen Polizeibehörden herangezogen wird, die einzelnen Polizeibehörden für ihre Statistikerstellung aber jeweils selbst verantwortlich sind, zudem so gut wie gar nicht extern kontrolliert werden und dann auch noch einen gewissen Gestaltungsspielraum besitzen, benötigt man keine besondere Phantasie, um sich vorzustellen, dass und in welche Richtung dieser Gestaltungsspielraum (gelegentlich bzw. auch öfter) ausgenutzt wird. Die Rahmenbedingungen der polizeilichen Statistikerstellung sind derzeit (noch) so gestaltet, dass die dort erfassten Zahlen vor allem auch als behördlicher Tätigkeitsnachweis zu sehen sind und weniger als Indikatoren für reale Kriminalitätsvorkommen. Gleichwohl ist letzteres nicht auszuschließen.

Da auch andere Indikatoren und Bilder (z.B. ZVV, StA-Statistik, Medienberichte, Befragungsergebnisse) wiederum ihre eigenen Verzerrungsfaktoren aufweisen, ist es für eine sachgerechte und möglichst objektive Beschreibung des Kriminalitätsumfangs zuallererst einmal wichtig, alle diese Indikatoren durch möglichst unabhängige Fachleute begutachten, bewerten und in einen größeren Zusammenhang einordnen zu lassen.

Das heißt: Ein spezielles Gremium (wie zum Beispiel ein 'kommunalpräventiver Rat'), welches es sich zur Aufgabe gemacht hat, die 'Sicherheitslage' in einer Kommune wie auch immer zu verbessern, muss zunächst einmal von einer möglichst fundierten und differenzierten Beschreibung dieser Sicherheitslage auszugehen versuchen.

Da eine solche Beschreibung zu einem nicht geringen Teil auf sehr selektiven, interpretationsbedürftigen und durch die Behörden selbst gestalteten bzw. beeinflussten Daten beruht, erscheint es nicht optimal, diese Beschreibung von den Datenkonstrukteuren selbst durchführen zu lassen, sondern es bietet sich an, sich hierfür eines möglichst unabhängigen und externen Sachverständigen zu bedienen.

In anderen Politikbereichen (z.B. Wirtschafts- und Umweltpolitik) und auf Bundes- und Landesebene gibt es vergleichbare, unabhängige wissenschaftliche (Jahres-)Gutachten schon seit längerer Zeit. Für den Bereich der 'Inneren Sicherheit' sind sie auch auf Bundesebene in der Koalitionsvereinbarung der jetzigen Bundesregierung geregelt worden. Auch einzelne Bundesländer planen die Beauftragung von kontinuierlichen, unabhängigen 'Sicherheitsgutachten und -analysen'. Für die kommunale Kriminalprävention erscheinen sie wegen der besonderen Beeinflussbarkeit begrenzter Räume und begrenzter Datenmengen von besonderer Relevanz. Für die Stadt Bonn ist das vorliegende Gutachten in diesem Zusammenhang zu sehen.

Das grundlegende, aufklärerische Ziel eines solchen Gutachtens ist es, in Zukunft zu verhindern oder zumindest zu erschweren, dass aufgrund einiger weniger, häufig aus dem Zusammenhang gerissener Zahlen, in einer Art Schnellverfahren durch nicht sachgerechte Vereinfachungen und Dramatisierungen höchst komplexe und differenziert zu betrachtende Sicherheitslagen im wahrsten Sinne des Wortes konstruiert und politisch in nicht sachgerechter Weise instrumentalisiert werden.

Dass jede Beschreibung auch ihre konstruierten bzw. konstruktivistischen Elemente hat, das haben wir eingangs schon deutlich zu machen versucht. Dabei gibt es jedoch durchaus ein 'mehr oder weniger' an selektiver Konstruktion, je nach Standardisierung und Qualität der angewandten Methoden und je nach Breite und Differenziertheit der verwendeten Daten.

Für eine in diesem Sinne weitgehend etablierte und fundierte Vorgehensweise bietet sich die 'Kriminologische Regionalanalyse' (KRA) an.

3. Die Kriminologische Regionalanalyse (KRA) als Grundlage für einen kritisch-rationalen Umgang mit Kriminalität, Kriminalitätsfurcht und Kriminalprävention in einer Kommune.

3.1 Die Entwicklungsgeschichte der KRA und ihre theoretischen Wurzeln.

Die Kriminologische Regionalanalyse (KRA) ist in ihren zentralen Elementen bereits in den 80-er Jahren entwickelt worden. Dabei haben sich in erster Linie einige wissenschaftlich-kriminologisch orientierte Experten von polizeilichen Bundesbehörden (PFA, BKA) hervorgetan¹⁶, die im Rahmen von Ausbildungsprogrammen und -seminaren das Modell einer KRA erstmals beschrieben¹⁷ und auch ansatzweise in relativ kleinen Gemeinden durchgeführt haben. (Koch, BKA)

Eine vermehrte und verbreitete Anwendung erlebte die KRA dann allerdings (wie oben bereits erwähnt) zu Beginn der 90-er Jahre mit dem Einsetzen der kommunal- und kriminalpräventiven Konjunkturwelle, die im wesentlichen vom Bundesland Schleswig-Holstein ihren Ausgang nahm. Die KRA Lübeck¹⁸ war eine der ersten, die relativ viel Aufsehen (auch über die Landesgrenzen von SLH hinweg) erregt hat und in der Stadt Lübeck wohl vor allem dazu genutzt wurde, die Einrichtung eines kriminalpräventiven Rates auf kommunaler Ebene zu legitimieren und zu forcieren.

Von diesem legitimatorischen Rückenwind haben dann auch noch verschiedene andere Kommunen in SLH und auch in anderen Bundesländern zu profitieren versucht, indem diese Studie häufig vor allem auch von den polizeilichen Promotoren für die Initiierung kriminalpräventiver Gremien herangezogen und als beispielhaft gelobt und vorgeführt wurde.¹⁹

So wichtig und funktional allein die Durchführung dieser Studie damit wohl für die Ingangsetzung und Forcierung der "kriminalpräventiven Bewegung" der 90-er Jahre war, so hilfreich ist es nach unserer Auffassung aber auch, dass die dort feststellbaren forschungspraktischen Probleme und Defizite einige Anregungen und Anstöße für weitere Forschungsprojekte dieser Art gegeben haben.

So vermisst man aus der Sicht eines 'kritischen Kriminologen', zu dessen Umfeld die Autoren der KRA Lübeck zu rechnen sind, vor allem eine kritische Aufarbeitung und Analyse der offiziellen Zahlen der PKS und damit der 'objektiven' Sicherheits- und Kriminalitätsindikatoren. Die Untersuchung der 'konstruktivistischen' Anteile an diesen Zahlen und ihrer verschiedenen selektiven Einflussfaktoren (s.u. Kap. 3.2.) ist leider weitgehend ausgeblendet geblieben. Dabei gibt es nach den ausgiebigen kriminologischen Diskussionen

¹⁶ Jäger, Kube, Koch, u.a.

¹⁷ siehe hierzu das entsprechende 'Säulen-Modell' von Jäger (PFA)

¹⁸ durchgeführt von dem Soziologen Knut Papendorf, 1991

¹⁹ u.a. auch in der Stadt Bonn durch die polizeilichen Promotoren für eine KRA (KOR Kernenbach)

der 70-er und 80-er Jahre über den sog. ‚Definitions-Ansatz‘ bzw. ‚Labeling Approach‘ eigentlich keinen aktuellen Kriminologen von Rang und Namen mehr, der nicht zumindest zu einem gewissen Teil, die Relevanz derartiger Definitions-, Reaktions- und Konstruktionsprozesse bei der Analyse von Kriminalität betont.²⁰ Auch kann man innerhalb der ‚scientific community‘ der ‚Kritischen Kriminologen‘ verschiedene Anhänger eines äußerst fundamentalen und ‚radikalen Konstruktivismus‘ finden. ‚Radikale Nicht-Konstruktivisten‘, findet man hingegen so gut wie keine mehr. Eine eher vermittelnde und integrative Perspektive, wie wir sie schon in den 70-er Jahren beschrieben haben²¹, bestimmt seit vielen Jahren den ‚mainstream‘ kriminologischen Denkens; man könnte ihn auch als moderaten oder sozialen Konstruktivismus bezeichnen.²²

Auf dieser theoretischen Grundlage sollten auch die ‚Kriminologischen Regionalanalysen‘ die konstruktivistischen, das heißt die selektiv verzerrten Anteile an der kommunalen Kriminalitätslage ins Visier nehmen. Danach werden die offiziellen Kriminalitätszahlen nicht als ‚vollständige Abbilder‘ der ‚realen Kriminalität‘ gesehen, auch nicht als Bilder einer rein virtuellen Welt, sondern als Indikatoren für eine selektiv verzerrte Kriminalitätswirklichkeit.

Die in dem KRA-Modell (Jäger) enthaltene Säule des ‚polizeilichen Kontrollverhaltens als Analysegegenstand‘ drückt sozusagen bildhaft diesen kriminologischen Erkenntnisfortschritt der gesamten Theoriediskussion der 70-er Jahre aus. Ein Zurück in ein Analysegebäude ohne diese ‚Kontroll-Säule‘ in eine rein ätiologisch ausgerichtete Forschung ist guten Gewissens nicht mehr vertretbar und seriöser Weise nicht mehr machbar.

3.2. Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) als Indikator für ‚Kriminalität‘ und ihre selektiven Einflussfaktoren.

Ein grundlegender Fehlschluss, der auch in praktischen Fachkreisen so gut wie gar nicht mehr feststellbar ist, der jedoch noch relativ häufig in Medienkreisen und in politischen Wahlkampfzeiten zu beobachten ist, besteht in der Annahme, dass die ansteigenden Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (z.B. um 10 %) auch einen Anstieg der ‚realen‘ Kriminalität in genau dem gleichen Umfang bedeuten. Die schnell formulierte und vor allem für den ‚Boulevard-Journalisten‘ nahe liegende Schlagzeile ‚Dramatischer Anstieg der Kriminalität in unserer Stadt‘ hält dagegen einer differenzierten Nachprüfung in der Regel nicht mehr stand.

Die Tatsache, dass die PKS-Zahlen um insgesamt 10% gestiegen sind, kann auch auf verschiedene andere Faktoren zurückgeführt werden.

²⁰ statt vieler anderer sei hier erwähnt: Kerner, H.J., Kriminalität als Konstrukt. 1994

²¹ Rüther, W., Abweichendes Verhalten und labeling approach, Köln u.a. 1975

²² Hess, H./Scheerer, S., Was ist Kriminalität? Skizze einer konstruktivistischen Kriminalitätstheorie. In: Krim.J. 2/1997, S.83-155

1. Das Anzeigeverhalten der Bürger

So ist es zum Beispiel sehr gut denkbar, dass aufgrund bestimmter Berichterstattungen in den Medien über besonders dramatische und gravierende Einzelfälle die Aufmerksamkeit und Sensibilität von Bürgern vermehrt in diese Richtung gelenkt wird und sie in der Folge bestimmte abweichende und kriminelle Verhaltensweisen eher registrieren und zur Anzeige bringen als vorher.

Nachweislich gilt dies zum Beispiel für den Bereich verschiedener Umweltdelikte in den 80-er Jahren. In den 90-er Jahren lassen sich unterschiedliche Thematisierungswellen für solche Deliktsbereiche wie z.B. die 'Sexualkriminalität', aber auch allgemein für die 'Jugendkriminalität' feststellen. In der wissenschaftlichen Diskussion gibt es daher eine intensive Auseinandersetzung darüber, inwieweit die ansteigenden PKS-Zahlen im Bereich der Jugendkriminalität auf eine derartige erhöhte Sensibilität (diesen Delikten gegenüber) und eine dementsprechend intensivierete Anzeigebereitschaft in der Bevölkerung zurückzuführen sind. Aber auch noch andere Faktoren können für den Anstieg der Zahlen, die sich übrigens auf der Ebene der Strafverfolgungsstatistik nicht in dem gleichen Umfang abbildet²³, verantwortlich sein.

2. Das Kontroll- und Registrierverhalten der Polizei

Für die sogenannten Kontrolldelikte gilt es in Fachkreisen als mehr oder weniger selbstverständlich, dass hier die Intensität und die Häufigkeit polizeilicher Kontrollen im wesentlichen den Umfang der registrierten Straftaten bestimmen. Bei der Unterstellung eines relativ großen Dunkelfeldes ist es ganz offensichtlich: Je mehr kontrolliert wird, desto mehr wird gefunden. Für den 'Normal-Bürger' am ehesten nachvollziehbar und erlebbar ist dieses Phänomen bei den verschiedenen Verkehrskontrollen, speziell den Geschwindigkeits- aber auch den Alkoholkontrollen.

Einen klassischen, zudem immer noch sehr aktuellen Anwendungsbereich für Kontrolldelikte bietet die gesamte BTM-Szene. Da man bezüglich des Besitzes und des Handelns von illegalen Drogen von einem relativ großen Dunkelfeld ausgehen kann, trägt hier jede polizeiliche Schwerpunktaktion zu einer vermehrten Entdeckung und Registrierung von Taten und Tätern bei, die die PKS-Zahlen für die Drogendelikte entsprechend in die Höhe bringt²⁴. Dies ist jedoch keinesfalls ein sicheres Indiz für eine wachsende Drogenkriminalität. Im Gegenteil, theoretisch könnte mit den steigenden Zahlen sogar ein 'realer' Rückgang verbunden sein.

²³ Siehe hierzu im wesentlichen Heinz 1996, 1997, 1998

²⁴ Insofern braucht man kein besonderer Hellseher zu sein, wenn man aufgrund der von der Bonner Polizei im Jahre 1999 vermehrt durchgeführten Schwerpunktaktionen im Drogenbereich bei der Vorstellung der PKS-Bonn für das Jahr 1999 von einem enormen zahlenmäßigen Anstieg der Drogenkriminalität in diesem Jahr erfahren wird.

Ein weiterer und speziell für überschaubare Größenordnungen wie Kommunen nicht unbedeutender Sektor, in dem die Polizei sozusagen in eigener Regie den Umfang des statistischen Outputs von Kriminalität deutlich mitgestalten kann, liegt in dem statistischen Registrierverhalten. Hierzu gibt es zwar ein recht umfangreiches und detailliertes Regelwerk, welches intendiert, den einzelnen Sachbearbeitern möglichst genau vorzugeben, wie sie jeden einzelnen konkreten Fall statistisch zu registrieren haben; dennoch sind wie bei jedem Regelwerk auch hier mehr oder weniger große Definitions- und Interpretationsspielräume vorhanden, die auch ganz unterschiedlich genutzt werden können und in der Realität wohl auch unterschiedlich genutzt werden. Daneben sind selbstverständlich auch fehlerhafte, vom Regelwerk eindeutig abweichende Erfassungen denkbar, die vor allem unter dem Gesichtspunkt mangelnder interner Überprüfungen und Kontrollen eine gewisse Relevanz erlangen können. Die korrekte statistische Erfassung hat in der Regel bei den einzelnen Polizeibeamten im Vergleich zu anderen Tätigkeitsbereichen keinen besonders hohen Stellenwert.

Auf der anderen Seite ist es bei derartigen Rahmenbedingungen der Leitungsebene einer Polizeibehörde durchaus möglich, auf das statistische Registrierverhalten (z.B. durch gezielte Überprüfungen und ‘Erfassungsaufklärungen’) einen nicht unerheblichen Einfluss zu nehmen und somit letztendlich auch den Umfang der Registrierungen in gewissen Grenzen zu steuern. Ein gewisses Steuerungsinteresse ist dabei höchst plausibel; man muss hierbei nämlich berücksichtigen, dass sich die zentral vom Land durchgeführte Personalverteilung auf die einzelnen Polizeibehörden ganz wesentlich auch nach den in der PKS ausgewiesenen Zahlen richtet: je mehr PKS-Fälle in der Statistik, desto mehr Personal wird dieser Behörde im nächsten Jahr zugewiesen. Warum sollte man bei einem drohenden Personalabbau und zusätzlich sinkenden PKS-Zahlen da nicht ein wenig steuernd eingreifen ?

Bei einer Gesamtzahl von 20.000 Fällen schlagen aber schon 2000 ‘gesteuerte’ Fälle mit einem Anstieg von (zusätzlich) 10% zu Buche. Diese gehen somit nicht auf einen ‘realen’ Anstieg zurück, sondern sie sind letztendlich das Produkt von behörden-internen Reaktionen oder besser Konstruktionen.

Da jedoch in der Regel jeder Behördenleiter daran interessiert sein dürfte, keinen übermäßigen Personalabbau zugewiesen zu bekommen, bilden die derzeitigen Verwendungs- und Rahmenbedingungen der PKS (besonders die BKV) sozusagen einen inneren Antriebsmotor für tendenzielle Fallzahlsteigerungen. Viele PKS-Anstiege sollten auch einmal vor diesem Hintergrund gesehen und interpretiert werden. Die Geeignetheit der PKS als Indikator für ‘reale’ Kriminalitätsveränderungen oder auch als ‘Präventionseffekt-Indikator’ erscheint auch in diesem Zusammenhang als äußerst fragwürdig.

3. Das Normsetzungsverhalten des Gesetzgebers

Eine weitere Einflussmöglichkeit für sozusagen ‘konstruktionsbedingte’ Veränderungen des PKS-Umfangs liegt im Bereich der Schaffung neuer oder der Abschaffung alter Straftatbestände. So würde eine vor allem aus den Reihen der Wissenschaft des öfteren geforderte Entkriminalisierung des ‘Schwarzfahrens’ den an der PKS gemessenen Gesamtumfang der Kriminalität im Lande NRW mit einem Schlag um ca. 5% senken. In der Stadt Bonn gäbe es wegen der relativ großen registrierten Schwarzfahrerquote einen etwa doppelt so großen Rückgang (nämlich um ca. 10%).

Interessant sind in diesem Zusammenhang aber auch jene Effekte die durch Neu-Kriminalisierungen oder Veränderungen in der strafrechtlichen Normsetzung zustande kommen. Während die verschiedenen Straftatbestände aus dem Bereich der Umweltkriminalität in den 80-er Jahren wegen ihres relativ geringen quantitativen Anteils den gesamten Kriminalitätsumfang nicht besonders auffallend nach oben bewegt haben, könnte man sich vorstellen, dass innerhalb der nächsten Jahre und Jahrzehnte durch die anstehenden rasanten technologischen Entwicklungen des Informationszeitalters und deren Auswirkungen auf das gesamte menschliche Kommunikationsverhalten ganz neue Verhaltensnormen und auch Straftatbestände sich etablieren, die sich im Moment erst äußerst rudimentär im Bereich der registrierten ‘Computer-Kriminalität’ andeuten. Aber speziell an einzelnen dieser Tatbestände und PKS-Schlüsselzahlen, die sich im weitesten Sinne um den sogenannten Scheck(karten)-Betrug²⁵ drehen, lässt sich schon heute erkennen, welches unterschiedliche und auch dynamische Kriminalisierungspotential sozusagen in der revolutionären technologischen Entwicklung steckt.

Bei derartigen ‘neuen’ Tatbeständen ist neben der Normsetzungsebene vor allem auch die Normanwendungsebene interessant in Hinsicht auf selektive Gestaltungsmöglichkeiten des Kriminalitätsumfangs. Da in den computer-gestützten virtuellen Welten der Zukunft so vieles im Fluss und in Bewegung ist, stößt man hier sehr deutlich an die Grenzen der Feststellung von ‘realen’ Welten und damit auch von ‘realer’ Kriminalität. Für den Bereich der ‘klassischen Kriminalität’, die derzeit noch überwiegend den Umfang der registrierten Kriminalität bestimmt, kann man (m.E.) jedoch mit guten Gründen auch von ‘realen’ Kriminalitätsanteilen ausgehen.

4. Das ‘reale’ kriminelle (normabweichende) Verhalten der Täter

Betrachtet man all die oben beschriebenen selektiven Faktoren der PKS, so muss man zurecht fragen, welchen Anteil an diesen Zahlen denn dann letztendlich noch das ‘reale’ zugrunde liegende kriminelle Verhalten hat, welches ja eigentlich mit diesem Indikator gemessen werden soll. Sagt ein Anstieg der

²⁵ Formal korrekt ausgedrückt: ‘Betrug mittels unbarer, rechtswidrig erlangter Zahlungsmittel’

PKS-Zahlen mehr über ein verändertes Anzeige-, Kontroll- und Registrierungsverhalten aus oder gibt es eher Anhaltspunkte für einen 'realen' Anstieg des kriminellen Verhaltens ?

Auch ein solcher ist selbstverständlich theoretisch nicht auszuschließen und in verschiedenen konkreten Situationen im bestimmten Umfang auch durchaus realistisch. Nur können die PKS-Zahlen allein über diesen Anteil so gut wie nichts aussagen.

5. Schlussfolgerungen

Da alle aufgeführten Selektions-Faktoren einen Einfluss ausüben können, geht es bei einer Analyse von PKS-Zahlen und ihren Entwicklungen zunächst einmal darum, die möglichen Effekte dieser Faktoren zu ermitteln und einzubeziehen.

Neben einer Analyse der strafrechtlichen Normsetzungen gehört dazu selbstverständlich auch eine Analyse des polizeilichen Kontrollverhaltens. Ein besonderes Augenmerk sollte man bei räumlich eingegrenzten PKS-Analysen auf das polizeiliche Registrierverhalten werfen. Während sich bei einer bundes- oder landesweiten Betrachtung die verschiedenen Registrierungseffekte durch die großen Zahlen tendenziell eher ausgleichen, können sie sich bei den relativ geringen kommunalen Zahlen schon sehr nachdrücklich in die eine oder andere Richtung bemerkbar machen, was wir am Beispiel der Stadt Bonn ansatzweise in dem vorliegenden Projekt untersuchen werden. Wir halten diesen Aspekt, der in bisherigen Kriminologischen Regionalanalysen viel zu kurz gekommen ist, für so bedeutend und wichtig, dass wir in einem speziellen empirischen Forschungsprojekt noch näher und differenzierter hierauf eingehen werden.²⁶

Der ebenfalls wichtige Einflussbereich des Anzeigeverhaltens der Bürger bleibt ohne empirische Untersuchungen auch ein weitgehend unbekanntes Phänomen. Hier gibt es neuere Erkenntnisse aus verschiedenen bundesweiten und repräsentativen Bevölkerungsbefragungen. Das Anzeigeverhalten ist bei diesen sogenannten Dunkelfeldstudien eine wichtige Erhebungsvariable neben anderen wie zum Beispiel die persönliche Opferbetroffenheit und das 'Sicherheitsgefühl'.

3.3 Die Befragungsdaten als Indikatoren für die 'subjektive Sicherheitslage'

Neben der Möglichkeit durch gezielte Fragen zur Opferbetroffenheit (Viktimisierung) und zum Anzeigeverhalten sozusagen die polizeilichen PKS-Hellfelddaten im obigen Sinne ergänzen und interpretieren zu können, bieten die verschiedenen Befragungstechniken natürlich auch die Möglichkeit, empirische Daten über die zweite, die subjektive Dimension der Sicherheitslage zu bekommen, welche in der politischen Diskussion und öffentlichen Thema-

²⁶ siehe hierzu das in der Durchführungsphase befindliche Projekt von P. von Grotthuss, Das polizeiliche Entscheidungs- und Registrierverhalten im kommunalen Raum und im Zeitablauf.

tisierung der 90-er Jahre eine zunehmend wichtige Rolle eingenommen hat. Da diese subjektive Dimension in keiner offiziellen Statistik auch nur ansatzweise abgebildet wird, ist es erforderlich, dies mit den Methoden der empirischen Sozialforschung zu leisten.

1. Der Konstruktionscharakter von (Un-)Sicherheit und das Erfordernis eines kritischen Methodenbewusstseins

Dabei muss man sich darüber im Klaren sein, dass selbstverständlich auch die Erkenntnisse und Ergebnisse der empirischen Sozialforschung letztendlich ebenfalls Produkte und Konstrukte der dort angewandten Techniken und Methoden sind. Die dort erzielten Ergebnisse sollten in der Regel genauso methodenkritisch gesehen und analysiert werden. Insofern ist es für empirische Untersuchungen immer sehr wichtig, dass neben den zentralen Fragestellungen und Forschungshypothesen auch die angewandten Methoden im einzelnen dargestellt werden; so können sie von anderen intersubjektiv nachvollzogen und überprüft werden.

In der empirischen Sozialforschung ist es ein bekanntes Phänomen, dass man durch die unterschiedliche Formulierung oder auch Positionierung von einzelnen Fragen durchaus unterschiedliche Ergebnisse erzielen kann. Ein Instrument zur Überprüfung von Effekten unterschiedlicher Frageformulierungen besteht in der sogenannten ‘Split-Half-Technik’, die wir ansatzweise auch in unserer Bonner ‘Bürgerbefragung zum Sicherheitsgefühl’ angewandt haben.

Das heißt: wir haben hierzu unsere gesamte Zufallsstichprobe von insgesamt 4000 Bonner Bürgerinnen und Bürgern (ab 15 Jahren) noch einmal in zwei gleich große Zufallsstichproben von jeweils 2000 Befragten unterteilt. Beide Gruppen haben einen in der Mehrzahl der Fragen identischen Fragebogen erhalten; nur bei fünf verschiedenen Einzelfragen haben wir eine andere Formulierung bzw. Positionierung vorgenommen. Eventuelle signifikante Ergebnisunterschiede bei diesen einzelnen Fragen, sind danach ganz allein auf die unterschiedlichen Formulierungen zurückzuführen. Dies macht deutlich, dass man auch bei der Konzipierung und Durchführung von schriftlichen und/oder mündlichen Befragungen ein relativ großes Selektions- und Gestaltungspotential besitzt.

Dieses geht im Grunde genommen noch über jenes Potential hinaus, welches man bei der Erstellung und Anwendung offizieller Statistiken zur Verfügung hat. Speziell der hier interessierende Gegenstandsbereich des ‘(Un-)Sicherheitsgefühls’ bzw. der ‘Kriminalitätsfurcht’ ist durch sehr unterschiedliche Operationalisierungen und Frageformulierungen messbar. Dabei offenbart man kein Geheimnis, wenn man darauf hinweist, dass durch entsprechende Selektion und Konstruktion von Fragen die Ergebnisproduktion im gewissen Umfang in die Richtung der eigenen Erkenntnisinteressen steuerbar ist. Dies

spricht bei politisch brisanten Themen, wie z.B. der ‘Inneren Sicherheit’ und/oder der ‘Kriminalitätsbekämpfung’ nachdrücklich dafür, dass man solche Themenbereiche nicht von den Akteuren selbst empirisch untersuchen lässt, die hier besonders pointierte und interessengeleitete Positionen vertreten.

Konkret: Man wäre wohl nicht gut beraten, eine Analyse der Sicherheitslage in einer Kommune in alleiniger Verantwortung und Regie des privaten Sicherheitsgewerbes durchführen zu lassen. In ähnlicher Form gilt dies selbstverständlich auch für alle anderen Interessengruppen und auch für die verschiedenen politischen Parteien.

2. Die Orientierung an methodischen Standards und die Nutzung von adäquaten Vergleichsmaßstäben.

Es geht also darum, durch Heranziehung möglichst unabhängigen Sachverstands einer objektiven und sachgerechten Lagebeschreibung und -beurteilung möglichst nahe zu kommen.

Hierzu haben sich im Bereich der empirischen Forschung gewisse methodische Standards herausgebildet, die sich in Folge der vermehrt betriebenen Opferforschung auch auf die Themenbereiche ‘Sicherheitsgefühl’ und ‘Kriminalitätsfurcht’ beziehen. Durch den Einsatz weitgehend gleicher Messinstrumente, z.B. die Verwendung der sog. Standardfrage, besteht dann auch die Möglichkeit, die erhaltenen Ergebnisse mit denen anderer Untersuchungen zu vergleichen und entsprechend abgewogen zu interpretieren.

Die Einordnung der verschiedenen Bonner Daten in einen vergleichbar größeren Zusammenhang (Land, Bund) und die jeweilige Kontrastierung der Bonner Ergebnisse mit vergleichbaren Ergebnissen aus anderen Kommunen und Regionen ist ein wesentliches Kennzeichen dieser von uns angewandten Vorgehensweise. Es ist damit ein methodischer Maßstab angezielt, der es ermöglicht, die Bonner Ergebnisse weitgehend abgewogen und relativierend darzustellen und somit überwiegend einseitige Interpretationen und Bewertungen eher zu verhindern bzw. zu erschweren.

3.4. Die Heranziehung weiterer Indikatoren aus dem kommunalen Bereich

Mit den oben dargestellten Indikatoren zur ‘Kriminalität’ (PKS) und zur ‘Kriminalitätsfurcht’ (Befragungsdaten) und ihrer jeweils methodenkritischen und vergleichenden Analyse sind die beiden zentralen Säulen einer ‘Kriminologischen Regionalanalyse’ beschrieben, die in der Regel als die unverzichtbaren Bestandteile angesehen werden.

Da beide Indikatoren (im mehr oder weniger großen Umfang) ihre eigenen selektiven bzw. ‘konstruktivistischen’ Elemente aufweisen und in ihrer

Aussagefähigkeit somit eingeschränkt und begrenzt sind, steht es einer möglichst fundierten und differenzierten Vorgehensweise gut an, nach weiteren Indikatoren Ausschau zu halten und diese in die Gesamtanalyse ergänzend und vergleichend einzubeziehen.

I. Behördliche Daten

Aus dem polizeilichen Bereich sind dies zum einen die edv-mäßig erfassten Daten der sogenannten ‘Zentralen Vorgangs-Verwaltung’ (ZVV). Hierbei handelt es sich um eine behörden-interne Statistik, welche sich zum Ziel gesetzt hat, möglichst alle behördlichen Vorgänge zu erfassen, um somit letztendlich die Kommunikationsvorgänge innerhalb der Behörde zu erleichtern. Dabei sind die erfassten Strafanzeigen nur eine Vorgangsart unter vielen anderen.²⁷ Nur sie interessieren aber hier im Zusammenhang mit einer Beschreibung oder Analyse des Kriminalitätsanfalls.

Während es sich bei der polizeilichen Kriminalstatistik um eine sog. Ausgangsstatistik handelt, die bei Abgabe des Falles an die Staatsanwaltschaft ausgefüllt wird, unterscheidet sich die Zentrale Vorgangs-Verwaltung u.a. dadurch, dass sie als Eingangsstatistik geführt wird. In insgesamt drei unterschiedlichen Erfassungsmasken werden zu jedem Vorgang verschiedene Kennzeichen und Inhalte (Variablen) registriert. Neben einigen Formalien, die im wesentlichen aus suchstrategischen Gründen aufgenommen werden (wie z.B. Vorgangs- und Leitnummer, Registrierungs-Zeit, Behördenkürzel, StA-AZ, u.a.) sind dies im wesentlichen Angaben zur jeweiligen Deliktsart, zum Tatort und zur Person des Täters.

Vor allem aus datenschutzrechtlichen Gründen kam für uns eine nähere Analyse der Täterangaben nicht in Frage.

Ein gewisser Erkenntnisgewinn gegenüber den Daten der PKS liegt für eine kriminologische Regionalanalyse in der Möglichkeit, die ZVV-Daten nach

verschiedenen Tatörtlichkeiten zu differenzieren und diese bis auf die einzelnen (über 60) statistischen Bezirke der Stadt Bonn herunterzubrechen. Damit ist die Möglichkeit gegeben, für die Stadt Bonn bestimmte Tatortschwerpunkte für verschiedene Deliktsarten abzubilden und eventuell mit anderen Faktoren in Beziehung zu setzen.

Diese lassen sich am besten aus den Datensätzen der Bevölkerungs- und Sozialstatistik heranziehen, welche im Sozialatlas der Bundesstadt Bonn von der städtischen Statistikstelle (Kosack) in kartographischer Aufarbeitung (mit dem Software-Programm ‘Easy-Map’) und auch in Excel-Tabellenform zur Verfügung gestellt werden. Diese Daten haben zudem den Vorteil, dass sie in

²⁷ Zu nennen sind hier zum Beispiel: Owi-allgemein, Haftbefehl, Ingewahrsamnahme, Sicherstellung, Suizid, Vermisstensache, Vorführungsbefehl u.a.

der Regel ähnlich wie die ZVV-Tatortdaten für die über 60 statistischen Bezirke differenziert vorliegen. Dabei ist es interessant zu untersuchen, inwieweit bestimmte sozialstrukturelle oder gelegenheitsstrukturelle Kontexteffekte im Zusammenhang mit der Kriminalitätsverteilung feststellbar sind. (KFZ-Dichte, Dichte der Einzelhandelsgeschäfte, Quoten einzelner sozialer Indikatoren wie z.B. Arbeitslosigkeit o.ä.)

Ein weiterer interessanter polizeilicher Datensatz ist mit dem Namen CEBI verbunden. Hierbei handelt es sich um die wiederum edv-mäßige Erfassung aller Notrufe (110) und Funkstreifenwageneinsätze.

Die CEBI-Daten sind für die hier vorgenommene Regionalanalyse insoweit nur ansatzweise verwendbar als sie nicht genau oder nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand auf den Bereich der Stadt Bonn konzentriert und ausgewiesen werden können.

Dennoch zeigen Analysen aus anderen Städten und Regionen²⁸, dass sich mit diesen Daten durchaus interessante zusätzliche Erkenntnisse gewinnen lassen, die man mittelfristig auch für Bonn ins Auge fassen sollte.

2. Daten aus dem Medienbereich

Eine in der Regel eigenständige Säule im Rahmen kriminologischer Regionalanalysen wird durch den Medienbereich gebildet.

Dabei ist es sehr plausibel, zudem seit langem bekannt und durch verschiedene empirische Forschungen aus den 70-er, 80-er und 90-er Jahren umfassend belegt²⁹, dass die Medien ein ganz eigenes und ebenfalls höchst selektives Bild von Kriminalität in einer Gesellschaft herstellen, welches im besonderen Maße den Eigeninteressen und -dynamiken der Medien folgt und in einer Art politischpublizistischen Verstärkerkreislauf³⁰ sich mit den Interessen der Politik verbindet und hochschaukelt. Aus Gründen der privaten Konkurrenz untereinander und der Erzielung möglichst hoher Auflagen und Einschaltquoten tendieren die Medien eher zu einer Dramatisierung und Skandalisierung in der Kriminalberichterstattung.

Auswirkungen dieser eher dramatisierenden Bilder auf die subjektiven Bilder der einzelnen Bürgerinnen und Bürger sind gerade unter dem Aspekt der zunehmenden Ausstrahlung und auch Nutzung privater Fernsehsender in den letzten 10 Jahren besonders nahe liegend.

²⁸ Baden-Württemberg (Feltes); Wien (Hanak)

²⁹ siehe hierzu neuerdings verschiedene Beiträge (Walter, Frehsee, Viehmann u.a.) auf dem Kölner Symposium zum Thema 'Kriminalität in den Medien' vom September 1999.

³⁰ So formuliert von S.Scheerer im Zusammenhang mit der Drogengesetzgebung, aber auf viele andere Themenbereiche analog anwendbar (neuerdings zum Beispiel auf die Sexualstrafrechts-Reform)

Die empirisch-kriminologische Forschung hat sich demgegenüber in den letzten Jahrzehnten vor allem auf die Printmedien beschränkt und hier wiederum die Presseberichterstattung über Kriminalität inhaltsanalytisch untersucht.³¹

Vor allem auch für kommunale Räume hat diese Konzentrierung nach wie vor eine gewisse Plausibilität und auch Praktikabilität, so dass wir in unserer Bonner Untersuchung nahe liegender Weise auch die Printmedien und ihre einschlägige Berichterstattung einbeziehen wollen. Dies ist wegen der bereits oben erwähnten Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Studien und Städten von besonderer Relevanz.³²

Mögliche Zusammenhänge oder Auswirkungen von vorrangig privaten Fernsehsendungen aus dem Bereich des sog. 'Reality-TV' auf das subj. (Un-)Sicherheitsgefühl haben wir zusätzlich zu einem Gegenstand der schriftlichen Bürgerbefragung gemacht.

3.5. Zusammenfassung

Der kritisch-rationale und aufklärende Umgang mit der Sicherheitslage in einer Kommune macht zunächst eine möglichst umfassende und differenzierte Beschreibung erforderlich.

Diese beinhaltet neben der sog. objektiven Lage seit Beginn der 90-er Jahre zunehmend auch die sog. subjektive Lage. Letztere unterliegt noch stärker als die erste einer gewissen medialen Dramatisierungs- und politischen Instrumentalisierungsgefahr.

Die 'objektive Lage' wird im wesentlichen durch den Umfang der offiziell registrierten 'Kriminalität' abzubilden versucht, die 'subjektive Lage' durch das in Umfragen erhobene 'Sicherheitsgefühl'. Ergänzt werden diese beiden Bilder durch das in den Medien vermittelte Kriminalitätsbild.

³¹ so neuerdings auch Kepplinger in seinem Beitrag auf dem 5. Kölner Symposium vom 28.9. 1999, in dem er von einer Langzeitstudie (1951-1995) dreier Tageszeitungen (Welt, SZ, FAZ) berichtete.

³² Siehe in diesem Zusammenhang die Untersuchung und geplante Dissertation von J.Hebold. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit wird u.a. in der Analyse von medialen Gesamtdarstellungen der Bonner Kriminalität liegen. Dabei interessieren vor allem die jährlichen Inszenierungen um die Vorstellung der PKS mit den Hauptakteuren aus dem Bereich der Polizei und der Presse.

Bei allen Bildern (dargestellt in den 5 Säulen im unteren Schaubild) handelt es sich im mehr oder weniger großem Umfang um selektive Konstrukte, die nur bedingt und begrenzt Aussagen über **die** Realität machen können.

Die Grundsäulen einer kriminologischen Regional-Analyse

Daten zur Kriminalität	Daten zur Kriminalitäts-Kontrolle	Daten zum Kriminalitäts-Kontext	Daten zur Kriminalitäts-Furcht	Daten zur Kriminalitäts-bericht-erstellung
PKS-Fallzahlen PKS-Tatverdächtige	<u>Polizeibereich</u> Personalstärke Organisations-Struktur Techn. Ausstattung Zus.Arbeit mit anderen	<u>Sozialstruktur:</u> Armuts-Indikatoren: - Sozialhilfe- - Wohngeld-Empfänger - Arbeitslose - Obdachlose - u.a.	<u>Allgemeine Bevölkerungs-Befragung:</u> -Ängste vor allg. Lebensrisiken -Sicherheitsgefühl -Probleme in der Wohngegend -politische Grundeinstellung -Fernsehnutzung - objektive Viktimisierungen - subjektive Viktimisierungs-Ängste - Benotung der Polizeiarbeit - u.a.	<u>Analyse von überregionalen Medien:</u> - Printmedien - TV-Medien
ZVV-Fallzahlen ZVV-Tatverdächtige ?	<u>private und informelle Kontrllinstanzen</u> Detekteien Verkehrsbetriebe Bürger/innen	<u>Gelegenheits-Strukturen:</u> - Flächennutzung - Geschäftsdichte - Verkaufsflächen - KFZ-Bestand - Fahrrad-Bestand - Pendlervolumen - u.a.		<u>Analyse von regionalen Medien:</u> - Lokal-Redaktionen - Lokalzeitungen - Lokalsender - u.a.
Notruf-Daten CEBI Risiko-Daten GBE				

4. Die Kriminologische Regionalanalyse Bonn und das zentrale Bürgerbefragungsprojekt (KRABBE)

In dem folgenden Kapitel (4.) werden die wesentlichen Fragestellungen (4.2), Vorgehensweisen (4.3) und Ergebnisse (4.4) unserer Untersuchung dargestellt. Im Verlaufe des gesamten Forschungsprozesses hat sich als Projektbezeichnung das einprägsame und griffige Kürzel 'KRABBE' (**K**riminologische **R**egional-**A**nalyse **B**onn - **B**Efragungsprojekt) herausgebildet. Dieses KRABBE-Projekt ist selbstverständlich in den bisher beschriebenen gesellschaftlichen und kriminalpolitischen Gesamtzusammenhang einzuordnen, es hat jedoch zudem einige eher bonn-spezifische Hintergründe und Anlässe, auf die zunächst noch ein wenig näher eingegangen wird.

4.1. Zum Hintergrund und zur Genese des Projekts

Die wesentlichen Antriebsmotoren liegen dabei im Polizeibereich (4.1.1). Nicht gerade irrelevant sind aber auch die Einflüsse aus dem Öffentlichkeitsbereich (4.1.2) und aus der Wissenschaft. Zudem sei noch ein Blick auf die Rolle der Kommune und der kommunalen Spitzenverbände geworfen.

4.1.1 Die Präventionswelle und der Polizeibereich

Wie bei den meisten kriminalpräventiven Projekten der 90-er Jahre aus dem gesamten Bundesgebiet so kann man auch für Bonn relativ eindeutig die Hauptantriebsfedern im polizeilichen Bereich ausfindig machen.

Dabei ist deutlich feststellbar, dass hier politische und organisatorische Vorgaben eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben. Der Präventionsgedanke, der schon in den 80-er Jahren auf der polizeilichen Führungs- und Ausbildungsebene (BKA, PFA) sehr gepflegt und immer wieder betont wurde, hat mit den oben beschriebenen gesellschaftlichen Umwälzungen und Krisenerscheinungen zu Beginn der 90-er Jahre einen umfassenden Durchbruch auf der politischen Ebene erfahren. Vor allem die Probleme und Überlegungen hinsichtlich eines angemessenen Umgangs mit den relativ plötzlich auftauchenden rechtsextremistischen Gewalttaten (Solingen, Mölln, Hoyerswerda) haben auch die Polizei auf den Plan gerufen. Zunehmende Repression konnte nicht die alleinige Antwort sein. In Nordrhein-Westfalen regte der Präventions-Erlaß des Innenministers aus dem Jahre 1993 (18.8.1993) ganz bewusst und gezielt die Einrichtung von kriminalpräventiven Gremien auf kommunaler Ebene an. Hier sollten die Polizeibehörden in ihren jeweiligen Kommunen darauf hinwirken, dass derartige Gremien unter Beteiligung der

verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen eingerichtet werden. Innerhalb der eigenen Behörde wurde die Einrichtung eines speziellen ‘Kriminalkommissariats Vorbeugung’ vorgesehen und bei den meisten Polizeibehörden, so auch in Bonn, relativ zügig realisiert. Von diesen besonderen ‘Vorbeugungs-Kommissariaten’ gehen in der Regel, so auch in Bonn, die kriminalpräventiven Bemühungen und Aktionen aus, zu denen unter anderem auch die (erlaß-gemäße) Etablierung eines kommunalen Präventionsrates gehört.

Neben der diesbezüglichen Erlasslage gibt es jedoch ein weiteres wichtiges Antriebselement aus dem Polizeibereich, welches mit dem Begriff ‘Neues Steuerungsmodell’ gekennzeichnet werden kann. Dahinter verbirgt sich die Konzeption einer Strukturveränderung der Polizei von der Hoheitsverwaltung zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen mit einer zentralen Kundenorientierung.³³ Diese nun massiv geforderte Kundenorientierung findet einen wichtigen Anknüpfungspunkt in den ‘Sicherheitswünschen’ der Bürger, welche man vor allem auch durch präventive Maßnahmen und Angebote zu bedienen hofft³⁴. Dienstleistungs- und Präventions-Orientierung sind somit als zwei Seiten ein- und derselben Münze aufzufassen. Um die Produkte ‘Sicherheit’ und ‘Sicherheitsgefühl’ besser verkaufen zu können, ist ein gewisses Maß an ‘Unsicherheit’ und ‘Kriminalitätsfurcht’ in der Bevölkerung durchaus funktional. Daraus resultiert u.a. ein sehr intensives polizeiliches Eintreten für das Messen (bzw. Konturieren) von Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung. Die Ergänzung objektiver PKS-Daten durch die subjektiven Befragungs-Daten wird polizeilicherseits als äußerst wichtig angesehen und entsprechend unterstützt, so auch in Bonn. In diesem Zusammenhang gibt es erste Kontakte von Seiten der Polizei zum Kriminologischen Seminar der Universität Bonn seit dem Herbst 1995.

4.1.2 Die Bonner ‘Kriminalitätswelle’ und der Öffentlichkeitsbereich

Die Polizei-Ambitionen und -aktivitäten in Richtung Etablierung kommunalpräventiver Gremien und Durchführung kriminologischer Sicherheitsbefragungen hatten in Bonn zur Mitte der 90-er Jahre nach unserem Eindruck eher den Charakter von politisch relativ wenig getragenen Einzelkämpfertum. In der Öffentlichkeit, bei den politischen Parteien und

³³ Siehe hierzu die Beiträge in einem speziellen Heft der Schriftenreihe der Polizei-Führungsakademie (3/1998), darin z.B.: Waßmann, Heinz H., Neues Steuern und Qualitätsmanagement, S.31-44. Siehe u.a. auch die Pressemitteilung des Innenministers NRW vom 5.12.1996: „Ich möchte die Polizei in NRW zu einem modernen und leistungsfähigen Dienstleistungsunternehmen für Bürgerinnen und Bürger machen.“

³⁴ Damit tritt die Polizei in direkte Konkurrenz zu den privaten Sicherheitsanbietern, welche seit Beginn der 90-er Jahre eine enorme Wachstumsphase erleben. Der Umsatz des privaten Sicherheitsgewerbes beläuft sich nach eigenen Angaben im Jahre 1999 auf ca. 5,3 Milliarden DM. Er hat sich in den letzten 15 Jahren verdreifacht, die Zahl der Beschäftigten sogar vervierfacht. Danach sind bundesweit in über 2300 Sicherheitsfirmen etwa 130.000 Personen beschäftigt. (aus: Der Sicherheitsdienst, Offizielles Organ des Bundesverbandes Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen, BDWS, 3/99, S.47) In NRW gab es demgegenüber im Jahr 1998 knapp 40.000 Stellen für den Polizeidienst, laut IM NW, Ref. IV C 3, Schreiben vom 2.12.1998)

Fraktionen, aber auch in den Reihen der Stadtverwaltung³⁵ fand das Anliegen zunächst relativ wenig Resonanz bzw. man spielte es parteipolitisch gegeneinander aus und schob es möglichst auf die lange Bank.

Im Laufe des Jahres 1997 stellten sich hier jedoch einige außergewöhnliche Ereignisse ein, welche einen gewissen öffentlichen Druck erzeugten und die Einrichtung des kriminalpräventiven Rates merklich vorantrieben.³⁶

Im Februar 1997 kam es im Zusammenhang mit der Karnevalskirmes auf dem Bonner Münsterplatz zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen rivalisierenden Gruppen von Jugendlichen. Die Bonner Polizei hat im Rahmen der strafrechtlichen Ermittlungen über 100 Jugendliche vorübergehend festgenommen, was zu einem erheblichen Aufsehen in Richtung Problematisierung der Polizeigewalt, aber auch der Jugendgewalt geführt hat.

Der Bonner Express macht am 13. Februar mit der Riesenschlagzeile auf: „**Pulverfaß Bonn.** Schon 100 Jugendliche festgenommen.“ Der Bonner Generalanzeiger spricht einen Tag später schon ein wenig verhaltener von einem „Tummelplatz für die gewaltbereite Jugend.“ Ein Tummelplatz für verschiedene kommunalpolitische Äußerungen und Forderungen ist in der Folgezeit jedenfalls deutlich erkennbar. Auch das GABI-Projekt im ‘Bonner Loch’ gerät wieder einmal unter Beschuss bzw. wird vehement verteidigt. (so z.B. durch die Fraktionssprecherin der GRÜNEN)

Der damalige Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion nahm dieses Ereignis zum Anlass, um noch einmal nachdrücklich auf den bereits im Jahre 1995 von seiner Fraktion eingebrachten Antrag zur Einrichtung eines ‘Rates zur Kriminalprävention’ hinzuweisen und darauf zu drängen, dass über diesen Antrag erneut beraten wird. Aus Pressemitteilungen der SPD-Fraktion geht hervor, dass die Einrichtung eines entsprechenden Gremiums als zumindest nicht mehr unwahrscheinlich angesehen wird.

Im Sommerloch 1997 machte ‘Der Spiegel’ mit einer Titelgeschichte ‘Aufräumen wie in New-York’ auf und leitete damit eine kriminalpolitische Diskussion in unserem Lande ein, welche m.E. in dieser Form seit vielen Jahren

³⁵ Nach unseren persönlichen Eindrücken und Erfahrungen aus der Genese-Zeit des Rates (1995-1997) gab es in den Reihen der Stadtverwaltung keinen besonders engagierten Kämpfer für die kriminalpräventive Sache. Hier spiegelten sich wohl im wesentlichen die generellen Vorbehalte und Bedenken wider, die von Seiten der kommunalen Spitzenverbände dem polizeilichen Ansinnen entgegengebracht wurden. Man befürchtete in erster Linie reine Mehrarbeit durch eine angeblich beabsichtigte Aufgabenverlagerung von der Polizei zu den städtischen Behörden. Erst der Deutsche Städtetag im Juni 1997 gab grünes Licht für kommunale kriminalpräventive Aktivitäten besonders in den Großstädten und für die gezielte und kooperativ-vernetzte Beteiligung hieran. (Siehe die Pressemitteilung des damaligen Präsidenten des Deutschen Städtetages vom 31.5.1997)

³⁶ Hierbei handelt es sich um einen Mechanismus, der auch aus dem Bereich der (Straf-)Gesetzgebung bekannt ist; aufgrund einer besonderen Aufmerksamkeit erregenden Schlüsselereignisses wird durch intensive Medienberichterstattung ein publizistisch-politischer Verstärkerkreislauf in Gang gesetzt, der weitreichende parlamentarische Aktivitäten zur Folge hat.

nicht mehr stattgefunden hat³⁷ und ihre Spuren auch auf kommunaler Ebene hinterlassen hat. Dabei ließ sich das von dem New-Yorker Bürgermeister Guiliani entwickelte ‘Null-Toleranz-Konzept’ in zwar relativierender, aber durchaus auch (gewisse Kreise) faszinierender Weise in die hierzulande laufenden kommunalen Präventionsvorstellungen und -konzepte einbringen. Die nicht unbedingt kleine Gruppe der immer schon repressionsgeneigten ‘law-and-order-Anhänger’ konnte endlich auf ein angebliches Erfolgsmodell³⁸ verweisen. Aber auch die kriminalpolitischen Gegner dieser repressiven Linie, welche insgesamt mehr auf soziale Prävention setzen, wurden in der Folgezeit motiviert, vermehrt Position zu beziehen und Flagge zu zeigen. Die bisher vielerorts (so auch in Bonn) zum Teil recht zähflüssig anlaufende Diskussion um kommunale Kriminalpolitik bzw. Kriminalprävention erhielt einen kräftigen Aktivierungsschub.

In Bonn wurde das Fass nun endgültig zum Überlaufen gebracht durch die Präsentation der Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik aus dem Jahre 1997, welche einen enormen Anstieg der Kriminalität um 24,4% (!!!) signalisierten: die Fallzahlen kletterten von 33.837 im Jahr 1996 auf 42.100 im Jahr 1997. Die lokalen Medien berichteten - durch diese Zahlen alarmiert - von einem noch nie da gewesenen Ausmaß an Kriminalität in Bonn. Der Bezirksverband des Bundes deutscher Kriminalbeamter meinte angesichts der gewaltigen Zunahme der Straftaten, „**Bonn werde von einer Verbrechenswelle überrollt**“.³⁹

Angesichts solcher Bedrohungsszenarien waren natürlich auch die Politiker auf den Plan gerufen. Bonner Stadtverordnete aus allen Fraktionen taten kund, dass der seit langem geplante ‘Kriminalpräventive Rat’ nun endlich und bald seine Arbeit aufnehmen solle. Die formale Funktionalität eines solchen ‘Rates’ im doppelten Sinne (symbolischer Handlungs-Nachweis für Politiker und konkreter Erlass-Erfüllungs-Nachweis für Polizei-Praktiker) ist damit wohl kaum noch zu übersehen.

4.1.3 Die Einrichtung eines ‘Rates zur Kriminalprävention’ und der Auftrag zur Durchführung einer Kriminologischen Regionalanalyse

Am 5.2.1998 beschließt der Bonner Stadtrat die Einrichtung eines ‘Rates zur Kriminalprävention’. Den gemeinsamen Vorsitz teilen sich die Oberbürgermeisterin und der Polizeipräsident. Nachdem etwa seit den ‘Februar-

³⁷ Der wesentliche Unterschied zu früheren kriminalpolitischen Diskussionen bestand darin, dass sich die Repressions- und Kriminalisierungsforderungen nun auch auf den Bereich der Bagatelldelikte ausdehnten, welche bis dato eher im Rahmen von Entkriminalisierungsdiskussionen zum Thema gemacht worden waren.

³⁸ Mittlerweile gibt es zahlreiche Publikationen, die sich äußerst differenziert und kritisch mit diesem Modell auseinandersetzen, Dreher/Feltes 1998, Legge 1998, , Walter 1998, Cornel 1998, Hassemer 1998, Roos 1999, u.v.a.

³⁹ siehe hierzu: Bonner Rundschau und Bonner Generalanzeiger vom 26.3.1998

Krawallen' auf dem Münsterplatz die grundsätzliche Einrichtung eines derartigen Gremiums nicht mehr umstritten war, ging es in der Folgezeit um unterschiedliche Vorschläge zur Besetzung, wobei sich letztendlich das von SPD und CDU favorisierte 'klassische Modell' durchgesetzt hat. Die von den GRÜNEN gewünschte Einbeziehung verschiedener basisdemokratischer Gruppierungen wurde auf die spätere Einrichtung von einzelnen Arbeitsgruppen verlagert.

Der Präventionsrat, dem im wesentlichen Vertreter verschiedener politischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen (Gewerkschaften, Wirtschaft, Kirchen, paritätischer Wohlfahrtsverband, Ausländerbeirat, Wissenschaft, Medien, Arbeitsamt) angehören, versteht sich in erster Linie als Lenkungsgruppe, welche die eigentliche praktische Arbeit und die Einrichtung von Arbeitsgruppen schwerpunktmäßig festlegt, steuert, koordiniert, analysiert und evaluiert. Schon im Ratsbeschluss steht unter Punkt 4 zu lesen, dass das Kriminologische Seminar der Universität Bonn zunächst beauftragt wird, „eine differenzierte Kriminologische Regionalanalyse durchzuführen.“ Genaue inhaltliche Vorgaben und exakte Fragestellungen sind dabei nicht formuliert worden. Die Analyse hat sich ganz allgemein 'an dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse' zu orientieren.⁴⁰

Am 25.6.1998 fand unter dem gemeinsamen Vorsitz der Oberbürgermeisterin und des Polizeipräsidenten die erste konstituierende Sitzung des 'Rates zur Kriminalprävention' statt, auf der entsprechend dem Ratsbeschluss vom 5.2.1998 der Auftrag zur Durchführung der KRA an unser Institut erteilt wurde. Im Anschluss an einführende Darstellungen aus der Sicht der Polizei und der Stadt Bonn wurden in dieser Sitzung die grundlegenden Fragestellungen und Arbeitsschritte der von uns geplanten KRA erläutert⁴¹. Sie sollen im folgenden noch einmal skizziert werden.

⁴⁰ Diese Formulierung findet sich in dem Vertrag zwischen der Stadt Bonn und der Universität Bonn, der im August 1998 zur Regelung der Durchführung des Projekts abgeschlossen wurde.

⁴¹ Es bestand Einvernehmen, dass die Daten und Erkenntnisse der KRA als Basis für die Arbeit des Rates notwendig sind und u.a. auch die Einrichtung von möglichen Arbeitsgruppen sich hieran ausrichten soll.

4.2. Zu den zentralen Fragestellungen des Projekts

Die zentralen Fragestellungen ergeben sich aus den weiter oben bereits entwickelten und dargestellten Hauptsäulen einer Kriminologischen Regionalanalyse (KRA).

4.2.1 Wie stellt sich das ‘objektive Kriminalitätsbild’ in der Stadt Bonn dar und wie ist es zu interpretieren ? Welche Indikatoren und Vergleichszahlen sind hierfür heranzuziehen ?

1. absolute Fallzahlen und Häufigkeitszahlen (HZ) insgesamt (1998) und im Zeitablauf⁴² (für die KPB Bonn: 1989-1998 und für die Stadt Bonn: 1995-1998)
2. Vergleich von absoluten Zahlen der PKS und der ZVV (1996-1998)
3. PKS-Häufigkeitszahlen (HZ) im inter-kommunalen Vergleich⁴³ 1998 (mit anderen Städten im Land und im Bund)
4. insgesamt und nach besonders auffälligen Deliktsbereichen
5. Tatverdächtigenbelastungsziffern (TVBZ) und Opferzahlen nach Altersgruppen und Deliktsbereichen (1998)
6. Schadensangaben nach Deliktsbereichen (1998)
7. Aufklärungsquoten im logischen Zusammenhang und im Konflikt mit absoluten Zahlen

⁴² Die interessante Frage, inwieweit auch die justiziellen Erledigungen der Kriminalität ähnliche Entwicklungen mitmachen, ließe sich nur durch Heranziehung der Daten der Strafverfolgungsstatistik beantworten. Derartige Daten liegen aber leider speziell für das Gebiet der Stadt Bonn nicht vor, da der Landgerichtsbezirk Bonn auch noch zahlreiche andere Regionen umfasst und eine spezielle Ausdifferenzierung der Zahlen derzeit leider nicht bzw. nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist.

Das von uns analysierte Bonner Kriminalitätsbild bezieht sich danach nur auf die polizeilichen Registrierungen und somit auf den sogenannten Input in das weit verzweigte strafbehördliche Ausfilterungssystem. Auch spezielle Strafvollzugsdaten müssen auf der kommunalen Analyseebene aus den gleichen Gründen ausgeklammert bleiben.

⁴³ Neben der Frage nach der zeitlichen Entwicklung sind vor allem auch Fragen nach der vergleichenden Einordnung der Bonner Kriminalitätszahlen mit anderen Städten im Bund und im Land NRW besonders relevant. Hierzu werden am besten die sogenannten Häufigkeitszahlen herangezogen, welche jeweils die Anzahl der Fälle auf 100.000 Einwohner angeben und somit inter-kommunal vergleichbar sind. Wie sieht gemessen an diesem Indikator die Gesamtkriminalität in Bonn (getrennt nach KPB und Stadt Bonn) im Vergleich zu anderen Städten oder zum Bundes- und Landesdurchschnitt aus ? Liegt die Kriminalität in Bonn danach eher über oder unter dem Durchschnitt oder ist sie insgesamt eher durchschnittlich ? Wie verhält es sich bei einzelnen besonderen Deliktsbereichen ? Welche auffälligen Entwicklungen sind dabei eventuell festzustellen ?

8. ZVV-Zahlen im intra-kommunalen Vergleich⁴⁴ (der 4 Stadtbezirke, 9 Stadtteile, 17 PLZ-Bezirke und 62 statistischen Bezirke)

9. insgesamt und differenziert nach einzelnen Deliktsbereichen (1998) und nach Tatörtlichkeiten

Die Antworten auf die verschiedenen Fragen und Punkte des ersten beschreibenden Teils dieser Regionalanalyse sind am anschaulichsten durch kommentierte Darstellungen von Tabellen und besonders von Grafiken, Schaubildern und Kartographien⁴⁵ (Computer-Maps) zu leisten. Die verschiedenen Computer-Maps auf der derzeitigen Basis der ZVV-Zahlen können dabei als eine Art Grundstufe oder Pilot-Version eines 'kommunalen Kriminalitätsatlases der Stadt Bonn' angesehen werden.

4.2.2 Welche Erklärungsmöglichkeiten gibt es für das offizielle Kriminalitätsbild?

1. für die Entwicklung der Kriminalität im Zeitablauf und speziell für den besonders auffälligen Anstieg (+24,4%) im Jahre 1997
2. für einzelne Unterschiede zu anderen Städten (speziell bei einigen besonders auffälligen Deliktsbereichen, wie z.B. den Betrugsdelikten)
3. für besondere Unterschiede zwischen den einzelnen Stadtbezirken und den 62 statistischen Bezirken

Dabei geht es jeweils um die Fragen, inwieweit hier eher Anzeige-, Kontroll- und Registrierungseffekte für das offizielle Bild verantwortlich zu machen sind oder ob sich hinter den unterschiedlichen Zahlen eher 'reale' Veränderungen und Unterschiede hinsichtlich des Kriminalitätsaufkommens verbergen; erst letztere Alternative macht das Suchen nach möglichen 'ätiologischen Faktoren'⁴⁶ hierfür sinnvoll und relevant.

⁴⁴Ein weiterer Fragenbereich auf der beschreibenden Ebene betrifft die Verteilung der Kriminalität auf die einzelnen Stadtbezirke bzw. auf die noch feiner differenzierten statistischen Bezirke. Hierzu gibt es für die PKS-Zahlen nur sehr grobe Differenzierungsmöglichkeiten, so dass man hier auf die Zahlen der zentralen Vorgangsverwaltung (ZVV) zurückgreifen muss. Folgende Einzelfragen sind relevant: In welchen Bezirken der Stadt Bonn gibt es die meiste registrierte Kriminalität? Welche Bezirke sind in dieser Beziehung eher unterbelichtet? Wie sieht die intra-kommunale Verteilung hinsichtlich einzelner Deliktsarten aus? Welche Tatörtlichkeiten heben sich besonders hervor?

⁴⁵ Zur Erstellung der 'Karten' (Maps) konnten wir auf die Computer-Software 'Easymap 6.2' zurückgreifen, welche uns freundlicherweise von der Firma Lutum+Tappert (DV-Beratung Bonn, GmbH) zur Verfügung gestellt wurde. Es handelt sich dabei um die gleiche Software, die auch bereits von der Statistikstelle der Stadt Bonn (u.a. für den Sozialatlas) eingesetzt wird.

⁴⁶ Zum Beispiel aus dem Bereich der Gelegenheitsstrukturen oder der Sozialstruktur

4.2.3 Wie lässt sich das ‘subjektive Sicherheitsgefühl’ und die Opferbetroffenheit (Viktimisierung) der Bonner Bevölkerung beschreiben und interpretieren ?

1. Welche Unterschiede gibt es hinsichtlich der verschiedenen Indikatoren für das ‘subjektive Sicherheitsgefühl’ ?
 - Standardfrage⁴⁷
 - Straftaten-Ängste
 - Lebensrisiken-Ängste
 - persönliche allg. Ängstlichkeits-Einschätzung
 - Nennung von Furchtzonen

2. Welche Unterschiede hinsichtlich des ‘subjektiven Sicherheitsgefühls’ (gemessen mit Hilfe der Standardfrage) gibt es in der Bonner Bevölkerung:
 - im bundesweiten Vergleich (ALLBUS-Daten)
 - im internationalen Vergleich (ICVS-Daten)
 - im inter-kommunalen Vergleich (PFA, BKA u.a.)
 - im intra-kommunalen Vergleich (innerhalb Bonns, KRABBE)
 - im Vergleich mit ‘objektiven Risiko-Indikatoren’ (GBE)

3. Welche Viktimisierungs-Unterschiede und welche Anzeige-Unterschiede gibt es hinsichtlich der verschiedenen Deliktsbereiche ? Von welchen Delikten werden die Bonner Bürger am meisten (im Dunkelfeld) betroffen ? Welche Delikte zeigen sie am häufigsten an ?

4. Welche Unterschiede gibt es bei den einzelnen Delikten zwischen Dunkelfeld und Hellfeld ?

5. Wie sehen die Viktimisierungs- und Anzeigequoten im Vergleich zu anderen Studien und Städten aus ?

6. Welche Bevölkerungsgruppen und -regionen sind am ehesten von welchen Delikten betroffen ?

⁴⁷ „Wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine in Ihrer Wohngegend unterwegs sind ?“

4.2.4 Wie lassen sich das ‘subjektive Sicherheitsgefühl’ (Kriminalitätsfurcht) und die ‘Opferbetroffenheit’ (Viktimisierung) am besten erklären ?

1. Welche Bedeutung haben zum Beispiel bestimmte sozio-demografische Merkmale (Alter, Geschlecht, Beruf, soz.Schicht, Lebensstile u.a.)
2. Welche Rolle spielen bestimmte politische Grundeinstellungen bzw. Werthaltungen (‘links-liberal/postmat.’ versus ‘rechtskonservativ/mat.’) ?
3. Welchen Zusammenhang gibt es zwischen dem Freizeitverhalten, der Fernsehnutzung (Viel-Fernseher, Reality-TV) und der Kriminalitätsfurcht ?
4. Welchen Einfluss hat die eigene Opferbetroffenheit (Viktimisierung) auf die Kriminalitätsfurcht ?
5. Welche Auswirkungen gibt es bei den Bürgern möglicherweise auf unterschiedliche Präventionswünsche (Repression, soz.Prävention, Aufklärung) und auf unterschiedliche Problematisierungen von ‘Unordnung’ (social and physical disorder) in der Wohngegend ?
6. Welche Bedeutung haben Nachbarschafts-Kontakte und -Initiativen ?
7. Wie ist die Benotung der Polizeiarbeit im Vergleich zu anderen Städten zu sehen und wodurch wird sie möglicherweise beeinflusst ?

4.2.5 Welche möglichen Konsequenzen ergeben sich aus den verschiedenen Ergebnissen und Erkenntnissen für die zukünftige Arbeit des ‘Rates zur Kriminalprävention’ ?

1. Welche grundsätzliche ‘Präventionsrichtung’ ist zu empfehlen ? (Repression, soziale Prävention, Aufklärung und Information ?)
2. Welche Bedeutung hat das ‘GABI-Projekt’ und welche Rolle könnte es in Zukunft spielen ?
3. Welche Präventionsmaßnahmen können für welche Deliktsbereiche vorgeschlagen werden ?

4. Für welche einzelnen Bereiche empfiehlt es sich, spezielle Arbeitsgruppen einzurichten ?
5. Welche organisatorischen Vorschläge hinsichtlich der Arbeit des Rates können gemacht werden ?
6. Welche Empfehlungen können hinsichtlich der weiteren wissenschaftlichen Evaluation und Forschung ausgesprochen werden ?

4.2.6 Zusammenfassung

Die verschiedenen Fragestellungen des KRABBE-Projekts ergeben sich aus der Grundkonzeption und dem Selbstverständnis einer 'Kriminologischen Regionalanalyse', welche die notwendige und differenzierte Grundlage für möglichst systematische und rationale Aktivitäten im Bereich der kommunalen Kriminalprävention zu liefern hat. Neben den Fragen nach einer umfassenden Beschreibung (4.2.1) und nach möglichen Erklärungsansätzen (4.2.2) der objektiven Sicherheitslage, geht es im weiteren Verlauf um ebensolche Beschreibungen (4.2.3) und Erklärungen (4.2.4) der subjektiven Sicherheitslage. Letztendlich läuft dann alles auf die zentralen Fragen nach den zu empfehlenden Konsequenzen aus den verschiedenen Erkenntnissen für die zukünftige praktische Arbeit des 'Rates zur Kriminalprävention' hinaus (4.2.5). Die Beantwortung aller Fragen baut auf einer systematischen und nachvollziehbaren methodischen Vorgehensweise auf, die im folgenden dargestellt wird.

4.3. Zur Methodik des Bonner Projekts

Das gesamte Forschungsprojekt baut auf einer sehr differenzierten Methodik auf, was sowohl für die Grundkonzeption (4.3.1) als auch für die Erhebungsphase und letztendlich auch für die Auswertungsphase zutrifft.

Hinsichtlich der Erhebungsphase gibt es eine Differenzierung nicht nur bei der Konzeption und Durchführung der schriftlichen Befragung (4.3.2) in Richtung Experten- und Bürgerbefragung, sondern speziell zwei weitere interessante methodische Differenzierungs-Instrumente bei der repräsentativen Bürgerbefragung (4.3.3): 'split-half' und 'split-time'.

In Bezug auf die Auswertungsphase wurden sowohl die Analyseschritte (4.3.4) in Richtung 'beschreibend, vergleichend und erklärend', als auch die Analyseebenen (4.3.5) in Form von 'Individual- und Aggregatdaten-Analyse' (Kontext-Analyse) differenziert.

4.3.1 Differenzierung der Grundkonzeption

Wie bereits des öfteren erwähnt, sieht die Grundkonzeption einer ‘Kriminologischen Regionalanalyse’ (KRA) eine grundlegende Zweiteilung vor, welche sich auf die ‘objektiven’ und die ‘subjektiven’ Daten bezieht.

4.3.1.1. Sekundäranalyse von vorhandenen offiziellen ‘objektiven’ Daten.

Die ‘objektiven’ Daten liegen in Form von verschiedenen offiziellen Statistiken bereits vor. Statistische Zahlenwerke (so auch die der PKS und der ZVV) dienen zwar nicht unbedingt ausschließlich, aber vielfach **auch** dem innerbehördlichen Arbeitsanfall- und Tätigkeitsnachweis. Als ‘reale’ Kriminalitäts-Indikatoren sind sie daher mit Vorsicht zu genießen und durch externe Fachleute sekundär-analytisch aufzubereiten und hinsichtlich der möglichen Einflussfaktoren kritisch zu reflektieren und zu interpretieren. Dies soll zukünftig im Bund wie im Land geschehen, so auch hier in Bonn durch Aufbereitung der offiziellen Daten der PKS und ihrer möglichen auffälligen Sonderentwicklungen. Dabei gilt: je kleiner die Gesamtzahl der Daten, desto größer ist die Einflussmöglichkeit einzelner sachfremder Faktoren und desto wichtiger die kritische Hinterfragung und Sekundär-Analyse.

Die Daten der PKS haben wir der gedruckten Version entnommen, welche in jedem Jahr vom Polizeipräsidium Bonn (Abteilung GS, Dezernat GS 2) herausgegeben wird.⁴⁸ Des Weiteren wurden verschiedene Spezialauswertungen und Zusammenstellungen auf unseren besonderen Wunsch durchgeführt und an uns übermittelt. Ferner standen die entsprechenden polizeilichen Sachbearbeiter für mündliche Gespräche und Rückfragen falls gewünscht zur Verfügung.

Die Daten der ‘Zentralen Vorgangsverwaltung’ (ZVV) wurden nach verschiedenen Kriterien (nur Strafanzeigen, keine Täter-Angaben) von Seiten des Polizeipräsidiums Bonn selektiert, in eine ‘MS-Access-Datei’ transformiert, auf eine Diskette als Datenträger in gepackter Form übertragen und uns zur weiteren Bearbeitung und Auswertung zur Verfügung gestellt. Ein Jahrgang umfasst danach ca. 30.000 Datensätze mit jeweils ca.10 Variablen; insgesamt liegen uns drei Jahrgänge (1996-1998) vor, die wir in einer riesigen SPSS-Datei zusammenfassen und mit einer relativ begrenzten Hardware-Ausstattung nur entsprechend schwerfällig auswerten konnten. Zur besseren und schnelleren Handhabung haben wir uns auf die ZVV-Datei des Jahres 1998 konzentriert.

⁴⁸ Um eine größere und einfachere Vergleichbarkeit der Daten mit Bundes- und Landeszahlen zu erreichen, ist eine durchgehende Angabe der jeweiligen Deliktsschlüssel-Zahlen in den einzelnen Tabellen zu empfehlen; außerdem wäre für zukünftige Sekundär-Analysen eine größere Anlehnung und Vereinheitlichung der Tabellendarstellungen in Richtung der PKS-Veröffentlichungen des Landes und evtl. auch des Bundes wünschenswert.

Dieser Jahrgang bildet ja auch die Grundlage und den Bezugsrahmen für unsere Bürgerbefragung, somit auch für die vergleichsweise heranzuziehenden Dunkelfelddaten.

4.3.1.2. Primär-Erhebung der ‘subjektiven’ Daten

Neben der Auswertung und Interpretation der offiziellen Statistiken⁴⁹ besteht ein wesentliches methodisches Standbein dieses Projektes in der ‘Primär-Erhebung’ von sogenannten ‘subjektiven’ Daten. Damit ist die originäre Abfrage von Opfererlebnissen, Einstellungen, Meinungen und Gefühlen gemeint, welche in der Stadt Bonn zur Problematik der ‘Inneren Sicherheit’, der ‘Kriminalität’ und ihrer möglichen Prävention bestehen.

Wegen der besonderen inhaltlichen Bedeutung, die in diesem Zusammenhang häufig den Experten-Meinungen eingeräumt wird und aus den methodischen Gründen einer zunächst mehr qualitativen und explorativen Herangehensweise an das Forschungsfeld und den Themenbereich, haben wir die schriftliche Befragung konzeptionell hinsichtlich ihrer Adressatengruppen und ihrer Fragestellungen noch einmal unterteilt bzw. differenziert.

4.3.2 Differenzierung der schriftlichen Befragung

Zum einen haben wir in der Anfangsphase des Projekts eine mehr explorative schriftliche Befragung bei ca. 165 Bonner Experten arrangiert mit ausschließlich offen formulierten Fragen.

Zum anderen haben wir in der Kernphase die schriftliche Hauptbefragung bei einer repräsentativen Stichprobe von 4000 Bonner Bürgern durchgeführt und hierbei so gut wie durchgängig geschlossene Fragen eingesetzt.

4.3.2.1. Expertenbefragung (offene Fragen)

Unter der Überschrift ‘ExpertInnen-Einschätzung von aktuellen Problemen und Maßnahmen in Bonn’ haben wir uns an einen ausgewählten Kreis⁵⁰ von insgesamt 165 ‘politischen Gruppen, Vereinen, Fachleuten, Institutionen und Initiativen’ in der Stadt Bonn gewandt, die „zum Umgang mit sozialen Problemen und Hilfen und/oder mit der Kriminalitäts- und Sicherheits-

⁴⁹ Außer PKS und ZVV wurden weitere Daten herangezogen (CEBI-Daten der Polizei, Bußgeld-Statistiken der Stadt Bonn, Daten aus dem Gesundheitsbericht des Statistischen Bundesamtes 1998)

⁵⁰ diese wurden aus verschiedenen Adressbüchern (Jugend; Familien, Soziales; Multi-Kulti) der Stadt Bonn und sonstigen Adressdateien (Parteien; Orts- und Bürgervereine; Medien) ausgewählt.

problematik ihre eigenen Erfahrungen und Kenntnisse, aber auch Bewertungen und Wünsche haben.“⁵¹

Diese konnten sie unter insgesamt 8 offen gestalteten Fragen zu Papier bringen. Neben eher allgemeinen Fragen zu den dringendsten Problemen und Sorgen in Bonn oder zur Einschätzung der allg. Kriminalitäts- und Sicherheitslage, wurde auch nach den Kriminalitätsbereichen mit dem größten Handlungsbedarf gefragt; ferner auch danach, welche Maßnahmen man im Rahmen von Kriminalprävention für am sinnvollsten erachtet. Schließlich war auch noch bewusst ergebnis-offen und neutral gefragt: „Welche Vorstellungen und Wünsche verbinden Sie mit den Begriffen ‘Bonner Loch’ und ‘GABI’?“

Bis zum 31.12.1998 sind insgesamt 59 (=35,8%) der verschickten Fragebogen ausgefüllt zurückgekommen; dies entspricht damit in etwa genau der Rücklaufquote aus der Bürgerbefragung⁵². Die Erkenntnisse der Auswertung konnten zum Teil noch für die Hauptbefragung genutzt werden. Wir haben über sie auf der 2. Sitzung des ‘Rates zur Kriminalprävention’ im Januar 1999 kurz berichtet. Wir werden auf sie noch einmal im Ergebnisteil dieses Berichts (Kap.4.4.2.1.2) und bei der Darstellung der Schlussfolgerungen (Kap.5) näher eingehen.

4.3.2.2. Bürgerbefragung (geschlossene Fragen)

Durch die schriftliche Befragung einer repräsentativen Stichprobe von insgesamt 4.000 Bonner Bürgern wurde angezielt, einerseits die oben beschriebenen Hellfelddaten durch spezielle Dunkelfelddaten der Viktimisierung (Opferbetroffenheit) zu ergänzen. Andererseits standen bei dieser Befragung die ‘subjektiven Unsicherheitsgefühle’ und ‘Kriminalitäts-Ängste’ der Befragten im Mittelpunkt des Interesses.

Bei der Konstruktion des Fragebogens war besonders darauf geachtet worden, dass die zu erwartenden Ergebnisse aus der Stadt Bonn auch mit Ergebnissen aus anderen Städten des Landes verglichen werden können. Hierzu ist es erforderlich möglichst gleiche Frageformulierungen zu verwenden. Aus Gründen der Vergleichbarkeit ist von der Forschungsgruppe kommunale Kriminalprävention Baden-Württemberg⁵³ in Folge langjähriger einschlägiger, auch bundesweiter Forschungserfahrungen ein sogenannter Standardfragebogen entwickelt worden, der speziell für Bürgerbefragungen im Rahmen von

⁵¹ wörtlich zitiert aus dem einseitigen Anschreiben an die Experten vom 30.11.1998

⁵² auch die im September 1999 durchgeführte schriftliche Befragung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie der Bundesstadt Bonn bei 97 Bonner ‘Einrichtungen der Jugendarbeit’ über Praktiken zur Gewaltprävention hatte exakt die gleiche Rücklaufquote von gut 35 %.

⁵³ Dieser gehören insgesamt vier namhafte kriminologische Forschungsinstitute des Landes an: MPI Freiburg (Kaiser), Uni Heidelberg (Dölling), Uni Tübingen (Kerner), FH Villingen-Schwenningen (Feldes). Publiziert ist der Standardfragebogen in einer Veröffentlichungsreihe der FH Villingen-Schwenningen. Dölling, Dieter u.a., Handbuch zur Planung und Durchführung von Bevölkerungsbefragungen im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention, Villingen-Schwenningen 1998)

Kriminologischen Regionalanalysen anempfohlen wird. Die zentralen Fragen (zur Kriminalitätsfurcht, zur Viktimisierung und zu besonderen Problematisierungen in der Stadt und in der Wohngegend) rekurren in unserer Bonner Befragung auf den vorhandenen und auch in anderen Untersuchungen schon mehrfach eingesetzten Standardfragebogen. Folgende Auswahl an Einzelfragen aus dieser Standardversion, welche auch internationale Vorbilder (z.B. International Crime-Survey) hat, taucht im KRABBE-Fragebogen auf: V4, V5, V8, V9, V10, V22, V24-V30. Dabei stellt die V8 **die** Standardfrage aller Standardfragen zur Messung der Kriminalitätsfurcht dar: „*Wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine in Ihrer Wohnung unterwegs sind?*“

Weitere Vergleichsindikatoren (z.B. zur politischen Grundorientierung und Wertorientierung nach Inglehart, Links/Rechts- und Oben/Unten-Einschätzung, zum Freizeitverhalten) haben wir aus dem Fragenkatalog der ‘Allgemeinen Bevölkerungsumfragen’ (ALLBUS) entnommen. Diese werden seit 1980 alle zwei Jahre im gesamten Bundesgebiet unter der wissenschaftlichen Leitung empirisch ausgerichteter Soziologen⁵⁴ durchgeführt und viele Fragen werden ebenfalls als eine Art Standardinstrument für sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte entwickelt und vom ‘Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen’ (ZUMA, Mannheim) methodisch verfeinert und zur Verfügung gestellt. Sie werden zunehmend in repräsentativen Umfragen genutzt und eingesetzt, so auch von uns. (V3, V16, V17, V18)

Zum Thema ‘Unsicherheit und Angst’ haben wir eine bundesweite repräsentative Bevölkerungsbefragung herangezogen, welche seit Beginn der 90-er Jahre jährlich von der ‘R+V-Versicherungsgruppe’⁵⁵ in Auftrag gegeben wird. Dabei wird regelmäßig zwischen verschiedenen Formen der Kriminalitäts-Angst und den Ängsten vor anderen persönlichen oder allgemeinen Lebens-Risiken (wie z.B. Krankheit oder Einsamkeit im Alter, Umweltzerstörung oder Kriegsgefahren) unterschieden. Die Kriminalitätsängste sind danach in der Regel vergleichsweise gering. Wir haben diese (auch von anderen kriminologischen Forschern⁵⁶ beachtete und methodisch durchaus akzeptable) Studie und ihre Erhebungsinstrumente in unserer Bonner Befragung genutzt, um einerseits empirisch festzustellen, inwieweit sich auch in Bonn die ‘Ängste vor verschiedenen Formen der Kriminalität’ im direkten Vergleich mit den ‘Ängsten vor anderen Lebensrisiken’ als deutlich geringer erweisen und um andererseits

⁵⁴ so z.B. die Herren Allerbeck, Opp, Scheuch, Lepsius, Mayer, Mohler, Pappi, Ziegler u.a. Die Datensätze der ALLBUS-Erhebungen werden von Anfang an (1980) durch das ‘Zentral-Archiv für empirische Sozialforschung’ an der Universität Köln für vergleichende Auswertungen, Zeitreihen- und Sekundär-Analysen zur Verfügung gestellt; seit einigen Jahren auf CD-ROM.

⁵⁵ Die Studie trägt den Titel: „Die Ängste der Deutschen“ und sie wird durchgeführt von der ‘Gesellschaft für Konsumforschung’ (GfK, Nürnberg). Die angewandte Methode und die einzelnen Ergebnisse werden jährlich (u.a. im Internet unter der Adresse www.ruv.de/infos) veröffentlicht.

⁵⁶ So z.B. auch K.Sessar, und sein Beitrag zur Kriminalitätsangst in der Schneider-Festschrift, 1998, S.399-414

zu ermitteln, inwieweit sich das Niveau in Bonn hierbei eventuell noch zusätzlich von dem im gesamten Bundesgebiet unterscheidet. Konkret gefragt also: Inwieweit sind die Bonner bezüglich der angesprochenen Risiken noch weniger ängstlich als die Bundesbürger insgesamt ? Dadurch dass wir exakt die gleichen Frageformulierungen (V1, V2) und weitgehend die gleichen 'Items' (1-10; 1-16) verwendet haben, sind hier methodische Effekte und Artefakte für eventuelle Unterschiede weniger verantwortlich zu machen. Die 'Bonner Ängste' können in Relation zum Bundesgebiet besser eingeordnet werden.

Weitere Vergleichs-Indikatoren haben wir für die Variablenbereiche 'Einschätzung der Medienberichterstattung' (V11-V14)⁵⁷ und 'Einschätzung von Nachbarschafts-Initiativen' (V20-V22)⁵⁸ aus anderen einschlägigen empirischen Untersuchungen herangezogen.

Die Operationalisierungen der Variablen 'Reality-TV-Interesse' (V13) und 'allgemeine Ängstlichkeitseinschätzung' (V15) lehnen sich zwar an 'ALLBUS'-Vorgaben an, reflektieren jedoch eher eigene Formulierungen und Erkenntnis-Interessen.

Die Konzeption und Ausgestaltung der Frage nach den bevorzugten kriminalpräventiven Maßnahmen (V23.1-17) ist in dieser Form eine vollkommene Neuschöpfung, welche mit ihren insgesamt 17 Items (z.B. mehr Jugendangebote, härtere Strafen, sachlichere Information) die drei verschiedenen Grundrichtungen (Soz. Prävention, Repression und Aufklärung) abzubilden versucht. Damit ist angezielt, die Bonner Bürger nach ihren vorrangigen Präventions-Ideen einzuordnen und zu differenzieren, um daraus dann letztendlich Rückschlüsse auf kommunale Präventionskonzepte ableiten und diskutieren zu können.

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, wie die Bürger zu der geforderten Maßnahme von 'mehr Polizei' stehen, welche in letzter Zeit in erstaunlicher und seltener Übereinstimmung eigentlich von allen politischen Parteien in den Vordergrund gerückt wird. Vergleichsmaßstäbe sind hier die Einschätzungen der insgesamt 16 anderen aufgelisteten Maßnahmen.

Die Benotung der Arbeit der Bonner Polizei im Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung (V22) an Hand von Schulnoten (1 bis 6) findet ihren

⁵⁷ Diese Fragen beziehen sich im wesentlichen auf die schon klassische Untersuchung von Boers (1991) zur Kriminalitätsfurcht.

⁵⁸ Die entsprechende Fragen orientieren sich hier an einer relativ aktuellen Untersuchung des Hamburger Instituts für Sicherheits- und Präventionsforschung (ISIP). Die ebenfalls von ISIP stammende und ein wenig suggestiv klingende Frage V19 nach der Präferenz von Schul- oder Gefängnisausbau ist durch bewusste Umformulierung (Hilfs- oder Kontrollausbau) einem 'split-half-Test' unterzogen worden.

Vergleichsmaßstab wiederum in anderen Studien, die dasselbe Benotungs-Instrument eingesetzt haben.⁵⁹

Da wir auch intra-kommunale Vergleiche anstreben und differenzierte Aussagen über einzelne Bonner Regionen machen wollen, ist auch die Erfassung des jeweiligen statistischen Bezirks (V32), aus dem der antwortende Bürger kommt, eine sehr wichtige Variable, welche wir aus methodischen Gründen⁶⁰ (Zuverlässigkeit) bei der Versendung der Fragebogen selbst vorgenommen haben. Als Zusatzindikator haben wir vom Befragten die Postleitzahl seines Wohnortes (V6) erhoben. Ferner haben wir nach der bisherigen Aufenthaltsdauer an seinem jetzigen Wohnort (V7) gefragt.

Nicht zuletzt war es uns ein wichtiges Anliegen, nach den vielen vorformulierten geschlossenen Antwortvorgaben auch die Bürger mit ihren Sorgen und Anliegen selbst zu Wort kommen zu lassen. Aus diesem Grunde haben wir am Schluss des Fragebogens noch eine ganze (leere) Seite für eventuelle Bemerkungen (V31) vorgesehen, welche auch etwa von jedem 5. Bürger zumindest ansatzweise genutzt wurde.

Zusammenfassend ergibt sich folgendes Variablen-Tableau, differenziert nach den zentralen Variablen-Inhalten, den zugehörigen Nummern des KRABBE-Fragebogens und den entsprechenden Bezeichnungen der originären Vergleichsstudien.

⁵⁹ Zum Test der Wirkung von Frageformulierungen haben wir hier eine 'split-half-Variation' (siehe hierzu Näheres im nächsten Kapitel) vorgenommen; Version weiß: wie gut arbeitet die Polizei in Bonn? bzw. Version gelb: wie gut oder schlecht arbeitet die Polizei in Bonn?

⁶⁰ Welcher Bürger kennt schon die genaue Bezeichnung oder gar die Nummer seines statistischen Bezirkes ?

Schaubild

Zentrale Variablen- Inhalte	KRABBE-Fragebogen- Nummern	Originäre Vergleichs- Studien
Kriminalitätsfurcht/ Unsicherheit	V1, V2, V8, V9,	R+V-Studie Ba-Wü-Standard
Viktimisierung u. Anzeigeverhalten	V5.1-13	Ba-Wü-Standard
politische Grundwerte u. Positionen	V3, V16	ALLBUS
Problematisierungen i.d. Stadt und Wohngegend	V4, V10	Ba-Wü-Standard
Kriminalpräventive Konzepte u. Maßnahmen	V19 V23	ISIP-Studie, HH KRABBE
Medieneinschätzung und Fernsehnutzung	V11, V12, V14 V13	Boers-Studie KRABBE
Rolle des Freizeitverhaltens	V17	ALLBUS
Rolle von Nachbarschaft	V20 V21	ISIP-Studie, HH
sozio-demografische Variablen	V24-V30	Ba-Wü-Standard
Wohnort, PLZ statist. Bezirk	V6, V7, V32	KRABBE
Eigene Bemerkungen	V31	KRABBE

Der gesamte Fragebogen umfasst insgesamt (mit Vorwort und Schlusswort) genau 20 Seiten und liegt damit in einem Bereich, den man bei schriftlichen Befragungen gerade noch akzeptieren kann. Die relativ hohe Antwortquote und mehrere schriftlich abgegebene Bemerkungen zeigen, dass die Grenzen der Zumutbarkeit wohl noch nicht generell überschritten waren. Allerdings war eine weitere Ausdehnung und Differenzierung des Fragebogens, welche aus theoretischen Gründen sicherlich sinnvoll gewesen wäre, aus praktischen und pragmatischen Gründen nicht anzuraten. Einzelne zusätzliche differenzierende Elemente haben wir durch eine besondere Technik der Befragungs-Aufteilung, die der Befragte selbst gar nicht bemerkt, ansatzweise in die Untersuchung einbinden können.

4.3.3 Differenzierung der Bürgerbefragung (Split-Verfahren)

Zur gezielten Überprüfung der Wirkung von ganz bestimmten Einflüssen haben wir die Population der gesamten Bürgerbefragung (n=4000) insgesamt zwei mal aufgeteilt (gesplittet):

Einmal (4.3.3.1) wird rein zufällig und im Voraus (ex ante) gesplittet und zwar in zwei gleich große Unterpopulationen von jeweils 2000 Personen (split-half) und zum anderen (4.3.3.2) werden auf Grund des zeitlich unterschiedlichen Rücklaufs im Nachhinein (ex post) zwei Gruppen gebildet, welche vor und nach einem bestimmten einschneidenden Datum geantwortet haben (split-time).

4.3.3.1 Split-Half-Methode (Variation von Frageformulierungen)

Die rein zufallsbedingte Aufteilung der gesamten Stichprobe (n=4000) in zwei gleich große Teil-Stichproben hatte das Ziel, die Effekte von bestimmten unterschiedlichen Frageformulierungen, die wir bei einigen Fragen angewendet haben, methodisch zu überprüfen.

Hierzu wurde zunächst von Seiten des Bürger- und Standesamtes⁶¹ anhand des Einwohnermelderegisters die Grundgesamtheit ermittelt von allen Bürgerinnen und Bürgern, die am Stichtag des 12.1.1999 mit Hauptwohnsitz in der Stadt Bonn gemeldet und nach dem 12.1.1984 geboren waren. Das ergab insgesamt zu diesem Zeitpunkt genau 246.495 Personen ab 15 Jahren. Aus dieser Grundgesamtheit ist nun durch Computerberechnung eine reine Zufallstichprobe von 1,5% gezogen worden, so dass im Endeffekt eine Adressdatei von genau 4000 Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stand und an uns zur Durchführung der schriftlichen Befragung übermittelt wurde. Die Population dieser Stichprobe entspricht in ihren demografischen Merkmalsverteilungen (mit geringen Abweichungen innerhalb der üblichen Fehlergrenzen) der Grundgesamtheit der Bonner Bevölkerung (ab 15 Jahren). Das heißt, unter den 4000 Personen in der Zufalls-Stichprobe sind die jeweiligen Altersgruppen, die Alten und Jungen, die Frauen und Männer etc. jeweils zu gleichen Anteilen wie in der Grundgesamtheit der Bonner Bevölkerung vertreten.

⁶¹ Aber auch weitere städtische Stellen und Mitarbeiter/innen (ADV im Hauptamt; Statistikstelle) waren bei der Stichprobenziehung beteiligt. Allen Verantwortlichen und Aktiven der Stadt Bonn sei an dieser Stelle noch einmal für die unkomplizierte und reibungslose Zusammenarbeit unser Dank ausgesprochen.

Die folgende Tabelle vermag dies eindrucksvoll zu belegen:

**Vergleich der Grundgesamtheit der Bonner Bevölkerung mit unserer
Zufalls-Stichprobe**

	Bonner Bevölkerung (1.1.99) (ab 15 Jahren) (in %)	Zufalls-Stichprobe (12.1.99) (ab 15 Jahren) (in %)
Männer	45,50	45,20
Frauen	54,50	54,80
15-19 Jahre	5,5	4,6
20-24 Jahre	6,8	6,9
25-29 Jahre	9,1	9,2
30-34 Jahre	11,5	11,6
35-39 Jahre	10,5	10,6
40-44 Jahre	8,7	8,8
45-49 Jahre	7,5	7,6
50-54 Jahre	6,4	6,5
55-59 Jahre	7,5	7,6
60-64 Jahre	6,8	6,9
65-69 Jahre	5,0	5,1
70-74 Jahre	5,0	5,1
75-79 Jahre	4,5	4,5
80 J. u.mehr	5,1	5,1

Allenfalls die 15-19-Jährigen sind in unserer Stichprobe leicht unterrepräsentiert, was auf technische Gründe im Zusammenhang mit der Festlegung des Beginns der Zählung zurückzuführen ist, aber hier eher vernachlässigt werden kann.

In den beiden von uns gebildeten Teilstichproben (von jeweils 2000 Personen) sind die Geschlechts- und Altersgruppen-Proportionen genau dieser Grundverteilung entsprechend. Das heißt: es handelt sich um zwei ganz ähnliche Zufallsstichproben, die sich durch keine besonderen Merkmale voneinander unterscheiden. Danach müssen auch die Beantwortungen der Fragen unseres Fragebogens bei diesen beiden Teilstichproben ganz ähnlich sein bzw. es dürfen (entsprechend der Nullhypothese) keine überzufälligen Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen feststellbar sein.

Eine solche Zufalls-Aufteilung der Grundstichprobe in zwei gleich große Untergruppen (split-half) ermöglicht nun die Überprüfung von Effekten unterschiedlicher Frageformulierungen, welche wir bei einzelnen Fragen (V1, V4, V5, V8, V19 und V22) vorgenommen und auf die wir bei der Darstellung der Ergebnisse noch näher eingehen werden.

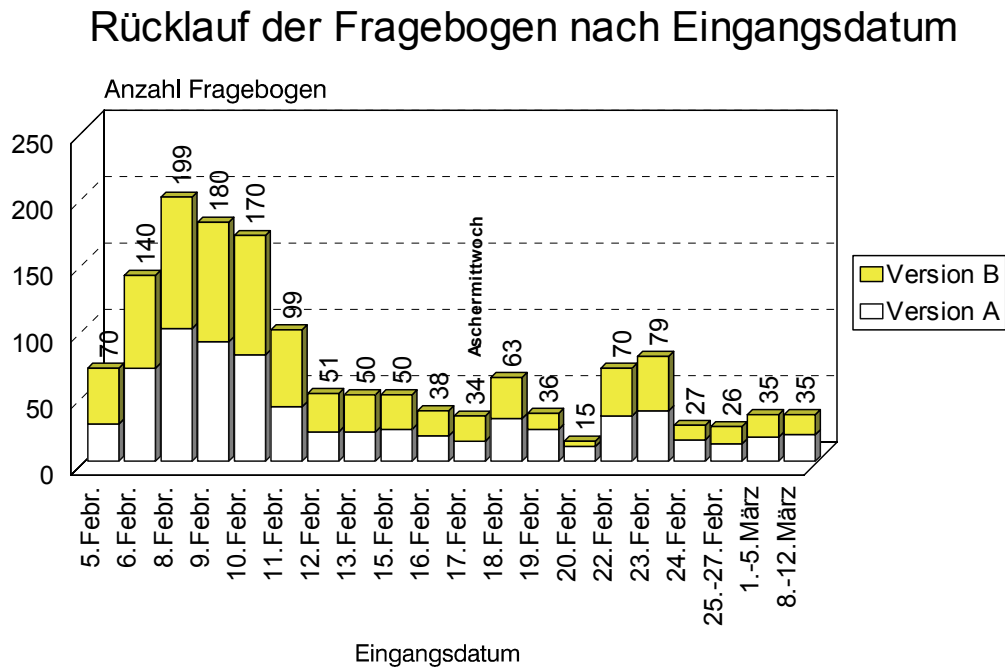
Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei die relativ geringe Veränderung, die die sogenannte Standardfrage zum Sicherheitsgefühl (V8) in ihren vorgegebenen Antwortkategorien erfahren hat. Während die extremen Kategorien jeweils ‚sehr sicher‘ und ‚sehr unsicher‘ lauteten, hatte man bei den mittleren Kategorien einmal zwischen ‚eher sicher‘ und ‚eher unsicher‘ und in der anderen Version zwischen ‚ziemlich sicher‘ und ‚etwas unsicher‘ zu wählen. Beide Varianten haben wir in der bisherigen Forschung als sogenannte ‚Standard-Varianten‘ gefunden; es war ein interessanter Anreiz, durch die von uns eingesetzte ‚split-half-Technik‘ zu untersuchen, inwieweit diese relativ feinen, auf den ersten Blick kaum erkennbaren Unterschiede in der Frageformulierung eventuell doch zu unterschiedlichen Ergebnissen im Antwortverhalten führen können. Es geht also um eine Überprüfung bzw. Bewusstmachung der besonderen methodischen Möglichkeiten der empirischen Forschung bei der ‚Konstruktion von Wirklichkeiten‘ speziell auch bei der ‚Konstruktion des Umfanges von Kriminalitätsfurcht‘.

4.3.3.2 Split-time-Methode (Variation des Antwort-Zeitraums)

Eine weitere methodische Variante ist von uns nicht bewusst geplant worden, sondern sie wurde uns quasi als eine Art ‚natürliches Experiment‘ im Laufe des Befragungszeitraums durch eingetretene, nicht vorhersehbare Umstände von außen geliefert.

Der Beginn unserer Befragung war auf den 1.2.1999 festgelegt worden; das heißt, an diesem Tag (einem Montag) sind die 2 mal 2000 mit einem frankierten Rückumschlag versehenen Briefumschläge (sortiert nach statistischen Bezirken und PLZ) auf der Poststelle der Universität Bonn zur weiteren Bearbeitung (Freistempelung) und Versendung eingeliefert worden. Die ersten Fragebögen dürften ihre Adressaten nicht vor der Wochenmitte erreicht haben. Am

Wochenende (Freitag, den 5.2.1999) waren bereits die ersten 70 beantworteten Fragebogen bei der Universität Bonn zurück. Der Hauptschub der Antworten folgte in den direkt anschließenden Tagen. Ein genaues Bild von dem Verlauf der Rückantworten liefert die folgende Grafik:



In dem Anschreiben haben wir eine dreiwöchige Frist gesetzt und um Rücksendung des ausgefüllten Fragebogens bis zum 22. Februar 1999 gebeten. Es ist nun nicht besonders überraschend, dass genau um diesen Zeitpunkt herum noch einmal eine merkliche Steigerung des Rücklaufs feststellbar ist; auch der leichte Anstieg nach den Karnevalstagen ist sehr gut nachvollziehbar.

Was aus dieser Zeitreihe jedoch nicht direkt ersichtlich ist, ist die Tatsache, dass in den Morgenstunden des Karnevalsdienstag (16.2.1999) die Festnahme des Kurdenführers Öcalan durch türkische Geheimdienstleute in afrikanischen Ländern bekannt wurde. Diese Meldung führte noch am gleichen Tag zu erheblichen Unruhen und gewaltsamen Protesten in zahlreichen Städten der Bundesrepublik und diese beherrschten die Medienlandschaft der darauf folgenden Tage. Der SPIEGEL titelte am 22.2.99 mit dem Aufmacher ‚Kurden-Krieg in Deutschland‘ und der STERN folgte am 25.2.99 mit einem furchterregenden Titelbild und der Schlagzeile: ‚Nach den Kurdenkrawallen: Die Angst der Deutschen.‘ Auch zahlreiche andere Tages- und Wochenzeitungen rückten das Thema ‚Angst‘ in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung.

Von daher ist es sehr interessant zu untersuchen, inwieweit diese äußeren Rahmenbedingungen und die besondere öffentliche Thematisierung der Angst in

diesen Tagen nicht auch einen speziellen Einfluss auf das von uns erfragte und gemessene Sicherheitsgefühl der Bonner Bevölkerung gehabt hat. Hierzu bietet es sich an, die Population der Antwortenden in zwei gesonderte Gruppen aufzuteilen. Die erste größere Gruppe (n=1027) wird gebildet von jenen Bürgern, die vor dem Stichtag Aschermittwoch (17.2.99) geantwortet haben und von den massiv berichteten ‚Kurden-Krawallen‘ somit noch nicht tangiert gewesen sein können. Die zweite Gruppe (n=412) hat ab diesem Stichtag ihren Fragebogen zum ‚Unsicherheitsgefühl‘ zurückgeschickt und sie ist möglicherweise in ihrem Antwortverhalten (speziell bei den ‚Kriminalitätsfurcht-Fragen‘) hiervon beeinflusst worden.

Wir haben am 22.2.1999 die Beantwortungszeit unserer Befragung durch eine entsprechende Pressemitteilung um 2 Wochen verlängert. Die letzten Rückläufe trafen in der 2. Märzwoche (8.-12.3.99) bei uns ein. Vereinzelt Fragebogen aus der Zeit danach wurden nicht mehr in die Auswertung übernommen. Es besteht somit die Möglichkeit durch das (ex-post) vorgenommene Splitting in zwei zeitliche Antwortgruppen (split-time), eventuelle Effekte unterschiedlicher zeitlicher Rahmenbedingungen auf das Sicherheitsgefühl zu überprüfen (mögl. Öcalan-Effekt).

4.3.4. Differenzierung der Analyse-Schritte

Während die bisherigen methodischen Differenzierungen sich alle auf die Planungs- und Erhebungsphase der Untersuchung beziehen, werden im folgenden einige Differenzierungen vorgestellt, die sich auf die Auswertungsphase konzentrieren. Neben unterschiedlichen Analyse-Ebenen (4.3.5) interessieren zunächst unterschiedliche Analyse-Schritte, welche sich grob in ‚beschreibend-vergleichend‘ (4.3.4.1) und ‚erklärend‘ (4.3.4.2) untergliedern lassen.

4.3.4.1. Beschreibende und vergleichende Analyse

Die beschreibende Analyse bildet dabei das Grundmodell der Vorgehensweise in der gesamten Untersuchung. Das gilt sowohl für die ‚objektiven‘ statistischen Daten als auch für die ‚subjektiven‘ Befragungsdaten. Quantitativer Umfang und Indikatoren der Verteilung (Mittelwerte, Rangplätze, Streuungsmaße, Varianzen) stehen hier im Mittelpunkt des Interesses.

Neben der reinen Beschreibung geht es aber auch sehr häufig um die vergleichende Einordnung der Zahlen in einen größeren Zusammenhang. Das heißt, es interessiert wie die Bonner Zahlen im Vergleich zu Zahlen des Bundes,

des Landes und anderer Städte aussehen und wie sie vor diesem Hintergrund zu interpretieren sind. Damit erlangen die rein beschreibenden und zum Teil auch sehr nüchternen Zahlen gewisse Konturen und Farbgebungen.

Die vergleichende Analyse der Daten wird in der Regel noch einmal grundlegend unterteilt in eine sogenannte „inter-kommunale“ und in eine sogenannte „intra-kommunale“ Variante.

Bei der ersteren werden Gesamtzahlen der Stadt Bonn mit Gesamtzahlen aus anderen Städten und Kommunen verglichen; bei der letzteren werden Einzelzahlen aus verschiedenen Stadtteilen und statistischen Bezirken der Stadt Bonn miteinander in Beziehung gesetzt.

Die erste Variante erlaubt vergleichende und relativierende Aussagen über die Stadt Bonn als Ganze, die zweite Variante ermöglicht solche Aussagen über einzelne Stadtteile und –bezirke.

Der inter-kommunale Vergleich ist also in erster Linie ein „Vergleich nach außen“, während die intra-kommunale Variante einen „Vergleich nach innen“ darstellt.

4.3.4.2. Erklärende Analyse (Faktoren-, Korrelations- und Regressionsanalysen)

Neben der reinen Beschreibung eines Phänomens geht es in anspruchsvolleren und komplexeren (sozial-)wissenschaftlichen Analysen auch um die Erklärung von Phänomenen bzw. um die Aufhellung der Wirkungszusammenhänge zwischen verschiedenen theoretisch sinnvollen Faktoren bzw. Variablen. Diese werden in der Regel in sogenannte abhängige (= zu erklärende) und in sogenannte unabhängige (=erklärende) Variablen differenziert.

Bei einer Kriminologischen Regionalanalyse bietet sich vor allem der „subjektive“ Befragungsteil für erklärende Analyseschritte an. Als zu erklärende Variablen stehen hier die „Kriminalitätsfurcht“ und die „Viktimisierung“ (Opferbetroffenheit) im Mittelpunkt des Interesses. Für diesen Bereich gibt es in der sozialwissenschaftlich-kriminologischen Forschung bereits mehrere interessante und relevante Erklärungsansätze, welche wir bei unserer Untersuchung als Grundlage für nähere empirische Überprüfungen heranziehen konnten. Relativ große Anerkennung und Verbreitung hat die theoretische Differenzierung von Boers⁶² gefunden, der im wesentlichen drei zentrale Erklärungsansätze für Kriminalitätsfurcht hervorhebt:

- Viktimisierungsansatz: Er geht in erster Linie davon aus, dass konkrete Erfahrungen als Opfer die Kriminalitätsfurcht beeinflussen. Die Grundthese lautet hier: je größer die Viktimisierung, desto größer die Kriminalitätsfurcht.

⁶² Boers, 1991, Kriminalitätsfurcht. Pfaffenweiler 1991

- Kontroll- bzw. Sozialstruktur-Ansatz: Er vermutet in grundlegenden Phänomenen der sozialen Desorganisation und damit zusammenhängenden Defiziten in den Bereichen der informellen und sozialen Kontrolle den wesentlichen Erklärungsfaktor für die Erscheinungsformen der Kriminalitätsfurcht.
- Problematisierungs- und Dramatisierungsansatz: Er sieht die Hauptursachen für die zunehmende Ängstlichkeit und Unsicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der für die Medien funktionalen Inszenierung und Dramatisierung von alltäglichen Risiken und Gefahren und den daraus resultierenden Irrationalitäten und Emotionalisierungen der öffentlichen Diskussion.

Das Erhebungsinstrument unserer Befragung ist von uns so gestaltet worden, dass die Auswertung neben den beschreibenden und vergleichenden Elementen auch theoretisch-erklärende und hypothesen-testende Ansätze erlaubt. Dabei liegt ein ausformuliertes Variablen-Modell unserer Untersuchung zu Grunde,⁶³ welches neben einzelnen möglicherweise erklärenden Variablen zusätzlich einige Variablen enthält, die ihrerseits eher in Abhängigkeit von der Kriminalitätsfurcht zu sehen sind und somit in erster Linie als Folge-Variablen betrachtet werden können.

Durch den Einsatz des statistischen Analysepaketes SPSS⁶⁴ sind wir in der Lage, die einschlägigen faktoren-, korrelations- und regressions-analytischen Verfahren zu nutzen und somit die theoretisch vermuteten Wirkungszusammenhänge auf ihre Signifikanzen hin zu überprüfen. Dadurch lassen sich letztendlich dann auch verschiedene Ansatzpunkte für mögliche Änderungsstrategien erkennen und auf der Basis der ermittelten empirischen Befunde zur Diskussion stellen.

Angesichts der Tatsache, dass wir auch die von der Polizeibehörde Bonn zur Verfügung gestellten ‚objektiven‘ ZVV-Daten in eine SPSS-Datei umwandeln konnten, besteht die Möglichkeit, auch mit diesen Daten nicht nur allein beschreibend und intra-kommunal vergleichend, sondern ansatzweise auch korrelations-analytisch zu arbeiten.

Außerdem können einzelne besonders relevante und interessante Zusammenhänge auch hinsichtlich der Merkmale der 62 statistischen Bezirke der Stadt Bonn überprüft werden. Dies geschieht anhand von sogenannten Kontext- oder Aggregatdaten in Form einer Kontextanalyse. (Näheres hierzu unter dem Kapitel 4.3.5.2)

⁶³ Dieses finden Sie auf der nächsten Seite in einem Schaubild dargestellt: ‚Zentrales KRABBE-Erklärungsmodell für Kriminalitätsfurcht.‘

⁶⁴ Statistical Package for the Social Sciences, Version 8.0 für Windows

Zentrales KRABBE-Erklärungsmodell für Kriminalitätsfurcht

Soz.Struktur-Ansatz	Problema-tisierungs-Dramatisierung-s-Ansatz	Viktimisierungs-Ansatz	abhängige, zu erklärende Variable	Mögl. Folgen
				Bevorzugte Maßnahmen (V23)
Geschlecht (V24)	Fernseh-Nutzung (CL_TV2)	Viktimisierung (V05) (CL_Vik2)	Kriminalitäts-furcht (CL_Ang3)	Repressions-Neigung (CL_Rep3)
Alter (V25.8)	Viel-Seher (V17.5)			Soz.Präventions-Neigung (CL_Prä3)
Lebensstil (V17akti6)	Reality-TV-Seher (V13)			Aufklärungs-Neigung (CL_Auf3)
				Standardfrage (V08)
Soziale Lagen:			Straft.Angst (CL_01.3)	Disorder-Proble-matisierung (V10)
Beruf (V30)			Lebensrisiken-Angst (CL_02.3) Ängstlichkeits-einschätzung (V15)	Physical-Disorder (CL_PhD3)
Schicht-einstufung (V18)				Social-Disorder (CL_SoD3)
Kontextvar. (KV 3-20)				Verkehrsdelkte (CL_VK3)
Polit.Grund-einstellung: (CL_Pol3)				Nachbarschafts-Initiativen-Bewert.(V21)
Inglehart-Index (V03ingl)				Polizei-Bewertung (V22)
Links-Rechts-Einst.(V16)				

4.3.5. Differenzierung der Analyse-Ebenen

Neben den verschiedenen Analyse-Schritten gilt es auch die verschiedenen Analyse-Ebenen zu beachten. Dadurch dass die Bonner Daten in zwei unterschiedlichen Varianten zur Verfügung stehen, können wir die Analysen sowohl auf der Individualdaten-Ebene (4.3.5.1) als auch auf der Aggregatdaten-Ebene (4.3.5.2) durchführen.

4.3.5.1. Individualdaten (von 1467 Befragten)

Bei den sogenannten Individualdaten ist das jeweilige von uns befragte Individuum der einzelne Merkmalsträger. Jeder einzelne Bonner Bürger, der von uns befragt worden ist und auch geantwortet hat, weist eine Vielzahl von Merkmalen auf, die als solche in die weitere Analyse eingegangen sind. Insgesamt stehen somit 1467 einzelne Datensätze mit weit über 200 Einzelmerkmalen zu Verfügung. Die Auszählung und Auswertung erlaubt wegen der vollständigen Anonymisierung der Daten selbstverständlich keine Aussagen über einzelne Bonner Bürger, sondern nur über verschiedene Gesamtheiten bzw. Gruppen von Bürgern. Wenn wir somit zu dem Ergebnis kommen, dass die Bürgerinnen und Bürger aus dem Stadtteil ‚xyz‘ eine größere Kriminalitätsfurcht aufweisen als die Bürgerinnen und Bürger aus dem Stadtteil ‚abc‘, dann ist dies eine Folge aus der Addition und Gesamtschau von 1467 Einzelantworten. Dies ist das Charakteristikum der Individualdaten-Analyse. In der Regel sind alle repräsentativen Bevölkerungsbefragungen, die jeweils einzelne Personen befragen, in diese Kategorie einzuordnen. Von diesen Individualdaten grundsätzlich zu unterscheiden sind die sogenannten Aggregatdaten, bei denen **nicht** einzelne Individuen die Merkmalsträger sind.

4.3.5.2. Aggregatdaten (62 statistische Bezirke)

Wie es der Name schon sagt, handelt es sich bei den Merkmalsträgern von Aggregatdaten um zusammengefasste, aggregierte Gebilde wie zum Beispiel ganze Stadtbezirke. In unserem konkreten Beispiel bedeutet dies, dass wir neben dem Individualdatensatz einen weiteren Datensatz zur Verfügung haben, der verschiedene Merkmale von den insgesamt 62 statistischen Bezirken beinhaltet. Ein typisches Aggregatdatum ist z.B. die Arbeitslosenquote oder die Häufigkeitszahl der Sozialhilfe-Empfänger in den einzelnen statistischen Bezirken. Derartige aggregierte Daten stehen in Form verschiedener Statistiken⁶⁵ auch für die Stadt Bonn zur Verfügung. Sie sind ohne weiteres nicht mehr auf die Individualdaten-Ebene zurückführbar.

⁶⁵ so z.B. der Sozialatlas der Bundesstadt Bonn, 1998

Auf der anderen Seite lassen sich alle Individualdaten relativ einfach in eine aggregierte Form verwandeln, was wir zum Teil auch mit den Daten aus unserer Bürgerbefragung realisiert haben, um somit für einzelne besonders interessante Variablen (wie z.B. die Kriminalitätsfurcht) eine gewisse Kompatibilität und eine breitere Anwendungsmöglichkeit für die Aggregatdaten-Analyse zu erreichen.

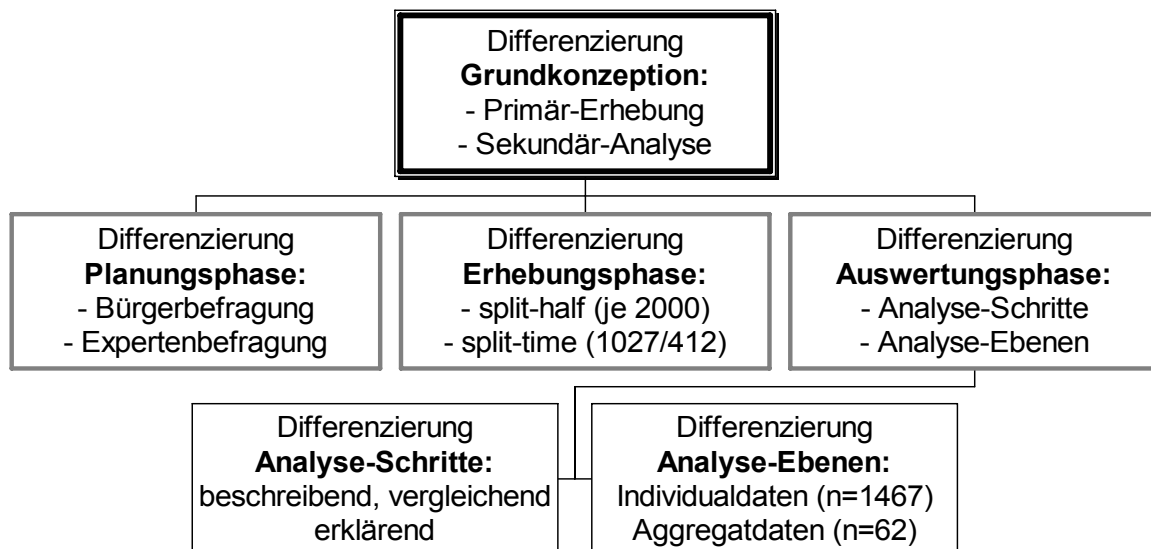
Mit derartigen Strukturdaten lassen sich in ganz ähnlicher Weise wie bei den Individualdaten sowohl beschreibende als auch erklärende Analyseschritte durchführen. Insoweit lässt sich z.B. näher untersuchen, welche sozialstrukturellen Merkmale von einzelnen Bezirken mit besonderen Auffälligkeiten in der ‚objektiven‘ und ‚subjektiven‘ Kriminalitäts(furcht)belastung zusammenhängen.

Eine konkrete Frage lautet: ‚Ist das Unsicherheits-Niveau in sozialstrukturell eher defizitären Bezirken größer oder weniger groß als in eher normalen Lagen?‘ Eine Kontext-Analyse auf Aggregatdaten-Ebene kann hier interessante Erkenntnisse liefern.

4.3.6.Zusammenfassung

Der gesamte methodische Aufbau des KRABBE-Projekts lässt sich in seinen verschiedenen Differenzierungen am besten an Hand einer synoptischen Darstellung zusammenfassen, welche im folgenden abgebildet ist:

Synopse der Methodik des KRABBE-Projekts



4.4. Zu den einzelnen Ergebnissen und Erkenntnissen des Bonner Projekts

In diesem Abschnitt (4.4.) werden nun die einzelnen Ergebnisse und Erkenntnisse des gesamten Projekts dargestellt. Es handelt sich somit um den ganz zentralen Teil dieses Berichtes. Er wird zunächst einmal entsprechend den beiden wesentlichen Teilprojekten untergliedert in einen ersten Kern-Abschnitt, in dem die wichtigsten Erkenntnisse zur ‚objektiven Sicherheitslage‘ in der Stadt Bonn (4.4.1) dargestellt werden, zudem in einen zweiten Kern-Abschnitt, in dem über die interessantesten Ergebnisse der Bürgerbefragung zum Sicherheitsgefühl und damit über die ‚subjektive Sicherheitslage‘ in dieser Stadt (4.4.2) berichtet wird.

4.4.1. Erkenntnisse zur ‚objektiven Sicherheitslage‘ in der Stadt Bonn

Die Darstellung der Erkenntnisse zur ‚objektiven Sicherheitslage‘ wird sich orientieren an den wesentlichen Datenquellen, die in diesem Bereich zur Verfügung stehen. Somit werden wir zunächst auf das bekannte und schon klassisch zu nennende Datenwerk der ‚Polizeilichen Kriminalstatistik‘ (**PKS**) eingehen (**4.4.1.1**). Dabei haben wir uns in erster Linie auf die jährlichen PKS-Berichte der Kreispolizeibehörde Bonn (KPB), des Landeskriminalamtes NRW (LKA) und des Bundeskriminalamtes (BKA) konzentriert. Hier interessieren vor allem Daten über die PKS-Entwicklung im Verlauf der 90-er Jahre (sog. Zeitreihen-Vergleich) und Vergleichsdaten aus anderen Städten und Kommunen speziell für das Jahr 1998 (sog. inter-kommunaler Vergleich).

In einem zweiten Teil (**4.4.1.2**) werden wir dann auf die Daten der ‚Zentralen Vorgangsverwaltung‘ (**ZVV**) beim PP Bonn eingehen, welche uns als MS-Access-Datensätze zur Verfügung gestellt worden sind.⁶⁶ Neben den internen Abgleichen mit den PKS-Daten und den entsprechenden Validitäts- und Zuverlässigkeitsprüfungen interessieren die sog. ZVV-Daten vor allem hinsichtlich der Beschreibung eines differenzierten, nach 62 Bezirken untergliederten, städtischen Kriminalitäts-Lagebildes und eines damit ermöglichten ‚intra-kommunalen Vergleichs‘, welcher auch die Grundlage für einen kommunalen Kriminalitätsatlas⁶⁷ liefern kann.

⁶⁶ Diese konnten wir einerseits innerhalb dieser Programme weiterverarbeiten und analysieren, andererseits bot sich jedoch auch die Möglichkeit, sie in SPSS-Dateien zu verwandeln und mit den entsprechenden Auswertungsroutinen zu bearbeiten, die auch für die Befragungsdaten zur Verfügung stehen.

⁶⁷ In diesem Zusammenhang konnte für die Darstellung der Ergebnisse auf der Basis der 62 statistischen Bezirke, der 17 PLZ-Bezirke, der 9 Stadtteile und der 4 Stadtbezirke auf die spezielle Mapping-Software ‚Easymap 6.2‘ der Bonner EDV-Firma ‚Lutum und Tappert GmbH‘ zurückgegriffen werden, welche uns dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt wurde. Auch die Sozialdaten der Bundesstadt Bonn, welche in Zusammenarbeit mit der Statistikstelle (Leiter Kosack) im Sozialatlas -differenziert nach den 62 Bezirken-

4.4.1.1. Die Daten der ‚Polizeilichen Kriminalstatistik‘ (PKS)

Entsprechend der im Methodenteil vorgestellten Differenzierung werden wir die PKS-Daten zunächst in beschreibender und vergleichender Weise darstellen (4.4.1.1.1), um später dann auf mögliche Erklärungen für bestimmte außergewöhnliche (deliktsspezifische) Erscheinungsbilder und aus dem Rahmen fallende Entwicklungen speziell in Bonn näher einzugehen (4.4.1.1.2) und mögliche Konsequenzen hieraus zu diskutieren.

4.4.1.1.1. Beschreibung und Vergleich

Zur Beschreibung der Kriminalität liefert die Polizeiliche Kriminalstatistik verschiedene Indikatoren, die auf die beiden statistischen Erfassungsbögen (ADV1 und ADV2) und die dort registrierten Merkmale zurückzuführen sind. Mit dem 1.Erfassungsbogen werden verschiedene Angaben zu der vermuteten Straftat⁶⁸ gemacht; hiermit wird die Grundlage für die sogenannte Fallzählung gelegt, welche den zentralen PKS-Indikator (4.4.1.1.1.1) darstellt. Anhand der Fallzählung werden die wesentlichen Aussagen über den Umfang der registrierten Kriminalität und ihren Entwicklungsverlauf gemacht. Des Weiteren sind hierdurch die differenzierten Aussagen über den Umfang und die Entwicklung einzelner Deliktsarten möglich.

Mit dem 2.Erfassungsbogen werden verschiedene Merkmale des Tatverdächtigen⁶⁹ als Person registriert, was dann später die sogenannte Tatverdächtigen-Zählung (4.4.1.1.1.2) ermöglicht. Da eine tatverdächtige Person mehrere Delikte auf einmal begehen kann und nicht gerade selten auch tatsächlich begeht, sind die summierten Fallzahlen in der Regel um einiges höher als die summierten Tatverdächtigen-Zahlen. Der letztere Indikator wird in den jährlichen PKS-Berichten und in der politischen Diskussion vor allem dann ausführlich beschrieben und herangezogen, wenn man Aussagen über einzelne ‚Tätergruppen‘ (wie z.B. jugendliche, weibliche oder auch ‚nicht-deutsche‘ Täter) machen will.

Da jeder Fall und auch jeder Tatverdächtige nicht automatisch und auch nicht immer zweifelsfrei die genaue Art seiner statistischen Registrierung mitliefert, gibt es für die einzelnen Polizeibeamten, welche die statistische Erfassung

veröffentlicht werden, basieren auf dieser Software, so dass ein möglicherweise geplanter Kriminalitätsatlas für die Stadt Bonn auf der Basis der ZVV-Daten hiermit darstellungs-technisch voll kompatibel wäre.

⁶⁸ Deliktsschlüssel, Behördenschlüssel des Tatortes, Tatortgröße, Tatzeit, Schadenshöhe, Fall-Aufklärung u.a.

⁶⁹ Name, Geschlecht, Alter, Wohnort, Staatsangehörigkeit, u.a.

durchzuführen haben, ein sehr umfangreiches Regelwerk⁷⁰, welches eine möglichst einheitliche und gleichmäßige Anwendungspraxis anzuzielen versucht. Dass hier immer noch ein relativ großer Definitions- und Interpretationsspielraum für bestimmte Fallkonstellationen vorhanden sein dürfte, ist bei der Breite, Komplexität und Heterogenität der denkbaren und zu regelnden Fälle nicht besonders verwunderlich. Wir werden hierauf später noch ein wenig näher eingehen.⁷¹

4.4.1.1.1. Zur Zählung der Fälle (Straftaten bzw. Strafanzeigen)

Da es sich bei den durch die Polizei registrierten Fällen zum Zeitpunkt der Abgabe an die Staatsanwaltschaft im eigentlichen Sinne noch nicht um rechtskräftig nachgewiesene Straftaten handelt, zählt die polizeiliche Kriminalstatistik genau genommen keine Straftaten, sondern eigentlich nur Strafanzeigen, welche im weiteren Verlauf des Ermittlungsverfahrens auch durchaus zur Einstellung führen können⁷². Die Tatsache, dass die registrierten und rechtskräftig verurteilten Straftaten der Justiz in der dortigen Strafverfolgungsstatistik einen deutlich geringeren Umfang einnehmen als die ‚PKS-Straftaten‘ belegt recht deutlich den nicht selten vorläufigen und recht selektiven Charakter der PKS-Zahlen. Im klaren und kritischen Bewusstsein ihrer systematischen und praktischen Grenzen und Schwächen kann man die PKS-Zahlen dennoch als eine erste und durchaus vorläufige Annäherung an die ‚Realität‘ der Kriminalitäts-Phänomene verwenden. In jedem Fall spiegeln sie nicht die Realität in einem Verhältnis von 1:1, sondern sie stellen in jedem Fall eine besondere Form von Realitäts-Abbildung mit all ihren weiter oben beschriebenen selektiv verzerrten Konstruktionselementen dar.

Grundsätzlich unterschieden wird dabei in der Regel zwischen den absoluten Fallzahlen (AZ) und den Häufigkeitszahlen (HZ). Die absoluten Zahlen (1.) ergeben sich aus der einfachen Summierung der einzelnen Fälle. Die Häufigkeitszahlen (2.) drücken demgegenüber eine Relation zur jeweiligen Bevölkerungsgröße aus. Sie kennzeichnen die Anzahl an Straftaten bzw. Fällen bezogen auf 100.000 Einwohner. Damit ist vor allem auch für die angestrebten und wichtigen Vergleiche zwischen verschiedenen Städten, Regionen, Ländern etc. ein grundlegender und verständlicher Maßstab geschaffen, den wir in unseren vergleichenden Darstellungen vorzugsweise benutzen werden.

⁷⁰ Siehe hierzu die ‚Richtlinien für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik‘, über deren wesentliche Inhalte in den jährlichen Berichten des BKA (im Rahmen der jeweils aktualisierten Vorbemerkungen auch anhand von Beispielen) informiert wird.

⁷¹ Des weiteren werden genau diese Definitionsspielräume ein zentraler Untersuchungsgegenstand bei der umfangreichen empirischen Detailanalyse unseres Mitarbeiters von Grotthuss sein.

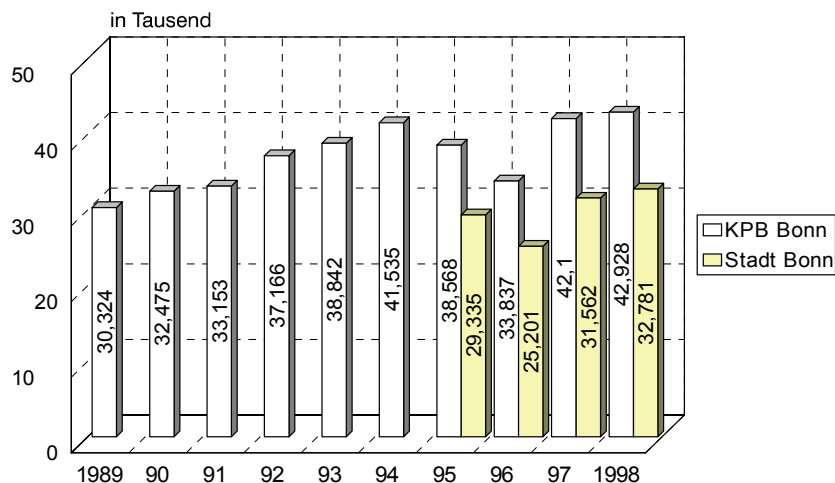
⁷² Die bei der Polizei gezählten Straftaten müssten in etwa die gleiche Größenordnung aufweisen wie die bei den Staatsanwaltschaften gezählten Aktenzeichen von Ermittlungsverfahren. Da die Gebiete der Polizei- und StA- bzw. Gerichtsbezirke (KPB Bonn und LG Bonn) nicht übereinstimmen und zusätzliche Schwierigkeiten bestehen, StA-Zahlen nur für die Stadt Bonn zu erhalten, mussten wir im Rahmen der Kriminologischen Regionalanalyse Bonn auf einen direkten Vergleich in dieser Hinsicht verzichten.

1. Die absoluten Fallzahlen (1989-1998)

Beginnen wollen wir jedoch zunächst mit der Entwicklung der absoluten PKS-Zahlen im Bereich der Kreispolizeibehörde Bonn (KPB Bonn) in den letzten 10 Jahren (1989-1998):

Entwicklung der Gesamtkriminalität (1989 - 1998)

Absolute Fallzahlen; KPB Bonn und Stadt Bonn (ab 1995)



Quelle: PP Bonn, Dez. GS 2, Polizeiliche Kriminalstatistik 1998, S.29/24; 1996/22

Diese Zeitreihe zeigt innerhalb der ersten fünf Jahre einen kontinuierlichen Anstieg der Fallzahlen um ca. 5-10% an; sie liegt damit in einem für PKS-Zahlen durchaus normalen Bereich; in der ersten Hälfte der 90-er Jahre waren diese relativ deutlich zunehmenden Entwicklungen vielerorts zu verzeichnen.

Durchaus außergewöhnlich und auffallend ist allerdings die zunächst relativ starke Abwärtsbewegung und die anschließend noch stärkere Aufwärtsbewegung (um über 20%) in der zweiten Hälfte der 90-er Jahre.

Zu dem besonderen Kurvenverlauf ab dem Jahre 1995 passt ein weiteres statistisches Phänomen⁷³, welches in dem obigen Schaubild erkennbar ist und welches möglicherweise auch inhaltliche Zusammenhänge zu der ersten Besonderheit aufweist. Im Jahre 1995 gab es nämlich bei der Polizeibehörde Bonn relativ einschneidende organisatorische Veränderungen:

- Im Zuge der landesweiten Organisationsreform hinsichtlich des Verhältnisses zwischen ‚Schutz- und Kriminalpolizei‘ wurde beim PP Bonn auch die Zuständigkeit für die statistische Erfassung und Bearbeitung der ADV-Bogen neu geregelt. War die Zuständigkeit für die gesamte Statistik bis dato bei einer zentralen Stelle (im Bereich ZKB) angesiedelt, so wurde diese ab 1995 auf die verschiedenen Dienststellen und die jeweiligen Ermittlungsbeamten vor

⁷³ Die spezielle statistische Ausweisung von PKS-Zahlen bezogen allein auf den Bereich der Stadt Bonn ist erst seit dem Jahre 1995 möglich.

Ort delegiert. Während die wesentliche PKS-Bearbeitung bis zum Jahre 1995 zentral in den Händen von einigen wenigen Spezialisten lag, hat ab diesem Zeitpunkt jede einzelne polizeiliche Dienststelle, die einen konkreten Fall ermittelt und an die Staatsanwaltschaft abgibt, auch für die abschließende statistische Erfassung in eigener Regie zu sorgen. Reale Auswirkungen dieser Umorganisation auf die statistische Erfassungsmoral -qualität und -praxis und auf den gesamten statistischen Output sind zumindest nicht abwegig. Ein mögliches Erklärungsangebot für den Abwärtstrend in der Mitte der 90-er Jahre deutet sich hier bereits an. Wir werden später noch sehen, wie sich auch der rasante Aufwärtstrend im Jahre 1997 in diesen Erklärungszusammenhang einordnen lässt. Vorsicht ist jedenfalls geboten bei einer Interpretation der Veränderungen in Richtung ‚realer‘ Kriminalitätsentwicklungen.

Eine reale Veränderung hat sich allerdings bei der Untergliederung der PKS-Tatortschlüsselzahlen im Jahre 1995 ausgewirkt. Dadurch ist es erstmals möglich geworden, für den gesamten Bereich der Kreispolizeibehörde Bonn⁷⁴ auch einen reinen Bonner Stadtbereich statistisch abzuschichten und somit zum ersten Mal auch Aussagen über die Kriminalität allein in der Stadt Bonn zu machen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für unsere Kriminologische Regionalanalyse, da wir auch die subjektiven Befragungsdaten auf die Stadt Bonn konzentriert haben und beide Projektteile sich somit auf die gleiche Region beziehen können. Auch aus Vergleichsgründen mit anderen Städten werden wir - so weit wie eben möglich - im Rahmen dieser Analyse polizeiliche Zahlen speziell für die Stadt Bonn verwenden.⁷⁵ Hinsichtlich der absoluten Fallzahlen entwickeln sich die Bonner Zahlen in etwa ganz ähnlich wie die Gesamtzahlen der KPB Bonn; an diesen behalten die PKS-Zahlen der Stadt Bonn einen Anteil von ca. 75%.

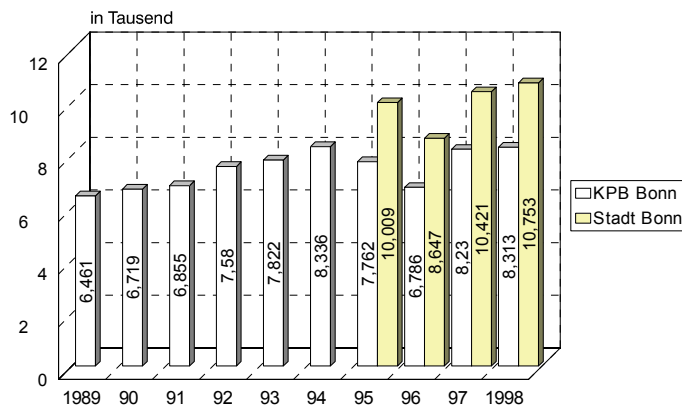
⁷⁴ Diese umfaßt neben der Stadt Bonn (Zentrum, Beuel, Godesberg, Duisdorf) auch noch den gesamten umgebenden Rhein-Sieg-Kreis, sowohl den rechtsrheinischen (Königswinter und Bad Honnef), als auch den linksrheinischen (Wachtberg-Berkum, Meckenheim/Rheinbach, Swistal, Bornheim/Alfter).

⁷⁵ Nicht nur aus diesen forschungs-praktischen und theoretischen Gründen wäre es sehr zu begrüßen, wenn der PKS-Jahresbericht des PP Bonn in Zukunft die spezielle Ausweisung der Zahlen für den Bereich der Stadt Bonn zu Regel macht und durchgängig für alle Tabellen diese sehr sinnvolle Differenzierung vorsieht.

2. Die Häufigkeitszahlen

Entwicklung der Gesamtkriminalität (1989 - 1998)

Häufigkeitszahlen (HZ); KPB Bonn und Stadt Bonn



Quelle: PP Bonn, Dez. GS 2, Polizeiliche Kriminalstatistik 1998, S.29 u. Uni Bonn

Hinsichtlich der Häufigkeitszahlen (HZ=Anzahl der Straftaten auf 100.000 Einw.) zeigt sich zunächst einmal ein ganz ähnlicher Verlauf wie bei den absoluten Fallzahlen.

Auch hier bildet sich die oben beschriebene Zick-Zack-Bewegung mit Beginn des Jahres 1995 deutlich ab, was auch nicht weiter verwunderlich ist, da die absoluten Zahlen ja die Ausgangsbasis für die Berechnung der Häufigkeitszahlen abgeben.

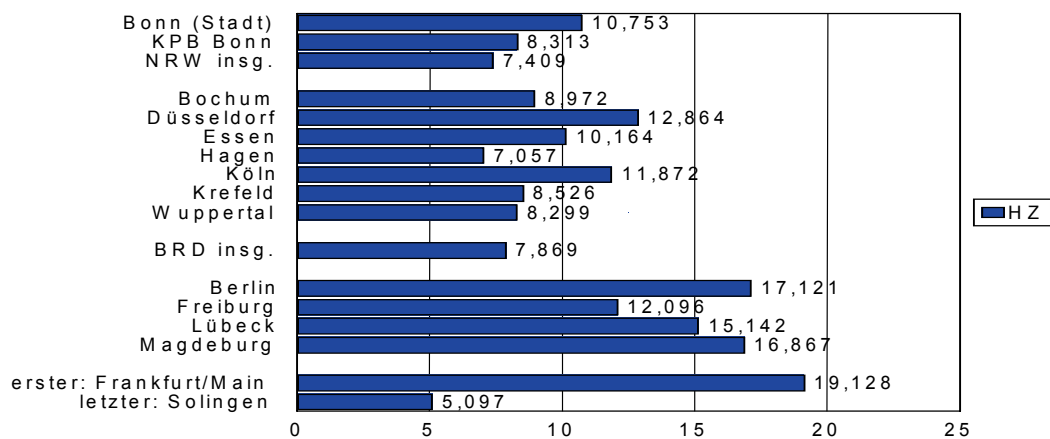
Deutliche Unterschiede erkennt man allerdings in der Höhe der Zahlen für die Stadt Bonn; diese liegen doch um einiges höher (mehr als 2000) als die Häufigkeitszahlen aus der gesamten Kreispolizeibehörde. Dies zeigt an, dass sich das Kriminalitätsgeschehen sehr viel stärker auf die städtische Region verlagert als auf das Umland. Dies ist wiederum ein Befund, der keinesfalls neu ist und seit Jahren und Jahrzehnten aus dem gesamten Bundesgebiet und darüber hinaus bekannt ist: Die großen Städte weisen deutlich mehr registrierte Kriminalität auf als die ländlichen Regionen, was im wesentlichen an den günstigeren Gelegenheitsstrukturen für die Begehung von Massendelikten (Ladendiebstahl, Schwarzfahren, KFZ-Delikte etc.) liegt.

Eine wichtige Folgerung aus dieser Erkenntnis liegt darin, dass man für vergleichende Kriminalitätsanalysen möglichst vergleichbare Grundgesamtheiten schaffen muss und bei einem landes- und bundesweiten Städtevergleich die speziell auf die Stadt Bonn bezogenen Zahlen heranziehen muss und nicht die Besonderheiten des Umlandes in den allgemeinen KPB-Zahlen hier mit einfließen lassen kann. Diese würden die Stadt Bonn in einem vergleichsweise zu günstigen Licht erscheinen lassen.

4.4.1.1.1.2. Zum Vergleich der Häufigkeitszahlen

1998

PKS-Häufigkeitszahlen (HZ) im Städte-Vergleich



Quelle: BKA, PKS, Wiesbaden 1998; T 11

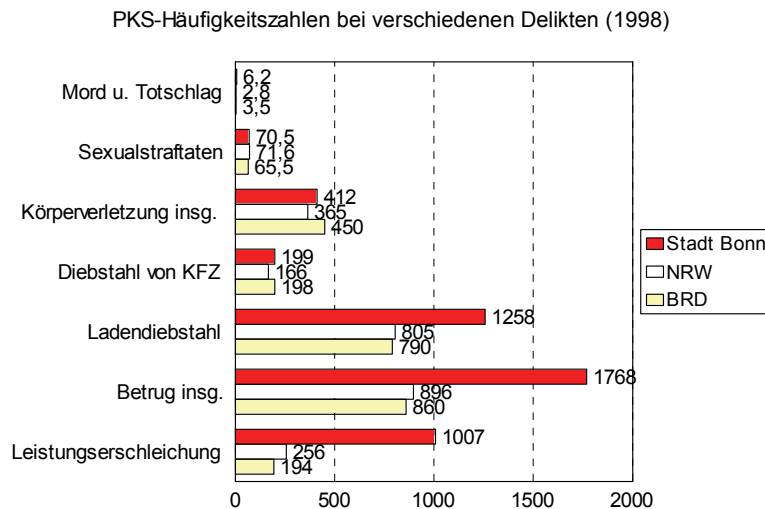
1. Auf den ersten Blick weist diese Grafik der Stadt Bonn einen guten Mittelplatz zu. Die Bonner Häufigkeitszahl von 10.753 aus dem Jahr 1998 liegt in ihrer Größenordnung dabei näher an dem Tabellenschlusslicht (Solingen: 5.097) als an dem bundesdeutschen Spitzenreiter (Frankfurt/Main: 19.128). Dennoch lässt sich durchaus erkennen, dass nicht nur die landes- und bundesweiten Durchschnittszahlen (NRW: 7.409 / BRD: 7.869) sondern auch einige städtische Häufigkeitszahlen (z.B. Hagen oder Bochum) mehr oder weniger deutlich unter der Bonner Zahl liegen.⁷⁶ Andere vergleichbare Städte wie zum Beispiel Freiburg und Lübeck weisen demgegenüber eindeutig höhere Zahlen auf.

Dass die landes- und bundesweiten Durchschnittszahlen insgesamt geringer ausfallen, wird durch die hier automatisch erfolgte Einbeziehung der geringer belasteten ländlichen Regionen durchaus plausibel (analog KPB Bonn).

⁷⁶ Direkt mit der Stadt Bonn vergleichbar sind in erster Linie Städte mit einer ähnlichen Größenordnung. Aus NRW haben wir die Städte Bochum, Düsseldorf, Essen, Hagen, Köln, Krefeld und Wuppertal ausgewählt, weil hier in der Regel auch noch zusätzliches Vergleichsmaterial aus ‚Kriminologischen Regionalanalysen‘ oder Bürgerbefragungen vorliegt. Aus dem übrigen Bundesgebiet haben wir jeweils eine Stadt mit ähnlicher Größenordnung aus dem Süden (Freiburg), dem Norden (Lübeck) und dem Osten (Magdeburg) in die Auswahl aufgenommen; zudem für einen direkten ‚Bonn-Berlin-Vergleich‘ auch die alte und die neue Bundeshauptstadt. Ferner haben wir hinsichtlich jeder einzelnen Grafik (bzw. Deliktsart) die jeweils wechselnden Spitzenreiter und Schlusslichter vermerkt, um die Bonner Zahlen auch in den Rahmen der Extremwerte einordnen zu können.

2. Durch eine genauere Betrachtung der deliktsspezifischen Häufigkeitszahlen lässt sich sehr gut erkennen, welche einzelnen Deliktsbereiche in erster Linie für die höhere Kriminalitätsbelastung in der Stadt Bonn verantwortlich zu machen sind:

Vergleich Stadt Bonn mit Land NRW und BRD



Quelle: PKS Bonn, NRW, Bund 1998

Die relativ hohe Häufigkeitszahl in der Stadt Bonn ist danach vor allem auf die Delikte ‚Betrug, Ladendiebstahl und Leistungerschleichung‘ zurückzuführen.⁷⁷ Beim Ladendiebstahl und beim Schwarzfahren handelt es sich um typische städtische Delikte, die aufgrund der besonderen Infra- und Gelegenheitsstrukturen vor allem in den größeren Städten vorkommen.

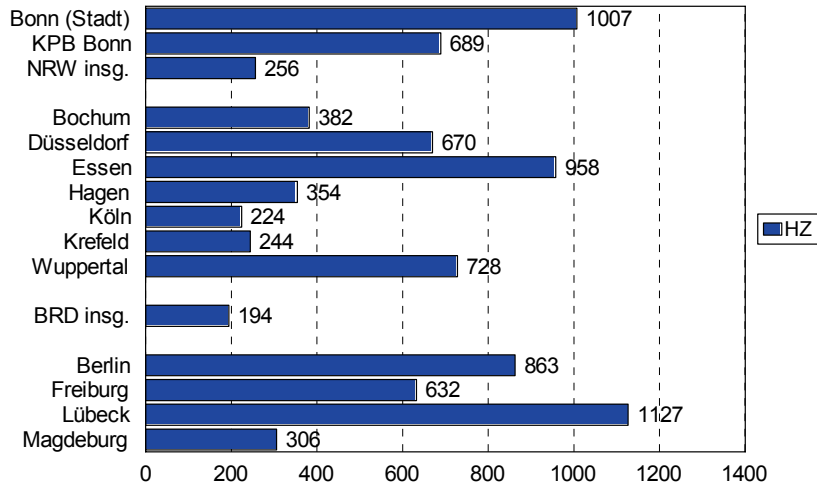
Im Bereich verschiedener klassischer Delikte (wie z.B. Körperverletzung, KFZ-Diebstahl, aber auch Sexualstraftaten) liegt die Stadt Bonn in etwa auf dem bundes- und landesweiten Durchschnitts-Niveau. Wegen der äußerst geringen absoluten Fallzahlen kann es bei den Mord- und Totschlagsdelikten in einzelnen Jahren recht schnell zu bestimmten Ausrutschern nach oben oder unten kommen, die jedoch möglichst nicht überinterpretiert werden sollten. Bei einer Basis von 2 Fällen stellen 4 Fälle im Folgejahr einen Anstieg um 100% dar, welcher im nächsten Jahr häufig wieder eingeholt ist.

3. Statistisch vollkommen anders stellt sich die Situation bei den Massendelikten dar. Das reale Vorkommen unterscheidet sich hier aus verschiedenen Gründen recht erheblich von den tatsächlichen Registrierungen, so dass hier in den einzelnen Städten (je nach Kontroll- und Erfassungsintensität) ganz unterschiedliche Dunkelfeldausschöpfungen stattfinden können. Dabei zeigt sich, dass die Stadt Bonn vor allem hinsichtlich der registrierten Leistungerschleichung eine relativ führende Position einnimmt.

⁷⁷ Es handelt sich bei dieser Grafik um die konzentrierte Version einer Tabelle, die aus den PKS-Berichten des Bundes, des Landes und der Stadt Bonn zusammengestellt worden ist.

Leistungserschleichung (1998)

PKS-Häufigkeitszahlen (HZ) im Vergleich



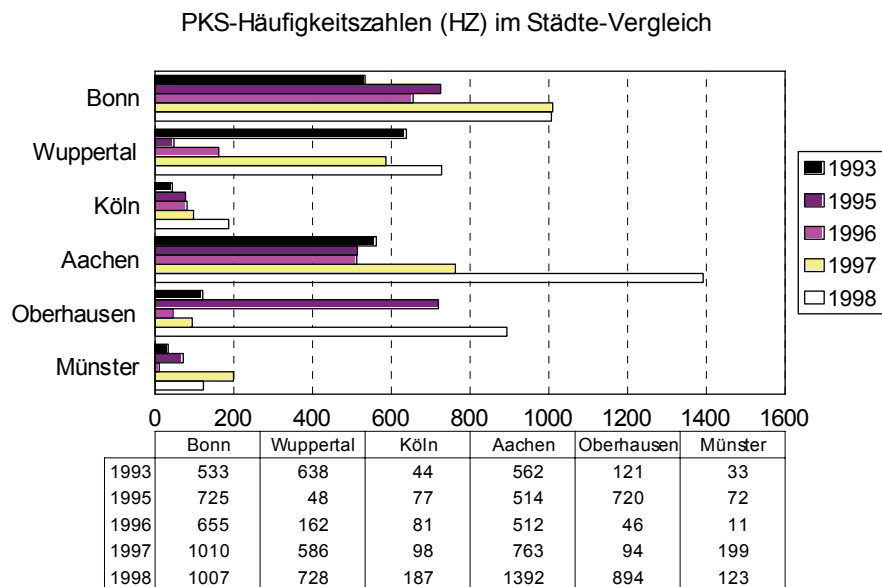
Quelle: BKA, PKS, Wiesbaden 1998; PKS-Nr.5150, T176)

Bis auf Lübeck und Bonn gibt es unter den von uns ausgewählten Vergleichsstädten keine weitere Stadt, die eine Häufigkeitszahl von mehr als 1000 aufweist. Bei den enormen Differenzen in diesem Deliktsbereich muss man in erster Linie unterschiedliche Kontroll-, Anzeige- und Registrierungseffekte vermuten. In Bonn wird offensichtlich vergleichsweise häufig kontrolliert und schnell angezeigt.⁷⁸ Über die tatsächlichen Schwarzfahrer-Quoten sagen diese Zahlen relativ wenig aus. Außer den Kontrollhintergründen bietet sich keine plausible Erklärung dafür an, dass es beispielsweise in Bonn fast fünf mal so viele registrierte Schwarzfahrer (auf 100.000 Einwohner) gibt als in Köln.

4. Als besonders eindrucksvoll erweist sich eine vergleichende Betrachtung der entsprechenden Häufigkeitszahlen bei der Leistungserschleichung über einen Zeitraum von mehreren Jahren. Hierfür haben wir zusätzlich einige Städte aus NRW (z.B. Aachen und Oberhausen) ausgewählt, bei denen auffallende Dynamiken und Veränderungen in den registrierten Schwarzfahrer-Strafanzeigen der letzten fünf Jahre erkennbar werden:

⁷⁸ Eine von uns durchgeführte telefonische Anfrage bei den Verkehrsbetrieben anderer (besonders auffälliger) Städte konnte diese Vermutung ansatzweise bestätigen. Interessant wäre in diesem Zusammenhang sicherlich eine systematische empirische Untersuchung über unterschiedliche Kontroll- und Anzeigestrategien und deren Auswirkungen in verschiedenen Städten des Landes.

Leistungserschleichung im Zeitablauf (1993-1998)



Quelle: BKA, PKS, Wiesbaden 1998; PKS-Nr.5150, T176)

Während in Bonn und vor allem in Köln die Steigerungsraten relativ bescheiden ausgefallen sind, kann man sowohl in Oberhausen als auch in Aachen rasante Zuwächse zur Kenntnis nehmen. Diese werden sehr schnell erklärlich, wenn man weiß, dass in diesen Städten eine enorme Ausweitung der Kontrollintensität dadurch erzielt wurde, dass man dem vorhandenen Personal eine zusätzliche Beschäftigung als Kontrolleure angeboten hat. Diese Zusatztätigkeit können sie in ihrer Freizeit ausführen; bezahlt werden sie nach dem Kopfgeld-Prinzip: je mehr Schwarzfahrer sie erwischen, desto mehr Geld erhalten sie in ihren Geldbeutel. Dass eine derartige Regelung zu einer vermehrten Aufdeckung von Schwarzfahrern führt, versteht sich eigentlich von selbst. Die Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) schauen angeblich mit einer gewissen Bewunderung auf das Aachener Modell und man erhofft sich durch eine mögliche Übernahme eine Aufbesserung der eigenen Zahlen.

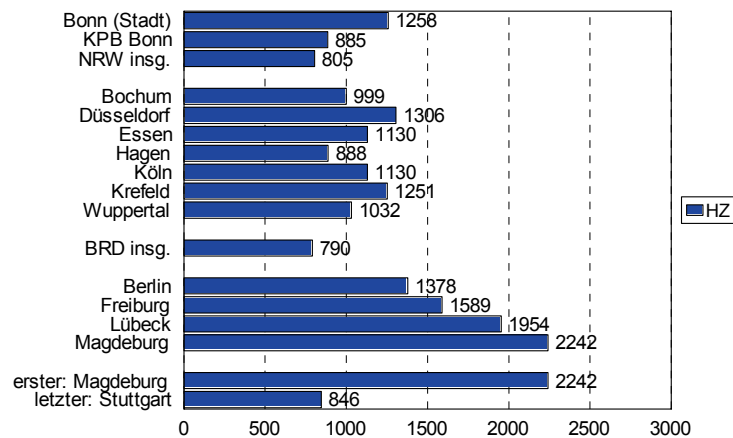
In der Stadt Bonn gab es im Jahre 1997 den größten Zahlensprung nach oben (von 655 auf 1010). Ein Teil dieses Anstiegs mag auch durch intensiviertere Kontrolltätigkeiten auf Seiten der SWB zu erklären sein; durch die Anschaffung neuer technischer Geräte (Hand-Computer) konnte man hier offensichtlich den Kontroll-Output steigern. Andererseits spielen hier aber wahrscheinlich auch noch Registrierungseffekte auf Seiten der Polizei eine gewisse Rolle, auf die wir später noch näher eingehen.⁷⁹

⁷⁹ Denn die Anzahl der Schwarzfahrer-Strafanzeigen im Jahre 1997 weisen zwischen der Statistik der Polizei und der entsprechenden Statistik der SWB erhebliche Unterschiede (von ca. 1000 Fällen) auf, was auf statistische Artefakte hindeutet.

5. Ein weiteres typisches städtisches Massendelikt, bei dem in der Regel auch verschiedene Kontrolleinflüsse für unterschiedliche Ausschöpfungen des Dunkelfeldes und damit für unterschiedliche PKS-Zahlen im Hellfeld verantwortlich sind, findet man im ‚einfachen Ladendiebstahl‘ vor. Für das Jahr 1998 bietet sich hier folgendes Bild:

Einfacher Ladendiebstahl (1998)

PKS-Häufigkeitszahlen (HZ) im Vergleich



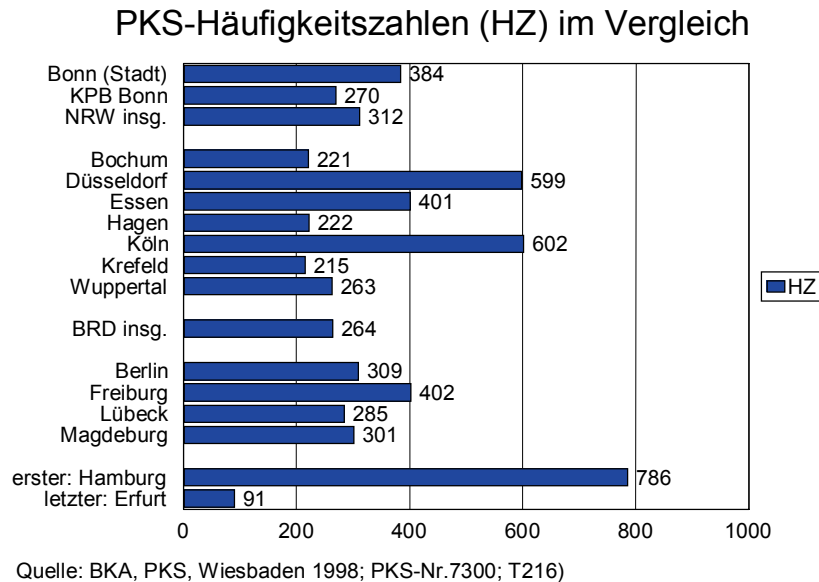
Quelle: BKA, PKS, Wiesbaden 1998; PKS-Nr.326*, T139)

Hier liegt Bonn (HZ=1258) im direkten Vergleich mit verschiedenen NRW-Städten zusammen mit Düsseldorf und Krefeld ebenfalls in einer Spitzenposition. Allerdings gibt es bei den Vergleichsstädten aus den übrigen Bundesländern noch erheblich höhere Zahlen, wie zum Beispiel in Magdeburg mit einer HZ von 2242.

Bei den Kontrollaktivitäten im Bereich des Ladendiebstahls muss man in der Stadt Bonn bedenken, dass es hier neben den Sicherheitskräften der großen Kaufhäuser seit 1997 einen speziellen privaten Sicherheitsdienst im City-Bereich gibt, welcher für verschiedene kleinere und mittlere Bonner Einzelhändler tätig ist, die sich aus finanziellen Gründen zu einem Ring zusammen geschlossen haben. Die privaten Sicherheitskräfte beobachten und kontrollieren mit jeweils 3 Personen in mehreren Schichten den zentralen Einkaufsbereich zwischen Hauptbahnhof und Bertha-von-Suttner-Platz in Zivil und versuchen, verdächtige potentielle Ladendiebe auf frischer Tat zu ertappen bzw. möglichst schnell einzugreifen, wenn sie über Handy von einem ihrer Geschäftskunden gerufen werden. Die Vergütung hat den Charakter eines Erfolgshonorars und sie fällt umso höher aus, je mehr ertappte Ladendiebe man auf seinem Konto verbuchen kann. Auch hier sind die entsprechenden Folgen für den Anstieg der PKS-Zahlen offensichtlich.

6. Ein weiteres typisches Kontroll-Delikt, welches durch unterschiedliche polizeiliche Kontrollaktivitäten in seinem Umfang ganz entscheidend beeinflusst werden kann, finden wir bei den Rauschgift- oder Drogendelikten:

Rauschgiftdelikte (1998)



Neben den beiden NRW-Spitzenreitern Köln und Düsseldorf liegt die Stadt Bonn im Jahre 1998 zusammen mit Essen im oberen Mittelfeld. Die Häufigkeitszahl beträgt hier 384 und sie bewegt sich auf einem Niveau, welches weniger als 2/3 des Kölner Niveaus (HZ=602) erreicht. Angesichts der bekannten Kölner Drogenszene und auch der bekannten Aktivitäten der Kölner Polizei ist dieses relativ hohe Kölner Ergebnis nicht verwunderlich.

Einigermaßen erstaunlich sind allerdings die relativ niedrigen Zahlen aus Berlin (HZ=309), die eventuell noch mit einem gewissen Ostbonus zu tun haben. Es ist bekannt, dass die neuen Bundesländer bei den Drogendelikten in der ersten Hälfte der 90-er Jahre weit hinter den alten Bundesländern rangieren und sich erst in den letzten Jahren sehr langsam auf dieses Niveau zu bewegen.

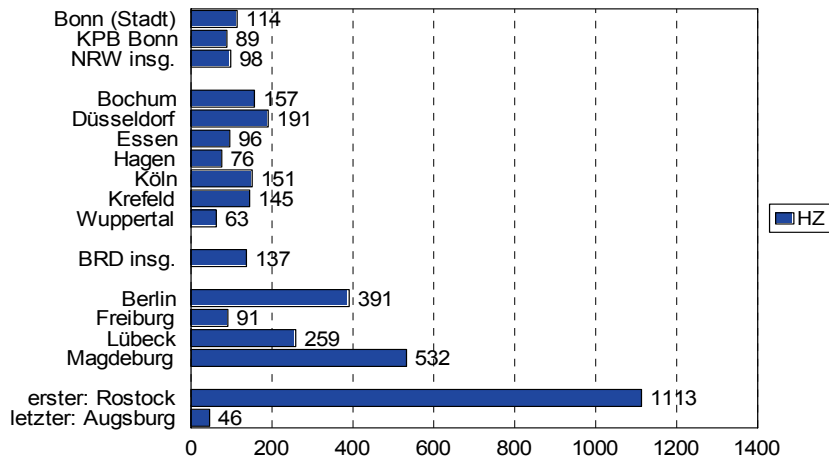
In Bonn dürfte es aller Voraussicht nach im Jahre 1999 einen kräftigen Sprung nach oben geben, da hier Mitte des Jahres vom Polizeipräsidenten auf Grund einer überraschend günstigen Personalsituation in Folge des Regierungsumzugs ein spezielles ‚Einsatzkommando offene Szene‘ (EKOS) gebildet wurde, welches sich in besonderer Weise um die Kontrolle der Drogenszene in der Bonner Innenstadt zu kümmern hat. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Fallzahlen im Bereich der Drogendelikte braucht man kein besonderer Prophet zu sein, wenn man hier einen nicht unerheblichen Anstieg ab Mitte des Jahres 1999 voraussagt.

7. Ein Delikts-Bereich mit ebenfalls erheblichen Unterschieden zwischen einzelnen Städten in Ost und West, die allerdings weniger auf Kontrolleffekte

zurückzuführen sein dürften, kann man an den PKS-Zahlen des ‚KFZ-Diebstahls‘ erkennen:

Diebstahl von KFZ (1998)

PKS-Häufigkeitszahlen (HZ) im Vergleich



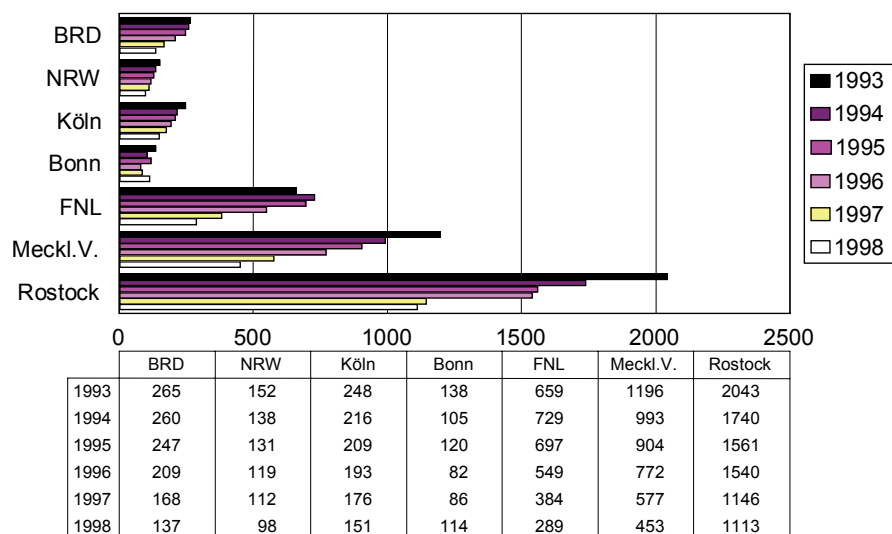
Quelle: BKA, PKS, Wiesbaden 1998; PKS-Nr.***1, T155)

Die Stadt Bonn liegt hier bei den NRW-Städten eindeutig im Mittelfeld. Um Längen voraus befinden sich hier die Städte der neuen Bundesländer mit dem Spitzenreiter ‚Rostock‘. Anders als bei den typischen Kontrolldelikten spielen hier offensichtlich ‚reale‘ Kriminalitätsunterschiede eine gewisse Rolle.

8. Es ist interessant zu sehen, dass sich hier im Laufe der Zeit doch wohl bestimmte präventive Effekte und eventuell auch gewisse Sättigungs-Effekte bemerkbar gemacht haben, denn die Zahlen sind, wie das folgende Schaubild zeigt, seit Beginn der 90-er Jahre vor allem in den neuen Ländern erheblich zurückgegangen:

Diebstahl von KFZ

Häufigkeitszahlen im Zeitablauf (1993-1998)

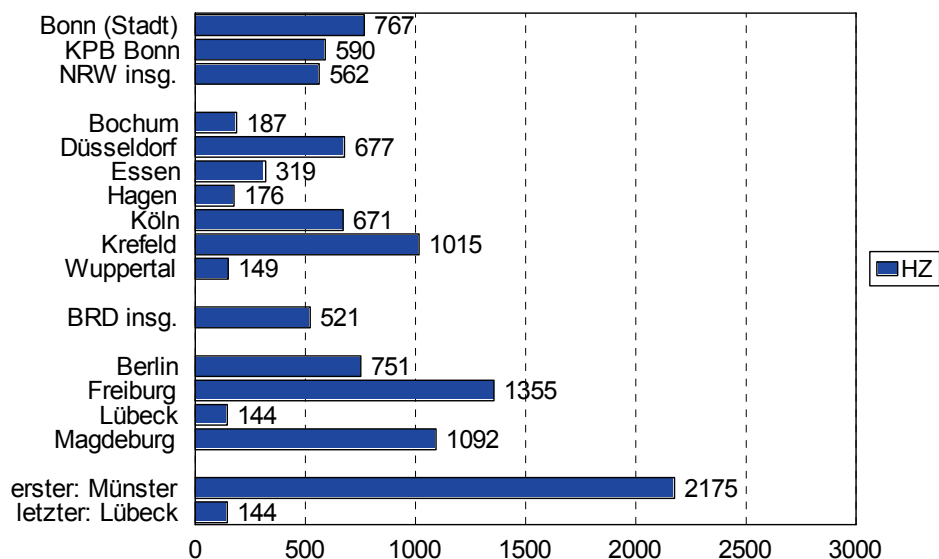


Quelle: BKA, Polizeiliche Kriminalstatistik

9. Ein weiterer Deliktsbereich, bei dem landes- und bundesweit enorme Unterschiede in den Häufigkeitszahlen einzelner Städte festzustellen sind, ist der ‚Fahrraddiebstahl‘:

Fahrraddiebstahl (1998)

PKS-Häufigkeitszahlen (HZ) im Vergleich



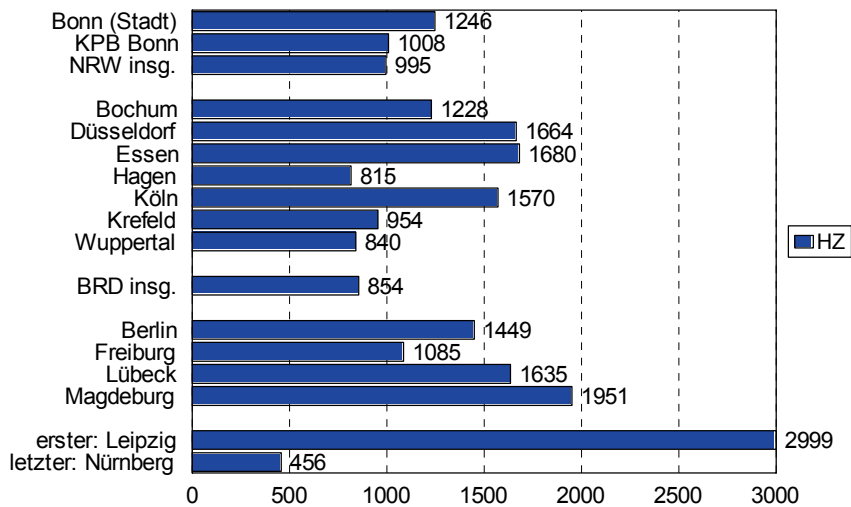
Quelle: BKA, PKS, Wiesbaden 1998; PKS-Nr.***3, T159)

Die Stadt Bonn befindet sich hier tendenziell eher im oberen Mittelfeld, was sicherlich auch mit der relativ großen Fahrraddichte zusammenhängt. Die Stadt Münster liefert für einen solchen Zusammenhang den eindrucksvollsten Beleg. Extrem geringe Häufigkeitszahlen können einerseits auf extrem geringe Fahrraddichte zahlen hindeuten (wie z.B. in Wuppertal), sie können aber auch Anhaltspunkte für besondere präventive Effekte und Erfolge sein, wie z.B. in Lübeck, wo gezielte Präventionsprojekte mit dem Einsatz von speziellen Codier- und Sicherungstechniken durchgeführt worden sind.

10. Beim ‚Diebstahl an/aus KFZ‘ handelt es sich um ein relativ häufiges Delikt, bei dem wahrscheinlich auch das Anzeigeverhalten der Betroffenen eine nicht unbedeutende Rolle spielt. Die Zahlen aus Bonn bewegen sich auch hier wiederum im Bereich des Mittelfeldes.

Diebstahl an/aus KFZ (1998)

PKS-Häufigkeitszahlen (HZ) im Vergleich

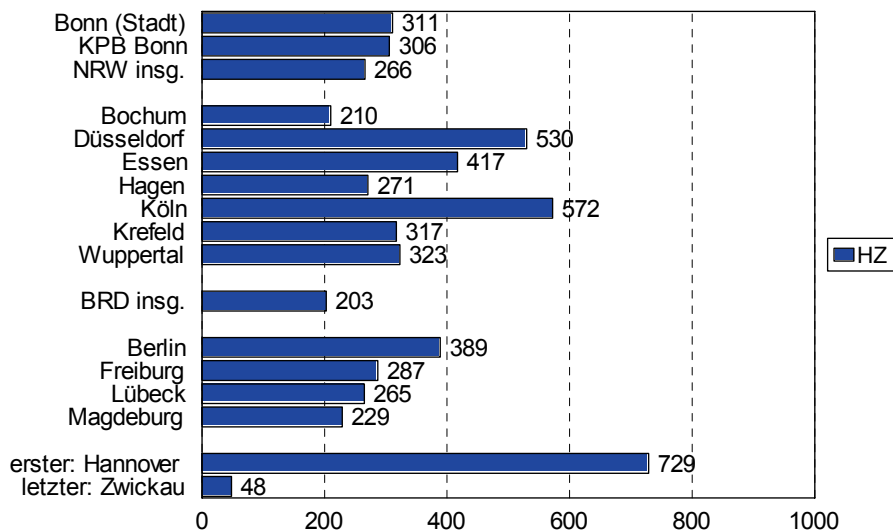


Quelle: BKA, PKS, Wiesbaden 1998; PKS-Nr.*550 + *50*, T161 + 163)

11. Im folgenden sind drei etwas gravierendere und dafür seltenere Deliktsbereiche dargestellt (Wohnungseinbruch, einfache Körperverletzung und Raub), die aber auch alle drei die Bonner Durchschnittlichkeit in der registrierten Kriminalitätsbelastung unterstreichen:

Wohnungseinbruch (1998)

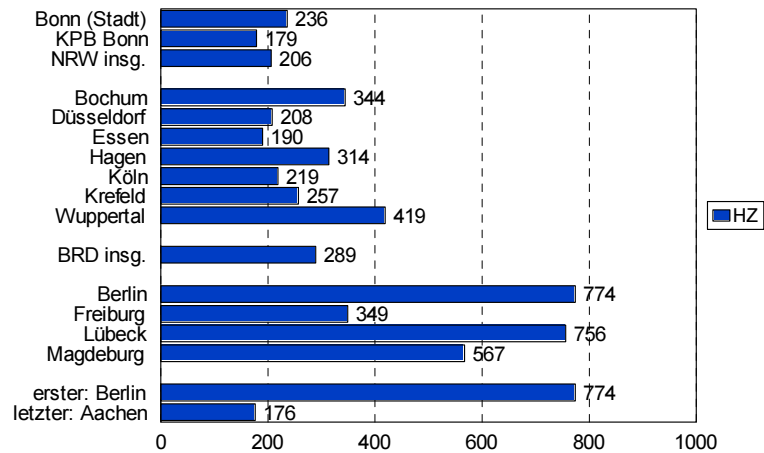
PKS-Häufigkeitszahlen (HZ) im Vergleich



Quelle: BKA, PKS, Wiesbaden 1998; PKS-Nr.435*, T148)

Einfache Körperverletzung (1998)

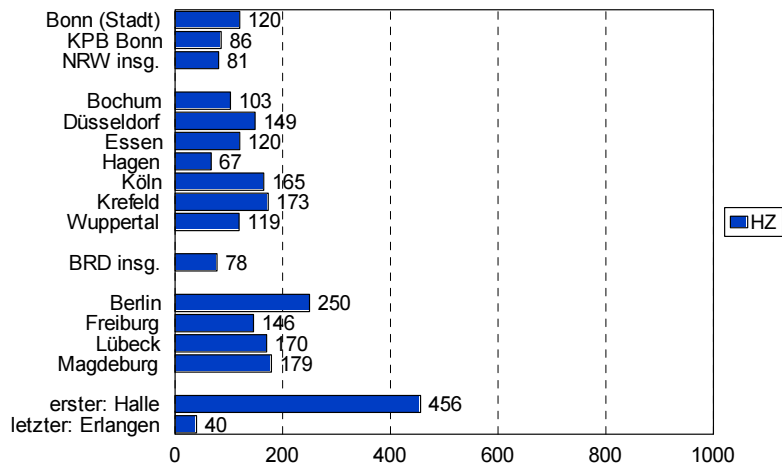
PKS-Häufigkeitszahlen (HZ) im Vergleich



Quelle: BKA, PKS, Wiesbaden 1998; PKS-Nr.2240, T126)

Raubstrafataten (1998)

PKS-Häufigkeitszahlen (HZ) im Vergleich



Quelle: BKA, PKS, Wiesbaden 1998; PKS-Nr.2100, T116)

Die insgesamt geringeren Differenzen zwischen den einzelnen Städten deuten darauf hin, dass ein unterschiedliches Anzeige-, Kontroll- und Registrierungsverhalten hier wahrscheinlich eine geringere Rolle spielt als bei den weiter oben dargestellten Massendelikten. Dennoch muss man auch hier von einer gewissen selektiven Verzerrung durch derartige Einflüsse ausgehen. Vor allem bei der einfachen Körperverletzung besteht ein relativ großer Definitionsspielraum, welcher im wesentlichen das polizeiliche Vorgehen betrifft.⁸⁰

12. Den inter-kommunalen Vergleich der Häufigkeitszahlen hinsichtlich der verschiedenen Deliktsbereiche zusammenfassend kann man feststellen, dass die Stadt Bonn in der überwiegenden Mehrzahl der Delikte einen durchschnittlichen

⁸⁰ Hierfür gibt es verschiedene Belege aus älteren empirischen Untersuchungen (z.B. Kürzinger 1978; Feest/Blankenburg 1972)

Mittelplatz einnimmt, was zunächst einmal keinen Anlass zu besonderer Sorge gibt.

Gleichwohl kann man einige spezielle Deliktsarten ausfindig machen, bei denen sich die Bonner Häufigkeitszahlen im vorderen Spitzenfeld bewegen. Dies sind aber tendenziell weniger die gravierenden Gewaltdelikte, sondern eher die bagatellartigen Massendelikte wie ‚einfacher Ladendiebstahl‘ und ‚Leistungserschleichung‘, bei denen hinsichtlich der PKS-Erfassungen verschiedene Anzeige-, Kontroll- und Registrierungseffekte eine besondere Rolle spielen. Die Ursachen für auffallende Zuwächse, starke Rückgänge oder auch enorme Differenzen zu anderen Städten sind hier zunächst einmal im Bereich des unterschiedlichen ‚Kontrollverhaltens‘ zu suchen. Diese Zahlen, die gerade in nicht allzu großen Kommunen sehr schnell ins Gewicht fallen, dürfen deshalb nicht in Richtung realer Kriminalitätsveränderungen überinterpretiert werden; sie bedürfen im Rahmen kriminologischer Regionalanalysen zunächst einer sachgerechten Klärung und Einordnung, bevor man sie zum Anlass für eventuelle Präventionsaktivitäten nimmt.

4.4.1.1.1.3. Fazit der beschreibenden und vergleichenden Analyse der Bonner PKS-Zahlen

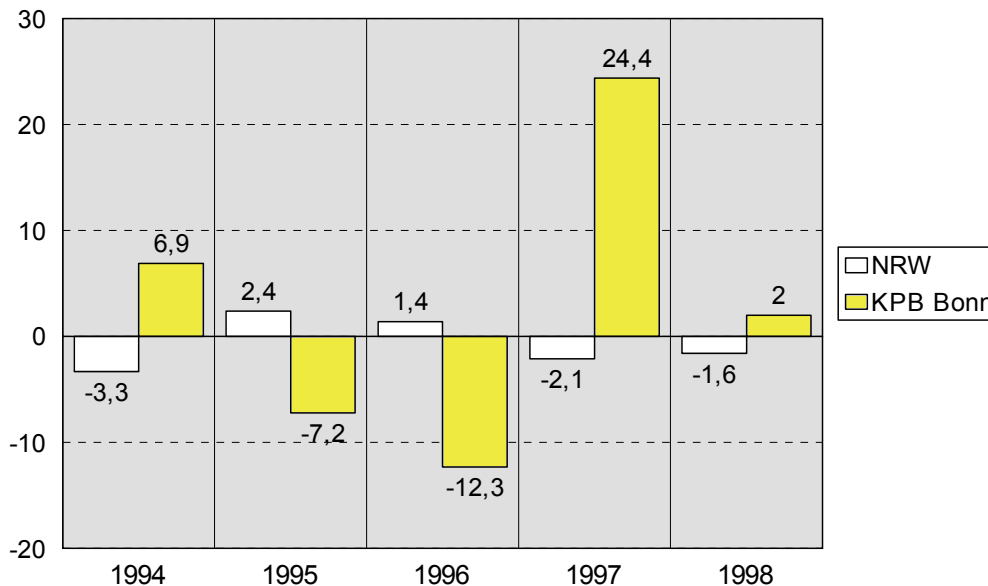
Die in der ‚Polizeilichen Kriminalstatistik‘ (PKS) registrierte Kriminalität in Bonn fällt im Vergleich mit anderen Städten deutlich weniger aus dem Rahmen als in ihren zeitlichen Entwicklungssprüngen in der Mitte der 90-er Jahre.

Eine Gesamt-Häufigkeitszahl (für die Kriminalität insgesamt) von ca. 10.000 Fällen auf 100.000 Einwohner bewegt sich bei einer Spannweite aller bundesdeutschen Großstädte (ab 100.000 Einwohner) zwischen 5.000 (Solingen) und 19.000 (Frankfurt/Main) in einem wenig spektakulären Mittelfeld.

Wirklich spektakulär und auffallend ist demgegenüber ein Jahres-Anstieg der registrierten Kriminalität um 24,4%, wie er in Bonn im Jahr 1997 zu vermelden war. Aber auch die relativ starken, zum Teil zweistelligen Rückgänge in den beiden Jahren zuvor fallen aus dem Rahmen:

Veränderungsraten der Kriminalität (PKS)

Vergleich NRW und KPB Bonn



Quelle: LKA NW, PP Bonn

Während die registrierte Kriminalität sich in den letzten fünf Jahren im Landesdurchschnitt mit leichten Schwankungen in etwa auf einem gleichbleibenden Niveau (zwischen $-3,3\%$ und $+2,4\%$) bewegt hat, hat sie im Bereich der KPB Bonn ein enormes Auf und Ab und Auf zu verzeichnen (zwischen $-12,3\%$ und $+24,4\%$).

Damit ist es vor allem dieser außergewöhnliche Zick-Zack-Kurs, welcher erklärungsbedürftig ist. Im Bewusstsein der verschiedenen bekannten Einflussfaktoren auf die registrierte Kriminalität ist es offensichtlich, dass die in der Bonner PKS abgebildeten Zahlen keine realen Kriminalitätsverläufe widerspiegeln können, sondern es muss vermutet werden, dass sich dahinter nicht nur kontrollbedingte, sondern vor allem auch registrierungsbedingte statistische Kunstprodukte (Artefakte) verbergen.

Eine Kriminologische Regionalanalyse, die sich mit einem Standbein sozusagen auf diese Daten stützen will, muss zunächst einmal versuchen, diese nahe liegende Hypothese näher zu überprüfen und diesen besonderen Befund der extraordinären Schwankungen der Daten näher aufzuklären, um die Zuverlässigkeit dieser Daten und damit dieses Standbeins für weitere Kriminalitätsanalysen besser abschätzen zu können.

4.4.1.1.2. Zur Erklärung der rasanten Entwicklung der registrierten Kriminalität in Bonn (in der Mitte der 90-er Jahre).

Besondere Aufmerksamkeit bei den jährlich veröffentlichten Kriminalitätsdaten der PKS (sei es im Bund, im Land oder in der Kommune) genießen stets die Veränderungszahlen gegenüber dem Vorjahr. Es interessiert relativ wenig, dass es Kriminalität in einem bestimmten Umfang (HZ=nnnn) gibt. Das allein wäre noch keine Meldung. Kriminalität ist in jeder Gesellschaft zunächst einmal ein ganz normales, das heißt selbstverständliches Phänomen. Denn die Existenz von sozialen Normen liefert die Abweichung von diesen Normen automatisch mit. Eine Gesellschaft ohne jede Abweichung bzw. Kriminalität ist von daher undenkbar bzw. utopisch. Die realisierten Normabweichungen und die berichteten bzw. erlebten kriminellen Handlungen führen den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern die grundlegenden sozialen Normen stets wieder auf's Neue vor Augen; sie sind in diesem Sinne durchaus funktional und normal.⁸¹

Man muss sich also darüber im Klaren sein, dass es bei der Kriminalprävention niemals darum gehen kann, die gesamte Kriminalität zu verhindern, sondern man kann sich realistischer Weise immer nur um die Verhinderung von mehr oder weniger großen Zunahmen oder um die Verringerung eines als zu hoch empfundenen Kriminalitäts-Niveaus bemühen. Hinsichtlich der Einordnung und Bewertung eines solchen Kriminalitäts-Niveaus gibt es keine absoluten Maßstäbe, sondern eigentlich nur Vergleichsmaßstäbe der relativierenden Betrachtung. Indem man mehrere Zahlen von verschiedenen Gesellschaften oder Kommunen miteinander vergleicht, erhält man einen weiteren Normalitäts-Indikator, nämlich einen solchen der ‚statistischen Normalität‘, welcher sich an Durchschnittszahlen orientiert. Liegt die registrierte Kriminalität einer Kommune im statistischen Durchschnittsbereich aller Kommunen so ist ihre Kriminalität auch in diesem Sinne ‚normal‘. Eine zusätzliche Orientierung können Zahlen aus anderen Ländern liefern.⁸²

Neben dem funktionalen und dem statistischen Normalitäts-Konzept sind noch andere, eher wertende Konzepte denkbar. Jede Gesellschaft oder auch Kommune kann ihre ‚Normalitäts-Grenzen‘ auf eigene Weise finden und

⁸¹ Diesen Zusammenhang hat schon der bekannte französische Soziologe Emile Durkheim vor über über hundert Jahren eingehend beschrieben. Aus neuerer Zeit sei verwiesen auf ein Werk von Hans Haferkamp mit dem Titel ‚Kriminalität ist normal. Zur gesellschaftlichen Produktion abweichenden Verhaltens‘, Stuttgart 1972

⁸² Recht interessant erscheint in diesem Zusammenhang der Zahlenvergleich mit ‚New –York‘, einer Stadt mit auffälligen Rückgängen der ‚registrierten Kriminalität‘, allerdings von einem enorm hohen Niveau aus. Während die Häufigkeitszahlen für ‚Mord und Totschlag‘ sich in allen Großstädten der BRD im einstelligen Bereich bewegen, lag sie in New York zu Beginn der 90-er Jahre im 4-stelligen Bereich (!!!). Die Häufigkeitszahl aus dem Jahr 1997 beträgt immer noch 769 (!!!); für New York bedeutet dies zwar einen Rückgang innerhalb von drei Jahren um gut die Hälfte, die höchste Zahl in der BRD (Berlin: 2,8) übersteigt sie aber immer noch um weit mehr als das hundertfache. Dass bei einem solchen Kriminalitäts-Niveau die ‚Normalitäts-Grenzen‘ und die gesellschaftlichen Akzeptanz-Grenzen deutlich überschritten waren, erscheint mehr als plausibel. Bonn ist jedoch nicht New York.

problematisieren. Ein übereinstimmendes Muster lässt sich generell erkennen: bei außergewöhnlichen Veränderungen der Kriminalität (in der Regel nach oben) wird es problematisch.

Um Veränderungen der registrierten Kriminalität adäquat beurteilen zu können und um mit den richtigen Maßnahmen im präventiven Sinne reagieren zu können, bedarf es einer fundierten und differenzierten Analyse und Erklärung dieser Veränderungen. Es geht also bei Kriminologischen Regionalanalysen (mit präventiven Grundorientierungen und Überlegungen zur Effizienzmessung) zunächst einmal nicht darum, den gesamten Umfang der registrierten Kriminalität in seinem Zustandekommen zu erklären, sondern die Hintergründe ihrer Veränderungen deutlich zu machen. Hierfür gibt es neben realen Kriminalitätsentwicklungen, die in der Regel zunächst vermutet werden, im wesentlichen vier zentrale Einflussbereiche:⁸³

- das Verhalten des Gesetzgebers (z.B. neue Strafrechtsnormen)
- ein verändertes Anzeigeverhalten (durch private Opfer und Zeugen)
- ein verändertes Kontrollverhalten (durch Polizei, Behörden u. Betriebe)
- ein verändertes Registrierungsverhalten (durch die Polizei)

Wir wollen nun versuchen, die Hintergründe für die enormen Veränderungen der registrierten Kriminalität in Bonn in der Mitte der 90-er Jahre näher aufzuklären, um für mögliche präventive Aktivitäten und Effizienzmessungen die richtigen Ansätze zu finden.

4.4.1.1.2.1 Die Deliktsbereiche mit dem größten PKS-Anstieg

Wir werden dabei so verfahren, dass wir zunächst die größte Veränderungsrate bei der registrierten Kriminalität in Bonn⁸⁴ aus dem Jahre 1997 näher unter die Lupe nehmen, indem wir sie hinsichtlich der wesentlichen, von der Veränderung betroffenen Deliktsbereiche differenzieren und sie schließlich einzeln auf ihre möglichen Einflussfaktoren abklopfen.⁸⁵

Im Jahr 1997 wurde in der KPB Bonn ein Zuwachs von insgesamt 8263 Fällen registriert. Das ist bei einer Basis von 33.837 Fällen im Jahre 1996 eine Steigerung um insgesamt 24,4%.

⁸³ es handelt sich sozusagen um die unabhängigen Variablen einer ‚Theorie der Veränderung des (registrierten) Kriminalitätsumfangs‘

⁸⁴ aus technischen Gründen beziehen wir uns dabei auf die Zahlen der gesamten KPB Bonn; nur diese standen uns in der notwendigen Differenzierung zur Verfügung.

⁸⁵ Hierzu verwenden wir die Erkenntnisse, welche wir aus verschiedenen schriftlichen Dokumenten und gezielten mündlichen Nachfragen und persönlichen Gesprächen (innerhalb der betroffenen Behörden) gewonnen haben.

Bei einer differenzierten Betrachtung nach Deliktsbereichen kann man feststellen, dass dieser Zuwachs zu fast zwei Dritteln auf das Konto von nur fünf einzelnen Delikten geht:

Deliktsart	Absolute Zunahme (im Jahr 1997)	%-Anteil an der Gesamtzunahme von 8263 Fällen
1. Leistungerschleichung	+ 1265	15,3
2. Betrug mittels rechtswidrig erlangter unbarer Zahlungsmittel	+ 863	10,4
3. Ladendiebstahl	+ 534	6,5
4. Sachbeschädigungen	+ 1475	17,9
5. sonst. Betrugsdelikte	+ 888	10,7

Auf den besonderen Anstieg dieser fünf verschiedenen Einzeldelikte ist die gewaltige Kriminalitätszunahme in Bonn im Jahre 1997 überwiegend zurückzuführen.

1. Der Zuwachs bei den registrierten Fällen von **„Leistungerschleichung“** (**„Schwarzfahren“**) von 2278 auf 3543 Fälle wurde von Seiten der Polizeibehörde bei der Vorstellung des Jahresberichts ohne nähere Erläuterungen und Interpretationsversuche nur einfach festgestellt. In früheren Jahren und bei anderer Gelegenheit hat man hier schon einmal auf die relativ nahe liegende Erklärung der intensivierten Kontrollen von Seiten der Stadtwerke Bonn (SWB) hingewiesen. Bei Hinzuziehung weiterer Indikatoren scheidet dieses Erklärungsmuster jedoch weitgehend aus; denn sowohl die Zahlen der Stadtwerke Bonn, die eine eigene Statistik über ihre Strafanzeigen gegenüber Schwarzfahrern führen, als auch die Daten der Zentralen Vorgangsverwaltung (ZVV) der Polizei liegen weit unter den entsprechenden Zahlen der PKS. Nach den Zahlen der SWB haben sich die Strafanzeigen nur ganz geringfügig erhöht, was die Vermutung nahe legt, dass bei der PKS-Registrierung verschiedene sogenannte Sammelverfahren⁸⁶, die nach den Regeln eigentlich pro Sammelverfahren nur als ein Fall gezählt werden dürfen, in ihre ursprünglichen Einzelfälle zerlegt worden sind und somit mehrfach gezählt wurden. Dies wäre ein typischer Fehler im Registrierungsverhalten, der vor dem Hintergrund einer

⁸⁶ Ein und derselbe Täter ist mehrmals erwischt worden; die mehreren Einzelfälle werden zu einem Sammelverfahren zusammengefasst.

(zentral) erwünschten Output-Steigerung wegen ansonsten drohender Personalabzüge (BKV)⁸⁷ jedoch relativ gut nachvollziehbar ist.⁸⁸

Trotz verschiedener Nachfragen konnte eine eindeutige Klärung und Stellungnahme zu diesem Befund nicht erreicht werden. Die Stadtwerke vermuten die Ursache der auffälligen Zahlen-Differenz bei der Polizei; diese verweist ihrerseits auf die Stadtwerke. Ein Erklärungsangebot von Polizeiseite für fehlende Registrierungen bei den Stadtwerken im fast vierstelligen Umfang wird allerdings nicht gemacht und ist auch nicht ersichtlich.⁸⁹

2. Einige interessante Besonderheiten, die ebenfalls dem Einflussbereich des Registrierungsverhaltens zuzurechnen sind, zeigen sich bei dem Einzeldelikt mit der verschraubten Bezeichnung **„Betrug mittels rechtswidrig erlangter unbarer Zahlungsmittel“**, einfacher ausgedrückt auch als **„Kreditkarten-Betrug“** bekannt.

Dahinter verbergen sich folgende typische Fallkonstellationen: Einem Opfer wird die Geldbörse entwendet, in der sich u.a. auch verschiedene Scheck- und Kreditkarten befinden. Solange diese Karten nicht gesperrt sind, kann der Täter durch Einsatz dieser Karten (häufig ohne Angabe von PIN-Nummern) nur durch Leistung von gefälschten, in der Regel aber nicht sonderlich überprüften Unterschriften zahlreiche Käufe in einem oder mehreren Kaufhäusern bzw. Geschäften tätigen.

Die Frage ist nun: wie ist ein solche Fallkonstellation statistisch zu erfassen? Zunächst einmal ist die sogenannte Erlangungstat als Scheckkarten-Diebstahl mit einer fiktiven Schadenssumme von 1,- DM zu erfassen.⁹⁰ Hat der Täter die Karte(n) nicht weiter eingesetzt, so bleibt es (relativ unproblematisch) bei dieser einen Erfassung. Ein wenig komplizierter wird es aber nun, wenn die Karte(n) mehrfach mit einer gefälschten Unterschrift zum Einsatz gekommen ist (sind). Zunächst einmal dürfen nach den Richtlinien (Punkt 3.4.3.8) die Urkundenfälschungen als Vorbereitungshandlungen zum (Scheck-)Betrug generell nicht erfasst werden. Wie aber sind die verschiedenen Betrugshandlungen statistisch zu registrieren?

In den ‚Richtlinien für die Führung der PKS‘ findet man hierzu unter dem Punkt 3.4.2.1 Fortsetzungszusammenhang folgende Ausführungen:

„Der aus dem Strafrecht entwickelte Begriff des Fortsetzungszusammenhangs wird bei der Erfassung der PKS nicht berücksichtigt. Werden bei der

⁸⁷ Auf diesen Zusammenhang zwischen PKS-Output und BKV (Belastungsbezogene Kräfteverteilung) werden wir weiter unten noch näher eingehen.

⁸⁸ Ähnliche Fälle sind uns aus einer eigenen empirischen Untersuchung im Auftrag des Umweltbundesamtes über die ‚Ursachen des Anstiegs bei den polizeilich registrierten Umweldelikten‘ aus den 80-er Jahren bestens bekannt.

⁸⁹ Es bleibt abzuwarten, ob die detaillierte Aktenuntersuchung (von Grotthuss) über das polizeiliche Registrierungsverhalten in den 90-er Jahren hierzu nähere Aufschlüsse und Erkenntnisse liefern kann.

⁹⁰ Siehe hierzu Punkt 3.4.3.8 in den ‚Richtlinien zur Erfassung der PKS‘

Bearbeitung eines Ermittlungsvorgangs weitere rechtswidrige Handlungen desselben/derselben Tatverdächtigen bekannt, die derselben Schlüsselzahl zuzordnen sind, sind sie bei unmittelbarem räumlichen Zusammenhang unabhängig von seiner ein- oder mehrmaligen Entschlussfassung unter den folgenden Voraussetzungen nur als 1 Fall zu erfassen. ...

- *Die wiederholte Begehung derselben rechtswidrigen Tat ausschließlich zum Nachteil desselben Geschädigten.*

Beispiel: Ein Jugendlicher hat fortlaufend Ladendiebstähle zum Nachteil desselben Kaufhauses begangen = 1 Fall.

Aber: Ein Tatverdächtiger löst 10 gestohlene Schecks eines Geschädigten bei 10 verschiedenen Geschäften ein = 10 Fälle (da kein unmittelbarer räumlicher Zusammenhang).“

In dieser Form bietet die vorliegende Regelung (Punkt 3.4.2.1) für die hier denkbaren verschiedenen Fallkonstellationen alles andere als eindeutige Lösungen an. Im Gegenteil: durch die erläuterungsbedürftige Unterteilung von genereller und durchaus plausibler Regel (1 Geschädigter bei mehreren fortgesetzten Handlungen = 1 Fall) und zwei konträren, in ihrer aufeinander bezogenen Logik nicht unbedingt schlüssigen Beispielen belässt sie den Statistik-Anwender in einer relativ großen Mehrdeutigkeit und Beliebigkeit.

Nach der grundlegenden und plausiblen ‚Geschädigten-Regel‘ erscheinen die im zweiten Beispiel vorgegebenen 10 Fälle als relativ aus der Luft gegriffen und über den äußerst dehnbaren ‚fehlenden unmittelbaren räumlichen Zusammenhang‘ als durchaus strittig. Die einzelnen Geschäfte werden über den Kunstgriff des ‚fehlenden räumlichen Zusammenhangs‘ sozusagen als verschiedene ‚Erst-Geschädigte‘ konstruiert, obwohl nur die jeweilige Bank, die hinter der Karte steht, einen konkreten Schaden hat und es damit in der Regel nur einen einzigen Geschädigten gibt, was logischer Weise auch nur zur Zählung eines einzigen Falles führen müsste.

Die statistische Erfassungspraxis des Scheck- und Kreditkartenbetrugs ist in der Bonner Polizeibehörde bis zum Jahr 1997 mehr oder weniger unbewusst, aber sehr wahrscheinlich nach dieser eher restriktiven, logisch durchaus plausiblen ‚Geschädigten-Regel‘ durchgeführt worden, was zu relativ geringen Fallzahlen in diesem Deliktsbereich geführt hat. Es ist zu vermuten, dass andere Behörden im Lande mit ebenfalls geringen Fallzahlen ähnlich verfahren.⁹¹

In Bonn ist es jedoch nun in Folge des drohenden Personalabzugs (BKV) und im Zuge der Bemühungen um nicht noch weiter sinkende PKS-Zahlen und der

⁹¹ An diesem Beispiel wird es deutlich, dass es sehr große Spielräume in der statistischen Registrierungspraxis gerade auch bei den zunehmenden neueren Deliktsformen des Betruges gibt, die im Rahmen einer systematischen Untersuchung möglichst landes- und bundesweit mit dem gleichen methodischen Instrumentarium empirisch überprüft werden sollten.

dadurch initiierten behörden-internen statistischen Kontrollen und ‚Erfassungs-Aufklärungen‘ auch zu einer Revision in diesem konkreten Erfassungsbereich gekommen, was die Fallzahlen beim ‚Kreditkarten-Betrug‘ kräftig nach oben getrieben hat. Nicht weniger als 10% des Gesamt-Anstiegs der Bonner Kriminalität im Jahre 1997 (= über 800 Fälle) lassen sich somit auf die Änderungen der Registrierungspraxis allein in diesem Deliktsbereich zurückführen. In anderen Bereichen sind die Auswirkungen der zum Teil verdeckt (=unangekündigt) und zum Teil offen (=angekündigt) durchgeführten Erfassungs-Kontrollen und der anschließenden Erfassungs-Aufklärungen zwar nicht so offensichtlich und auffällig, aber sicherlich auch nicht ganz von der Hand zu weisen.

3. Dass auch beim Massendelikt des **‚Ladendiebstahls‘** ein gewisses statistisches Konstruktions-Potential vorhanden ist, haben die obigen Beispiele gezeigt. Den Regeln entsprechend darf ein mehrfach in ein- und demselben Kaufhaus aufgefallener Ladendieb im Rahmen eines Sammelverfahrens auch nur einmal statistisch registriert werden. Von dieser Regel wird am ehesten noch dann abgewichen, wenn mehrere Sachbearbeiter mit den verschiedenen Einzelfällen zu tun haben und dadurch der Zusammenhang sozusagen abhanden kommt bzw. durch zusätzliche Bemühungen nicht unbedingt gesucht wird. Die Registrierung von ein wenig mehr PKS-Fällen hat zudem noch niemandem geschadet, im Gegenteil. Und bei der nächsten Instanz, bei der die Fälle ankommen, nämlich bei der Staatsanwaltschaft trifft die Fallzählerei ja auf die gleiche innere Logik: je mehr, desto besser für den Pensenschlüssel.

Neben den Registrierungseffekten muss man beim Ladendiebstahl aber stets auch die möglichen Kontrolleffekte im Auge haben, die auf intensivierten technischen und personellen Kontrollen basieren. Diese führen dann letztendlich zu einer vermehrten Ausschöpfung des relativ großen Dunkelfeldes in diesem Bereich. Das Anzeigeverhalten von Privatpersonen bzw. Kunden spielt nach allen bisherigen kriminologischen Erkenntnissen hier nur eine sehr geringe Rolle, was auch auf die Situation in Bonn zutreffen dürfte.

Anders verhält es sich speziell auch in Bonn mit den Auswirkungen der Aktivitäten von sogenannten privaten Sicherheitsdiensten. Wie oben bereits erwähnt, haben in der Bonner Innenstadt im Jahre 1997 verschiedene Einzelhandelsgeschäfte einen mobilen Sicherheitsdienst engagiert, welcher durch in Zivil patrouillierende Mitarbeiter nicht nur eine neuartige und zusätzliche Qualität in die Methoden der Ladendiebskontrolle gebracht hat, sondern sicherlich auch dazu beigetragen hat, dass der quantitative Output an

Strafanzeigen gesteigert werden konnte.⁹² Von den 537 zusätzlichen Ladendiebstahlsfällen geht ein nicht geringer Teil⁹³ wahrscheinlich auf das Konto der auf Erfolgshonorarbasis bezahlten, zivilen und mobilen Kontrolleure.

4. Der größte deliktsspezifische Zuwachs befindet sich im Jahre 1997 mit insgesamt 1475 Fällen bei der ‚**Sachbeschädigung**‘, wovon speziell 611 Fälle die ‚Sachbeschädigung an Kraftfahrzeugen‘ betreffen. Zwar sind auch in diesem Massenbereich statistische Registrierungskünste durchaus möglich⁹⁴, aber doch wohl nicht so sehr wahrscheinlich, da hier eher Einflüsse des Anzeigeverhaltens anzunehmen sind. Bekanntermaßen wirken sich gewisse Änderungen von Versicherungsbedingungen auf das Anzeigeverhalten spürbar aus. In diesem Zeitraum könnten veränderte Anzeigeeerfordernisse bei den KFZ-Zulassungsstellen eine gewisse Rolle gespielt haben. In jenen Fällen, bei denen das Nummernschild oder auch nur die TÜV-Plakette entwendet worden ist, muss seit einiger Zeit für einen entsprechenden Neuantrag bei der Zulassungsstelle auch eine polizeiliche Strafanzeige vorgelegt werden, um hier möglichem Missbrauch durch die entsprechenden Spezialisten (in der Autoschieber-Branche) zu begegnen. Derartige Veränderungen haben zwangsläufig Auswirkungen auf den Umfang von Strafanzeigen bei KFZ-Sachbeschädigungen. Von den 611 zusätzlichen Fällen in Bonn mögen auch einige hierdurch veranlasst gewesen sein.

Die Zunahme der übrigen Sachbeschädigungen von 1146 auf 2010 um insgesamt 864 Fälle bezieht sich zu einem großen Teil auf sogenannte Graffiti-Fälle, die einerseits zu einem gewissen Teil real zugenommen haben mögen, die andererseits aber auch durch die Bevölkerung und durch verschiedene Behörden und Betriebe (wie z.B. die Telekom) vermehrt angezeigt werden.

Ein Vergleich mit den ZVV-Daten, welche in diesem Bereich einen deutlich geringeren Anstieg aufweisen, legt die Vermutung nahe, dass auch hier wieder einige Fallkonstruktionen auf der rein statistischen Ebene stattgefunden haben. Eine Bestätigung dieser Vermutung entnehmen wir aus einer einschlägigen polizeilichen Kommentierung: *„Ursächlich dürfte bei diesem Phänomen, das ebenfalls bei allen PI zu beobachten ist, eindeutig (!!!, W.R.) eine Doppelerfassung sein. Viele Delikte (Einbruchdiebstahl, Körperverletzung) sind zwangsläufig mit einer Substanzverletzung verbunden. In vielen Fällen wurde offensichtlich die Sachbeschädigung zusätzlich erfasst.“*

Die so eklatante und nahezu wunderbar anmutende Fallvermehrung im Jahre 1997 erfährt so zum wiederholten Mal ganz irdische und durchaus nachvoll-

⁹² Diesen plausiblen und wahrscheinlichen Zusammenhang haben wir in unterschiedlichen Gesprächen und Kommentaren von mehreren Experten in Erfahrung bringen können. Dazu gehörte auch ein persönliches Interview mit den zivilen Sicherheitskräften selbst, welche mit einigem Stolz ihre Erfolge präsentierten.

⁹³ Aus einem Polizei-Kommentar entnehmen wir die Zahl von ca. 30 Anzeigen pro Monat (=360 im Jahr).

⁹⁴ Zu denken ist hier an die sogenannten Fälle der ‚Tateinheit‘, bei denen durch eine Handlung mehrere Straftatbestände verletzt werden: Diebstahl eines Gegenstandes aus einem KFZ mit gleichzeitiger Sachbeschädigung; nach den Regeln der PKS (3.4.1.1) darf hier grundsätzlich nur ein Fall gezählt werden.

ziehbare Konturen, die letztendlich auf eine „ökonomische Theorie der Fallzählung“ zurückzuführen sind, auf die wir später noch näher eingehen werden.

5. Auch der fünfte und letzte Deliktsbereich des „sonstigen Betruges“ bietet Möglichkeiten für statistische Kunstprodukte. Bei den insgesamt 888 zusätzlichen Fällen in diesem Bereich haben sich jedoch auch relativ neue Einzeldelikte, wie zum Beispiel der Leistungsbetrug hervorgetan. Hier haben sich jedoch vor allem veränderte Anzeigepraktiken von Seiten der Behörden (wie z.B. dem Arbeitsamt) bemerkbar gemacht. Ein realer Anstieg dieser Delikte dürfte somit auch hier nur zu einem relativ geringen Prozentsatz zu vermuten sein. In erster Linie handelt es sich auch hier um eine vermehrte Ausschöpfung des relativ großen Dunkelfeldes.

Richtet man seinen Blick für einen Moment einmal auf die zukünftige Entwicklung und auf die rasant zunehmenden Interaktionen und Zahlungsgeschäfte mit Hilfe des Computers und der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien, so dürfte klar sein, dass sich hier ein neues riesiges Feld und damit auch gleichzeitig Dunkelfeld für abweichende und kriminelle Betrugspraktiken eröffnet, welche die polizeilichen Aktivitäten und Kontrolltätigkeiten und damit letztendlich auch die gesamten Kriminalitätsstrukturen in unserer Gesellschaft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten gewaltig verändern werden.

6. Die Analyse der PKS-Steigerungsraten für das Jahr 1997 zusammenfassend kann man feststellen, dass sich die zunächst sehr dramatisch anmutende Kriminalitäts-Zunahme von 24,4% zu nahezu zwei Dritteln auf nicht mehr als fünf einzelne Deliktsbereiche zurückführen lässt. Beim Schwarzfahren, Kreditkartenbetrug, Ladendiebstahl, bei der Sachbeschädigung und dem sonstigen Betrug konzentrieren sich die Zuwächse. Hinsichtlich der verschiedenen denkbaren Einflussfaktoren für diese Zuwächse spielen die möglichen realen Veränderungen hier nur eine untergeordnete Rolle. Sowohl Anzeige-Effekte als auch Kontroll-Effekte, die zu einer vermehrten Ausschöpfung des Dunkelfeldes geführt haben, sind hier sehr viel bedeutender.

Die eindeutig nachhaltigsten Auswirkungen können jedoch auf der statistischen Registrierungs- und Konstruktionsebene festgestellt werden. Hierfür gibt es eine sehr plausible Erklärung, die sich im weiteren Rahmen der Kosten-Nutzen-Theorie bewegt und die darauf hinweist, dass sich höhere Zahlen in irgendeiner Form auszahlen müssen. Auf die näheren Einzelheiten und auf den zentralen Zusammenhang zwischen behördlichen PKS-Zahlen und behördlichen

Personalzuweisungen (BKV)⁹⁵ werden wir im folgenden Kapitel ausführlich eingehen.

4.4.1.1.2.1. Die Theorie mit der größten Erklärungskraft für das PKS-Registrierungsverhalten

1. Die Kosten-Nutzen-Theorie

Wie wir oben gesehen haben, besteht für die Polizei ein beträchtlicher Definitions- und Interpretationsspielraum bei der Registrierung von Straftaten. Selbst wenn man bedenkt, dass zahlreiche Richtlinien und viele typische Beispielfälle den Spielraum rein formal durchaus einengen, so verbleibt angesichts der relativ geringen innerbehördlichen Überprüfungspraxis und einer damit einhergehenden relativ großen statistischen Abweichungs-Mentalität⁹⁶ und Fehler-Toleranz, ein vielfältiger Entscheidungsspielraum für die Registrierung zahlreicher Einzelfälle⁹⁷. In welche Richtung dieser Spielraum nun konkret genutzt wird, hängt von dem besonderen Umfeld und der Motivationslage der registrierenden Sachbearbeiter ab. Wie beim rationalen Wahl- und Entscheidungsverhalten allgemein üblich, wird man sich tendenziell eher in die Richtung entscheiden, für die man einen größeren Nutzen zu erwarten hat.

Das heißt: Wird erwartet und wird man dafür entsprechend belohnt, dass man mehr registrierte Fälle vorweisen kann, so wird man seinen Registrierungsspielraum auch in diese Richtung nutzen und tendenziell mehr Fälle registrieren als wenn man umgekehrt für zunehmende Fallzahlen negative Sanktionen zu erwarten hat, wie es in den 90-er Jahren aus New-York berichtet wird. Bei derartig gepolten Rahmenbedingungen wird man dem rationalen Kosten-Nutzen-Kalkül folgend den Registrierungsspielraum eher nach unten ausfüllen. Vor die Alternative gestellt, bei den regelmäßigen ‚Compstat-Meetings‘ entweder sinkende Zahlen zu präsentieren oder aber als Verantwortlicher gefeuert zu werden⁹⁸, erscheint es nur plausibel, wenn die Strapazierfähigkeit von statistischen Zahlen und Angaben in die abnehmende Richtung getestet und ausgenutzt wird.

Das bedeutet: zumindest ein Teil des statistisch registrierten Rückgangs der Kriminalität in New York sollte auch vor diesem Hintergrund gesehen und von kriminologischer Seite einmal systematisch untersucht werden.⁹⁹

⁹⁵ BKV = Belastungsbezogene Kräfteverteilung

⁹⁶ Unter dem Motto: „Es gibt wichtigeres als Statistik!“ und „Papier und Zahlen sind geduldig!“

⁹⁷ Besonders auch bei verschiedenen Massendelikten und den dabei gehäuft auftretenden Spezialitäten (z.B. Fälle mit Fortsetzungszusammenhang, Fälle von Tateinheit und Tatmehrheit etc.)

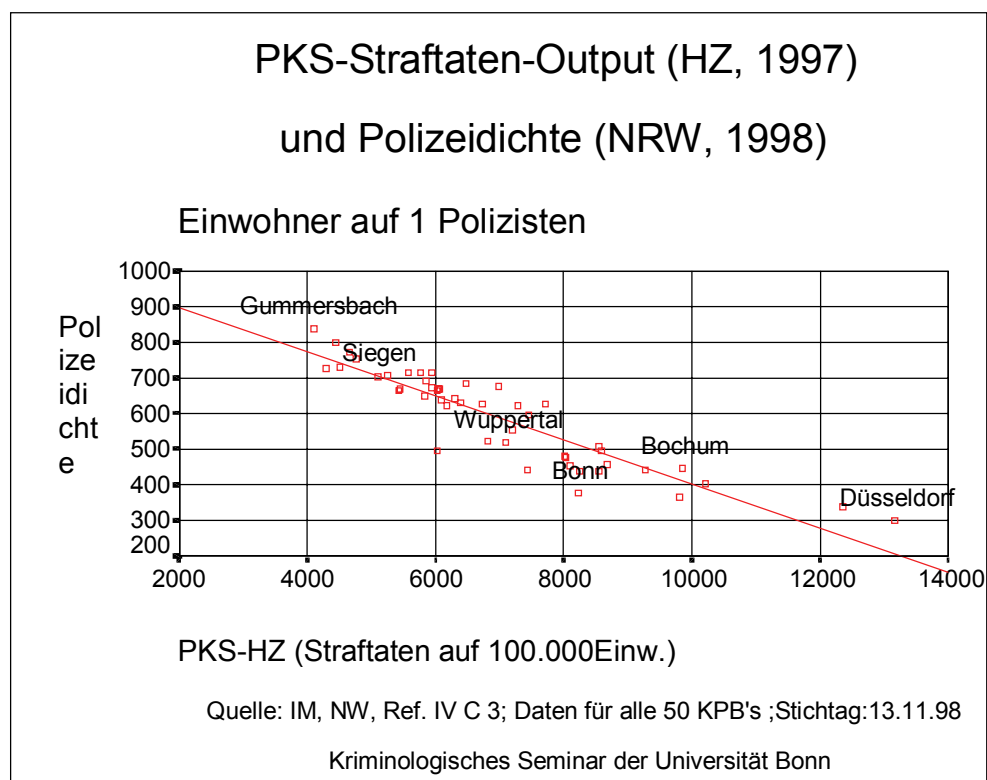
⁹⁸ siehe zu dieser rigorosen Praxis nähere Ausführungen in dem entsprechenden SPIEGEL-Artikel vom Juli 1997

⁹⁹ Obwohl der gesamte Definitions- und Reaktionsansatz in der Kriminologie aus den USA importiert worden ist, gibt es unseres Wissens keine vertiefenden und einschlägigen labeling-theoretischen Untersuchungen im Rahmen der aktuellen Diskussion um den Kriminalitätsrückgang in New York.

Die ökonomische Kosten-Nutzen-Theorie der PKS-Registrierung besagt: „Je größer der Nutzen und die Vorteile (C+) für abnehmende Fallzahlen, desto eher wird man eine zurückhaltendes, defensives Registrierungsverhalten praktizieren.“ Umgekehrt gilt: „ Je größer der Nutzen und die Vorteile (C+) für zunehmende Fallzahlen, desto eher wird man ein expansives und offensives Registrierungsverhalten an den Tag legen.“

2. Die ‚Belastungsbezogene Kräfteverteilung‘ (BKV) in NRW

Während speziell im New Yorker Modell das defensive Registrierungsverhalten eher belohnt wird, kann man in der Bundesrepublik Deutschland und speziell auch in NRW davon ausgehen, dass hier vor allem das offensive Registrierungsverhalten belohnt wird, was letztendlich auch einem eingebauten Motor für langfristig stets steigende Kriminalitätszahlen gleich kommt. Dies liegt im wesentlichen an der systematischen Koppelung der PKS-Fallzahlen an die Personalzuweisungs-Zahlen. Das heißt: je mehr PKS-Zahlen eine Polizeibehörde vorweisen kann, desto mehr Personal bekommt sie zugewiesen. Dahinter verbirgt sich das gängige Konzept der sogenannten ‚Belastungsbezogenen Kräfteverteilung‘ (BKV). Die zunächst einmal nachvollziehbare innere Logik der BKV besagt: je mehr Kriminalität im Bereich einer Polizeibehörde anfällt, desto mehr Arbeitsbelastung hat sie zu ertragen, desto mehr Personal benötigt sie. Die hieraus resultierende Personalverteilung und Polizeidichte in NRW lässt sich eindrucksvoll an folgender Grafik ablesen:



Danach gibt es eine sehr starke Korrelation ($r=-0,91$) zwischen der PKS-Häufigkeitszahl und der Polizeidichte-Ziffer, welche die Anzahl der Einwohner auf einen Polizisten wiedergibt; je mehr Einwohner auf einen Polizisten kommen, desto geringer ist die Polizeidichte. So hatte zum Beispiel die Polizeibehörde des OKD Gummersbach im Jahre 1997 die geringste Straftaten-Häufigkeitsziffer (PKS-HZ=4088); mit 840 Einwohnern auf einen Polizisten (im Jahre 1998) hat sie zugleich die geringste Polizeidichte, das heißt die relativ kleinste Truppe an Polizeibeamten. Man kann dieses Dichtemaß auch vollkommen analog zur Straftaten-Häufigkeitsziffer berechnen (also immer bezogen auf 100.000 Einwohner) und man erhält dann für Gummersbach einen Wert von 119 Polizisten auf 100.000 Einwohner (Polizei-HZ=119).

Der PP Düsseldorf befindet sich am anderen Ende der Skala mit der größten Straftaten-Häufigkeitszahl von 13.156 und gleichzeitig mit der größten Polizeihäufigkeitszahl von 333 Polizisten auf 100.000 Einwohner (oder anders herum berechnet von nur 300 Einwohnern auf einen Polizisten).¹⁰⁰

Das weite Mittelfeld bewegt sich zwischen einer Straftaten-Häufigkeitsziffer von ca. 10.000 mit einer entsprechenden Polizei-HZ von ca. 250 Beamten¹⁰¹ und einer Straftaten-HZ von 6.000 mit einer entsprechenden Polizei-HZ von ca. 150 Beamten¹⁰².

Die Richtung und die Stärke des Zusammenhangs ist eindeutig und eindrucksvoll: der PKS-Output einer Behörde bestimmt in weitem Maße seinen Personalumfang. Ein Rückgang der Straftaten-HZ um etwa 2000 Zähler bedeutet nach dieser empirisch ermittelten BKV-Formel einen Rückgang der Polizei-HZ um ca. 50 Zähler. Bei einer gesamten Einwohnerzahl von ca. 600.000 Personen wären das immerhin 300 Polizeibeamte, auf die man (als Behördenleiter) aufgrund der gesunkenen PKS-Zahlen in den folgenden Jahren¹⁰³ verzichten müsste. Es ist offensichtlich, dass dies keine besonders günstigen Rahmenbedingungen für deutlich sinkende Kriminalitätszahlen sind.¹⁰⁴ Im Gegenteil: die PKS mit ihrer wichtigen Eigenschaft als Arbeitsbelastungs-Indikator tendiert bei den bekannten behörden-internen Definitionsspielräumen und Gestaltungsmöglichkeiten mittel- und langfristig logischer Weise immer nach oben. Überdurchschnittlich sinkende Fallzahlen sind danach kein besonders positives Kennzeichen einer Behörde und es bildet

¹⁰⁰ Ähnlich wie in Bonn (als Bundeshauptstadt) muss man in Düsseldorf (als Landeshauptstadt) einiges Personal aufgrund von speziellen Sonderaufgaben (z.B. Personen- und Objektschutz) hinzurechnen; dadurch wird die PKS als Grundlage für die Personalzuteilung ein wenig erweitert.

¹⁰¹ Vergleichbar einem Dichtemaß von ca. 400 Einwohnern auf einen Polizisten.

¹⁰² Vergleichbar einem Dichtemaß von ca. 700 Einwohnern auf einen Polizisten.

¹⁰³ In der Regel werden bei der Verteilung des Personals die Durchschnittszahlen der letzten fünf Jahre zugrunde gelegt.

¹⁰⁴ Es bleibt grundsätzlich zu fragen, ob unter derartigen Rahmenbedingungen die PKS einen geeigneten Indikator für kriminalpräventive Aktivitäten und Effekte darstellt oder ob man die Rahmenbedingungen hier nicht vollständig (in Richtung einer Belohnung für abnehmende Zahlen) umpolen muss.

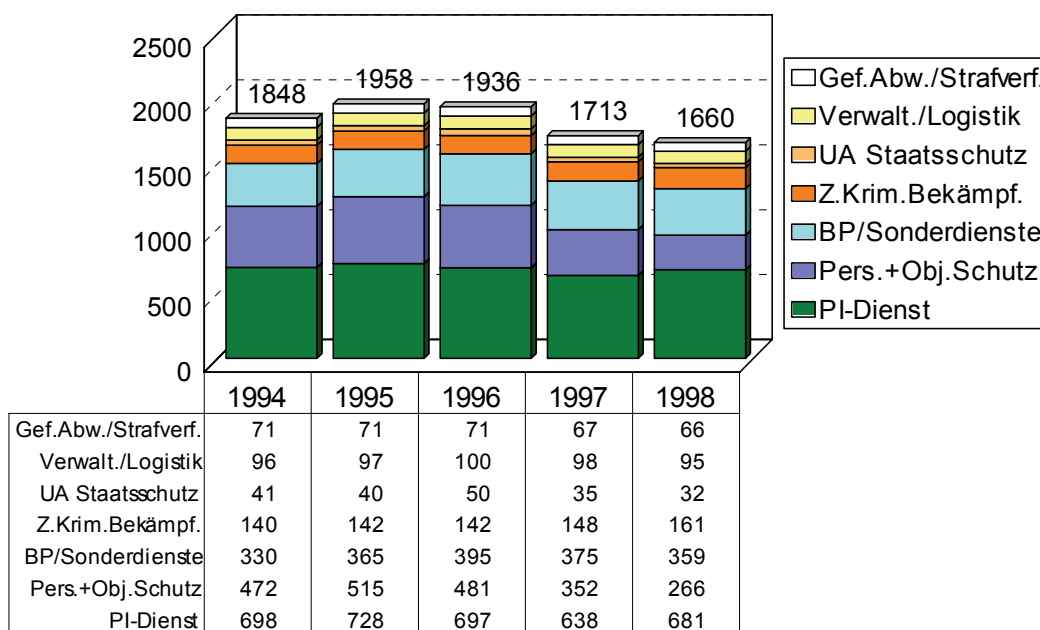
sich mehr oder weniger zwangsläufig ein gewisser Gegendruck; so auch in Bonn, in der Mitte der 90-er Jahre.

3. Die Personalentwicklung in Bonn

Bei der Kreispolizeibehörde Bonn zeichnete sich in der Mitte der 90-er Jahre eine ungünstige Entwicklung in mehrfacher Hinsicht ab. Zum einen kündigte sich durch den beschlossenen Regierungsumzug für die Bonner Polizei eine bestimmte Aufgabenreduzierung speziell im Bereich des Personen- und Objektschutzes an, was gleichzeitig auch eine entsprechende Personalreduzierung bedeutete.

Entwicklung der Personalzahlen (KPB Bonn; 1994-1998)

nach den einzelnen Dienstbereichen



Quelle: PP Bonn, GS 2

Dies zeigt sich speziell in der obigen Grafik und Tabelle¹⁰⁵. Besonders rückläufig ist der Personalumfang im Bereich ‚Personen- und Objektschutz‘ von 515 Personen im Jahre 1995 auf 266 Personen im Jahre 1998.

Auch bei der ‚UA Staatsschutz‘ ist eine deutliche Reduzierung des Personals (von 50 auf 32 Beamte) erkennbar, was vor dem Hintergrund der Hauptstadtverlagerung von Bonn nach Berlin eine gewisse Plausibilität besitzt.

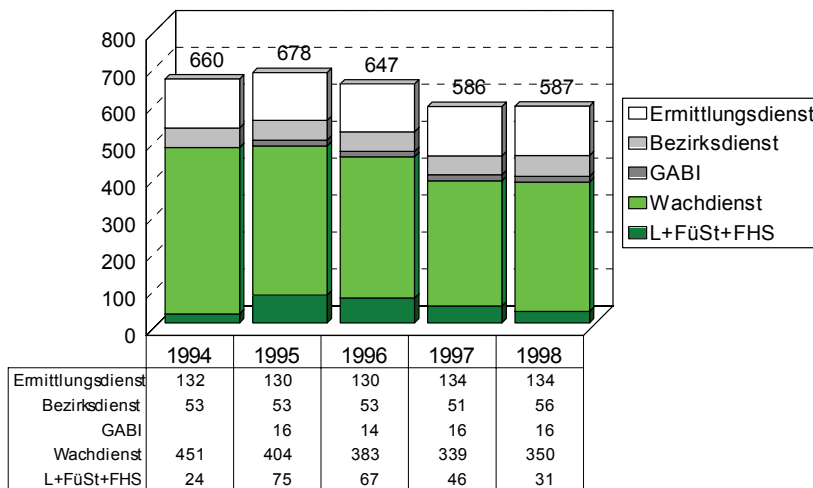
¹⁰⁵ Die hierfür grundlegenden Zahlen wurden uns freundlicher Weise zur Verfügung gestellt und übermittelt vom PP Bonn, Dez. GS 2

Andererseits gibt es aber auch rückläufige Personalentwicklungen im normalen Dienstbereich der verschiedenen Polizei-Inspektionen, welche zunächst einmal nicht mit dem Regierungsumzug zu erklären sind, sondern wo andere Faktoren (BKV) eine Rolle spielen müssen.

Bei einer näheren Betrachtung von 5 verschiedenen PI-Diensten zeigt sich folgende Entwicklung:

Entwicklung der Personalzahlen (KPB Bonn; 1994-1998)

bei 5 verschiedenen PI-Diensten

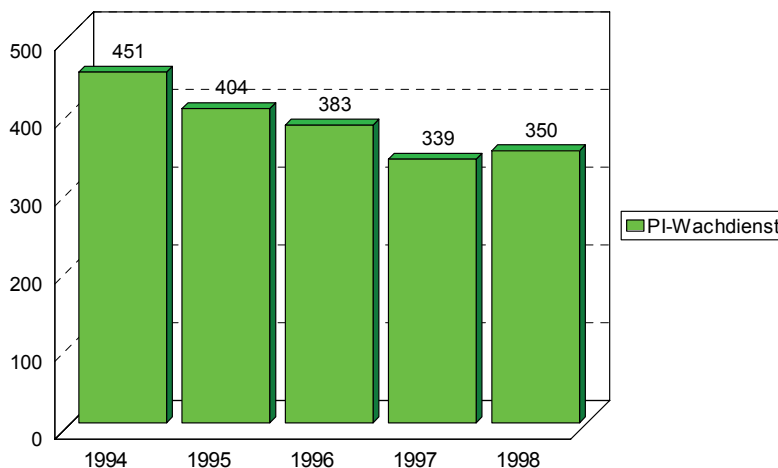


Quelle: PP Bonn, GS 2

Während das Personal für den Ermittlungsdienst, den Bezirksdienst und für die Gemeinsame Anlaufstelle Bonn-Innenstadt („GABI“) relativ konstant geblieben ist, sind die Reduktionen vor allem auf der Leitungsebene, beim Führungsstab und bei dem normalen „Wachdienst-Personal“ zu verzeichnen. Dies hebt die folgende Grafik noch einmal besonders hervor:

Entwicklung der Personalzahlen (KPB Bonn; 1994-1998)

beim PI-Wachdienst



Quelle: PP Bonn, GS 2

Der Verlust von über 100 Beamten in den Jahren 1995-1997 hat in diesem Bereich weniger mit dem Regierungsumzug zu tun, sondern er findet seine Erklärung wohl in erster Linie in den rückläufigen PKS-Zahlen der KPB Bonn in der Mitte der 90-er Jahre und dem landesweiten und bekannten BKV-Schlüssel zur Personalzuweisung. Danach erhält eine Behörde bei rückläufigen registrierten Straftaten entsprechend weniger Personal zugewiesen.

In Bonn wurde in den Jahren 1995 (- 7,2%) und 1996 (- 12,3%) entgegen dem Landestrend ein deutlicher Rückgang an Straftaten registriert, was bei einer Fortsetzung dieses Trends eine weitere Reduzierung des Personals bedeutet hätte. Die Möglichkeiten einer selbst gestalteten Trendumkehr sind nach den oben beschriebenen Definitionsspielräumen der Statistik-Gestaltung durchaus bekannt und sie sind nach den uns zur Verfügung stehenden Erkenntnissen in der Bonner Polizeibehörde im Jahre 1997 in ausgiebiger und systematischer Weise genutzt worden.

Den Ausgangspunkt hierzu bildete die (nicht unbedingt abwegige) Vermutung, dass die PKS-Registrierung durch Verlagerung der Zuständigkeiten im Wege der Umorganisation (1994) einen geringeren Stellenwert erhalten hat und nicht mehr so korrekt und zuverlässig betrieben worden ist wie in den Jahren zuvor. Die mit dem jeweiligen Fall befassten Mitarbeiter auf den einzelnen Dienststellen, die nun auch für die ordnungsgemäße Statistik-Registrierung zuständig waren, waren hierfür weder ausreichend motiviert und sensibilisiert, noch waren sie hierfür hinreichend ausgebildet und informiert. Dies erkläre eine insgesamt laxere, oberflächlichere und fehlerhaftere Handhabung der PKS-Registrierung und somit höchstwahrscheinlich auch den auffälligen Rückgang der registrierten Straftaten.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund weiterer drohender Personalreduzierungen wegen der landesweit üblichen BKV¹⁰⁶ hat man bei der Polizeibehörde Bonn zu zentralen und systematischen Maßnahmen gegriffen, welche das Ziel verfolgten, eine zunächst korrektere, letztendlich aber auch ‚ertragreichere‘ Fallerfassung zu erreichen.

Zu den sichtbarsten Maßnahmen in diesem Zusammenhang gehörten insgesamt drei Überprüfungswellen hinsichtlich der statistischen Registrierung, die vom Dezernat GS 2 veranlasst und stichprobenartig durchgeführt wurden. Die Kontroll-Aktionen, welche zum Teil angekündigt, aber zum Teil auch verdeckt betrieben wurden, brachten erhebliche Fehlerquoten zutage, was dann wiederum sogenannte ‚Erfassungs-Aufklärungen‘ zur Folge hatte.

Man darf davon ausgehen, dass diese Aktionen das gesamte behördliche ‚Erfassungs- und Registrierungs-Klima‘ derartig geprägt und beeinflusst haben, dass ein Großteil des ‚zählbaren Erfolges‘, wie er an der 24%-igen

¹⁰⁶ diese Position und Begründung ist aus den polizeilichen Unterlagen und aus den verschiedenen Gesprächen relativ eindeutig zu entnehmen. (z.B.: „wörtliches Zitat aus Wieczorek-Papier“)

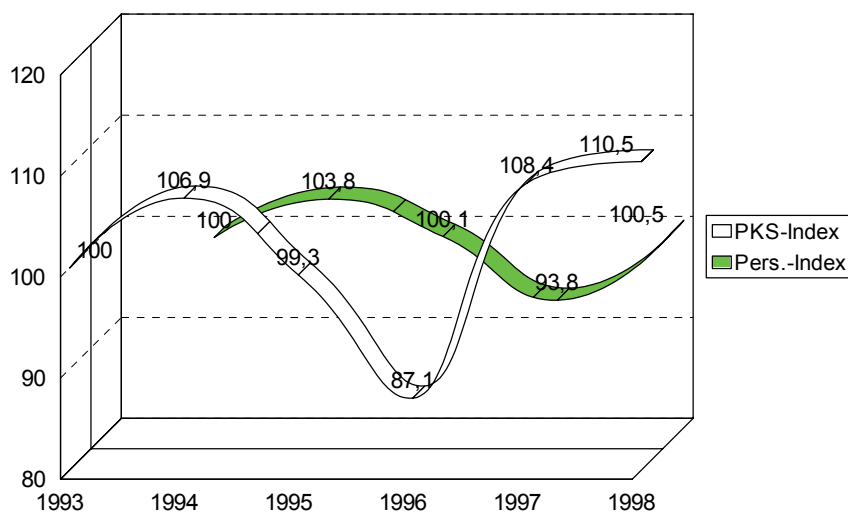
Steigerungsrate der Bonner PKS im Jahre 1997 abzulesen ist, hierauf zurückzuführen ist. Vor diesem Hintergrund und angesichts des bewusst gemachten Zusammenhangs mit der Personalzuweisung wird auch so manche mögliche Übererfassung durchaus plausibel.

4. Der Zusammenhang zwischen PKS-Entwicklung und Personal-Entwicklung.

Es erscheint nun wiederum durchaus interessant, weiter zu verfolgen, inwieweit die hergestellte Trendumkehr in der Straftaten-Registrierung auch eine Trendumkehr in der Personalzuweisung bewirkt hat. Hierzu haben wir für beide Phänomene (PKS-Straftaten und Personal) eine Indexbildung¹⁰⁷ vorgenommen, um ihre jeweiligen zusammenhängenden Entwicklungen in einer Grafik abbilden zu können:

PKS-Entwicklung und Personal-Entwicklung

KPB Bonn (1993-1998)



PKS-Index: abs. Zahlen KPB Bonn, 1993=100; Pers.-Index: PI+ZKB-Zahlen, 1994=100

Hieran kann man deutlich erkennen, dass der Tiefpunkt bei der Personalentwicklung im Jahre 1997 erreicht worden ist. Durch die enormen PKS-Rückgänge in den Jahren 1995 und 1996 sackte auch die Personalausstattung im darauf folgenden Jahr 1997 deutlich ab (Index=93,8). Aber durch die Inangriffnahme und Erreichung des rasanten PKS-Anstiegs im gleichen Jahre ist auch der Personalumfang im Jahre 1998 wieder auf das alte Ausgangsniveau (Index=100,5) angestiegen.¹⁰⁸ Die Operationen ‚PKS-Kontrolle‘ und ‚Erfassungs-Aufklärung‘ im Jahre 1997 haben sich danach für die Polizeibehörde Bonn durchaus gelohnt. Die Kosten-Nutzen-Theorie ist hinsichtlich des PKS-Registrierungsverhaltens voll bestätigt worden.

¹⁰⁷ Die Zahlen für die Basisjahre 1993 (PKS) und 1994 (Personal) wurden gleich 100 gesetzt.

¹⁰⁸ Die relativ bescheidenen Zuwächse seit 1997 deuten auf ein Halten dieses Niveaus in den nächsten Jahren hin.

Dieser Befund bedeutet andererseits gleichzeitig, dass man den enormen Zick-Zack-Kurs der PKS-Registrierungen keinesfalls als Abbild von realen Kriminalitätsentwicklungen in Bonn überinterpretieren darf. Was die Beschreibung dieser realen Kriminalitätsverläufe angeht, wird man daher in Bonn die Ebene der ‚Normalität‘ wie schon mehrfach zuvor nicht verlassen müssen.

4.4.1.1.3. Zusammenfassung der PKS-Erkenntnisse

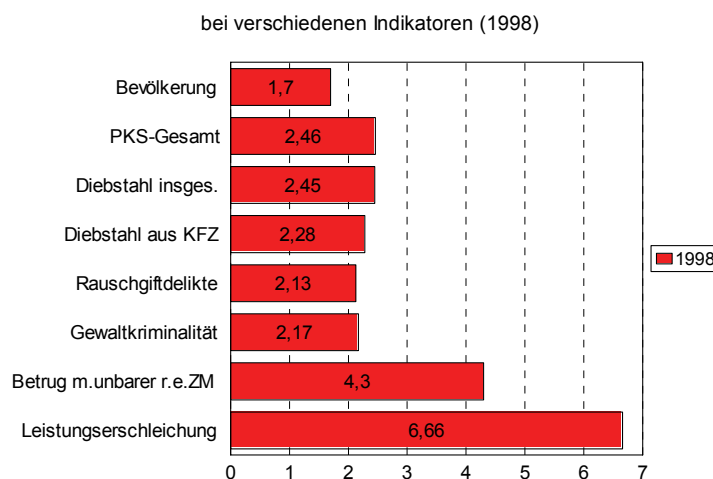
1. Die Bonner PKS-Zahlen sind zunächst einmal grundsätzlich differenziert zu betrachten als:

- Gesamtzahlen (für den gesamten Bereich der KPB Bonn, inklusive Rhein-Sieg-Kreis)
- Kernzahlen (ausschließlich für den Bereich der Stadt Bonn; etwa $\frac{3}{4}$ der Gesamtzahlen)

Genau genommen können nur letztere für nähere Auswertungen im Rahmen der Kriminologischen Regionalanalyse herangezogen werden, da diese sich auch in ihrem ‚subjektiven Befragungsteil‘ aus mehreren Gründen auf die Stadt Bonn konzentriert.¹⁰⁹

2. Die PKS-Häufigkeitszahlen für die Stadt Bonn bewegen sich bei landes- und bundesweiten Vergleichen zum großen Teil in einem durchaus normalen und durchschnittlichen Bereich:

Anteil von Bonn (Stadt) an NRW-Gesamt (in%)



Quelle: PKS Bonn 1998; PKS NRW 1998

¹⁰⁹ Eine durchgängige Differenzierung nach KPB Bonn und Stadt Bonn in den PKS-Jahresberichten ist für den externen Bearbeiter genauso wünschenswert wie eine generelle Kennzeichnung aller aufgeführten Einzeldelikte mit den jeweiligen PKS-Schlüsselzahlen (zur korrekten Durchführung von Vergleichen mit dem Land und dem Bund).

Der Anteil der Bonner Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in NRW beträgt 1,7 %. Der Bonner PKS-Anteil am gesamten PKS-Umfang in NRW liegt bei 2,46 %. Dieser leicht erhöhte Anteil geht im wesentlichen auf einige wenige Delikte (wie z.B. ‚Kreditkarten-Betrug‘ und ‚Leistungserschleichung‘) zurück, bei denen ein besonderes Registrierungsverhalten eine nicht unbedeutende Rolle spielt. Kontroll- und Anzeige-Effekte sind demgegenüber auch bei anderen Deliktsbereichen (wie z.B. Ladendiebstahl, Sachbeschädigung) wohl eher nachrangig.

3. Der auffällige Anstieg der registrierten Kriminalität im Jahre 1997 (um 24,4%) ist vor allem als Folge eines veränderten, BKV-induzierten Registrierungsverhaltens zu sehen und er gibt von daher ebenfalls keinen Anlass zu besonderer Sorge über eine eventuelle außergewöhnliche ‚reale‘ Kriminalitätserscheinung in dieser Stadt.

Diese Erkenntnisse bestätigen die Wichtigkeit der grundlegenden Hinterfragung von PKS-Zahlen auf ihren Herstellungsprozess, bevor sie im Rahmen von Kriminologischen Regionalanalysen als mehr oder weniger zuverlässige Indikatoren von Kriminalitätswirklichkeiten herangezogen werden können. Gerade in relativ überschaubaren Grundgesamtheiten wie in den Kommunen fallen die konstruierten Anteile an der registrierten Kriminalität besonders schnell ins Gewicht und sie müssen von daher besonders gründlich identifiziert werden, damit es nicht zu eilfertigen Fehl- und Überinterpretationen gerade auch vor dem Hintergrund falsch angesetzter kriminalpräventiver Aktivitäten kommt.

Zur vertiefenden und gründlichen Absicherung sollte man so weit wie möglich weitere ‚objektive‘ Kriminalitätsindikatoren heranziehen.

4.4.1.2. Die Daten der ‚zentralen Vorgangsverwaltung‘ (ZVV)

Wie es der Name schon sagt, sollen mit diesem dv-basierten Erfassungssystem möglichst alle in der Behörde anfallenden Vorgänge nach einem einheitlichen Verfahren registriert und verwaltet werden. Neben den Strafanzeigen, die uns hier im Rahmen eines PKS-Vergleichs näher interessieren, werden auch solche Vorgänge wie ‚Aufenthaltsermittlungen, Brandberichte, Fahndungen, Haftbefehle, Ingewahrsamnahmen, Sicherstellungen und Vorführungsbefehle‘ im einzelnen erfasst.

In einer von drei Erfassungsmasken, welche auf dem Software-Programm ‚MS Access‘ basieren, geht es zunächst um verschiedene mehr formale und technische Vorgangsdaten; bei Strafanzeigen und Owi-Anzeigen ist hier auch die jeweilige Deliktsart (anhand eines vorgegebenen Rollfeldes) anzuklicken. In einer weiteren Maske werden dann verschiedene relativ detaillierte Falldaten

registriert, zum Beispiel zum Tatort (PLZ, Strasse, Tatörtlichkeit), zur Tatzeit und zu anderen Merkmalen, die auch in der PKS enthalten sind (PKS-Schlüssel, Versuch, Schusswaffengebrauch etc). In einer dritten Erhebungsmaske werden dann noch verschiedene Personendaten hinsichtlich des Täters festgehalten, welche uns u.a. aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht zur Verfügung gestellt wurden.

Für unsere Anliegen im Rahmen dieser Kriminologischen Regionalanalyse waren die übermittelten Datensätze¹¹⁰ jedoch ausreichend:

- Hinsichtlich des PKS-Vergleichs interessieren vor allem die Angaben zur Deliktsart und zum Gesamtumfang (bezogen auf das Gebiet der Stadt Bonn). In diesem Zusammenhang können die ZVV-Daten als ein ergänzender und relativierender Indikator für die offizielle und behördliche Herstellung von Kriminalitätswirklichkeiten in Bonn herangezogen werden.
- Hinsichtlich des intra-kommunalen Vergleichs kann auf die Tatort-Angaben (speziell in ihrer Differenzierung nach den 62 statist. Bezirken) zurückgegriffen werden. Eine derartige feine Untergliederung ist mit den PKS-Daten derzeit (noch) nicht realisierbar. Sie ermöglicht somit einerseits die Erstellung eines kommunalen Kriminalitätsatlases und zum anderen den direkten Vergleich mit den genau in dieser Form differenzierten Sozialdaten und sonstigen Strukturdaten.

Ähnlich wie das vorhergehende PKS-Kapitel (4.4.1.1) werden wir dieses ZVV-Kapitel (4.4.1.2) in einen vor allem beschreibend-vergleichenden (4.4.1.2.1) und in einen eher erklärenden Abschnitt (4.4.1.2.2) unterteilen.

4.4.1.2.1.Zur Beschreibung des ZVV-Kriminalitätsbildes

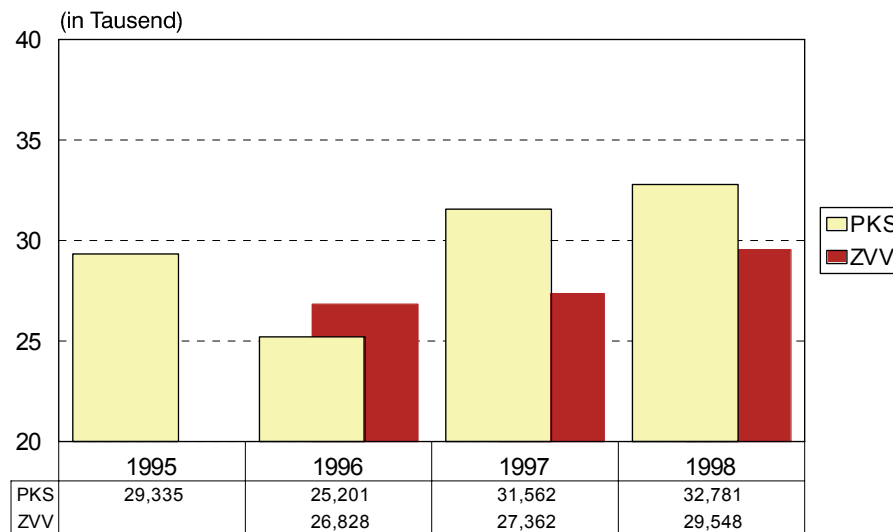
Die Beschreibung wird sich zunächst (1.) auf Gesamt-Quantitäten im Vergleich zu den PKS-Daten beziehen, um dann (2.) näher auf einzelne Merkmale einzugehen und um sich schließlich (3.) auf den intra-kommunalen Vergleich zwischen den einzelnen statist. Bezirken zu konzentrieren.

1.Zum Abgleich mit den PKS-Daten

Zunächst ist es einmal sehr interessant, den registrierten Gesamtumfang an Kriminalität in der Stadt Bonn bei beiden Statistiken zu vergleichen.

¹¹⁰ Für die Jahre 1996, 1997 und 1998 ist uns jeweils ein ‚Access-Datensatz‘ mit allen Strafanzeige-Fällen (insgesamt 83.738) übermittelt worden. Neben der Dienststelle und der Registrierungs-Zeit waren verschiedene Merkmale zum Tatort (statist.Bezirks-Schlüssel, PLZ, Strasse, Tatörtlichkeit) und zur Tat (PKS-Schlüssel, Deliktsart) registriert

Gesamtkriminalität 1995 - 1998



Quelle: PP Bonn, Dez.GS 2

Hier fällt auf den ersten Blick ein insgesamt stetiger Verlauf der ZVV-Zahlen ins Auge, welcher den Zick-Zack-Kurs der PKS in keinsten Weise wiederholt. Während in dem PKS-Tiefpunkt-Jahr 1996 die ZVV-Zahlen um 1627 Fälle über den PKS-Zahlen liegen, ist es im dramatischen PKS-Anstiegs-Jahr 1997 genau umgekehrt. Jetzt weist die PKS insgesamt 4200 Straftaten mehr aus als die ZVV-Statistik. Im Jahr 1998 sind es dann immerhin noch 3233 Straftaten mehr (in der PKS).

Vollkommen unabhängig und losgelöst von der Frage, welcher Indikator nun die Realität wohl am besten widerspiegelt, wird man sagen können, dass in den Jahren 1996 und 1997 die Zahlen (auch in ihren Veränderungsraten) so weit auseinander liegen, dass man eigentlich keinen von beiden so recht zu trauen vermag. Auch eine vielleicht nahe liegende Einigung irgendwo auf der Mitte macht erhebliche Probleme. Bei aller Skepsis auch gegenüber den ZVV-Zahlen, die in ihrem gesamten Herstellungs- und Anwendungsprozess wahrscheinlich einen noch größeren Definitionsspielraum¹¹¹ aufweisen als die PKS-Zahlen, machen diese ZVV-Zahlen in ihrer eindringlichen Stetigkeit und in ihrem direkten Kontrast die offensichtliche Fehlerhaftigkeit und Konstruiertheit der übermäßig sprunghaften PKS-Zahlen noch eine Stufe deutlicher. Die bisherigen Aussagen und Interpretationen über die Bonner PKS in diesen Jahren müssen zumindest nicht nachhaltig in Frage gestellt werden.

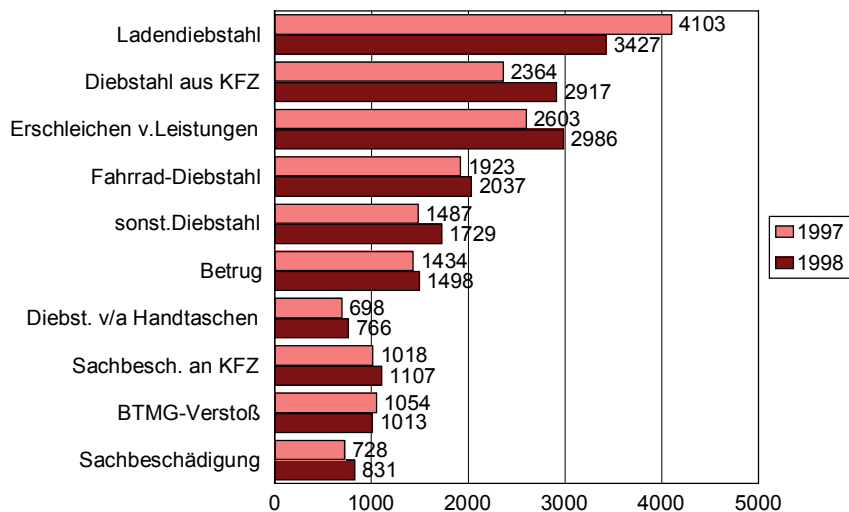
¹¹¹ Die ZVV-Erfassung erfolgt anders als die PKS-Erfassung zu Beginn des gesamten Verfahrens; von daher gründen die Angaben generell auf geringeren Erfahrungswerten, sie sind zudem weniger detailliert und ausführlich geregelt und werden wahrscheinlich auch nicht besser kontrolliert und korrigiert.

2.Zur Struktur der Bonner ZVV-Zahlen

Hierzu haben wir zwei wichtige ZVV-Merkmale wie die ‚Deliktsart‘ und die ‚Tatörtlichkeit‘ nach ihren Häufigkeiten ausgezählt und in grafische Darstellungsformen übertragen:

Registrierte Deliktsarten (ZVV)

„Top Ten“ in Bonn-Stadt (1997 und 1998)



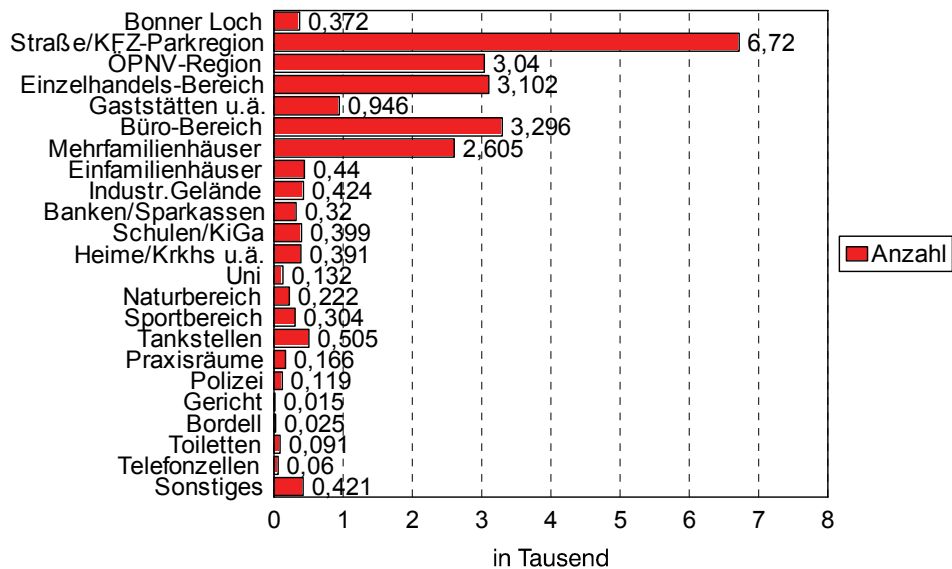
Quelle: ZVV-Daten des PP Bonn

Danach führt der ‚Ladendiebstahl‘ die Hit-Liste der zehn häufigsten Delikte in der Stadt Bonn an; und dies sowohl im Jahre 1998 (mit insgesamt 3427 Strafanzeigen), als auch im Jahre 1997 (noch eindeutiger mit insgesamt 4103 Fällen). Weitere (auch aus der PKS bekannte) bagatellartige Massendelikte wie das ‚Schwarzfahren‘ (2986 Fälle), ‚Diebstahl aus KFZ‘ (2917 Fälle), Fahrraddiebstahl (2037 Fälle) und Betrug (1498 Fälle) folgen auf den nächsten Plätzen.

Liefern die ZVV-Zahlen hinsichtlich der Verteilung der Deliktsarten somit keine grundlegend neuen Erkenntnisse, so bieten sie hinsichtlich der verschiedenen Tatörtlichkeiten doch einige interessante Einblicke, die anhand der PKS so nicht möglich sind. Wir haben hierzu das ursprünglich in mehr als hundert Ausprägungen vorhandene Merkmal ‚Tatörtlichkeit‘ zu etwa 20 Gruppen zusammengefasst und dabei folgende Verteilung erhalten:

ZVV-Strafanzeigen nach Tatörtlichkeiten

in Bonn (1997)



Quelle: ZVV-Daten (Strafanzeigen) des PP Bonn

In deutlicher Analogie zur Verteilung der Massendelikte ist auch die Verteilung der Tatörtlichkeiten zu sehen. Die zahlreichen Delikte rund um das Auto machen die verschiedenen Regionen, in denen diese in der Regel abgestellt werden (Straßen, Parkplätze, Parkhäuser, Tiefgaragen etc), zu den häufigsten Tatörtlichkeiten in der Stadt. Der Einzelhandelsbereich liegt wegen der vielen Ladendiebstähle und der ÖPNV-Bereich wegen der vielen ‚Schwarzfahrer‘ so weit vorn in der Rangliste der Tatörtlichkeiten.

Bemerkenswert erscheint, dass das so häufig im Zusammenhang mit Kriminalität assoziierte ‚Bonner Loch‘ als Tatörtlichkeit nach dieser Statistik unter ‚ferner liefen‘ rangiert und mit 372 Strafanzeigen etwa eine Strafanzeige pro Tag aufweisen kann. Im gesamten Gaststättenbereich gibt es fast 3 mal so viele Anzeigen, im sogenannten Büro-Bereich sogar fast 10 mal so viele (=3296).

Auch die in der aktuellen Diskussion um die ‚Kinder- und Jugendkriminalität‘ immer wieder genannten Schulen spielen als Tatörtlichkeit in der Stadt Bonn nur eine untergeordnete Rolle, allerdings mit leicht steigender Tendenz.¹¹²

Bei einer Betrachtung der Deliktsstrukturen nach einzelnen besonderen Tatörtlichkeiten fällt zudem auf, dass der Anteil der Gewaltdelikte im Bereich ‚Schule‘ mit ca. 10% relativ gering ist, wobei die einfachen Körperverletzungsdelikte noch überwiegen.

¹¹² Im Jahre 1998 wurden aus dem Bereich Schule (inkl. Schulhof) insgesamt 464 Strafanzeigen registriert (1997: 344); dies kann auch auf ein intensiviertes Anzeigeverhalten hindeuten. Hier bedarf es näherer empirischer Untersuchungen.

Deliktsstrukturen nach besonderen Tatörtlichkeiten (ZVV-1998)			
Tatörtlichkeit	Anteil Gewaltdelikte	Überwiegender Deliktsbereich	Gesamtanzahl an Strafanzeigen
Straßen/Gehwege	10-15%	KFZ-Delikte Fahrraddiebstahl	4.982
Gaststätten	Ca. 20% (überw. gefährl. KV)	Eigentumsdelikte	425
Bonner Loch	Ca. 20% (überw. einf. KV)	BTM-Delikte	376
Schule	Ca. 10% (überw. einf. KV)	Eigentumsdelikte u. Sachbeschädigung	405
Alten-Wohnheime	1 Fall von Bedrohung	Eigentumsdelikte (über 90%)	24

Im Bereich des Bonner Lochs werden zu mehr als 50% BTM-Delikte registriert; bei den Gewaltdelikten überwiegen auch hier die einfachen Körperverletzungsdelikte. Im Gaststättenbereich überwiegen hingegen die gefährlichen Körperverletzungen.

Hinsichtlich der Alten-Wohnheime muss man bei den Gewaltdelikten bis auf einen einzigen Fall von ‚Bedrohung‘ Fehlanzeige feststellen. Neben je einer Beleidigung und Sachbeschädigung handelt es sich bei den gut 20 Fällen ausschließlich um Eigentumsdelikte.

3.ZVV-Strafanzeigen im intra-kommunalen Vergleich

In diesem Kapitel geht es um die Fragestellung, inwieweit es Unterschiede in der Kriminalitätsbelastung innerhalb der Stadt Bonn gibt. Welche Regionen (Stadtteile, Bezirke) sind von welcher Kriminalitätsform besonders betroffen bzw. wo sind die kriminalitätsmäßig eher ‚unterentwickelten‘ Gebiete auszumachen ?

3.1. Die Struktur der verschiedenen Gebiets-Unterteilungen

Dazu bietet es sich zunächst an, die verschiedenen regionalen Differenzierungen und Unterteilungen des Bonner Stadtgebietes, die sich auch in den einschlägigen Datensätzen wiederfinden, in ihrer grundlegenden Struktur vorzustellen.

Aus der PKS ist eine sehr grobe Aufteilung bekannt, die im wesentlichen die vier Polizei-Inspektionen (PI-Mitte, PI-Süd, PI-West, PI-Ost) beinhaltet. Zum Vergleich mit städtischen Struktur- und Sozialdaten ist diese Unterteilung jedoch nicht zu gebrauchen.

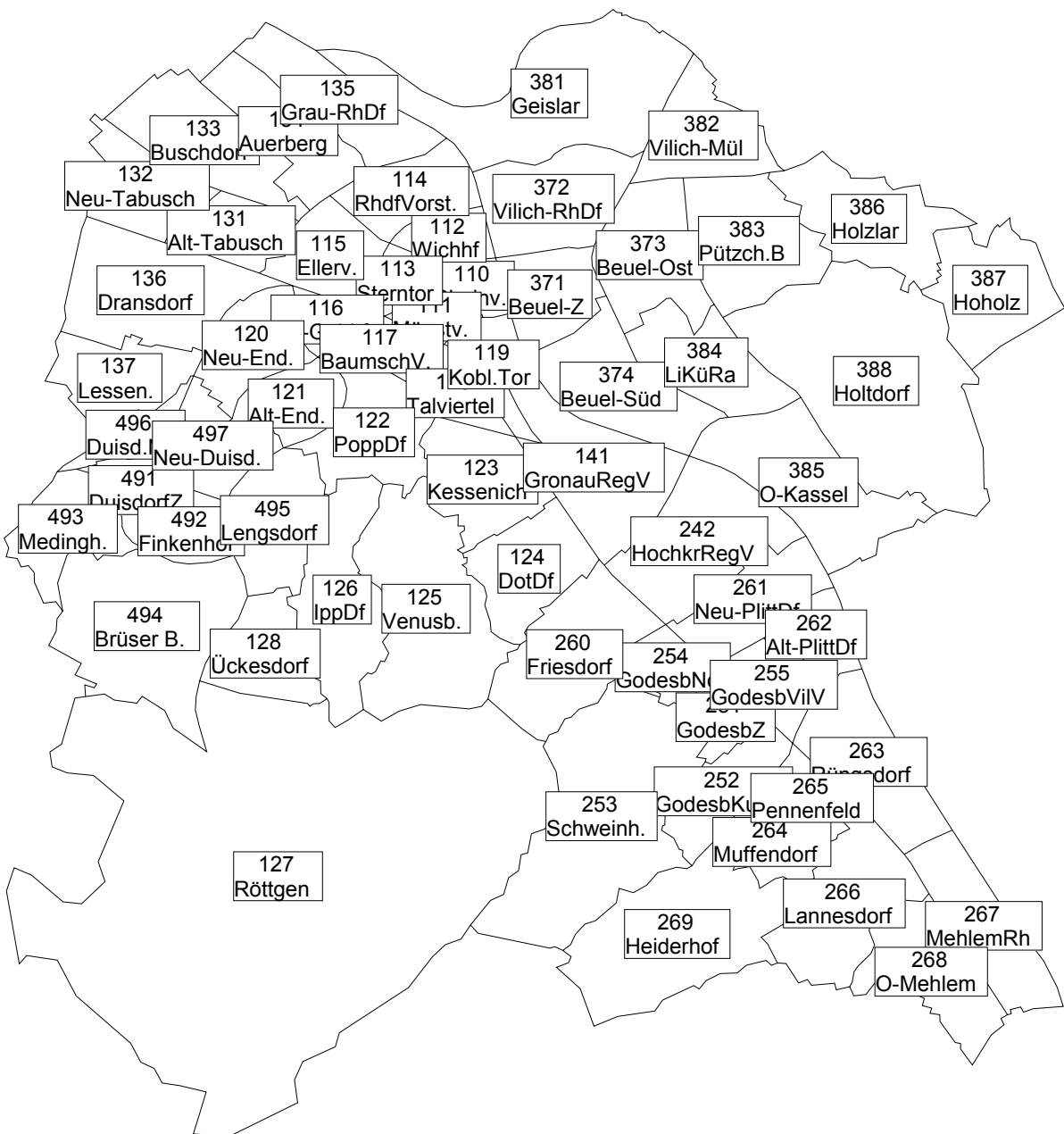
Hier bietet sich als größte Differenzierung die nach den vier Bonner Stadtbezirken (BN-Mitte, BN-Beuel, BN-Bad Godesberg, BN-Hardtberg) an. Wir werden zum Teil auf sie zurückgreifen.

Weiter gehende Untergliederungen liefern die insgesamt 17 verschiedenen Postleitzahl-Bezirke (PLZ-Bezirke), für die bestimmte Sozialdaten (wie zum Beispiel die Arbeitslosen-Quoten) zur Verfügung stehen. Auch in unserer Bürgerbefragung haben wir die PLZ als ein Merkmal des Wohnortes erhoben und somit die Möglichkeit geschaffen, unsere Auswertungen auch hiernach zu differenzieren.

Die feinste und kleinräumigste Unterteilung bezieht sich auf die insgesamt 62 statistischen Bezirke, welche in nahezu allen Datensätzen der Statistikstelle der Stadt angewandt wird und somit ein riesiges Vergleichspotential bietet. Hinzu kommt, dass auch die Daten der Zentralen Vorgangsverwaltung (ZVV) der Polizei nach dieser Differenzierung vorliegen und entsprechend ausgewertet werden können. Auch in unserer Bürgerbefragung haben wir den statistischen Bezirk in seinen 62 Ausprägungen als eine zentrale Wohnort-Variable mit erfassen können, so dass diese Differenzierung nicht nur die weitreichendste, sondern auch die meist angewandte sein wird. (Siehe Grafik auf nächster Seite.) Auf der Basis dieser drei-ziffrigen Variablen ist letztendlich auch noch eine Reduktion auf eine zwei-ziffrige Unterteilung in insgesamt 9 Stadtteile möglich (BN-Zentrum, BN-Südwest, BN-Nordwest, BN-Reg.Viertel, BN-Hardtberg, BN-Beuel-Zentrum, BN-Beuel-Außenring, BN-Godesberg-Zentrum, BN-Godesberg-Außenring).

Im folgenden Schaubild ist die wichtige Untergliederung nach den 62 Statistischen Bezirken (mit entsprechenden Kennziffern und Namen) in Form einer Landkarte dargestellt. Sie soll zur grundlegenden Orientierung des Lesers dienen. Vorwiegend aus technischen Gründen werden später die einzelnen farbigen Karten (Maps) zur ‚Verteilung der Strafanzeigen in der Stadt Bonn‘ nicht in den Text eingebunden, sondern in einem gesonderten Anhang zusammengefasst, der dann als Pilot-Version eines Kriminalitätsatlases gesehen werden kann.

Kennziffern der 62 Statistischen Bezirke der Stadt Bonn



Quelle: Statistikstelle der Stadt Bonn (Kosack)

Kartengrafik: EASYMAP 6.2 / Lutum + Tappert DV-Beratung GmbH, Bonn

3.2 Die Grundverteilung der ZVV-Strafanzeigen nach den verschiedenen Gebieten.

Bezogen auf die vier Bonner Stadtbezirke (Bonn, Bad-Godesberg, Beuel u. Hardtberg) zeigen die ZVV-Daten eher eine noch größere Konzentration auf den Stadtbezirk Bonn-Mitte als es aus anderen Quellen schon seit langem bekannt ist. Zwei von drei Strafanzeigen (=66%) in der Stadt Bonn kann man danach dem zentralen Stadtbezirk zurechnen. Hinsichtlich der Bevölkerungszahl sind es hingegen nicht einmal die Hälfte (47,6%).

Stadtbezirk	ZVV-Strafanzeigen ¹¹³	Einwohner	Häufigkeitszahl
Bonn-Mitte	17.720	148.742	11.913
Bad-Godesberg	4.100	66.523	6.163
Beuel	3.082	63.650	4.842
Hardtberg	1.590	31.803	5.000

Danach ist die Häufigkeitszahl (ZVV-Strafanzeigen auf 100.000 Einwohner) im Stadtbezirk Bonn-Mitte mehr oder weniger doppelt so groß wie in den drei anderen Stadtbezirken. Von diesen liegt Bad-Godesberg um gut ein Tausend Zähler vor Hardtberg und Beuel.

Diese Zahlen sind insofern nicht allzu überraschend, da sich darunter vor allem die bagatellartigen Massendelikte (wie z.B. Ladendiebstahl und Schwarzfahren) verbergen; diese werden in der Regel in den zentralen Innenstadtbereichen mit dem größten Geschäfts- und Publikumsverkehr registriert. Das zeigt eine weitergehende Differenzierung der Stadtbezirke in insgesamt 9 Stadtteile noch deutlicher:

<u>Stadtteil</u>	ZVV-Strafanzeigen	Einwohner	Häufigkeitszahl
BN-Zentrum	11.944	53.192	22.455
BN-Südwest	2.494	53.606	4.652
BN-Nordwest	2.538	40.225	6.310
BN-Reg.Viertel	972	3.492	27.835
Godesberg-Zentrum	1.670	16.520	10.109
Godesb.-Außenring	2.202	48.230	4.566
Beuel-Zentrum	1.797	28.704	6.260
Beuel-Außenring	1.285	34.946	3.677
Hardtberg	1.590	31.803	5.000

Die Geschäfts- und Einkaufszentren in Godesberg und vor allem in Bonn weisen klar die größten Häufigkeitszahlen auf. Das Regierungsviertel hat eine

¹¹³ Bei den hier aufgeführten ZVV-Zahlen muss man berücksichtigen, dass sie tendenziell zu gering ausfallen, da in ca. 10% der Fälle keinerlei Angaben zum Stadtbezirk vorhanden waren.

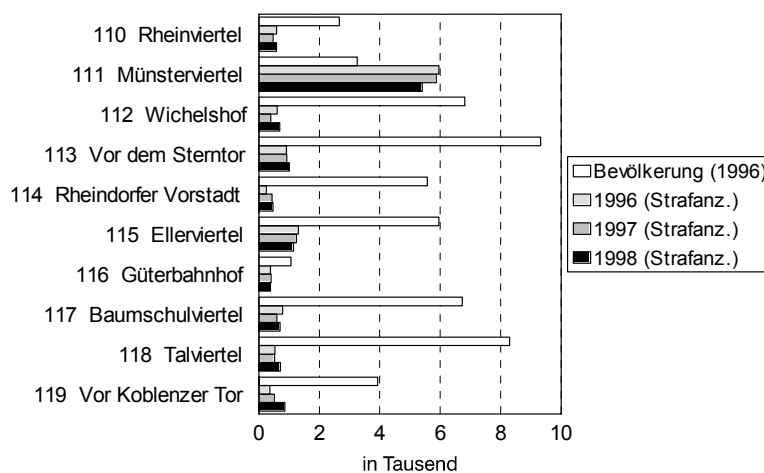
Sonderstellung, da hier einerseits nur sehr wenige Einwohner wohnen, andererseits durch das hier ansässige Polizeipräsidium eine relativ große Anzahl von Strafanzeigen (vor allem auch aus dem Bereich der Leistungsererschleichung¹¹⁴) registriert werden, welche die Häufigkeitszahl dann außergewöhnlich in die Höhe treiben. Insoweit sind derartige Häufigkeitszahlen für relativ kleinräumige Gebiete immer mit einer gewissen Vorsicht zu verwenden und adäquat zu interpretieren.¹¹⁵

Geht man in der regionalen Differenzierung noch eine Stufe weiter und schaut sich die Verteilung der Strafanzeigen auf die 62 statistischen Bezirke der Stadt Bonn an, so kann man erkennen¹¹⁶, dass nahezu alle 10 Innenstadt-Bezirke eine Häufigkeitsziffer von über 10.000 aufweisen; die eindeutige Spitzenposition nimmt aber das Münsterviertel als das Geschäfts- und Einkaufszentrum von Bonn ein: hier steigt die HZ vor allem wegen der zahlreichen Ladendiebstähle und der relativ geringen Einwohnerzahl auf einen Wert von 168.729 !!!

Dieses Bild der extrem hohen Belastung des Münsterviertels ist über die letzten Jahre hinweg relativ konstant geblieben:

Wohnbevölkerung und ZVV-Strafanzeigen (1996-1998)

nach Bonner Innen-Stadtbezirken



Quellen: Statistikstelle der Stadt Bonn; ZVV-Daten des PP Bonn

Nur im Münsterviertel ist die Anzahl der Strafanzeigen pro Jahr deutlich größer als die Einwohnerzahl. Die relativ geringe Wohnbevölkerung im Rheinviertel

¹¹⁴ Aus Praktikabilitätsgründen werden die Linien des ÖPNV, die unmittelbar am Polizeipräsidium vorbeiführen und dort sogar noch Halt machen, offensichtlich besonders gern und häufig von den Kontrolleuren genutzt, um so mit eventuellen ‚Härtefällen‘ direkt vor Ort zu sein.

¹¹⁵ Die hohe Kriminalitäts-HZ im Regierungsviertel wäre uninterpretiert ein gefundenes Fressen für die neue Profession der ‚Gag-Hunter‘; diese könnten z.B. darauf verweisen, „dass man es ja schon immer gesagt habe, dass das grösste kriminelle Potential in der Regierung steckt.“

¹¹⁶ Siehe hierzu vor allem die entsprechenden Karten 1 und 2 im Anhang (Strafanzeigen nach absoluten Zahlen und nach Häufigkeitszahlen).

und besonders im Güterbahnhofs-Bereich ergeben für diese statist. Bezirke ebenfalls ziemlich hohe Häufigkeitszahlen (22.025 und 37.808).

Wie stark sich die Strafanzeigen auf die Innenstadtbezirke konzentrieren, sieht man u.a. auch daran, dass in 26 der 62 Bezirke die Häufigkeitsziffer unter 5000 liegt und weitere 24 Bezirke eine ebenfalls nur 4-stellige HZ über 5000 aufweisen. In zahlreichen Bonner ‚Dörfern‘ liegen nicht nur die Häufigkeitsziffern, sondern auch die absoluten Zahlen in einem sehr niedrigen Bereich. So hat man z.B. in Ückesdorf (n=54), Vilich-Müldorf (n=58) und Muffendorf (n=67) nicht viel mehr als eine Strafanzeige pro Woche zu zählen; damit liegt man auch weit unter dem Durchschnitt, der normaler Weise aus (noch) weit ländlicheren Regionen in der Republik bekannt ist.

3.3 Die Verteilung der ZVV-Strafanzeigen nach statistischen Bezirken und einzelnen Deliktsarten

Nachdem bisher die Verteilung der Strafanzeigen insgesamt im Blickfeld der Betrachtung war, sollen im folgenden einzelne Deliktsarten in ihrer Verteilung näher unter die Lupe genommen werden. Für eine derartige differenzierte Auswertung nach 62 statistischen Bezirken müssen diese Delikte schon eine gewisse quantitative Größenordnung aufweisen; am besten geeignet hierfür sind somit die verschiedenen Massendelikte aus dem Eigentumsbereich (wie zum Beispiel Ladendiebstahl, Diebstahl an/aus KFZ, Fahrraddiebstahl, Leistungsererschleichung). Wir haben aber zusätzlich auch noch einige andere (weniger häufige) Delikte in die Analyse einbezogen, weil dort ein besonderes präventives und aktuelles Interesse besteht (wie zum Beispiel Wohnungseinbruch, Körperverletzung, BTM-Delikte und Sachbeschädigung, speziell Graffiti). Wegen der zunehmenden Thematisierung und Problematisierung der Graffiti-Fälle in den letzten Jahren haben wir hier die Analyse auf einen Zeitraum von drei Jahren (1996-1998) ausgedehnt und somit zeitlich dynamisiert.

Die Darstellung wird nun Punkt für Punkt (1.- 11.), das heißt Delikt für Delikt erfolgen und bei der schriftlichen Kommentierung wird jeweils auf die entsprechende Karte im Anhang (Kriminalitäts-Atlas) verwiesen, die zum besseren Verständnis bei der Lektüre möglichst mit genutzt werden sollte.

3.3.1. Ladendiebstahl

Wie schon bei der Gesamtverteilung aller Strafanzeigen angedeutet, konzentrieren sich die Anzeigen bei dem absolut häufigsten Delikt, dem Ladendiebstahl (n=3427) eindeutig in den zentralen City-Lagen mit der größten Einkaufsdichte. Das ist in Bonn an erster Stelle das Münsterviertel mit den

großen Kaufhäusern und nahezu der Hälfte aller Ladendiebstahlsfälle (n=1568) im Jahre 1998.

Auf dem zweiten Platz folgt mit einem riesigen Abstand (n=272) der Bezirk ‚Godesberg-Mitte‘, der ebenfalls mehrere Kaufhäuser und ein entsprechendes Einkaufs- und Geschäftszentrum aufweist. Die kleineren Zentren in Duisdorf und Beuel folgen auf den nächsten Plätzen. Hier dürfte auch das spezielle Sicherheits- und Überwachungspersonal, welches in der Regel die Strafanzeigen veranlasst, nicht in dem Umfang vorhanden sein wie in der Bonner City.

Einzelne auffallende Zahlen aus eher randseitigen Bezirken (wie z.B. Pützchen-Bechlinghoven) dürften auf dort angesiedelte Einkaufs- und Verbrauchermärkte und deren besondere Kontrollaktivitäten hinweisen.

Der Großteil der 62 Bonner Bezirke ist hinsichtlich des Ladendiebstahls entweder vollständig oder aber weitgehend unauffällig. 15 Bezirke melden totale Fehlanzeige, weitere 23 Bezirke haben nur 1-9 Fälle. Ein wenig erstaunlich ist es, dass hier auch einige city-nahe Bezirke dabei sind (wie z.B. ‚Vor dem Koblenzer Tor‘ mit einem einzigen Fall). Die Ursachen dürften hier wohl eher im unterschiedlichen Aufdeckungs- und Anzeigeverhalten zu suchen sein.

3.3.2 Diebstahl an/aus KFZ

Nach dem Ladendiebstahl befindet sich diese spezielle Deliktsgruppe (in einem ständigen Kopf-an-Kopf-Rennen mit der Leistungserschleichung) in der Verfolgergruppe der ‚ZVV-Top-Ten-Liste‘. Im Jahre 1998 sind aus diesem Deliktsbereich insgesamt 3507 Strafanzeigen (in der ZVV) registriert worden; das wären im Durchschnitt etwa 57 Strafanzeigen in jedem der 62 statistischen Bezirke.

Anders als beim Ladendiebstahl ist eine Konzentration auf einige wenige Bezirke hier nicht in dem Maße feststellbar; im Gegenteil: wir finden hier eine relativ große Streuung der Strafanzeigen wegen ‚Diebstahl an/aus KFZ‘. Zwar liegt das Münsterviertel auch hier wieder mit insgesamt 168 Anzeigen an der Spitze, aber es gibt vor allem in den an die City angrenzenden Bezirken mit einer ähnlich hohen KFZ-Dichte bzw. KFZ-Frequenz auch ganz ähnliche Größenordnungen bei den entsprechenden Strafanzeigen.

Insgesamt sieben Bezirke liegen zwischen 100 und 170 Anzeigen im Jahr; weitere 17 Bezirke liegen zwischen 50 und 99. Bezirke mit weniger als 10 Anzeigen gibt es in diesem Fall nur ganze vier. Der große und breite Rest von 34 Bezirken bewegt sich auf einem Niveau von 10 bis 49 Strafanzeigen. Diese breite Streuung deutet auf eine ebensolche Streuung in den Gelegenheitsstrukturen hin. Eine relativ breite Verteilung der Kraftfahrzeuge über das Stadtgebiet hat auch eine relativ breite Verteilung der KFZ-bezogenen Diebstähle zur Folge. Ein geeigneter Vergleichs-Maßstab zur relativen Einordnung dieser

Deliktsgößen und der einzelnen statistischen Bezirke müsste im Bereich von Verkehrsdichtezahlen (speziell auch für den ruhenden Verkehr) gesucht werden.

3.3.3 Fahrraddiebstahl

Mit 2037 Strafanzeigen liegt der Fahrraddiebstahl an vierter Stelle der Deliktsskala in der ZVV-Statistik des Jahres 1998. Ähnlich wie die Anzahl der ‚Diebstähle rund um das KFZ‘ von der KFZ-Dichte abhängt, wird die Anzahl der Fahrraddiebstähle von der entsprechenden Fahrrad-Dichte beeinflusst. Nicht von ungefähr liegt zum Beispiel die Stadt Münster in NRW weit an der Spitze bei den registrierten Fahrraddelikten.

Auch Bonn hat als Universitätsstadt mit gewissen geographischen Vorzügen hinsichtlich des Fahrradfahrens eine relativ große Fahrrad-Dichte, die sich vor allem in den Bezirken rund um die Universität bemerkbar machen dürfte. Bei einem Blick auf die Karte der einschlägigen Strafanzeigen zeigt sich wiederum genau diese Konzentrierung. Neben den Kernbezirken (Münsterviertel, Bonner Talviertel) finden sich die meisten angezeigten Fahrraddiebstähle in jenen Bezirken, die südlich und südwestlich an die Innenstadt und an die Universität angrenzen; aber auch in einzelnen nördlich gelegenen Bezirken mit zum Teil studentischen Wohn-Konzentrationen.

Die Zahl der Bezirke mit weniger als 10 Strafanzeigen ist relativ groß (n=16). Das breite Mittelfeld ist dementsprechend kleiner als bei den KFZ-Delikten.

3.3.4 Allg. Diebstahl

Von den insgesamt 3765 ‚allgemeinen Diebstahlsfällen‘ sind etwa 30% (=1147) im zentralen Bereich des Münsterviertels registriert worden. Mit weitem Abstand folgt an zweiter Stelle mit insgesamt 203 Fällen der Innenstadtbezirk von Bad Godesberg.

Hinsichtlich des Grundmusters der Verteilung zeigt sich daher ein ganz ähnliches Bild wie bei den Ladendiebstählen. Die Innenstadtzentren bieten aufgrund ihrer enormen Bevölkerungs-Konzentrationen¹¹⁷ und der damit zusammen hängenden großen öffentlichen Interaktionsdichte die besten Gelegenheitsstrukturen für derartige kriminelle Aktivitäten. Gemessen an einem vorstellbaren Indikator wie zum Beispiel der ‚Interaktions-Dichte‘ würden sich die hohen Diebstahls-Zahlen in den Innenstadtbereichen wahrscheinlich sehr schnell und deutlich relativieren lassen.

¹¹⁷ Bevölkerung ist in diesem Fall nicht als Wohnbevölkerung zu sehen, sondern als mobile Einkaufs- und Arbeits-Bevölkerung.

3.3.5 Wohnungseinbruch

Da die mobile Einkaufs- und Arbeitsbevölkerung sich vor allem in den Innenstadtbereichen konzentriert, die sogenannte Wohnbevölkerung sich tendenziell mehr auf die Außenbezirke verlagert, sind die registrierten Wohnungseinbrüche auch kein typisches Delikt der direkten Stadtzentren. Wohnungseinbrüche verteilen sich eher über das gesamte Stadtgebiet, allerdings mit gewissen Schwerpunkten in Bezirken mit einer größeren Wohndichte wie z.B. ‚Neu-Tannenbusch‘, ‚Brüser Berg‘, aber offensichtlich auch ‚Beuel-Zentrum‘. Allerdings muss man hierbei auch berücksichtigen, dass die Spitzenwerte sich immer noch im zweistelligen Bereich bewegen¹¹⁸ und von den vierstelligen Diebstahls-Zahlen um Längen entfernt sind. Die Dunkelziffer dürfte beim Wohnungseinbruch ebenfalls um einiges geringer sein, da hier eher zur Strafanzeige gegriffen wird als bei kleineren Bagatelldelikten. Zudem haben wir hier einen Bereich, wo durch technische und sogenannte sekundäre Präventionsmaßnahmen für das einzelne potentielle Opfer und eventuell auch für ganze Wohnbezirke das Betroffenheits-Risiko noch am ehesten beeinflusst werden kann. In der städtischen und landesweiten Gesamtbetrachtung müssen dann allerdings auch sogenannte Verlagerungseffekte mit berücksichtigt werden.

3.3.6 Körperverletzung

Bei Körperverletzungen sind im Jahre 1998 insgesamt 1323 Strafanzeigen in der ZVV registriert worden; davon konnten 198 keinem bestimmten statistischen Bezirk zugeordnet werden. In nahezu 20% der lokalisierbaren Fälle konzentrieren sich diese wiederum auf das Münsterviertel (n=209). In relativ vielen Bezirken (nämlich in insgesamt 27) gibt es weniger als 10 Fälle, in weiteren 22 Bezirken sind es nur zwischen 10 und 24 Fällen. In insgesamt 12 statistischen Bezirken gibt es immerhin zwischen 25 und 60 KV-Strafanzeigen im Jahr. Sie liegen tendenziell eher im nördlichen Stadtgebiet (z.B. Neu-Tannenbusch, Dransdorf, Auerberg) und sind tendenziell auch durch eher ungünstige soziale Indikatoren gekennzeichnet. (Siehe hierzu auch die entsprechende Karte der ‚statistischen Bezirke nach sozialstrukturellen Merkmalen‘.)

Es gibt verschiedene ätiologische Erklärungsansätze dafür, dass es in unterprivilegierten sozialen Lagen möglicherweise eher zu körperlich gewalttätigen Auseinandersetzungen (auch im öffentlichen Raum) kommt; diese sind zudem für die Außenwelt tendenziell eher sichtbar als andere subtilere Gewaltformen (im eher privaten Raum) und sie erhalten von daher auch eine größere Aufmerksamkeit und Registrierungschance.

¹¹⁸ Beim ‚Wohnungseinbruch (inkl.Keller)‘ liegt der höchste Wert bei 70 (Neu-Tannenbusch), beim ‚Wohnungseinbruch (ohne Keller)‘ bei 44 (Beuel-Zentrum).

3.3.7 Leistungerschleichung

Von den 2986 in der ZVV (1998) registrierten ‚Leistungerschleichungen‘ können 2461 den verschiedenen statistischen Bezirken zugeordnet werden. Davon entfallen auf das Münsterviertel genau 14% (n=345).

Bei einem Blick auf die entsprechende Karte (3.7) zeigt sich sehr schön, dass es bei diesem Deliktsbereich keinen zentralen Einzelbezirk gibt, sondern eher eine durchgehende, von Norden nach Süden verlaufende ‚Schiene‘ von Bezirken, welche sich alle entlang der Haupt-Nahverkehrslinie (16, 66, 63) befinden. Je weiter entfernt sich die Bezirke von dieser Hauptschiene befinden, desto weniger ‚Schwarzfahrer‘ werden dort ermittelt. Das gilt sowohl für die östlichen als auch für die westlichen Bezirke. Dies ist ein deutlicher Hinweis auf das wahrscheinlich größte Betätigungsfeld der SWB-Kontrolleure, die offensichtlich überwiegend auf den Hauptlinien mit dem größten Fahrgastverkehr aktiv sind und dort auch am ehesten fündig werden. Wie oben bereits erwähnt kommt durch die direkte Haltestellen-Anbindung des Polizeipräsidiums eine weitere Attraktion für die Kontrolleure auf dieser Strecke hinzu. Die 244 Strafanzeigen im Bezirk ‚Gronau-Reg.Viertel‘ sind danach überwiegend in direkter Polizeinähe aufgegeben worden.

3.3.8 Betrug

Von den 1499 Strafanzeigen wegen allgemeiner Betrugsdelikte konnten 100 keinem statistischen Bezirk zugeordnet werden. Der Rest von 1399 Fällen verteilt sich relativ breit auf verschiedene statistische Bezirke, wobei einzelne ansonsten nicht unbedingt auffällige Bezirke herausragen. So ist z.B. das ‚Ellerviertel‘ (n=102) neben dem Münsterviertel das einzige Viertel mit mehr als 100 Betrugs-Strafanzeigen.

Bedenkt man nun, dass ein wesentliches Einzeldelikt in diesem Bereich der oben schon beschriebene ‚Kreditkarten-Betrug‘ ist, ferner auch das Tanken ohne Bezahlung als Betrug definiert wird, so ist es nicht verwunderlich, dass unter den häufigsten Betrugs-Tatörtlichkeiten die ‚Tankstellen‘ aufgeführt sind (zu ca. 33%). Insofern wird das Anzeigeverhalten von einzelnen Tankstellen den ‚output‘ an Strafanzeigen in diesem Bereich wesentlich mitbestimmen. Hinter den ‚untypischen‘ Ausschlägen auf der Betrugs-Karte (3.8) dürften somit am ehesten einige wenige Tankstellenbetriebe zu vermuten sein.

Im City-Bereich ist hier natürlich auch wieder der Einzelhandel mit den großen Kaufhäusern tangiert.

3.3.9 BTM-Delikte

Von den 1013 im Jahre 1998 in der ZVV registrierten BTMG-Verstößen können 935 regional eindeutig einzelnen statistischen Bezirken zugeordnet werden. Davon gehen über die Hälfte (513=54,9%) auf das Konto des Innenstadtdistrikts 111 (Münsterviertel). Das Uni- und Hofgarten-Viertel (119 ‚Vor dem Koblenzer Tor‘) und das ‚Baumschul-Viertel‘ (117) machen weitere ca. 25% aus.

In fast allen anderen Bezirken der Stadt Bonn kann man die BTM-Strafanzeigen mehr oder weniger an einer Hand abzählen. Das heißt: die registrierten Drogendelikte konzentrieren sich in Bonn eindeutig in der Innenstadt, wo auch die Drogenszene am ehesten sichtbar ist und wo die Polizei durch bestimmte Schwerpunktaktionen offensichtlich am ehesten fündig wird.

Bei einem Vergleich der registrierten BTM-Strafanzeigen nach einzelnen Monaten fällt im Jahr 1998 auf, dass hier offensichtlich ein polizeilicher Kontroll-Schwerpunkt in den Monaten Februar und März stattgefunden hat; einen weiteren könnte man anhand der überdurchschnittlich erhöhten Zahlen im Oktober vermuten.

3.3.10 Sachbeschädigungen an KFZ

Insgesamt sind in der ZVV 1998 genau 1107 Strafanzeigen in Bezug auf ‚KFZ-Sachbeschädigungen‘ registriert; das sind im Durchschnitt etwa 18 Fälle für jeden der 62 statistischen Bezirke. Wie wir schon bei den ‚Diebstählen rund um das KFZ‘ gesehen haben, liegt auch hier eine relativ breite Streuung über eine große Anzahl von Bezirken vor. Einige wenige innenstadt-nahe Bezirke mit offensichtlich hoher Verkehrsdichte heben sich hier nur etwas hervor. Mit 42 Strafanzeigen bildet der Bezirk ‚Beuel-Zentrum‘ den Spitzenreiter. In einem einzigen Bezirk ist überhaupt keine diesbezügliche Strafanzeige registriert worden, nämlich im äußersten Osten in Hoholz.

Insgesamt wird man hier von einem relativ großen Dunkelfeld¹¹⁹ auszugehen haben, welches im wesentlichen durch das Anzeigeverhalten der Betroffenen und Beteiligten in seinem Umfang bestimmt wird. Insoweit werden auch die Regelungsbedingungen von Versicherungsgesellschaften hier eine gewisse Rolle spielen.

¹¹⁹ Man denke auch nur an die zahlreichen verkehrs-induzierten Sachbeschädigungen, die häufig bei unerfahrenen Fahrern und bei komplizierten Park-Manövern entstehen und vielfach ohne polizeiliche Beteiligung geregelt werden, wenn überhaupt.

3.3.11 ‚Graffiti‘

Die Thematisierung und Problematisierung von ‚Graffiti‘ hat in den letzten Jahren sicherlich nicht nur in Bonn deutlich zugenommen. Dies zeigt sich unter anderem auch an einer stark zunehmenden Zahl von einschlägigen Strafanzeigen in der ZVV-Statistik. Wurden im Jahre 1996 insgesamt nur 177 Fälle registriert, so war es ein Jahr später schon fast die doppelte Menge (n=338); im Jahre 1998 wurden dann über 400 Fälle (n=415) gezählt. Verglichen mit den bisher aufgeführten Delikten ist dies immer noch die geringste Gesamtzahl; hinsichtlich der Steigerungsraten fallen die ‚Graffiti-Fälle‘ allerdings schon aus dem Rahmen.

Wir haben deshalb in diesem Falle eine dynamische Betrachtung über die Zeit vorgenommen und die entsprechenden Graffiti-Verteilungs-Karten aller drei Jahre (1996-1998) hintereinander abgebildet (Karten 3.11a-c). Dabei zeigt sich ein gewisser Ausdehnungsprozess vom Zentrum in die südlichen Außenbezirke. Während im Jahr 1996 fast nur das Stadtzentrum (Münsterviertel = 32 Anzeigen) betroffen war und es nur wenige Bezirke mit gelben Flecken (= 10-30 Anzeigen), dafür aber noch sehr viele Bezirke mit weißen Flecken (= ohne jede Anzeige) gab, haben sich diese Konturen in den beiden darauf folgenden Jahren doch sichtbar verändert. Das Stadtzentrum ist zwar bei seinen ca. 30 Anzeigen als Spitzenreiter geblieben, dafür haben sich die gelben Flächen in der Peripherie doch deutlich ausgedehnt. Andererseits sind die weißen Flächen immer mehr verschwunden. Vor allem auf der linken Rheinseite gibt es 1998 diese weißen Flecken so gut wie gar nicht mehr. Demgegenüber ist es schon auffallend, dass speziell der nördliche Teil der rechten Rheinseite (der Bonner Osten) über all die Jahre entweder von ‚Graffiti-Aktionen‘ ausgespart geblieben ist oder aber in den polizeilichen Registrierungen nicht in Erscheinung getreten ist.

Nimmt man an dieser Stelle einmal ein einzelnes Ergebnis unserer Bürgerbefragung vorweg, so deutet dieses (speziell für den Bezirk Oberkassel) eher auf letzteres hin. So waren die befragten Bürgerinnen und Bürger aus diesem Bezirk wie kaum eine andere Gruppe der Meinung, dass ‚Graffiti‘ in ihrer Wohngegend ein ‚ziemliches Problem‘ darstellt¹²⁰. An ZVV-Strafanzeigen hinsichtlich ‚Graffiti‘ findet man in den Jahren 1996 und 1998 jedoch keine einzige.

Ohne auf die spezielle Präventions- und Sanktionsproblematik in diesem Bereich an dieser Stelle näher eingehen zu wollen, kann man doch soviel festhalten, dass hier offensichtlich eine relativ große Diskrepanz zwischen bürgerlicher Wahrnehmung und polizeilicher Registrierung besteht, aus welchem Grunde auch immer.

¹²⁰ Siehe hierzu die entsprechende Karte ‚Graffiti als Problem in der Wohngegend‘ bei den Ergebnissen der Bürgerbefragung (Kap.4.2.2)

4.4.1.2.2. Zur Erklärung der Kriminalitätsverteilung in Bonn

Bevor wir nun noch etwas näher auf mögliche Erklärungen für die Kriminalitätsverteilung in Bonn eingehen, wollen wir die 5 statistischen Bezirke mit den meisten Strafanzeigen noch einmal zusammenfassen:

	Statistischer Bezirk	Nr.	Strafanz.- Anzahl	Darunter Anzahl des Hauptdelikts	Anteil
1.	Münsterviertel	111	5401	1568 Ladi	29%
2.	Ellerviertel	115	1142	333 Schwarzf.	29%
3.	Godesberg-Mitte	251	1015	272 Ladi	27%
4.	Vor dem Sterntor	113	1004	162 Ladi	16 %
5.	Regierungs-Viertel	141/242	972	296 Schwarzf.	30 %

Der wesentliche Grund dafür, dass man als statistischer Bezirk bei der Kriminalitätsverteilung in der Spitzengruppe platziert ist, ist darin zu sehen, dass man bei zumindest einem der Massendelikte (wie Ladendiebstahl und Schwarzfahren) stark vertreten ist. Beim ‚Münsterviertel‘ und ‚Godesberg-Mitte‘ ist dies der Ladendiebstahl, beim ‚Ellerviertel‘ und dem ‚Regierungs-Viertel‘ ist es das Schwarzfahren.

Die Verteilung der ‚Schwarzfahrer-Fälle‘ wird aber im wesentlichen durch die Kontrollstrukturen (1.) auf Seiten der Verkehrsbetriebe (SWB) beeinflusst. Bei den Ladendiebstählen sind es in erster Linie die Gelegenheitsstrukturen (2.), welche von Seiten der Warenhäuser und Einzelhandelsgeschäfte angeboten werden. Bei anderen Delikten können auch die polizeilichen Zuständigkeits- und Organisationsstrukturen (3.) eine Rolle spielen. Ein weiterer möglicher Einflussbereich ist in sozialstrukturellen Faktoren (4.) auf Seiten der potentiellen Täter zu vermuten. Auf alle diese Bereiche wollen wir im folgenden näher eingehen.

1.Kontrollstrukturen

Die hinsichtlich der Leistungerschleichung im ÖPNV kontrollierenden Verkehrsbetriebe (SWB) können nicht nur den Gesamt-Umfang der entdeckten und angezeigten Schwarzfahrer nahezu vollständig selbst und in eigener Regie regeln und beeinflussen¹²¹, sie bestimmen durch die Art und Strukturierung ihres Kontrolleinsatzes und durch die Gepflogenheiten ihrer Registrierungspraxis in

¹²¹ Bei einem vermuteten großen Dunkelfeld kann man dieses allein durch die mehr oder weniger stark betriebene Intensivierung der Kontrollmaßnahmen mehr oder weniger stark ausschöpfen.

weitem Maße auch die Verteilung der einschlägigen Strafanzeigen über das gesamte Stadtgebiet.

Bei einer näheren Auswertung der ZVV-Strafanzeigen nach Tatörtlichkeiten und Strassen ergeben sich bei den registrierten Leistungerschleichungen drei deutliche Schwerpunkte:

- Bonn-West (252 Fälle)
- Adenauer-, Ebert-, Ollenhauer-, Heuss-Allee (257 Fälle)
- Hauptbahnhof (157 Fälle)

Damit steht zumindest jeder vierte Schwarzfahrer-Fall mit einer von diesen drei Örtlichkeiten in Verbindung. Alle weiteren von den SWB registrierten einzelnen Tatörtlichkeiten bei Schwarzfahrern liegen nur noch im zwei- und einstelligen Bereich¹²². Das zeigt: die wesentlichen Einsatzorte der Kontrolleure liegen auf der zentralen Nord-Süd-Verbindung, beginnend an der Haltestelle ‚Bonn-West‘ (nördlich des Hauptbahnhofs) und endend auf der ‚Regierungs-Allee‘ (Adenauer, Heuss, Ollenhauer, Ebert) bzw. in umgekehrter Richtung.

Der Tat- bzw. Kontroll-Ort ‚Bonn-West‘ gehört statistisch zum sogenannten ‚Ellerviertel‘, die ‚Regierungs-Allee‘ überwiegend zum ‚Regierungs-Viertel‘; dies erklärt die hohen Rangplätze dieser beiden statistischen Bezirke bei der Gesamtverteilung der registrierten Kriminalität in Bonn.

2. Gelegenheitsstrukturen

Der Ladendiebstahl als häufigstes Einzeldelikt findet selbstverständlich vor allem dort statt, wo hierzu die besten Gelegenheiten geboten sind. Das sind seit einigen Jahrzehnten die zahlreichen Einzelhandelsgeschäfte und Kaufhäuser, die ihre Waren nach dem kunden-freundlichen und verkaufs-förderlichen Selbstbedienungsprinzip anbieten; dadurch ist für die Anbieter ebenfalls ein erhöhtes Risiko hinsichtlich der Nichtzahlung bzw. des Diebstahls entstanden. Die Zunahme der Ladendiebstahlsfälle korreliert in hohem Maße mit der strukturellen Veränderung der Verkaufspraxis. In den 50-er Jahren war der ‚Ladendiebstahl‘ noch eine relative Seltenheit; seit vielen Jahren ist er nun das Massendelikt¹²³, welches vor allem dort vorkommt, wo auch die Massen einkaufen. Neben den verschiedenen Einkaufsmärkten auf der grünen Wiese bieten sich hier in erster Linie die Einkaufszentren in den Fußgängerzonen der Innenstädte an; hier werden in der Regel auch die meisten Ladendiebstähle registriert.

¹²² So z.B. Thomas-Mann-Strasse (81), Berliner Platz (66), Weberstrasse (64), Bertha-von-Suttner-Platz (61)

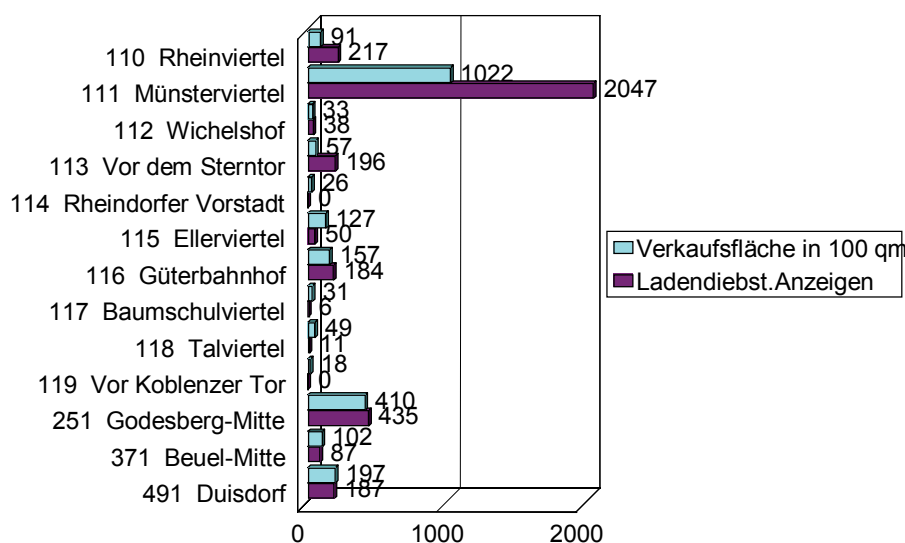
¹²³ Dabei dürfte jetzt schon abzusehen sein, dass sich in der nächsten Zukunft aufgrund der neuen technologischen Entwicklungen und der neuen Verkaufsformen über das Internet (e-commerce) auch die Deliktsarten ganz neue Formen und Ausmaße annehmen werden.

In Bonn sind zum Beispiel von den jährlich 3-4 Tausend Fällen jeweils knapp die Hälfte den großen Kaufhäusern der Innenstadt zuzurechnen. Ein merklicher Rückgang im Jahre 1998 um mehrere Hundert Fälle kann mit den eingeschränkten Tatgelegenheiten aufgrund des monatelangen Umbaus eines großen Kaufhauses in der Poststrasse (Hertie-Karstadt) zusammenhängen.

In der folgenden Grafik wird deutlich, inwieweit die Gesamtzahl an registrierten Ladendiebstählen in den verschiedenen Bonner Innenstadtbezirken mit dem Umfang der zur Verfügung stehenden Verkaufsfläche zusammenhängt:

Verkaufsfläche und Ladendiebstahls-Anzeigen

nach Bonner Innenstadtbezirken (1996)



Quellen: Statistikstelle der Stadt Bonn; ZVV-Daten des PP Bonn

Diese Daten über die Verkaufsflächen können recht eindrucksvoll demonstrieren, weshalb Bezirke wie ‚Godesberg-Mitte‘ und ‚Güterbahnhof‘ (Knauber u.a.) ebenfalls vordere Plätze in der Rangliste der größten ‚Ladendiebstahl-Bezirke‘ einnehmen.

Neben den Gelegenheitsstrukturen sind hier ähnlich wie bei den Schwarzfahrern natürlich auch die Kontrollstrukturen und das unterschiedliche Kontroll- und Anzeigeverhalten der verschiedenen Einzelhandelsbetriebe zu berücksichtigen.

Zum anderen gibt es neben dem ‚Ladendiebstahl‘ noch weitere Deliktsarten, welche in ihrer regionalen Verteilung im wesentlichen von den unterschiedlichen Gelegenheitsstrukturen beeinflusst werden. Hierzu zählen vor allem die verschiedenen Delikte rund um das KFZ, die in den größeren Städten mit einer entsprechenden Verkehrsdichte einen relativ großen Umfang einnehmen.

Ein sehr schönes Beispiel für das Ansetzen an Gelegenheitsstrukturen (auch im präventiven Sinne) bietet aber auch der ‚Fahrraddiebstahl‘, zu dessen Verteilung in der Stadt Bonn wir weiter oben schon einiges gesagt haben.

3.Zuständigkeits- und Organisationsstrukturen bei der Polizei

Bei einer Regressions-Analyse anhand sämtlicher Variablen der ZVV-Datei hat sich die ‚Polizei-Dienststelle‘ als diejenige Variable herausgestellt, die die Verteilung (bzw. Varianz) der einzelnen Deliktsarten am ehesten erklären kann; erst danach folgen die Variablen ‚statist.Bezirk‘ und ‚Tatörtlichkeit‘.

Die Bedeutung der ‚Polizei-Dienststelle‘ resultiert aus den besonderen Zuständigkeitsregelungen, die für die Bearbeitung einzelner Delikte getroffen worden sind. So ist die Dienststelle ‚Zentrale Kriminalitätsbekämpfung‘ (ZKB) speziell und exklusiv zuständig für die Bearbeitung von BTM-Delikten, Sexualdelikten, Computerdelikten u.a., während die überwiegende Zahl der klassischen Eigentumsdelikte bei den einzelnen Polizei-Inspektionen bearbeitet wird.

Sind bei der ZKB nun noch weitere Spezialisierungen vorhanden, die über die üblichen Kommissariats-Zuschnitte hinausgehen, so gibt es viele plausible Gründe und auch zahlreiche empirische Erfahrungen dafür, dass jede Einrichtung von Sonderzuständigkeiten¹²⁴ eine zusätzliche Eigendynamik in Richtung einer vermehrten Registrierung von Straftaten unterstützt. Dies liegt einerseits an den schon mehrfach beschriebenen Dunkelfeldern in den einzelnen Deliktsbereichen, welche durch die Schaffung von einschlägigen ‚Spezialisten‘ vermehrt aufgeheitelt werden; andererseits benötigen Sondereinrichtungen eine zusätzliche Legitimation für ihre Arbeit, welche sie in der Regel durch einen vermehrten ‚Straftaten-Output‘ mit allen bekannten Konstruktions- und Variationselementen nachzuweisen versuchen.

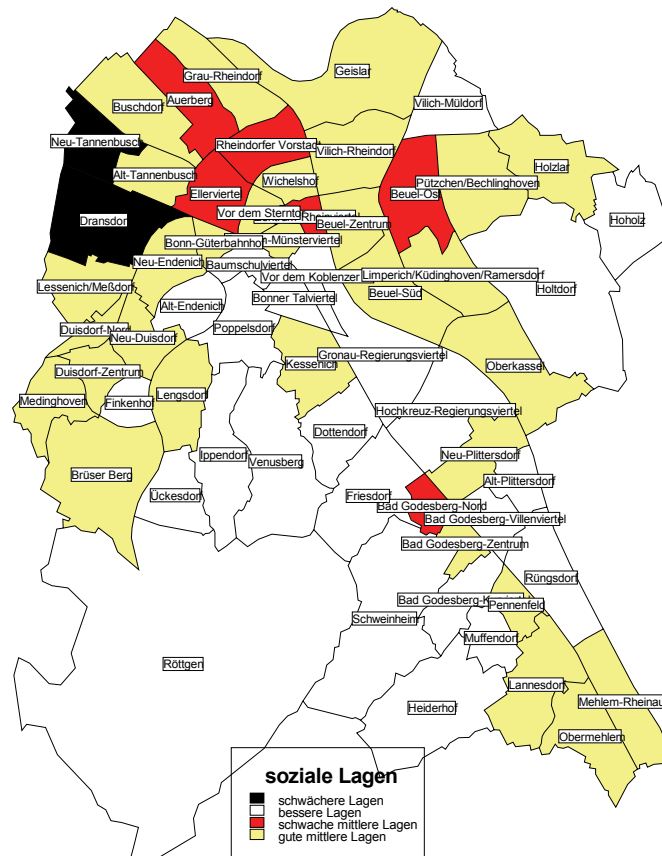
Ist so erst einmal ein neuer ‚problematischer‘ Deliktsbereich etabliert, hat er alle Chancen, in der Folgezeit im Sinne einer sich ‚selbst-erfüllenden Prophezeiung‘ quantitativ weiter anzusteigen und an Bedeutung zuzunehmen. Das gilt im besonderen Maße für die ‚Umweltkriminalität‘ in den 80-er Jahren, aber in gewisser Weise auch für die ‚Kinder- und Jugendkriminalität‘ in den 90-er Jahren.

¹²⁴ Diese werden in der Regel aufgrund aktueller öffentlicher Thematisierungen und Problematisierungen geschaffen (vielfach auch bei den Staatsanwaltschaften). In den 80-er Jahren erlangte z.B. die Umweltkriminalität eine besondere öffentliche Aufmerksamkeit, welche zu unterschiedlichen Spezialisierungen bei einzelnen Polizeibehörden führte und in der Folge auch unterschiedliche Anstiege in der polizeilichen Registrierung dieser Delikte mit sich brachte. Verschiedene Beispiele hierzu finden sich in der empirischen Untersuchung, die wir für das Umweltbundesamt durchgeführt haben. (Rüther, W., Ermittlung der Ursachen für den Anstieg der polizeilich festgestellten Umweltdelikte. Berlin 1986)

4. Sozialstrukturelle Faktoren

Während die Verteilung vieler Massendelikte und damit auch das gesamte offiziell registrierte Kriminalitätsbild in einer Stadt wie Bonn überwiegend von den beschriebenen Gelegenheits-, Kontroll- und Zuständigkeitsstrukturen abhängt, so darf man bei bestimmten Einzeldelikten auch sozialstrukturelle Einflussfaktoren der unterschiedlichen sozialen Lagen vermuten.

Statistische Bezirke der Stadt Bonn nach sozialstrukturellen Merkmalen



Quelle: Sozialatlas der Bundesstadt Bonn 1998

Gruppenbildung durch Clusteranalyse versch. soz. Daten (Arbeitslose, Wohngeld-, Soz.-Hilfe-Empfänger)

Kartengrafik: EASYMAP 6.2 / Lutum + Tappert DV-Beratung GmbH, Bonn

Mit Hilfe einer speziellen Cluster-Analyse wurden von uns anhand verschiedener sozialstruktureller Merkmale (wie Arbeitslosenquoten, Wohngeld-, Sozialhilfe-Empfänger) vier Gruppen von statistischen Bezirken gebildet, welche man auch als schwächere, 2 mittlere und bessere soziale Lagen bezeichnen kann. Danach befinden sich die besseren Lagen eher im südlichen Stadtbereich, während die schwächeren sozialen Lagen eher im Norden zu finden sind.

Versucht man einmal von den zentralen Belastungen der Innenstadtbezirke zu abstrahieren, so gibt es verschiedene Anhaltspunkte dafür, dass einzelne Delikte (wie z.B. die Körperverletzungen) gewisse Häufungen eher in sozial schwachen Regionen aufweisen. Die Karte über die Verteilung der Körperverletzungsdelikte (3.6) weist in ihrer Gesamtstruktur gewisse Ähnlichkeiten mit der oben

abgebildeten Karte der sozialen Lagen auf. Das heißt: im sozial schwächeren Bonner Norden werden tendenziell mehr Körperverletzungsdelikte registriert als im Bonner Süden. Als möglicherweise relevante Erklärungsfaktoren könnten hier die ‚Einwohner-Dichte‘ und die durchschnittliche zur Verfügung stehende ‚Wohnfläche pro Person‘ berücksichtigt werden.

4.4.1.2.3. Zusammenfassung und Fazit der ZVV-Erkenntnisse

Die zusätzliche Heranziehung der ZVV-Daten hat zunächst einmal die wesentlichen Erkenntnisse der vorangehenden PKS-Analyse bestätigt. Nicht der Umfang der registrierten Kriminalität in Bonn ist außergewöhnlich, sondern sein zick-zack-ähnlicher Verlauf in der Mitte der 90-er Jahre. Dieser wird in den ZVV-Daten nicht entsprechend abgebildet und die auffallenden PKS-Entwicklungen erweisen sich somit ein weiteres Mal als hausgemacht und weitgehend behördlich induziert.

Hinsichtlich der Deliktsstruktur wird der alles überragende Einfluss der bagatelartigen Massendelikte (Ladendiebstahl, Schwarzfahren, KFZ-Delikte) bestätigt. Analog hierzu stellen die Kaufhäuser, Supermärkte und Einkaufszentren, das ÖPNV-Netz und die öffentlichen Strassen und Parkzonen die (quantitativ) besonders auffälligen Tatörtlichkeiten dar. Andere in der Öffentlichkeit häufig erwähnte oder problematisierte Orte wie z.B. Schulen, Alten-Wohnheime, die Universität oder speziell das ‚Bonner Loch‘ fallen demgegenüber kaum ins Gewicht.

Bezüglich des intra-kommunalen Vergleichs der 62 statistischen Bezirke zeigt sich eine enorme Konzentration der Strafanzeigen in den innerstädtischen Bezirken (speziell ‚Münsterviertel‘), was im wesentlichen auf das Massendelikt Ladendiebstahl zurückzuführen ist. Die Kontrollstrukturen der Bonner Verkehrsbetriebe erzeugen weitere statistische Auffälligkeiten im Gesamtbild (speziell ‚Ellerviertel‘ und ‚Regierungsviertel‘). Die verschiedenen KFZ- und Sachbeschädigungsdelikte weisen die wohl größte Streubreite über das gesamte Stadtgebiet auf. Speziell bei Graffiti-Strafanzeigen lässt sich eine Ausdehnung über die Zeit (1996-1998) vom Zentrum in die (südliche) Peripherie beobachten.

Die Gelegenheits-, Kontroll- und Zuständigkeitsstrukturen sind für die Konturen des statistischen Gesamtbildes der ZVV-Strafanzeigen im wesentlichen verantwortlich. Interessanter Weise gibt es bei einzelnen Delikten (wie der Körperverletzung) aber auch deutliche Parallelen zu sozialstrukturellen Lagebildern.

Insgesamt ist auch das von den ZVV-Daten gezeichnete Bild der Kriminalität in Bonn in seiner deutlichen Bagatelstruktur als nicht aus dem Rahmen fallend und überwiegend als normal und damit als wenig beunruhigend zu betrachten.

4.4.1.3.Sonstige objektive Daten aus Bonn (CEBI, Ordnungsamt)

Ansatzweise (und eher als Hinweis auf weitere interessante Analyse-Möglichkeiten) soll im folgenden auf einige zusätzliche offizielle bzw. ‚objektive‘ Daten eingegangen werden, die von behördlicher Seite im weiteren Bereich des auffälligen bzw. abweichenden Verhaltens produziert werden und die die Palette der bisher besprochenen und zentralen Kriminalitätsindikatoren (PKS und ZVV) möglicherweise konstruktiv ergänzen können. Das sind zum einen (4.4.1.3.1.) die Daten über die Notrufe und Funkstreifenwagen-Einsätze der Polizei (die sogenannten CEBI-Daten) und zum anderen (4.4.1.3.2.) verschiedene Bußgeld-Statistiken des Ordnungsamtes der Stadt Bonn.

4.4.1.3.1. Statistiken über Polizei-Notrufe und Funkstreifenwagen-Einsätze (CEBI-Daten)

Im Rahmen des zentralen und computer-gesteuerten Einsatzleitsystems CEBI werden alle anfallenden Notrufe und Streifenwagen-Einsätze nach insgesamt über 200 verschiedenen Einsatzstichworten differenziert und entsprechend registriert und gespeichert. Quantitative Auswertungen auf EDV-Basis nach Einsatzstichworten u.a. Merkmalen sind grundsätzlich möglich¹²⁵:

Einsatzstichwort	Anzahl (1.Halbjahr 1998)
Verkehrsunfall	4750
Verkehrsbehinderung	2269
Verkehrsdelikt	920
Verdächtiges Fahrzeug	1249
Hilfeersuchen	2622
Hilflose Person	1084
Ruhestörung	2062
Randalierer	897
Streit	965
Objektschutz	2910
insgesamt: 235 Stichworte	ca. 50.000 Einsätze/ pro Halbjahr 105.593 Einsätze/ im Jahr 1998

¹²⁵ Quelle: PP Bonn, FLD/CEBI - 6022

Die verkehrsbezogenen Einsätze machen den wohl größten Einzelbereich aller Streifenwageneinsätze aus; dies ist ein Ergebnis, welches auch aus anderen Untersuchungen und Städten bekannt ist.

Relativ groß ist auch der Anteil jener Einsätze, die mit kriminellm Verhalten im engeren Sinne nichts zu tun haben; hier wird die Polizei in erster Linie als Hilfsinstanz für Not- und Gefährdungsfälle der verschiedensten Art angerufen (sog. ‘remedy agent’). Eine nähere Analyse dieser Einsätze kann unter bestimmten Voraussetzungen auch für kriminologische Regionalanalysen durchaus sinnvoll und erkenntnis-förderlich sein¹²⁶. ()

Neben einer Analyse der erfolgten Einsätze von Funkstreifenwagen, bietet sich besonders auch eine Analyse der Notrufe (Tel. 110) an. Dabei ist davon auszugehen, dass die tatsächlich durchgeführten Einsätze immer nur einen gewissen Prozentsatz aller Notrufe darstellen, welcher in der Regel bei ca. 50% liegt.

	Anzahl (1)	Einw.Zahl (2)	Häufigkeitszahl (HZ) auf 100.000 Einw. (3) = (1) : (2)
Notrufe KPB Bonn insg.	237.808	516.379	46.053
Notrufe Stadt Bonn insg.	132.260	304.841	43.387
Einsätze KPB Bonn insg.	105.593	516.379	20.449

Dreher/Feltes (1996) berichten in ihrer Studie über ‘Notrufe und Funkstreifenwageneinsätze bei der Polizei’ in Ba.-Württemberg von durchschnittlich ca. 24.000 - 44.000 eingegangenen Notrufen je 100.000 Einwohner in verschiedenen Städten der BRD; die Bonner Zahlen bewegen sich danach am oberen Rand dieser Vergleichszahlen; es dürfte hierbei allerdings zu berücksichtigen sein, dass die Bonner Zahlen eine sehr umfassende bzw. extensive Zählweise (inkl. sämtlicher Fehlanrufe) beinhalten, so dass sich hierdurch die relativ hohen Zahlen zu einem nicht unbedeutenden Teil erklären lassen.

Noch deutlicher als bei der PKS ist die Erstellung der einzelnen Notruf-Statistiken von den jeweils unterschiedlichen Registrierungspraktiken abhängig, so dass Vergleiche und Zahleninterpretationen nur äußerst vorsichtig vorzunehmen sind und sehr unterschiedliche Zahlen eher etwas über die Art und Methode der Zählverfahren aussagen als über unterschiedliche zugrunde liegende Geschehensabläufe.

¹²⁶ siehe hierzu: *Dreher/Feltes, Notrufe und Funkstreifenwageneinsätze bei der Polizei. Holzkirchen 1996; Hanak, G., Polizeinotruf - Intervention über Aufforderung. 1991*

Vor allem aus diesem Grunde unterbleibt auch eine detailliertere Darstellung und Auswertung der Bonner Zahlen. Grundsätzlich kann dieser Datenbereich jedoch sehr interessantes Material für differenziertere Regionalanalysen liefern, welche sich auf das gesamte Spektrum polizeilicher Tätigkeiten beziehen und somit auch das Vor- und Umfeld der klass. Kriminalitätsphänomene einschließen.

4.4.1.3.2. Bußgeldstatistiken des Ordnungsamtes der Stadt Bonn

Zahlreiche Ordnungswidrigkeiten bewegen sich hinsichtlich ihres Wertungs- und Definitionsspielraums im Grenzbereich zu ebenfalls bagatellartigen, aber strafrechtlich relevanten Verhaltensweisen. Es macht von daher Sinn, diesen Grenzbereich mit in ‚Kriminologische Regionalanalysen‘ einzubeziehen, vor allem wenn es um eventuelle Austauschbeziehungen, Umdefinitionen und Sanktionierungs-Änderungen im Bereich der Massendelikte geht und diese innerhalb eines größeren, zusammenhängenden Systems betrachtet werden.

Die statistische Erfassung von Ordnungswidrigkeiten ist insgesamt sehr viel weniger geregelt als die PKS und sie ist in ihrer praktischen Ausgestaltung noch viel mehr den einzelnen Behörden überlassen, was es noch sehr viel problematischer macht, mit diesen Zahlen in übergreifender, systematischer und vergleichender Weise umzugehen. Als reiner Hinweis auf eventuell machbare und zu ergänzende Analyseschritte sollen im folgenden einige statistische Ow-Daten der Stadt Bonn (Amt 32-53) im Zeitablauf (1995-1998) dargestellt werden:

	1995	1996	1997	1998
Bußgeldbescheide insgesamt	1529	1791	1928	1808
Einstellungen	254	<u>616</u>	495	583
Verwarnungen mit Verw.Geld	16	<u>414</u>	280	216
Verwarnungen ohne Verw.Geld	3	3	3	12
Abgabe an andere Behörden	90	30	83	99
Gesamt	1892	2854	2789	2718
davon Einsprüche (in %)	10,5	15,5	16,1	11,1

Von 1995 auf 1996 sind die registrierten Owi-Verfahren um etwa ein Drittel sehr stark angestiegen (von 1892 auf 2854); der größte Anstieg ist dabei bezüglich der Einstellungen (+362) und bezüglich der Verwarnungen mit Verwarnungsgeld (+398) festzustellen; diese auffallenden Entwicklungen erscheinen besonders erklärungsbedürftig. Seit dem Jahr 1996 bewegen sich die Zahlen dann wieder auf einem relativ konstanten Niveau mit leicht sinkender Tendenz. Die Einspruchsquote pendelt zwischen 10,5 und 16,1%.

Nähere Anhaltspunkte über die Hintergründe des besonderen Anstiegs der Owi-Verfahren im Jahre 1996 kann eventuell eine **Differenzierung der Bußgeldbescheide nach einzelnen Deliktsarten** liefern¹²⁷:

Delikt	1995	1996	1997	1998
Verstoß gegen StrO	29	<u>357</u>	286	266
Verstoß gegen LImSchG	119	93	132	137
Verstoß gegen AbfG	158	192	157	148
Verstoß gegen BauONW	210	193	193	169
Verstoß gegen SGB XI			<u>238</u>	259
Verstoß gegen TierschutzG	5	7	7	6

Auffallend ist der enorme Anstieg der Bußgeldbescheide bei Verstößen gegen die Straßenordnung (StrO) im Jahre 1996 (von 29 auf 357 = mehr als Verzehnfachung); mit leicht sinkender Tendenz verbleiben die Zahlen in den folgenden Jahren in etwa auf diesem Niveau.

Besonders zu erwähnen sind ebenfalls die im Jahre 1997 erstmals in der Statistik auftauchenden Verstöße gegen das Sozialgesetzbuch XI (von 0 auf 238).

Alle anderen Verstöße bewegen sich in den beobachteten Jahren 1995-1998 auf einem etwa gleich bleibenden Niveau; hier gibt es keine besonderen Sprünge in den einzelnen Jahren.

¹²⁷ Die Daten wurden uns freundlicher Weise vom Amt 32-53 der Stadt Bonn (mit Schreiben vom 3.12.1998 und 18.5.1999; Herr Krahe) zur Verfügung gestellt. In der vorliegenden Tabelle sind sie nur auszugsweise dargestellt.

Nach der bereits bei der PKS-Analyse angewandten Methode erweist es sich stets als besonders interessant, jene Entwicklungen näher unter die Lupe zu nehmen, die durch besonders sprunghafte Zahlen aus dem Rahmen fallen.

Die verschiedenen Erklärungs- und Einflussfaktoren für solche Entwicklungen dürften ganz ähnlich wie bei der PKS-Registrierung sein:

- geänderte normative Grundlagen
- verändertes Anzeigeverhalten von Bürgern
- verändertes Kontroll- und Registrierungsverhalten von Behörden
- verändertes deliktisches Verhalten von Tätern

Ein Deliktsbereich, bei dem das behördliche Kontrollverhalten eine ganz wesentliche Rolle spielt, ist der gesamte Bereich der Verkehrs-Ordnungswidrigkeiten (einschließlich des ruhenden Verkehrs mit seinen bekannten ‚Knöllchen‘). Aus der Strassenverkehrsstatistik (1996-1998) haben wir von der Stadt Bonn hierzu folgende Zahlen erhalten:

	1996	1997	1998
Verwarnungen im Ruhenden Verkehr	338.251	303.387	318.390
Anzeigen im fließenden Verkehr (Polizei)	14.498	12.676	13.197
Stationäre Radar-Feststellungen	17.786	22.110	10.662
mobile Radar-Feststellungen	23.588	33.987	45.014
Abschleppungen wg. Parkverbot	3.062	2.564	1.514
Zahl der Bußgeldbescheide	59.863	59.687	56.281
Bußgeld-Einnahmen	1.935.540	2.002.070	1.913.694

Die Anzahl der ‚Knöllchen‘ ist danach in der Stadt Bonn sogar noch etwas größer als die Anzahl der Einwohner; das entspricht einer Häufigkeitsziffer von mehr als 100.000 Zählern¹²⁸.

Als direkten Vergleich haben wir die Anzahl der ‚Verwarnungen im ruhenden Verkehr‘ aus der Stadt Köln¹²⁹ herangezogen. Mit insgesamt 784.959 ‚Knöllchen‘ im Jahre 1998 ist die Gesamtzahl dort doch deutlich geringer als die Einwohnerzahl. Die ‚Knöllchen-HZ‘ (ca. 80.000) ist damit in Köln um mehr als 20% kleiner als in Bonn. Hier bleibt es jedem selbst überlassen, ob er sein Lob

¹²⁸ Zum Vergleich beträgt die Straftaten-HZ in der Stadt Bonn im Jahre 1998 genau 10.753 und sie verhält sich zur ‚Knöllchen-HZ‘ in der Größenordnung von 1 : 10. In Köln beträgt das Verhältnis 1 : 7; das heißt es werden in Bonn relativ viel Knöllchen und relativ wenig Straftaten registriert.

¹²⁹ Siehe Schreiben des ‚Amtes für öffentliche Ordnung – Verkehrsüberwachung‘ vom 29.1.1999

eher der ‚Park-Disziplin‘ der Kölner Autofahrer oder dem ‚Arbeitseinsatz‘ der Bonner Kontrolleure ausspricht.¹³⁰

Die auch aus dem Straftatenbereich zur Genüge bekannte Kontrollabhängigkeit vieler registrierter Massendelikte spricht wohl eher für letzteres.

4.4.1.4. Zusammenfassung und Fazit der Erkenntnisse zur ‚objektiven Sicherheitslage‘

Alle von uns einbezogenen Indikatoren, Daten und Statistiken zur ‚objektiven Sicherheitslage‘ weisen übereinstimmend darauf hin, dass es in Bonn keinen Anlass zu besonderer Sorge und Beunruhigung gibt.

Der Umfang der gesamten registrierten Kriminalität (PKS) und auch der Umfang vieler Einzeldelikte ist in Bonn¹³¹ im Vergleich zum Bund, zum Land und zu anderen Kommunen durchaus ‚normal‘ und eher durchschnittlich.

Dabei ist es auch vollkommen normal, dass die Häufigkeitszahl in der gesamten Kreispolizeibehörde Bonn (KPB Bonn), welche auch den ländlichen Rhein-Sieg-Kreis einschließt, deutlich geringer ist als die Häufigkeitszahl allein für die Stadt Bonn, da in den städtischen Regionen üblicher Weise verschiedene Massendelikte (wie Ladendiebstahl und Schwarzfahren) den Kriminalitätsumfang kräftig erhöhen. Dies trifft auch auf die Stadt Bonn zu.

Die Hitliste der 10 am häufigsten registrierten Einzeldelikte führt nach einer Auswertung der ZVV-Daten unangefochten der ‚Ladendiebstahl‘ an, gefolgt von den ‚Leistungserschleichungen‘ und dem ‚Diebstahl an/aus KFZ‘. Allein diese drei Einzeldelikte machen etwa ein Drittel der gesamten registrierten Kriminalität in der Stadt Bonn aus. Hinter dem Fahrraddiebstahl und dem sonstigen Diebstahl hat sich im Jahr 1997 ein spezielles Betrugsdelikt, nämlich der ‚Betrug mittels unrechtmäßig erworbener unbarer Zahlungsmittel‘ als eine Art ‚Shooting-Star‘ zahlenmäßig nach oben entwickelt; dies ist nicht so sehr auf einen derartig riesigen ‚realen‘ Anstieg dieses Delikts zurückzuführen, sondern in erster Linie auf eine veränderte statistische Registrierungspraxis von Seiten der Polizei.

Nachdem die PKS-Zahlen in den Jahren 1995 und 1996 (wahrscheinlich aufgrund behördlicher Umorganisationen und anschließender Registrierungs-mängel) außergewöhnlich stark zurückgegangen waren und wegen der

¹³⁰ Die Position des Bonner ‚Express‘ scheint hier recht eindeutig zu sein; in einem aktuellen Beitrag vom 16.11.1999 berichtet er über die angebliche ‚Knöllchen-Wut in Bonn‘ und die rein finanziell motivierten Knöllchenjäger.

¹³¹ Sowohl im Bereich der gesamten KPB Bonn als auch im Bereich der Stadt Bonn.

„Belastungsbezogenen Kräfteverteilung“ (BKV) ein weitergehender Personalabbau von Seiten des Landes drohte, war man beim PP Bonn sehr darauf bedacht, die PKS-Zahlen nicht noch weiter absinken zu lassen, sondern sie wieder auf Anstiegskurs zu bringen. Dies ist im Jahre 1997 durch eine intensiv betriebene „Erfassungs-Kontrolle“ und „Erfassungs-Aufklärung“ auch gelungen. Der rasante Anstieg der registrierten Kriminalität von **24,4%** hat sich „bkv-gemäß“ positiv auf den behördlichen Personalbestand ausgewirkt. „Reale“ Kriminalitätssteigerungen dürfen hinter dieser Zahl in diesem Umfang sicherlich nicht vermutet werden.

Dieses Beispiel zeigt sehr eindrucksvoll, dass die offiziellen Kriminalitätszahlen der PKS besonders auch im Rahmen von „Kriminologischen Regionalanalysen“ nicht unhinterfragt als Indikatoren für „reale“ Kriminalitätsentwicklungen übernommen werden können. Am Anfang muss jeweils eine nähere Analyse des Herstellungsprozesses der statistischen Daten hinsichtlich ihrer verschiedenen Einflussfaktoren stehen; dabei muss das Registrierungsverhalten (neben dem Anzeige- und Kontrollverhalten) viel stärker als bisher üblich berücksichtigt und untersucht werden. Das gilt besonders auch für kleinere kommunale Grundgesamtheiten, da hier derartige Registrierungs-Effekte viel schneller durchschlagen. Die Gefahr von Überinterpretationen ist gerade im kommunalen Bezugsrahmen besonders groß. Umso wichtiger sind kritische Begutachtungen von externen Sachverständigen, aber auch die möglichst fundierte und professionell betriebene Ergänzung durch „subjektive“ Indikatoren anhand von repräsentativen Bürgerbefragungen.

4.4.2. Erkenntnisse zur ‚subjektiven Sicherheitslage‘ in der Stadt Bonn

Nachdem wir uns bisher allein mit der sogenannten ‚objektiven‘ Datenlage beschäftigt haben und diese dabei doch haben weitgehend relativieren müssen, wenden wir uns im folgenden Abschnitt (4.2.2.) der sogenannten ‚subjektiven‘ Datenlage zu, die im wesentlichen auf eigenständig erhobenen Befragungsdaten gründet.

Dabei werden wir in einem ersten Teil (4.2.2.1.) relativ kurz auf die Ergebnisse der sogenannten Vorstudien eingehen, welche der späteren repräsentativen Bürgerbefragung vorausgegangen sind.

In dem großen und zentralen zweiten Teil (4.4.2.2.) werden wir dann ausführlich die Ergebnisse und Erkenntnisse dieser Bürgerbefragung darstellen, die den eigentlichen Schwerpunkt der ‚Kriminologischen Regionalanalyse Bonn‘ (KRABBE) bildet.

In einem abschließenden dritten Teil (4.4.2.3.) werden wir diese dann noch einmal zusammenfassen und schlussfolgernd interpretieren.

4.4.2.1. Ergebnisse der Vorstudien

Hier werden wir zuerst (4.4.2.1.1) einige Ergebnisse des sogenannten Pretests zur Kenntnis bringen, den wir bei zwei unterschiedlichen Gruppen von ‚Jura- und Soziologie-Studenten‘ und bei einer Gruppe von türkischen Mitbürger/innen durchgeführt haben, um danach dann (4.4.2.1.2) die wichtigsten Erkenntnisse der sogenannten Expertenbefragung vorzustellen; diese haben wir im November/Dezember 1998 (im Vorfeld der Hauptbefragung) bei insgesamt 165 systematisch ausgewählten Fachleuten aus politischen Parteien, Vereinen, Institutionen und Initiativen durchgeführt.

4.4.2.1.1. Schriftlicher und mündlicher Pretest

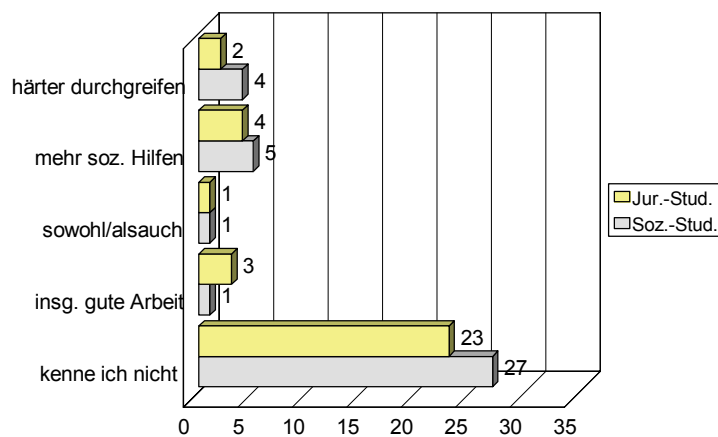
Zunächst (1.) haben wir eine schriftliche (deutsche) Version des Fragebogens an insgesamt 68 Studenten/innen getestet; davon waren 32 Jura-Studenten/innen und 36 Soziologie-Studenten/innen. Des weiteren (2.) haben wir eine vollständige Übersetzung des Fragebogens in die türkische Sprache vorgenommen und diesen bei insgesamt 26 türkischen Mitbürgern/innen aus Bonn in persönlichen, mündlichen Interviews angewandt und ausgewertet.

1. Pretest der schriftlichen (deutschen) Version (68 Studenten/innen)

Hierbei ging es im wesentlichen darum, den in verschiedenen ähnlichen Untersuchungen schon mehrfach eingesetzten Standardfragebogen¹³² in leicht veränderter Version für den umfassenden Einsatz in der Stadt Bonn zu testen. Neben den zahlreichen Fragen, die wir schon aus methodischen Vergleichsgründen möglichst unverändert übernommen haben, interessierten besonders einige speziell auf die Bonner Situation zugeschnittene Fragestellungen. So ist im Bonner Bahnhofsbereich seit einigen Jahren die sogenannte ‚Gemeinsame Anlaufstelle Bonn-Innenstadt‘ (GABI) untergebracht, wo sich in gemeinsamer Verantwortung Polizeibeamte und Ordnungsbeamte der Stadt um die Sicherheit der Bürger und speziell auch um die Mitglieder von sozialen Randgruppen kümmern. Das GABI-Projekt hat in dieser Hinsicht Modell-Charakter und ist theoretisch, methodisch und praktisch durchaus fundiert. Andererseits erfährt man in der Öffentlichkeit immer wieder auch von kritischen Stimmen, die das gesamte Projekt in Frage stellen und möglichst verdrängen wollen. So haben wir in dem studentischen Pretest u.a. folgende Frage gestellt: *„Welche Meinung haben Sie zur Praxis des ‚GABI-Projekts‘ im Bonner Loch?“* In Form einer geschlossenen Frage haben wir insgesamt 5 Antwortkategorien vorgegeben. Die Auswertung dieser Frage erbrachte eine gewisse Ernüchterung:

Praxis der ‘GABI’ im Bonner Loch

Einschätzung von Jur. - und Soz. Studenten/innen



Schriftl. Befragung im Okt. 1998 an der Uni Bonn (W. Rüter; Kriminolog.Seminar)

Die überwiegende Mehrzahl (73,5%) der befragten Studenten kannte das ‚GABI-Projekt‘ überhaupt nicht. Wenn schon eine so große Anzahl von Studenten/innen ehrlich zugibt, dass sie dieses Projekt nicht (näher) kennt, so ist zu vermuten, dass der Anteil in der Bevölkerung entweder noch größer ist oder aber dass hier nur einzelne Stereotype und Vorurteile als Antworten abgegeben werden. Wir haben aus diesem Grunde ganz auf die Einbeziehung dieser Frage

¹³² Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention Baden-Württemberg (Dölling/Feltes/Hermann/Heinz/Kury/Obergfell-Fuchs/Simsa/Spieß), Handbuch zur Planung und Durchführung von Bevölkerungsbefragungen im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention, Villingen-Schwenningen 1998

verzichtet und sie stattdessen (in vollkommen offener Formulierung¹³³) zum Gegenstand der schriftlichen Expertenbefragung gemacht.¹³⁴

2. Pretest der mündlichen (türkischen) Version (24 türkische Mitbürger/innen)

Aus zahlreichen empirischen Untersuchungen und Befragungen ist bekannt, dass speziell jene Mitbürger/innen, die der deutschen Sprache nicht so mächtig sind, sich sehr viel weniger an Umfragen beteiligen und von daher im wahrsten Sinne des Wortes so gut wie gar nicht zur Sprache kommen. Dies erscheint angesichts der speziellen Thematik und Betroffenheit jedoch in mehrfacher Hinsicht problematisch. Waren es doch vor allem die fremdenfeindlichen Gewalttaten (Solingen, Mölln, Hoyerswerda u.a.) zu Beginn der 90-er Jahre, die letztendlich den Anstoß gegeben haben für die zahlreichen kriminalpräventiven Ansätze und Aktivitäten, mit denen wir uns heute noch befassen.¹³⁵ Gerade die besonders intensive öffentliche Diskussion dieser Ereignisse hat möglicherweise ihre Spuren hinterlassen. Vor diesem Hintergrund sind Kenntnisse und Erfahrungswerte über Kriminalitätsängste und Kriminalitätsbetroffenheiten von türkischen¹³⁶ Mitbürgern einerseits besonders wichtig, andererseits aber auch besonders defizitär.

Mit dem speziellen Fragebogen, den wir in die türkische Sprache übersetzt haben¹³⁷, war die Möglichkeit gegeben, diese Defizite gezielt und verstärkt in Angriff zu nehmen. Ein erster Ansatz konnte bereits im Rahmen dieses Projektes und des mündlichen Pretests (bei 24 Personen) versucht werden. Für eine größere, systematische und kosten-intensive Befragung, die möglichst in face-to-face-Form (und nicht schriftlich) durchgeführt werden sollte, waren jedoch die zur Verfügung stehenden Ressourcen bei weitem nicht ausreichend.¹³⁸

Ein interessantes, wenn auch keinesfalls repräsentatives Ergebnis unseres mündlichen Pretests deutet darauf hin, dass das Sicherheitsgefühl bei den

¹³³ Diese offene Frage lautete: „*Welche Vorstellungen und Wünsche verbinden Sie mit den Begriffen ‚Bonner Loch‘ und ‚GABI‘ ?*“

¹³⁴ Auf die Ergebnisse werden wir im übernächsten Kapitel (3.) noch näher eingehen.

¹³⁵ So war auch der berühmte ‚Präventions-Erlass‘ des Innenministers NRW aus dem Jahr 1993, welcher die ‚Kommunal-Präventiven Gremien‘ so nachdrücklich anempföhlen hat, eine direkte Folge der damaligen spektakulären fremdenfeindlichen Gewalttaten. In konsequenter Erlaßerfüllung ist es somit auch der hiesige ‚Rat zur Kriminalprävention‘.

¹³⁶ Für die Konzentration auf die ethnische Gruppe der Türken gibt es mehrfache sachliche Gründe; zum einen deren große Betroffenheit speziell von den spektakulären fremdenfeindlichen Gewalttaten, zum anderen deren große Repräsentanz in der städtischen Bevölkerung; auch in Bonn bilden sie die zahlenmäßig größte Gruppe.

¹³⁷ Dies war im wesentlichen eine Leistung der (mittlerweile) deutschen Soziologie-Studentin Yenigün Oguz (mit türkischer Herkunft), die im Rahmen unseres Projekts als ‚studentische Hilfskraft‘ angestellt war; sie hat auch die mündliche, persönliche Befragung bei den 24 türkischen Mitbürgern/innen durchgeführt.

¹³⁸ Ein entsprechender Ergänzungs-Antrag von uns (an alle im Rat vertretenen Fraktionen) konnte im Laufe des jetzigen Projekts nicht mehr rechtzeitig entschieden werden, so dass hier die Möglichkeit eines gesonderten Anschlußprojekts zu überlegen bleibt.

türkischen Befragten in Bonn nicht geringer, sondern eher sogar noch größer ist als in der deutschen Vergleichspopulation. Für nähere Angaben und Auswertungen ist die Gesamtzahl der Antworten jedoch derzeit einfach zu gering.

4.4.2.1.2. Expertenbefragung

Anhand eines weitgehend offen formulierten Fragebogens waren die angeschriebenen 165 Fachleute darum gebeten worden, einerseits ihre Einschätzungen der allgemeinen Problem-, Risiko-, und Sicherheitslage in Bonn abzugeben, andererseits aber auch ihre Vorstellungen und Bewertungen zu relativ konkreten Aktivitäten im Bereich der Kriminalprävention und der Kriminalitätskontrolle in der Stadt Bonn darzulegen.¹³⁹

Mit insgesamt 59 Antworten wurde eine Rücklaufquote von 35,8% erreicht; sie kann als durchaus zufriedenstellend bezeichnet werden und sie entspricht damit in etwa der Rücklaufquote bei der repräsentativen Bürgerbefragung.

Hinsichtlich der Einschätzung der allgemeinen Kriminalitäts- und Sicherheitslage waren die Experten weitgehend und nahezu übereinstimmend auf der Linie, die wir auch im ersten Teil unserer Analyse beschrieben haben. Stellvertretend für viele andere seien hier einige Kommentare wörtlich zitiert:

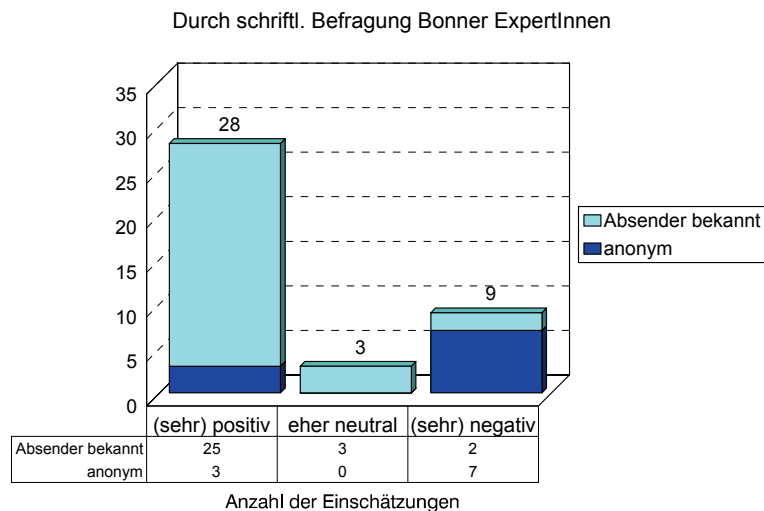
- *Keine besondere Kriminalitätslage, eher normal, Sicherheitslage relativ hoch.*
- *Die Lage in Bonn ist besser als in anderen Städten.*
- *Im Vergleich zu anderen deutschen Städten gleicher Größenordnung ist die Kriminalitätsrate gering und die Sicherheitslage günstig.*
- *Im Vergleich zu anderen Großstädten, wie z.B. Köln als direkte Nachbarstadt, ist Bonn „ein verschlafenes Fleckchen“.*
- *Bonn fällt weder positiv noch negativ aus dem Rahmen.*
- *Relativ gut; Bonn ist eine weitgehend sichere Stadt*

Nahezu 90% der Antworten liegen in diesem Tenor. In drei Fällen können die Befragten wegen mangelnder Kenntnisse der Vergleichsdaten nichts sagen; in weiteren drei Fällen befürchtet man eine Verschlechterung der Lage wegen des anstehenden Personalrückgangs bei der Polizei.

¹³⁹ Hierzu zählte auch die offene Frage nach den Vorstellungen und Wünschen im Zusammenhang mit dem ‚Bonner Loch‘ und der Praxis von ‚GABI‘.

Hinsichtlich der Einschätzung des Konzeptes und der Praxis von ‚GABI‘ zeigt sich in den Antworten der Fachleute eine ähnlich deutliche ‚Mehrheits-Position‘, welche in der folgenden Grafik abgebildet wird:

Einschätzung des Konzeptes und der Praxis von 'GABI'



Kriminologisches Seminar der Uni Bonn (KRABBE-Projekt)

Insgesamt 28 von 40 Stellungnahmen¹⁴⁰ (= 70%) zu dieser konkreten Frage äußern sich positiv bis sehr positiv („*GABI ist ein ausgezeichnetes Projekt; es sollte ausgebaut und bekannter gemacht werden.*“). Drei eher neutralen stehen auf der anderen Seite nur insgesamt 9 negative bis sehr negative Stellungnahmen („*Eliminieren!!*“) gegenüber. Dabei ist es sehr interessant, dass die negativen Voten überwiegend anonym¹⁴¹ abgegeben worden sind.

Es sind vor allem auch die Experten aus den verschiedenen städtischen Behörden, die dem Projekt ‚GABI‘ ein besonders gutes Zeugnis ausstellen. Dies bezieht sich einerseits auf die Konzeption und Anlage des Projekts („*Der Versuch, in exponierter Lage gewerbliche Wirtschaft, Sozialarbeit und kommunale Ordnungsansprüche sozialverträglich zu verbinden.*“), andererseits aber auch auf die praktische Arbeit vor Ort („*Eine koordinierte Zusammenarbeit von Polizei und Ordnungsamt, die hervorragende Arbeit leisten.*“).

Viele positive Stellungnahmen beinhalten gleichzeitig den Wunsch nach einem weiteren Ausbau von ‚GABI‘ („*grundsätzlich guten Ansatz weiter ausbauen*“, „*GABI sollte personell aufgestockt werden*“), aber auch den Wunsch nach einer

¹⁴⁰ Sämtliche Stellungnahmen sind im Wortlaut noch einmal abgedruckt und im Anhang dieses Berichts nachzulesen.

¹⁴¹ Dies bedeutet (auch in Anbetracht der Art vieler anonymer Ausführungen), dass der ExpertInnen-Status hier doch wohl eher zweifelhaft ist

intensiveren Öffentlichkeitsarbeit¹⁴² („mehr Öffentlichkeitsarbeit, um Akzeptanz zu erhöhen“).

Angesichts der zunehmenden ‚repressiven Ausgrenzungsstrategien‘ gegenüber sozialen Randgruppen in unseren Innenstädten¹⁴³ erscheint das Bonner Projekt GABI mit seiner integrativen Konzeption der Einbeziehung sozialpräventiver Elemente geradezu als vorzeigbares Gegenmodell, welches es zu verteidigen und offensiv zu vertreten lohnt.

Zusammenfassend lässt sich die Stellungnahme eines Experten zitieren, der auch den Vergleich mit anderen Städten anspricht:

„Unter den vorliegenden Rahmenbedingungen ist an einem Festhalten oder Ausbau des Projektes GABI kein Zweifel zulässig. Das sog. Bonner Loch birgt erheblich weniger Konfliktpotential als vergleichbare Brennpunkte anderer Städte.“

Damit ist eine Klammer zu den Erkenntnissen aus der Analyse der ‚objektiven Sicherheitslage‘ gefunden und es stellt sich zwangsläufig die Frage, inwieweit nicht zwischen diesen beiden bonn-typischen Phänomenen (GABI-Projekt und relativ positive Kriminalitätslage) gewisse Zusammenhänge und Beeinflussungen bestehen, die sich dann eventuell auch auf das ‚subjektive Sicherheitsgefühl‘ auswirken. Dies ist jedoch Thema und zentraler Gegenstand des folgenden Kapitels.

¹⁴² Diesen Wunsch können wir in Richtung einer intensiveren und detaillierteren Aufklärungsarbeit über das GABI-Konzept (aus eigener Erfahrung mit anfangs uninformatierten Studenten/innen) nur unterstützen.

¹⁴³ Siehe hierzu u.a.: Ronneberger, K., Die Stadt der ‚Wohlanständigen‘ und die neuen ‚gefährlichen Klassen‘. Der Umbau der Städte zu ‚Konsumfestungen‘. In: Breyvogel, W., Hrsg., 1998, S.16-36

4.4.2.2. Ergebnisse der schriftlichen Bürgerbefragung

Im folgenden Kapitel werden nun die wichtigsten Ergebnisse der schriftlichen Befragung dargestellt, die wir im Februar und März 1999 bei 4000 zufällig ausgewählten Bonner Bürgern (ab 15 Jahren) durchgeführt haben.

Dabei werden wir zunächst (1.) auf den Rücklauf und die eventuelle Verzerrung bzw. Repräsentativität der Daten eingehen. Eine Beschreibung und ein Vergleich der Bonner Befragten-Population mit bundesweiten Daten hinsichtlich einzelner grundlegender Merkmale der sozialen Position und der politischen Einstellung werden sich anschließen (2.). Bevor wir dann (4.) zur Auswertung und Ergebnisdarstellung der einzelnen Fragenbereiche (4.1 - 4.12) kommen, welche den eigentlichen Kern dieses Berichts bilden, werden wir sozusagen vor der Klammer (3.) noch kurz und gesondert auf die Erkenntnisse der beiden ‚Splitting-Verfahren‘ eingehen.

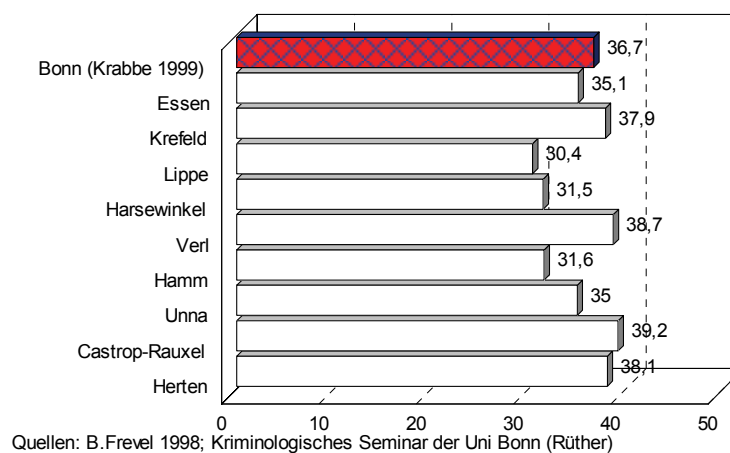
1. Daten zum Rücklauf und zur Repräsentativität

Neben einem Vergleich mit anderen Studien (1.1.) werden wir die Rücklaufquoten hinsichtlich verschiedener Nationalitäten (1.2) und hinsichtlich einzelner statistischer Bezirke (1.3) darstellen, um dann die Repräsentativität anhand der beiden Merkmale Geschlecht (1.4.) und Alter (1.5) zu überprüfen.

1.1. Rücklaufquote im Vergleich mit anderen Studien

Bürgerbefragungen zur Kriminalitätsfurcht in NRW

Vergleich der Rücklaufquoten (in %)

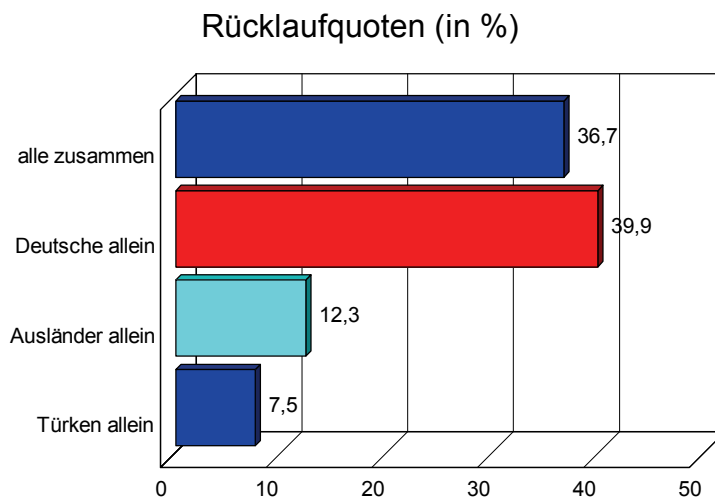


Mit 36,7% (1467 von 4000) liegt die in Bonn erzielte Rücklaufquote im guten Durchschnitt von zahlreichen vergleichbaren schriftlichen Befragungen, die in den letzten Jahren in NRW durchgeführt worden sind. Danach darf man schon sehr zufrieden sein, wenn mehr als ein Drittel der angeschriebenen Bürger/innen

sich an der Umfrage beteiligen. Anders als bei mündlichen Befragungen ist bei schriftlichen Befragungen generell eine geringere Antwortquote zu erwarten, da hier die Ausweichmöglichkeiten vieler nur halbwegs motivierter Adressaten doch deutlich größer sind. Durch mehrere schriftliche Mahnaktionen kann man zwar eine höhere Ausschöpfungsquote erzielen, finanzielle und datenschutzrechtliche bzw. -technische Überlegungen können dem aber entgegen stehen. So auch bei uns.

Es bleibt in jedem Fall die Frage, inwieweit die Gruppe der Antwortenden eine spezielle Selektion in Richtung bestimmter zentraler Merkmale der Befragung darstellt. Hinsichtlich ‚Alter‘ und ‚Geschlecht‘ können wir dies weitgehend ausschließen, wie wir weiter unten (1.4 und 1.5) noch sehen werden. Hinsichtlich der Befragungs-Variablen ‚Sicherheitsgefühl‘ und ‚Opferbetroffenheit‘ muss man hier wohl berechnete Zweifel anmelden. Das heißt: es werden sich wahrscheinlich eher solche Personen an einer ‚Bürgerbefragung zum Sicherheitsgefühl‘ beteiligen, die sich hier angesprochen fühlen und somit wird es tendenziell wohl eher eine Überrepräsentanz der Betroffenen und Ängstlichen geben. Das bedeutet, dass die später von uns vorgestellten ‚Viktimisierungs- und Unsicherheitsquoten‘ realistischer Weise eher nach unten korrigiert werden müssen.

1.2. Rücklauf nach Nationalitäten



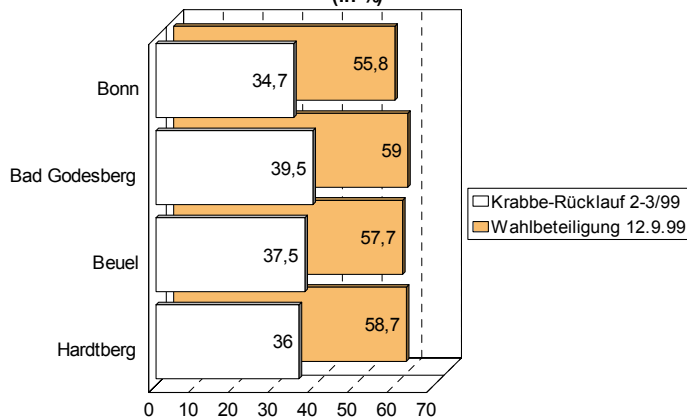
Entsprechend dem Bevölkerungsanteil waren in unserer Zufallsstichprobe etwa 14% Ausländer (n=560) und darunter wiederum ca. 14% mit türkischer Herkunft (n=80). Von den 3440 angeschriebenen Deutschen haben 1372 (=39,9%) geantwortet; von den Ausländern insgesamt waren es 69 (=12,3%); türkischer Nationalität waren nur insgesamt 6 (=7,5%) antwortende Personen.

Dieses Ergebnis bestätigt unsere anfangs geäußerte Vermutung hinsichtlich einer überproportional großen Nichtbeteiligung türkischer Mitbürger/innen an einer schriftlichen Befragung und das bisher nur geplante, aber noch nicht realisierte methodische Konzept, hier einen besonderen Zugang mit einem mündlichen Fragebogen in türkischer Sprache zu suchen.

1.3 Rücklauf nach Stadtbezirken und nach statistischen Bezirken

Bei einem Vergleich der Rücklaufquoten nach Stadtbezirken mit der Wahlbeteiligung an der Kommunalwahl vom 12.9.1999 zeigt sich eine deutliche Parallelität. Der Stadtbezirk Bonn weist die geringste Beteiligung auf, der Stadtbezirk Bad Godesberg hingegen die eindeutig größte:

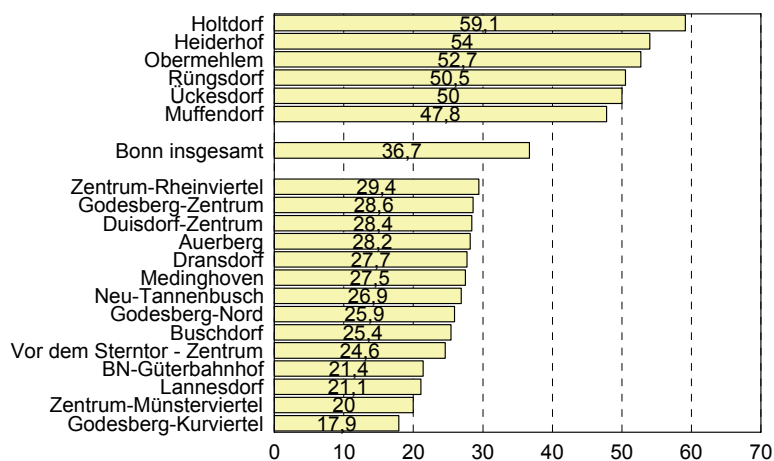
Rücklaufquoten nach 4 Stadtbezirken im Vergleich zur Wahlbeteiligung am 12.9.99 (in %)



Quelle: Kriminologisches Seminar der Universität Bonn (Dr. Rüter)

Differenziert man die Beteiligungsquoten noch weiter nach einzelnen statistischen Bezirken, so zeigt sich zwischen der höchsten Quote in Holtdorf (59,1%) und der geringsten Quote in ‚Godesberg-Kurviertel‘ (17,9%) doch immerhin ein Unterschied von über 40%. Der Großteil der 62 Bezirke weist jedoch eine Quote von 30 bis 40 Prozent auf.

Rücklaufquoten nach statist. Bezirken (in %)

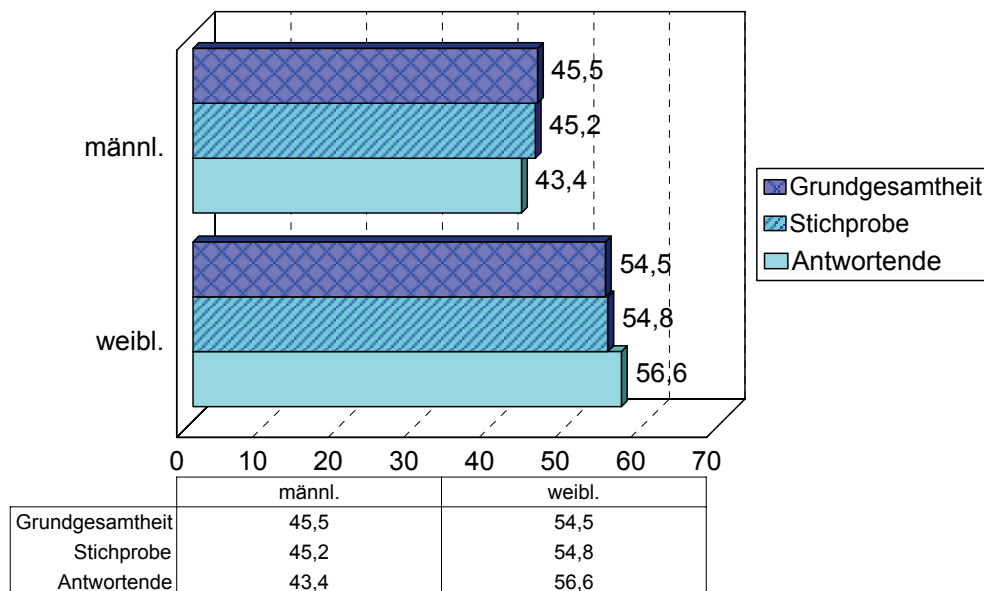


Auffallend ist, dass die Rücklaufquoten in den zentrumsnahen und bevölkerungsreichen Bezirken eher unterdurchschnittlich sind, während die Beteiligungs-Spitzengruppe von zahlreichen Bonner ‚Dörfern‘ gestellt wird. Offensichtlich wird man hier von dem Sicherheits-Thema eindeutig mehr angesprochen.

1.3 Repräsentativität der Antwortpopulation nach Geschlecht

Hinsichtlich der Beteiligung der Geschlechter an unserer Befragung kann man eine (allerdings nur leichte) Überrepräsentanz der Frauen feststellen:

Vergleich: Grundgesamtheit und Stichproben (Bürgerbefragung Bonn 1999)

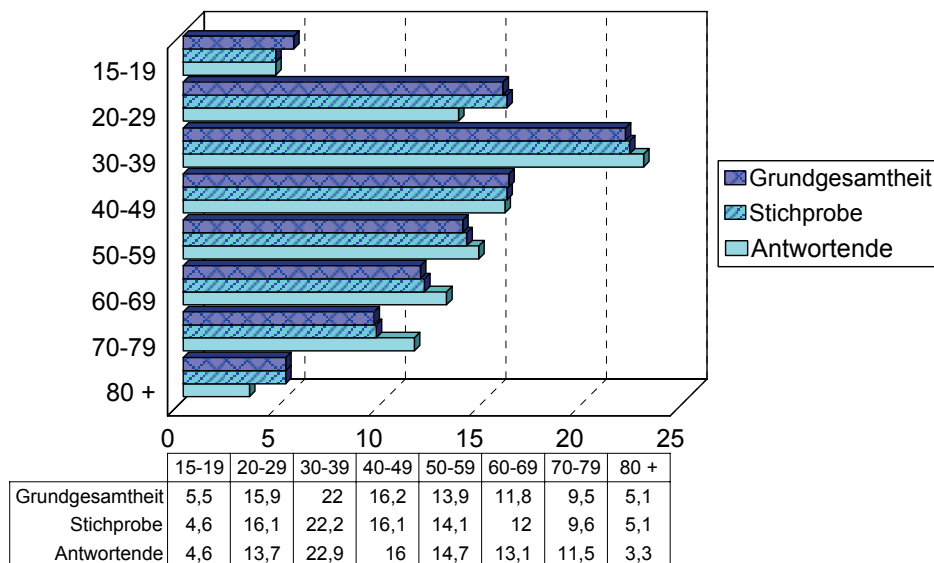


Während die Frauen in der Bonner Grundgesamtheit und in der gezogenen Zufallsstichprobe mit gut 54% vertreten sind, liegt ihr Anteil in der Population der Antwortenden bei gut 56%. Die Überrepräsentanz der Frauen und die gleichzeitige Unterrepräsentanz der Männer von ca. 2% hält sich allerdings in Grenzen und kann bei der Interpretation der Ergebnisse weitgehend vernachlässigt werden.

1.5 Repräsentativität der Antwortpopulation nach Alter

Ähnlich verhält es sich bei der Variable ‚Alter‘. Wir haben diese in insgesamt 8 Gruppen unterteilt und dabei möglichst 10-er Jahrgänge gebildet. Von den 20-Jährigen (20-29 Jahre) bis zu den 70-Jährigen (70-79 Jahre) erhält man somit sechs Altersgruppen. Hinzu kommen am unteren Ende noch die ‚besonders Jungen‘ (15-19 Jahre) und am oberen Ende noch die ‚besonders Alten‘ (80 Jahre und mehr). Die Verteilung dieser 8 Gruppen in der Bonner Grundgesamtheit, in der Zufallsstichprobe und in unserer Antwortpopulation ergibt folgendes Bild:

Vergleich: Grundgesamtheit und Stichproben (Bürgerbefragung Bonn 1999)



Insgesamt sind die 8 Altersgruppen in allen drei Vergleichspopulationen in etwa ähnlich verteilt. Eine leichte Unterrepräsentanz in der Antwortpopulation ergibt sich bei den 20-29-Jährigen; dagegen sind die höheren Altersgruppen (ab 50) mit zunehmender Tendenz leicht überrepräsentiert. Allein die ganz Alten (ab 80) weisen wieder eine geringere Beteiligungsquote auf. Dies entspricht weitgehend den Erfahrungen und Erkenntnissen aus anderen Untersuchungen und liegt somit im normalen, zu vernachlässigenden Bereich.

Insgesamt ist die Repräsentativität unserer Antwortpopulation hinsichtlich der beiden zentralen Merkmale Geschlecht und Alter als durchaus zufriedenstellend zu bezeichnen.

2. Beschreibung und Vergleich der Bonner Antwort-Population nach verschiedenen sozialen Merkmalen und politischen Grundeinstellungen

In diesem Kapitel soll die Bonner Antwort-Population hinsichtlich weiterer sozialer Merkmale und einiger politischer Grundeinstellungen beschrieben und mit der Gesamtbevölkerung verglichen werden.

Bei den sozialen Merkmalen werden wir uns auf den ‚Familienstand‘ (2.1), die ‚Berufstätigkeit‘ (2.2) und die subjektive ‚Schichteinschätzung‘ (2.3) konzentrieren. Bei den politischen Grundeinstellungen werden wir die eigene ‚Links-Rechts-Einstufung‘ und den sogenannten ‚(Post-)Materialismus-Index‘ von Inglehart heranziehen.

2.1. Familienstand (V27)

Bei der Unterteilung nach Familienstand (in %) gibt es in der Antwortpopulation eine deutliche Überrepräsentanz der ‚Verheirateten‘:

Familienstand	Bonner Bevölkerung	Antwort-Population	Differenz
Ledig	30,8	25,0	- 5,8
Verheiratet	53,2	62,0	+ 8,8
Geschieden/getrennt	7,4	5,5	- 1,9
verwitwet	8,5	7,2	-1,3

Dies ist vor allem dadurch zu erklären, dass wir in unserem Fragebogen die neuerdings sehr verbreiteten Formen des Zusammenlebens (ohne Trauschein) in der Kategorie (verheiratet/zusammen lebend) mit erfasst haben, während die Familienstands-Statistik der Stadt nur die offiziell Verheirateten zählt. Unter Berücksichtigung dieser Abweichung kann man auch beim Familienstand von einer relativ großen Repräsentativität unser Antwort-Population ausgehen.

2.2 Berufstätigkeit (V30)

Hier haben wir zum einen erhoben, ob der Befragte vollzeit- oder nur teilzeitbeschäftigt ist.

Aus den Bonner Monatszahlen (8/1998) ergibt sich hier für die Bonner Bevölkerung eine Relation von 82 (Vollzeit) zu 18 (Teilzeit). Diese bildet sich in etwa auch in unserer Antwortpopulation ab (mit 78 zu 22). Das heißt: die Teilzeit-Beschäftigten sind leicht überrepräsentiert, was u.a. auch an dem etwas erhöhten Frauen-Anteil liegen mag.

Hinsichtlich der Berufspositionen (Angestellte, Beamte, Arbeiter, Selbständige) gibt es keine von der Stadt Bonn direkt erstellten Vergleichszahlen. Der bekannte

und überaus hohe Angestellten- und Beamten-Anteil¹⁴⁴ findet sich jedoch auch in unserer Untersuchung wieder.

Weiterhin gibt es in Bonn ca. 58.000 Pensionäre und Rentner; das macht bei einer Grundpopulation aller über 14-Jährigen von 247.000 Personen etwa 23,5% aus.

In unserer Antwortpopulation ist der Anteil der Rentner und Pensionäre fast genau so groß (22,9%).

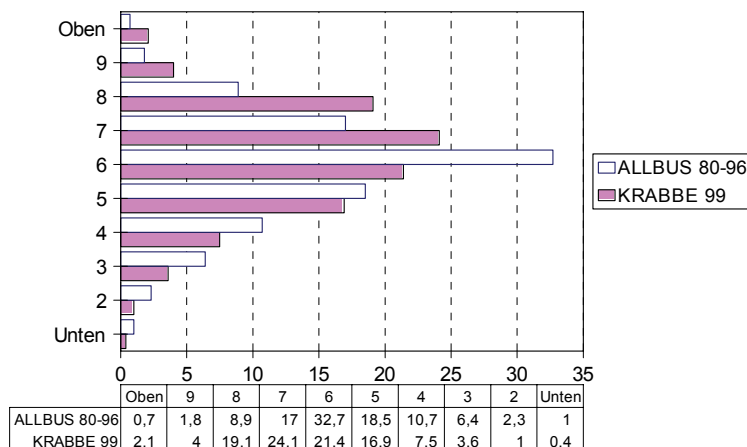
Danach weist unsere Antwortpopulation auch bei den Berufsgruppen keine besonderen Abweichungen auf.

2.3 Soziale Schichteinschätzung (Oben-Unten-Einstufung) (V18)

Das Instrument der 10-stufigen ‚Oben-Unten-Einschätzung‘ haben wir aus den ALLBUS-Befragungen übernommen; diese werden unter der Regie von GESIS¹⁴⁵ seit 1980 alle zwei Jahre mit einer Anzahl von jeweils wechselnden Fragestellungen und dazu mit einem weitgehend auf Dauer und stabil angelegtem soziodemografischen Standard-Inventar durchgeführt. Die von uns abgefragte ‚Oben-Unten-Einstufung‘ gehört zu diesen Standardfragen; sie gilt als eine Art subjektiver Schicht-Indikator. Insoweit lassen sich die Bonner Ergebnisse zu diesem Indikator mit den bundesweiten Ergebnissen der ALLBUS-Untersuchungen vergleichen.

Persönliche Oben-Unten-Einstufung

Vergleich: ALLBUS 1980-96 und KRABBE 1999 (in %)



Quelle: Kriminologisches Seminar der Universität Bonn (Dr.Rüther)

Die außergewöhnlich hohe Angestellten- und Beamtenquote in der Stadt Bonn spiegelt sich in etwa auch in der sozialen Selbsteinstufung der Befragten wieder.

¹⁴⁴ Einzelne Statistiken sprechen hier von über 70%: 79.000 Angestellte, 19.000 Beamte, 25.000 Arbeiter, 15.000 Selbständige, 138.000 insgesamt.

¹⁴⁵ Gesellschaft soziologischer Infrastruktur-Einrichtungen (GESIS); hierzu gehören ZUMA-Mannheim, ZA-Köln und IZ-Bonn.

Im direkten Vergleich mit den ALLBUS-Daten aus dem gesamten Bundesgebiet (1980-1996) zeigt sich, dass in Bonn vor allem die oberen Stufen (7-10) überrepräsentiert sind; dies geht natürlich auf Kosten der unteren Stufen (1-6), welche durchgängig bei den ALLBUS-Bundeszahlen stärker belegt sind als in Bonn.

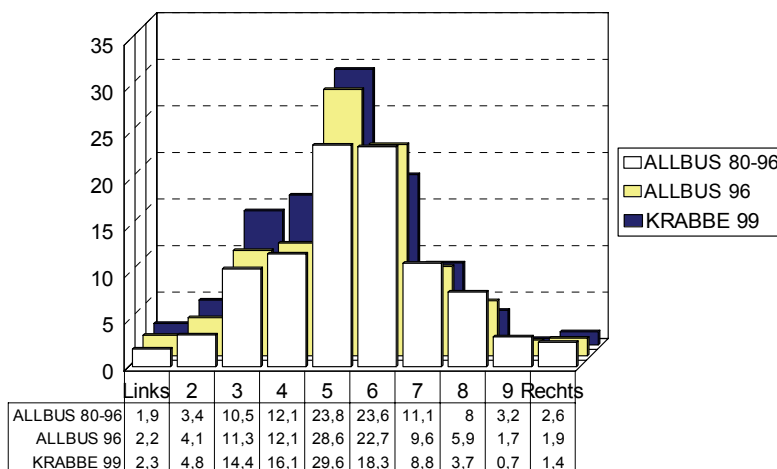
Insgesamt bestätigen diese Zahlen die im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet überdurchschnittlichen sozialen Einstufungen der Bonner Bevölkerung, wo vielleicht auch an ein wenig Selbstüberschätzung gedacht werden darf.

2.4 Persönliche ‚Links-Rechts-Einstufung‘ (V16)

Auch die persönliche ‚Links-Rechts-Einstufung‘ gehört zu dem Standard-Inventar der ALLBUS-Befragungen. Wiederum anhand einer 10-stufigen Skala sollen die Befragten hier ihre ‚politische Einstellung‘ einordnen. Angesichts der großen Beliebtheit der politischen Mitte zeigt sich hier in den Umfragergebnissen jeweils die erwartete Normalverteilung um die beiden Mittelwerte 5 und 6, so auch in Bonn:

Persönliche Links-Rechts-Einstufung

Vergleich: ALLBUS 1980-96 und KRABBE 1999 (in %)



Allerdings kann man in unserer Antwort-Population eine gewisse Überrepräsentanz der Stufen 3 und 4 auf der linken Mitte erkennen, was (auch im ALLBUS-Datensatz) bei näherer Differenzierung ein eher städtisches Phänomen sein mag bzw. vor allem auf Universitätsstädte mit einer relativ großen Studentenpopulation zutreffen mag.

Angesichts der Bonner Kommunalwahl-Ergebnisse vom Herbst 1999, die eine absolute Mehrheit der CDU im Rat erbracht haben, zeigt sich hier jedoch eine deutliche Diskrepanz zu unseren Befragungsergebnissen vom Februar des gleichen Jahres. Im wesentlichen gibt es hierfür zwei Erklärungen:

- Selektionseffekte: es kann theoretisch sein, dass sich an unserer Befragung überproportional mehr politisch links orientierte Personen beteiligt haben, was allerdings nicht so wahrscheinlich ist, da das zentrale Thema des ‚Sicherheitsgefühls‘ und der ‚Inneren Sicherheit‘ eher ein rechtes Thema sein dürfte.

- Stimmungs- und Zeiteffekte: mit der ‚Links-Rechts-Einstufung‘ werden eher langfristige politische Grundüberzeugungen gemessen, während die Wahlentscheidungen speziell in diesem Herbst 1999 sehr stark von ganz aktuellen (bundespolitischen) Stimmungsbildern beeinflusst waren, die sich einerseits im Laufe der Zeit auch sehr schnell wieder verändern können, die andererseits die relative Stabilität der politischen Grundüberzeugungen nur wenig tangieren.

Es spricht m.E. einiges dafür, dass es in Bonn hinsichtlich der politischen Grundüberzeugungen der Bürger/innen einen doch größeren ‚Mitte-Links-Anteil‘ gibt als es die Kommunalwahl-Ergebnisse auf den ersten Blick vermuten lassen.¹⁴⁶

2.5 (Post-)Materialistische Einstellung (nach Inglehart) (V03)

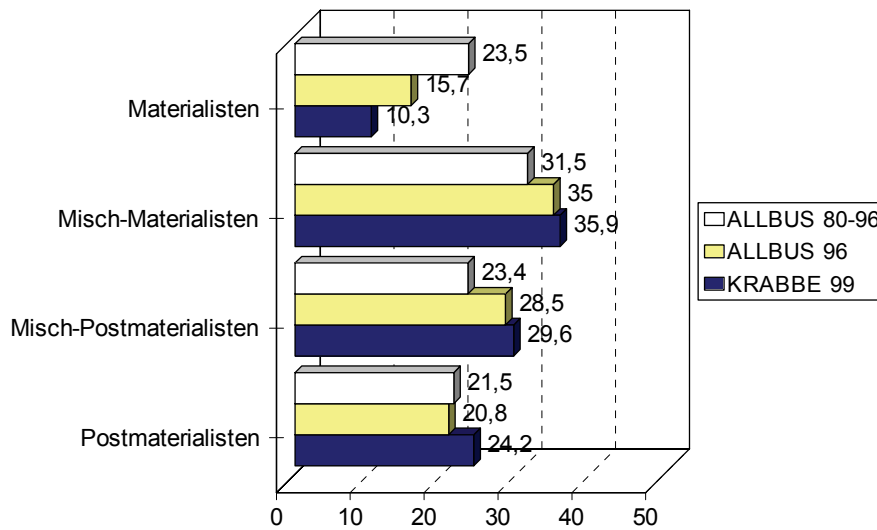
Ein weiterer Indikator für politische Grundüberzeugungen und Werthaltungen ist mit dem sehr verbreiteten und vielfach diskutierten (Post-)Materialismus-Index des europäischen Sozialforschers Inglehart gegeben. Er wird seit vielen Jahren sowohl im Rahmen des Euro-Barometers (europa-weit) als auch im Rahmen des ALLBUS (bundesweit) eingesetzt.¹⁴⁷ Aus direkten Vergleichsgründen und wegen seiner theoretischen Nähe zum Thema ‚Sicherheitsgefühl‘ und ‚Ordnungsdenken‘ haben wir ihn auch in unseren Bonner Fragebogen aufgenommen:

¹⁴⁶ Das auffallend unterschiedliche Abstimmungsverhalten in beiden Wahlgängen mag hierfür ein weiteres Indiz sein.

¹⁴⁷ Der Befragte bekommt vier verschiedene politische Ziele vorgelegt: „A. Aufrechterhaltung der Ordnung im Land/ B. Verstärkte Mitsprache des Volkes bei den Entscheidungen der Regierung/ C. Bekämpfung der Preissteigerung/ D. Schutz der freien Meinungsäußerung.“ Er soll nun das für ihn wichtigste und zweitwichtigste Ziel benennen. Je nach Kombination der benannten Ziele wird er später dann vier verschiedenen Grundtypen zugeordnet. Dabei werden die Ziele A und C der materialistischen Werthaltung zugerechnet, die Ziele B und D folglich der postmaterialistischen. Kombinationen zwischen diesen Grundtypen (zum Beispiel: A und B oder auch D und C) führen zu verschiedenen Mischformen; der Typus der ersten Nennung bestimmt dabei die Grundrichtung, ob eher misch-materialistisch oder eher misch-postmaterialistisch.

(Post-)Materialismus-Index (Inglehart)

Vergleich: ALLBUS 1980-96 und KRABBE 1999 (in %)

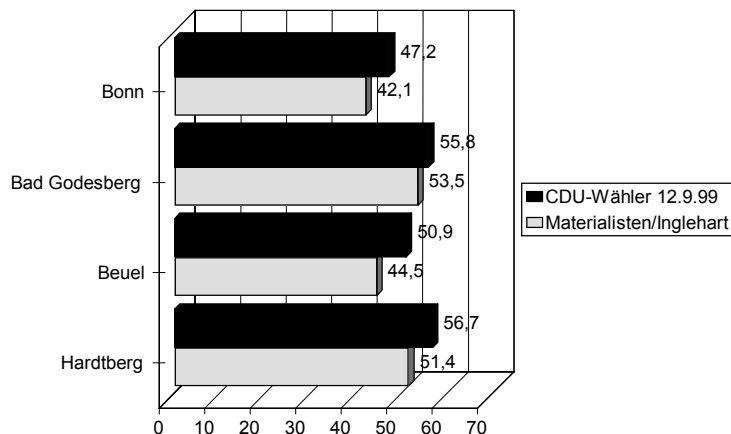


Quelle: Kriminologisches Seminar der Universität Bonn (Dr.Rüther)

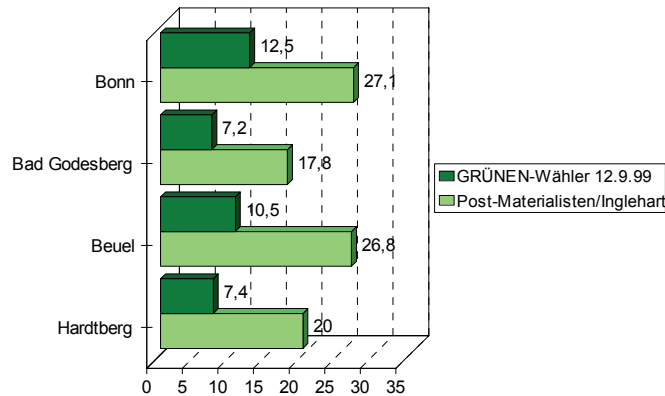
In Analogie zu der politischen ‚Links-Rechts-Einstufung‘ zeigt sich auch hier in unserer Bonner Population eine gewisse Unterrepräsentanz der materialistischen Werthaltungen und dementsprechend eine Überrepräsentanz der Postmaterialisten, was auch ein Effekt eher städtischer und studentischer Populationen sein kann. Dort finden sich tendenziell weniger Materialisten. Diesen Zusammenhang bestätigt auch eine differenzierte Betrachtung der Werthaltungen nach einzelnen Stadtbezirken. Dabei wird zusätzlich deutlich, dass es eine gewisse Nähe zwischen grundlegender Werthaltung und Parteipräferenz gibt. Während die CDU ihr Wählerpotential eher aus den materialistisch eingestellten Kreisen schöpft, gibt es bei den Grünen einen deutlichen Bezug zu postmaterialistischen Grundorientierungen.

Materialisten (Inglehart) und CDU-Wähler nach 4 Stadtbezirken (in %)

Vergleich: KRABBE 99 und Kommunalwahl 12.9.99



Post-Materialisten (Inglehart) und GRÜNEN-Wähler nach 4
 Stadtbezirken (in %)
 Vergleich: KRABBE 99 und Kommunalwahl 12.9.99



In den beiden Stadtbezirken (Bad Godesberg und Hardtberg), in denen die materialistisch orientierten Befragten die relativ größte Gruppe bilden, hat auch die CDU bei der Kommunalwahl am 12.9.99 den größten Stimmenanteil erreicht. Andererseits befinden sich die ‚Hochburgen‘ der Grünen genau in den Stadtbezirken (Bonn-Zentrum und Beuel), in denen die Postmaterialisten überproportional stark vertreten sind.¹⁴⁸

Wir werden später noch sehen, dass die hier gemessenen politischen Grundorientierungen und Werthaltungen nicht nur das Wahlverhalten sehr stark beeinflussen, sondern dass sie auch einen deutlichen Zusammenhang mit dem grundlegenden ‚Sicherheitsgefühl‘ der Bürger/innen aufweisen. Dabei muss die Frage erlaubt sein, inwieweit das in vielen Umfragen gemessene ‚Sicherheitsgefühl‘ eher eine bestimmte Dimension von ‚politischen Grundhaltungen‘ abbildet. Bei ‚linksliberalen Postmaterialisten‘ findet man selten ein großes ‚Unsicherheitsgefühl‘.

¹⁴⁸ Zudem gibt es gewisse Anzeichen dafür, dass die CDU ihr ‚materialistisches Wählerpotential‘ bei dieser Wahl wahrscheinlich bis über den Rand hinaus ausgeschöpft hat, während die Grünen das ‚postmaterialistische Potential‘ bei weitem nicht erreicht haben.

3. Erkenntnisse der ‚Splitting-Verfahren‘

3.1 ‚split-half‘

Inwieweit das gemessene ‚Sicherheitsgefühl‘ nicht von unterschiedlichen ‚politischen Grundüberzeugungen‘, sondern allein schon von unterschiedlichen Frageformulierungen beeinflusst werden kann, dies wollten wir durch die Anwendung des sogenannten ‚split-half-Verfahrens‘ überprüfen.

Hierzu haben wir die gesamte Zufallsstichprobe (n=4000) in zwei gleich große, ebenfalls zufalls-bestimmte Teilstichproben (2 mal n=2000) unterteilt. Diese Teilstichproben unterschieden sich allenfalls minimal hinsichtlich der verschiedenen Merkmale der Befragten; sie sind weitgehend strukturell gleich.

Auch in Bezug auf das Antwortverhalten gibt es zwischen beiden Teilstichproben keine signifikanten Unterschiede¹⁴⁹. Beispielhaft sei hier die Beantwortung der Frage hinsichtlich des ‚Interesses an Reality-TV-Sendungen‘ (V13) aufgeführt:

Interesse an Reality-TV	Teilstichprobe A (weiß)	Teilstichprobe B (gelb)
<u>Gar nicht</u>	<u>29,2</u>	<u>28,6</u>
<u>Wenig</u>	<u>27,9</u>	<u>28,5</u>
<u>Mittel</u>	<u>26,2</u>	<u>26,9</u>
<u>Stark</u>	<u>10,9</u>	<u>10,4</u>
<u>Sehr stark</u>	<u>5,9</u>	<u>5,6</u>
<u>Insgesamt</u>	<u>100 (n=699)</u>	<u>100 (n=733)</u>

Wie zu erwarten gibt es zwischen beiden Teilstichproben nur ganz geringe Unterschiede im Antwortverhalten; die sog. Nullhypothese kann also problemlos bestätigt werden. Dies gilt für viele andere Variablen auch. Allerdings nicht bei der Variablen zum ‚Sicherheitsgefühl‘, bei der wir die Formulierung in beiden Versionen unterschiedlich gestaltet haben:

¹⁴⁹ Gemessen anhand des Chi-Quadrat-Wertes nach Pearson auf dem 99%-Niveau; das heißt mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von nur einem Prozent.

Wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine in Ihrer Wohngegend unterwegs sind

?

<u>Teilstichprobe A</u> <u>(weiß)</u>		<u>Teilstichprobe B</u> <u>(gelb)</u>	
<u>Sehr sicher</u>	<u>23,0</u>	<u>Sehr sicher</u>	<u>18,4</u>
<u>Eher sicher</u>	<u>48,7</u>	<u>Ziemlich sicher</u>	<u>46,1</u>
<u>Eher unsicher</u>	<u>21,9</u>	<u>Etwas unsicher</u>	<u>28,4</u>
<u>Sehr unsicher</u>	<u>6,4</u>	<u>Sehr unsicher</u>	<u>7,1</u>
<u>Insgesamt</u>	<u>100</u> <u>(n=704)</u>	<u>insgesamt</u>	<u>100</u> <u>(n=735)</u>

Die Unterschiede zwischen beiden Teilstichproben sind hier auf dem 98%-Niveau signifikant (Chi-Quadrat = 0,014). Mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von nur 2% wird die Nullhypothese zurückgewiesen. Das heißt: die Unterschiede in der Antwort-Verteilung zwischen beiden Gruppen sind offensichtlich eine Folge der unterschiedlichen Vorgaben bei den Antwortkategorien¹⁵⁰. ‚Eher unsicher‘ fühlen sich nur 21,9%; ‚etwas unsicher‘ fühlen sich immerhin 28,4%. Die ‚unsichere Seite‘ ist bei der Teilstichprobe B um insgesamt 7,2% größer. Das sind fast so große Unterschiede, wie wir sie später auch noch zwischen den Geschlechtern oder zwischen verschiedenen Altersgruppen feststellen werden. Das zeigt, dass man mit relativ geringen und unscheinbaren Änderungen in den Antwortvorgaben relativ große Wirkungen erzeugen kann, die andere Einflüsse eventuell überlagern können.

Insgesamt macht dieses Ergebnis deutlich, wie groß auch die Gestaltungs- und Konstruktionsmöglichkeiten im Rahmen von empirischen Befragungen sind; diese sollten durch ein selbst-kritisches und reflexives Methodenbewusstsein und entsprechende methodische Ausführungen weitgehend nachvollziehbar und transparent gemacht werden.

3.2 ‚split-time‘

Eine weitere methodische Differenzierung innerhalb unserer Befragung ist zunächst nicht geplant gewesen. Sie hat sich im Verlaufe des Projekts

¹⁵⁰ Diese unterschiedlichen Varianten haben wir bei der sogenannten Standardfrage in verschiedenen Untersuchungen gefunden. Insoweit ist auch ‚Standardfrage‘ nicht immer gleich ‚Standardfrage‘.

(sozusagen als eine Art ‚natürliches Experiment‘) ergeben. Dadurch dass sich eine (schriftliche) Befragung über einen Zeitraum von mehreren Wochen hinzieht, besteht die Möglichkeit, dass besondere Ereignisse den gesamten Kontext der Befragung mehr oder weniger stark verändern. Eine mögliche Folge wäre dann ein unterschiedliches Antwortverhalten über die Zeit.

Bei unserer Bonner ‚Bürgerbefragung zum Sicherheitsgefühl‘ hat es ca. 2 Wochen nach dem Versenden der Fragebögen ein derartiges einschneidendes Ereignis gegeben: Am 16.2.1999 wurde der Kurden-Führer Öcalan in Afrika vom türkischen Geheimdienst festgenommen und in ein türkisches Sicherheitsgefängnis überführt; in der Folge gab es noch am gleichen Tag zahlreiche, auch gewaltsame Proteste und Aktionen von Kurden in der Bundesrepublik, welche zu einer breiten Thematisierung von Angst und Gewalt in den Medien führten¹⁵¹. Dies hat uns dazu bewogen hat, die Antwort-Population sozusagen in zwei ‚Zeitgruppen‘ aufzuteilen (‚split-time‘). In die erste Gruppe kamen all jene Personen, die ihre Fragebögen bis zum 16.2.1999 zurückgeschickt hatten (n=1027). Die zweite Gruppe wurde gebildet von jenen Personen, deren Fragebögen ab dem 17.2.1999 bei uns eingingen (n=412). Inwieweit unterscheiden sie sich nun in ihrem Antwortverhalten hinsichtlich des ‚Sicherheitsgefühls‘ ?

In Bezug auf die obige Standardfrage (V08) konnten keine signifikanten Unterschiede festgestellt werden (Chi-Quadrat=0,648). Dagegen sah es bei jenen Fragen, welche die Angst vor konkreten Straftaten (V01) oder vor bestimmten Lebensrisiken (V02) angesprochen haben, schon ein wenig anders aus:

Angst davor, dass „...Deutschland mit kriegerischen Auseinandersetzungen konfrontiert wird.“ (V02.15)		
	Antworten bis 16.2.99 (vor Öcalan)	Antworten ab 17.2.99 (nach Öcalan)
Geringe Angst (1-3)	67,9	61,1
Mittlere Angst (4)	11,1	10,6
Große Angst (5-7)	21,0	29,3
insgesamt	100 (n=984)	100 (n=401)

Mit einem Anstieg von über 8% bei den sehr Ängstlichen ist die Veränderung hier schon auffallend und signifikant. Bei der Angst vor ‚Terror-Anschlägen‘ (V01.8/6) und vor ‚Vandalismus‘ (V01.3/8) ist es ähnlich. Insgesamt hat sich die Gruppe der besonders ängstlichen und unsicheren Befragten, die wir anhand verschiedener Variablen mit Hilfe einer Cluster-Analyse ermittelt haben, nach dem 16.2.99 (Öcalan-Festnahme) merklich erhöht.

¹⁵¹ Siehe entsprechende Aufmacher im ‚Spiegel‘, ‚Stern‘ und anderen Zeitschriften.

Einen derartigen zeit-abhängigen Kontexteffekt konnte man auch bei der diesjährigen bundesweiten ‚Angst-Studie‘ der R+V-Versicherung feststellen, welche seit Anfang der 90-er Jahre in jedem Jahr durchgeführt wird.¹⁵² Die jüngste Befragung fand Anfang Mai 1999 statt, also genau während der Hochphase des Kosovo-Krieges. Da dieser Krieg die öffentliche Diskussion und Medienberichterstattung in dieser Zeit weitgehend allein bestimmt hat, hat er selbstverständlich auch das aktuelle Problembewusstsein der Bevölkerung und damit auch das Antwortverhalten bei der diesjährigen ‚Angst-Studie‘ sehr stark beeinflusst.

Die Angst davor, dass „...Deutschland mit kriegerischen Auseinandersetzungen konfrontiert wird“, die in all den Jahren zuvor einen der hintersten Plätze belegt hatte, stand in diesem Monat plötzlich an erster Stelle und verdrängte damit sogar den ständigen Spitzenreiter der 90-er Jahre ‚die ‚Sorge um die Arbeitslosigkeit‘ auf den zweiten Platz. Da der Kosovo-Krieg zum Zeitpunkt unserer Befragung noch kein Thema war, kann er das Antwortverhalten der Bonner Befragten auch noch nicht beeinflusst haben.

Wegen dieser außergewöhnlichen Rahmenbedingungen, die die R+V-Angst-Studie in diesem Jahr 1999 durch den Kosovo-Krieg erhalten hat, werden wir uns bei dem angestrebten Vergleich zwischen den Ängsten der Bonner und denen der Bundesbürger (im folgenden Kapitel) auf die bundesweiten Ergebnisse des relativ ‚normalen‘ Jahres 1998 konzentrieren.

¹⁵² Die dort eingesetzten konkreten Angst-Fragen (V01 und V02) mit ihren über 20 Einzel-Items haben wir aus Vergleichsgründen in unsere Bonner Befragung übernommen.

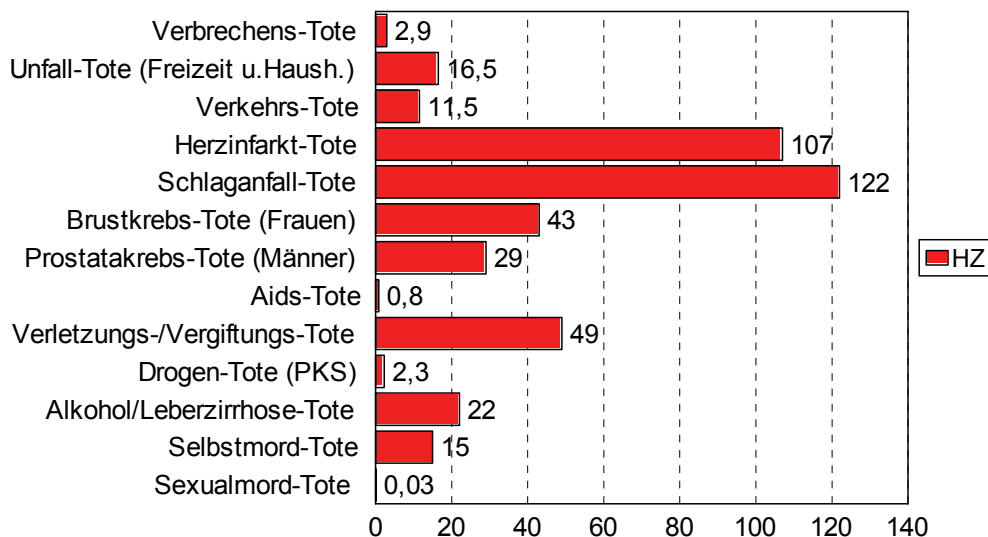
Insgesamt ist festzuhalten, dass das Angstniveau in der Stadt Bonn deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt und dass sowohl im Bund als auch in Bonn die Angst vor einzelnen konkreten Straftaten generell geringer ist als die Angst vor einzelnen persönlichen und allgemeinen Lebensrisiken. Dies wird in der öffentlichen Diskussion und Darstellung der Kriminalitätsfurcht aber häufig unterschlagen bzw. übersehen. Die Kriminalitätsfurcht und die ‚Angst vor Straftaten‘ sind in der öffentlichen und auch in der wissenschaftlichen Diskussion sehr verbreitet; sie stellen zentrale Themen der 90-er Jahre dar; im direkten Vergleich mit anderen konkreten Ängsten sind sie jedoch eher zweitrangig. Dies wird durch die Heranziehung objektiver Risiko-Indikatoren nur unterstrichen.

4.1.3. Ängste vor dem Hintergrund objektiver Risiko-Indikatoren (GBE)

Aus dem von Statistischen Bundesamt herausgegebenen ‚Gesundheitsbericht für Deutschland 1998‘ haben wir Häufigkeitszahlen für verschiedene Todesarten zusammengestellt und sie mit denen aus der PKS verglichen:

Gesellschaftliche Mortalitätsrisiken

Häufigkeitszahlen (HZ; auf 100.000 Einw.) versch. Todesarten



Quelle: Stat.Bu.Amt, Gesundheitsbericht für Deutschland 1998; BKA, PKS

Danach ist das Risiko heutzutage im Strassenverkehr getötet zu werden ungefähr vier mal so groß als einem Verbrechen (Mord/Totschlag) zum Opfer zu fallen.

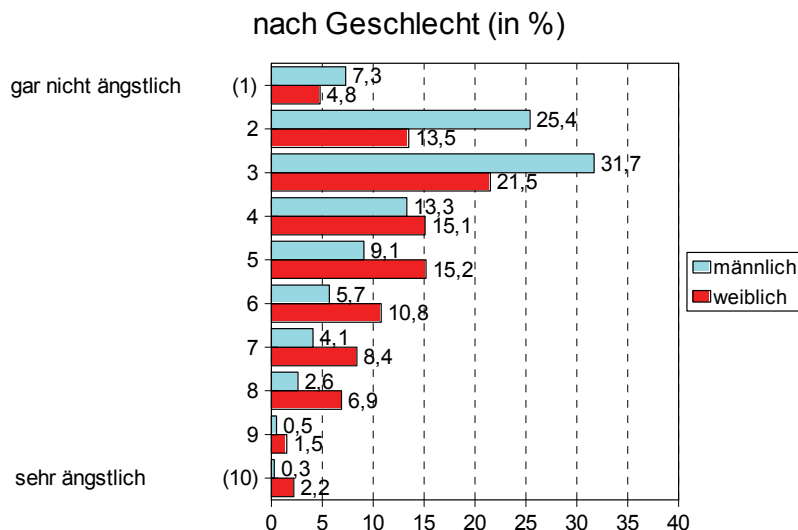
Noch größer ist das Risiko einen Unfalltod im Haushalt oder im Freizeitbereich zu erleiden. Das Risiko an Prostata- oder Brustkrebs zu sterben ist demgegenüber noch einmal mehr als doppelt so hoch. Eindeutig an der Spitze stehen

die Schlaganfall- und Herzinfarkt-Todesrisiken. Während auf 100.000 Einwohner weit über 200 Schlaganfall- oder Herzinfarkt-Tote pro Jahr kommen, sind es immerhin 15 Selbstmord-Tote, aber nicht einmal drei Tote aufgrund eines Verbrechens. Noch ein wenig geringer (2,3) ist die Anzahl der sogenannten Drogen-Toten, die in der PKS gezählt werden; die Zahl der Todesfälle infolge der Alltagsdroge Alkohol, die dem Gesundheitsbericht zu entnehmen ist, ist demgegenüber fast zehn mal so groß (22). Am weitaus geringsten ist das Risiko, durch einen Sexualmord getötet zu werden (0,03). Die intensive mediale Berichterstattung im Anschluss an einzelne (ohne Zweifel schlimme) Sexualverbrechen erzeugt eine allgemeine Vorstellung von erhöhter diesbezüglicher Gefährdung und sie verbreitet somit irrationale Ängste in der Bevölkerung. Dies gilt grundsätzlich auch für weniger schwerwiegende Deliktsformen. Eine rationale, möglichst sachliche Aufklärung über die einzelnen Risiken kann hier Abhilfe schaffen.¹⁵³

4.1.4. Persönliche Ängstlichkeits-Einschätzung (V15)

Die Ängstlichkeit kann aber auch eine weitgehend persönliche Eigenschaft sein, von deren Ausmaß jede Person eine mehr oder weniger klare eigene Vorstellung hat. Diese haben wir mit Hilfe einer 10-stufigen Skala versucht abzufragen:

Persönliche Ängstlichkeits-Einschätzung



Da dieses Instrument zur Messung der persönlichen allgemeinen Ängstlichkeit weitgehend eine Eigenkonstruktion darstellt, gibt es hierzu auch keine einzelnen externen Vergleichswerte. Hier wird es aber umso interessanter, spezielle interne Vergleiche zwischen einzelnen Befragtengruppen anzustellen.

Wie nicht anders zu erwarten unterscheiden sich auch bei diesem ‚Ängstlichkeitsmaß‘ vor allem die Frauen von den Männern. Letztere schätzen sich

¹⁵³ Weitere Daten-Angaben zu verschiedenen ‚gesellschaftlichen Risiken‘ siehe in der entsprechenden tabellarischen Aufstellung im Anhang.

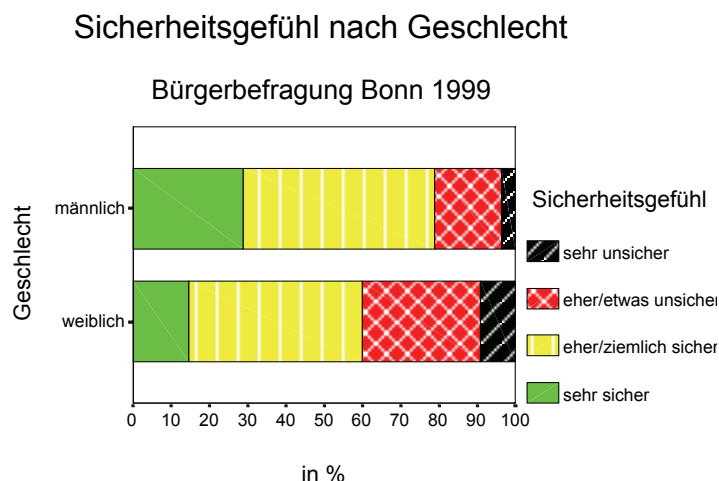
erheblich weniger ‚ängstlich‘ ein, worin sich zum Teil auch die Erwartung gegenüber einem bestimmten ‚Männlichkeits-Bild‘ ausdrücken dürfte.

Aber unabhängig davon deuten auch viele andere ‚Indikatoren‘ auf eine ‚real‘ größere Betroffenheit des weiblichen Geschlechts von zahlreichen Angst-Phänomenen hin. Einen wichtigen Indikator in diesem Bereich stellt das durch die sogenannte Standardfrage gemessene ‚Sicherheitsgefühl‘ dar.

4.2. Sicherheitsgefühl (Standardfrage)¹⁵⁴ (V8)

Insgesamt fühlen sich die Bonner Bürger/innen zu mehr als zwei Dritteln (68,2%) nach Einbruch der Dunkelheit und unterwegs alleine in ihrer Wohngegend sicher, darunter 20,6% sogar ‚sehr sicher‘. Unter dem knappen Drittel (31,9%) an Unsicheren gibt es nur 6,7% sehr Unsichere.

Zunächst einmal kann man auch in der Bonner Befragung das zu erwartende geringere ‚Sicherheitsgefühl‘ des weiblichen Geschlechts bestätigen:



Bonner Frauen fühlen sich (im Dunkeln allein in ihrer Wohngegend unterwegs) immerhin zu 40,1% unsicher, davon 9,2% ‚sehr unsicher‘. Bei den Männern sind es nur halb so viele (21,2%), die sich unsicher fühlen; ‚sehr unsicher‘ fühlen sich die Männer nur zu 3,5%.

Ohne externe Vergleichsmaßstäbe sind diese Zahlen je nach Standpunkt des Betrachters¹⁵⁵ in ihrer Interpretationsbreite relativ weit dehnbar. Deshalb wollen wir die Bonner Ergebnisse zum ‚Sicherheitsgefühl‘ mit anderen Ergebnissen (inter-kommunal, international und bundesweit) zunächst einmal vergleichen.

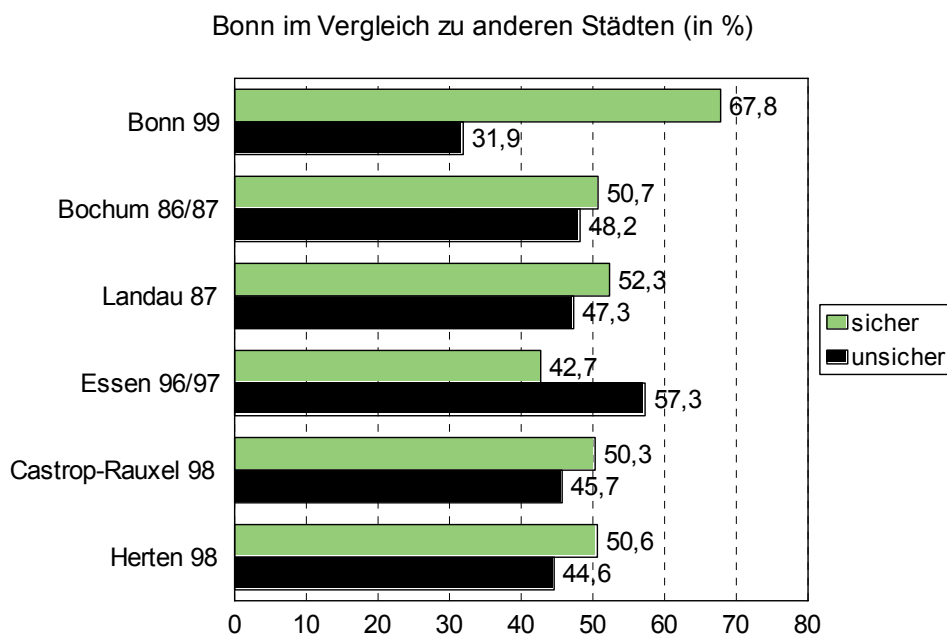
¹⁵⁴ Diese lautet: „Wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine in Ihrer Wohngegend unterwegs sind?“ (sehr sicher/ eher sicher/ eher unsicher/ sehr unsicher)

¹⁵⁵ Analog dem Flaschen-Beispiel (halb-voll bzw. halb-leer) kann man sein Hauptaugenmerk entweder auf die zwei Drittel der ‚Sicheren‘ oder auf das eine Drittel der ‚Unsicheren‘ lenken.

4.2.1 Sicherheitsgefühl im inter-kommunalen Vergleich

Die Standardfrage zum Sicherheitsgefühl ist in der Bonner Version („im Dunkeln alleine in der Wohngegend unterwegs“) während der 80-er und 90-er Jahre in zahlreichen Befragungen im Rahmen von Kriminologischen Regionalanalysen eingesetzt worden. Zum direkten Vergleich haben wir jeweils die beiden (Un-) Sicherheits-Kategorien zusammengefasst:

Sicherheitsgefühl in der Wohngegend (im Dunkeln)



Danach ist das Sicherheitsgefühl der Bonner Bevölkerung eindeutig am besten; die Bonner Bürger/innen fühlen sich am wenigsten ‚unsicher‘. Während bei allen anderen Städten sich die ‚Unsicheren‘ und die ‚Sicheren‘ in etwa die Waage halten („fifty-fifty“), überwiegt in Bonn ganz klar (zu zwei Dritteln) das positive Sicherheitsgefühl.

Dies ist ein Befund, der auch für den Bereich der ‚subjektiven Sicherheitslage‘ in Bonn keinen Anlass zu übertriebener Sorge bietet. Er wird unterstützt durch einen Blick auf vergleichbare internationale Ergebnisse.

4.2.2 Sicherheitsgefühl im internationalen Vergleich

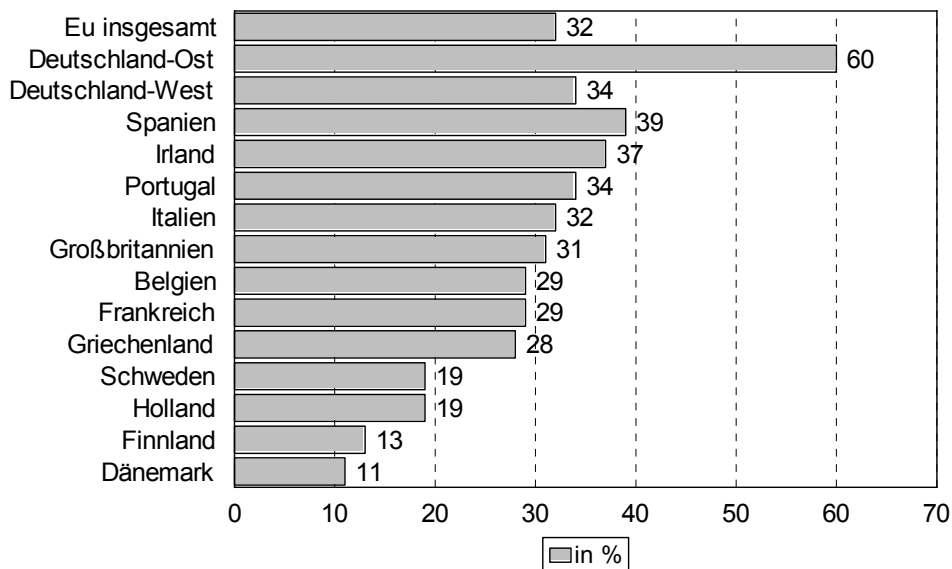
Die Standardfrage zum Sicherheitsgefühl ist in den 90-er Jahren auch in mehreren international vergleichenden Untersuchungen zum Einsatz gekommen.

Zum einen ist hier die internationale Opferforschung¹⁵⁶ (ICVS) hervorzuheben, die zunächst mit einheitlichen Erhebungsinstrumenten in verschiedenen westeuropäischen Ländern begonnen wurde, die sich dann aber auch auf die (z.T. ganz neuen) osteuropäischen Staaten bzw. sogar weltweit auf andere Kontinente ausgedehnt hat.

Zum anderen werden auch in der regelmäßig (2 mal pro Jahr) durchgeführten europäischen Umfrageforschung („Eurobarometer“)¹⁵⁷ in gewissen Abständen einzelne Viktimisierungs- und Sicherheitsfragen übernommen, zu denen wie selbstverständlich auch die „Standardfrage“ gehört. Die letzten europaweiten Auswertungen zu dieser Frage stehen aus der 96-er Umfrage (Nr.44,3) zur Verfügung:

Unsicherheits-Gefühl im EU-Vergleich

"Nachts allein auf der Straße" (Standardfrage)



Quelle: Eurobarometer Nr.44,3/1996

Danach ist auffallend, dass sich der Großteil der europäischen Länder hinsichtlich des durch die Standardfrage gemessenen ‚Unsicherheitsgefühls‘ um die ‚Ein-Drittel-Marke‘ herum bewegt (28-39%), was in etwa auch der Bonner Situation entspricht (31,8%). Deutlich geringere Quoten (11-19%) kann man bei den Holländern und bei den skandinavischen Ländern feststellen. Dafür liegen auf der anderen Seite die neuen Bundesländer (Deutschland-Ost) mit 60% mit weitem Abstand an der Spitze der ‚unsicheren‘ Länder. Dies ist mit großer Wahrscheinlichkeit auf die besondere und überraschend veränderte Lage zurückzuführen, die nach der politischen Wende (bzw. friedlichen Revolution)

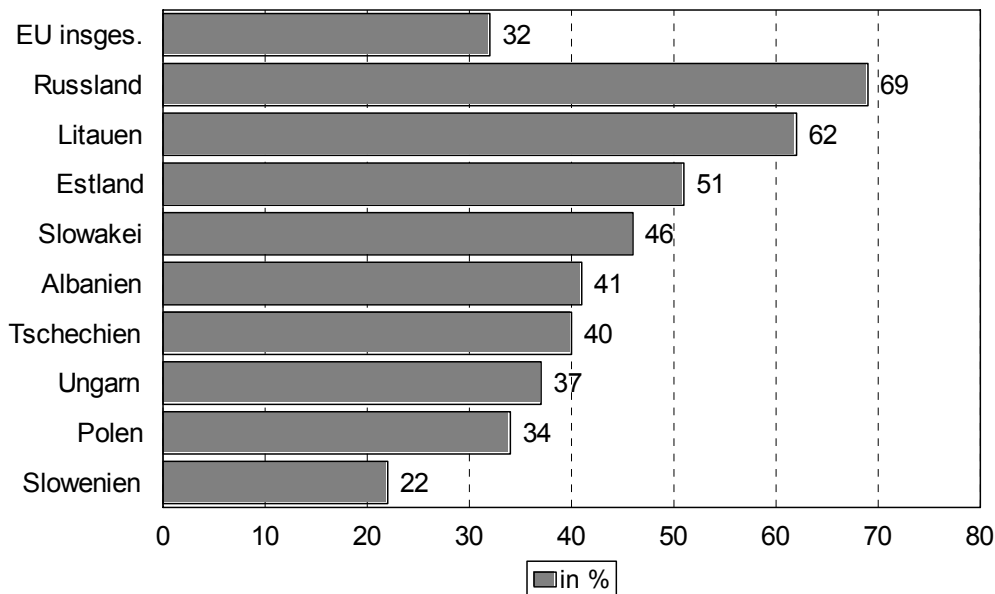
¹⁵⁶ Die sogenannten ‚International Crime and Victim Surveys (ICVS)‘ werden unter der Leitung des holländischen Kriminologen J.J.M. van Dijk in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen durchgeführt und auch weitgehend publiziert.

¹⁵⁷ Einer der zentralen Initiatoren und Akteure in diesem Feld ist der bereits an anderer Stelle erwähnte Soziologe R. Inglehart.

zu Beginn der 90-er Jahre für alle Bürger/innen der ehemaligen DDR und der anderen osteuropäischen Länder eingetreten ist. In dem hier gemessenen ‚Unsicherheitsgefühl‘ drücken sich wahrscheinlich auch vermehrte Befürchtungen und Zukunftsängste hinsichtlich der eigenen sozialen Lage und der gesamten persönlichen Lebensgestaltung aus.¹⁵⁸

Unsicherheits-Gefühl im Osteuropa-Vergleich

"Nachts allein auf der Straße" (Standardfrage)



Quelle: ICVS 1996, J.J.M. van Dijk u.a.

Nach diesen Zahlen wird das Unsicherheitsgefühl in den neuen Bundesländern von der Situation in Litauen und Russland sogar noch übertroffen. Dabei darf man vermuten, dass in diesen Ländern sich nicht nur die ‚subjektive Sicherheitslage‘ so negativ entwickelt hat. Im direkten Vergleich hierzu erscheint die in Bonn festgestellte und vorhandene Lage geradezu ‚paradiesisch‘.

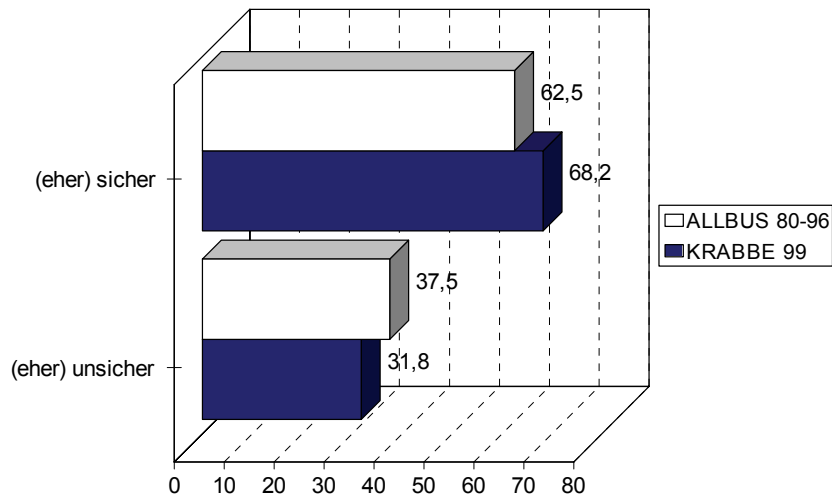
4.2.3 Sicherheitsgefühl im bundesweiten Vergleich (ALLBUS)

Nicht ganz so krass aber doch immerhin recht deutlich ist der Unterschied der Bonner Situation zu der im gesamten Bundesgebiet mit Hilfe des ALLBUS gemessenen ‚subjektiven Sicherheitslage‘; in diesen Vergleich sind die Ergebnisse aller bundesweit durchgeführten Befragungen der Jahre 1980-1996 eingegangen; sie beziehen sich also überwiegend auf die alten Bundesländer:

¹⁵⁸ In diesem Sinne interpretiert u.a. auch K.H.Reuband (1996 u.a.) die herausragenden Befunde zum ‚Unsicherheitsgefühl‘ in den neuen Bundesländern.

(Un-)Sicherheitsgefühl nachts in der Wohngegend

Vergleich: ALLBUS 1980-96 und KRABBE 1999 (in %)



Eine Differenz von knapp 6% ist zwar nicht unbedingt sensationell, aber doch deutlich spürbar. Bedenkt man zudem, dass hier überwiegend auch die Ergebnisse von vielen ländlichen Regionen mit einem relativ hohen (objektiven und subjektiven) Sicherheitsstandard einfließen, dann ist auch vor diesem Hintergrund die ermittelte Bonner Sicherheitslage eindeutig nicht zu dramatisieren.

4.2.4 Sicherheitsgefühl im intra-kommunalen Vergleich (innerhalb Bonns)

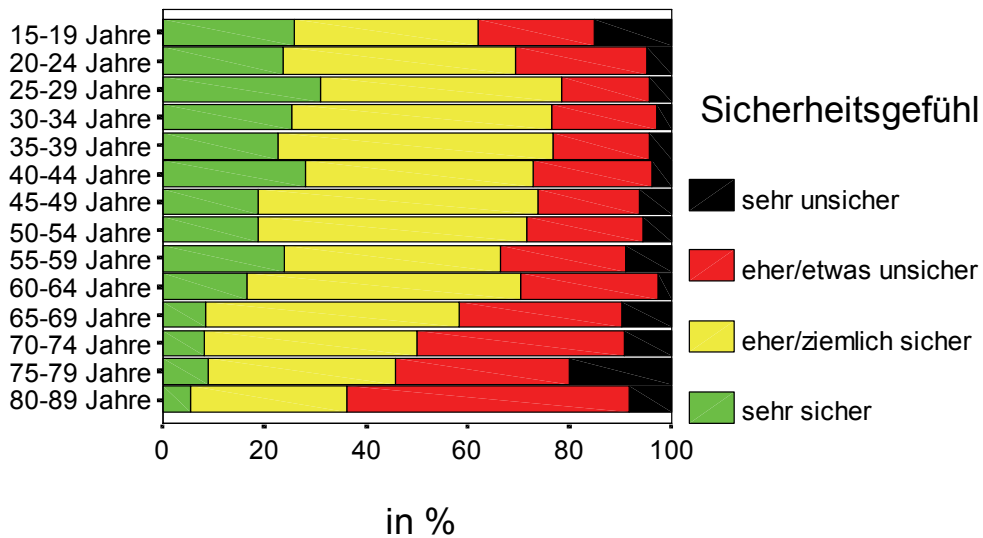
Im folgenden Abschnitt wollen wir der Frage nachgehen, inwieweit es Unterschiede im Sicherheitsgefühl innerhalb verschiedener Gruppen der Bonner Bevölkerung gibt. Hierzu werden wir Schritt für Schritt und nacheinander eine Differenzierung der gesamten Antwortpopulation nach (1.) verschiedenen sozio-demografischen Merkmalen (Alter, Beruf), (2.) nach unterschiedlichen politischen Einstellungen und (3.) nach verschiedenen städtischen Regionen und Bezirken vornehmen. Zum Schluss dieses Kapitels werden wir dann auf die vermuteten zentralen Zusammenhänge (4.) zwischen eigener Opfererfahrung (Viktimisierung) und Sicherheitsgefühl und (5.) zwischen eigener Fernsehnutzung (Reality-TV) und Sicherheitsgefühl eingehen.

1. nach sozio-demografischen Merkmalen (Alter, Beruf)

Hinsichtlich der ‚Altersverteilung von Unsicherheit‘ ist aus zahlreichen Untersuchungen bekannt, dass das Unsicherheitsgefühl mit zunehmenden Alter ebenfalls zunimmt. Die alten Menschen fühlen sich am wenigsten sicher; dies trifft erwartungsgemäß auch für Bonn zu:

Sicherheitsgefühl nach Alter

Bürgerbefragung Bonn 1999

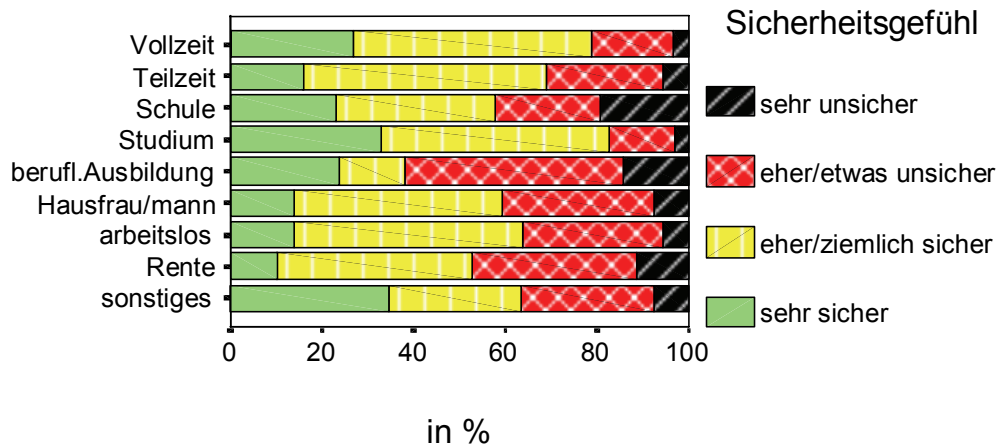


Neben dem erwarteten Befund der relativ großen Unsicherheit der alten Leute kann man aber auch eine merklich erhöhte Unsicherheit bei den ganz jungen Jahrgängen (vor allem bei den 15-19-Jährigen) feststellen. Die (mit der Standardfrage gemessene) Unsicherheit zeigt hinsichtlich der Altersgruppen einen deutlich U-förmigen Verlauf. Das heißt: bei den mittleren Altersgruppen ist das Unsicherheitsniveau am geringsten, in den extremen Gruppen an den Rändern (bei den ganz Jungen und bei den ganz Alten) steigt es mehr oder weniger stark an. Mit nahezu 40% ‚Unsicheren‘ ist die Quote bei den Jugendlichen (15-19Jahre; n=66) in etwa so hoch wie bei den Frauen.

Dieser doch ein wenig überraschende Befund wird bei einer weiteren Differenzierung des ‚Unsicherheitsgefühls‘ nach der jeweiligen beruflichen Tätigkeit eindrucksvoll bestätigt:

Sicherheitsgefühl und berufliche Tätigkeit

Bürgerbefragung Bonn 1999



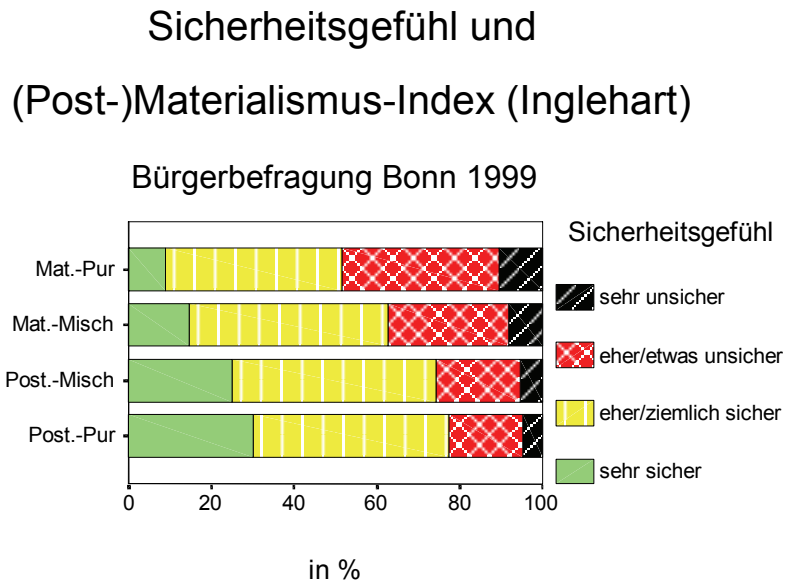
Den größten Prozentsatz an unsicheren Personen gibt es bei der (allerdings recht kleinen) Gruppe der Auszubildenden (n=21; davon 61,9%), gefolgt von den Rentnern (n=320; davon 47,2%), den Schülern (n=52; davon 42,3%) und den Hausfrauen (n=135; davon 40,7%). Die Arbeitslosen (n=36; davon 36,2%) und die Teilzeit-Beschäftigten (n=158; davon 31,0%) liegen im durchschnittlichen Mittelfeld. Den geringsten Anteil an unsicheren Personen weisen die Vollzeit-Beschäftigten (n=548; davon 21,0%) und die Studenten (n=98; davon 17,4%) auf.

Der relativ hohe Anteil bei den Rentnern und bei den Hausfrauen entspricht weitgehend dem empirischen Erkenntnisstand und auch den theoretischen Erklärungsansätzen. Frauen und besonders alte Leute werden zwar objektiv weniger häufig Opfer von Kriminalität; dennoch ist ihre größere Kriminalitätsfurcht nicht unbedingt ‚paradox‘, denn sie weisen wegen ihrer (physisch) schwächeren Konstitution grundsätzlich eine größere Verletzbarkeit (Vulnerabilität) auf und sie reduzieren von daher mehr oder weniger bewusst für sie vermeintlich gefährliche Situationen.

Der hohe Anteil von Unsicheren bei den ‚Azubis‘ und bei den Schülern passt zu dem Ergebnis, welches schon bei der jüngsten Altersgruppe (15-19) aufgefallen war; offensichtlich gibt es bei den Jugendlichen, die sich ja relativ viel und relativ ungeschützt im öffentlichen Raum aufhalten eine größere Betroffenheit nicht nur im objektiven, sondern auch im subjektiven Bereich. Die von uns ermittelten Viktimisierungsraten aus dem Dunkelfeld werden diesen Zusammenhang noch unterstreichen.

2. nach politischen Grundeinstellungen und Werthaltungen

Wir haben bei der Darstellung der Ergebnisse zum (Post-)Materialismus-Index von Inglehart (V3) schon darauf hingewiesen, dass das Sicherheitsgefühl möglicher Weise mit politischen Grundeinstellungen und Werthaltungen korreliert. Dies wird durch die folgende Grafik eindrucksvoll bestätigt:

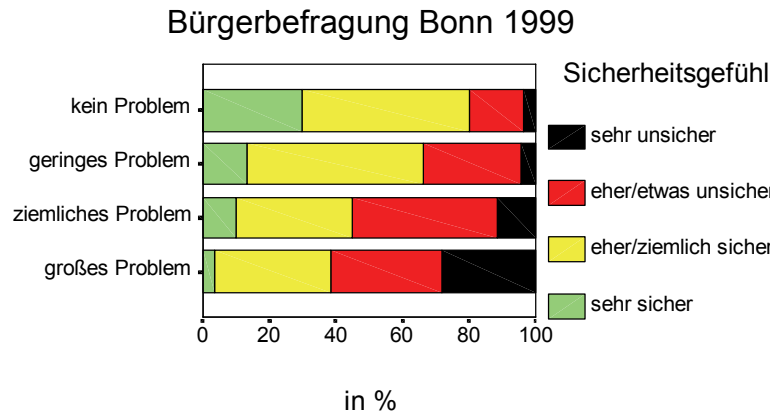


Die (nach Inglehart) rein materialistisch eingestellten Befragten weisen die größten Unsicherheits-Quoten auf (n=145; darunter 48,9%). Auf der anderen Seite gibt es unter den reinen ‚Postmaterialisten‘ (n=339) mit 22,7% die wenigsten ‚Unsicheren‘.

Wenn man bedenkt, dass eines der beiden ‚materialistischen‘ Ziele die ‚Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande‘ ist, so kann man den oben beschriebenen Zusammenhang recht gut nachvollziehen. Ein starker Wunsch nach Recht und Ordnung hat gewisse Ähnlichkeiten und NÄhen zu einem starken Sicherheitsbedürfnis; dort ist man dann auch besonders sensibel in Richtung mangelnder Sicherheit und führt diese auf mangelnde Ordnung zurück. ‚Sicherheit durch Ordnung‘ ist hier das zentrale Schlagwort.

Von daher sind es vor allem auch die ‚Unsicheren‘, die verschiedene soziale Probleme vorrangig als Ordnungsprobleme betrachten und sie auch entsprechend gelöst haben möchten. So hängt zum Beispiel die Problematisierung von ‚zu vielen Ausländern‘ (V10.10) mit einem sehr großen Unsicherheitsgefühl zusammen:

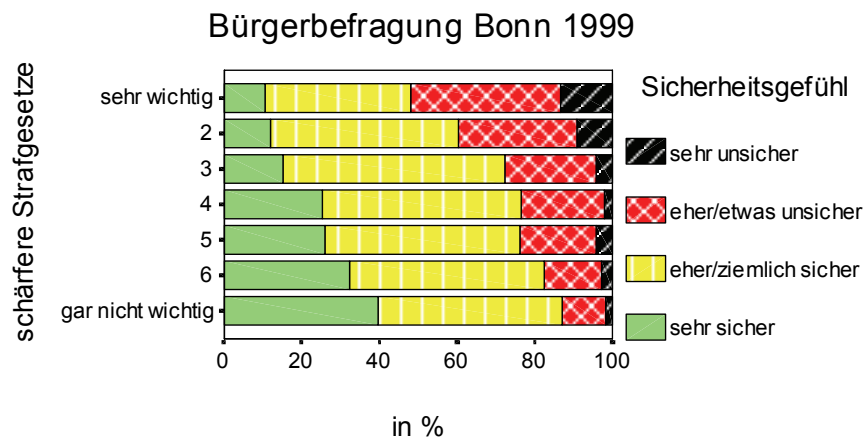
Sicherheitsgefühl und Problematisierung von 'zu vielen Ausländern'



Diejenigen Bürger/innen, welche in ihrer Wohngegend ‚zu viele Ausländer‘ als großes Problem ansehen (n=117), fühlen sich zu über 60% auch unsicher. Bei jenen, die darin keinerlei Problem sehen (n=755), sind es nicht einmal 20%.

Ein ähnliches Bild erhält man, wenn man den typischen ‚Law-and-Order-Ruf‘ nach ‚schärferen Strafgesetzen‘ mit dem Sicherheitsgefühl in Zusammenhang bringt:

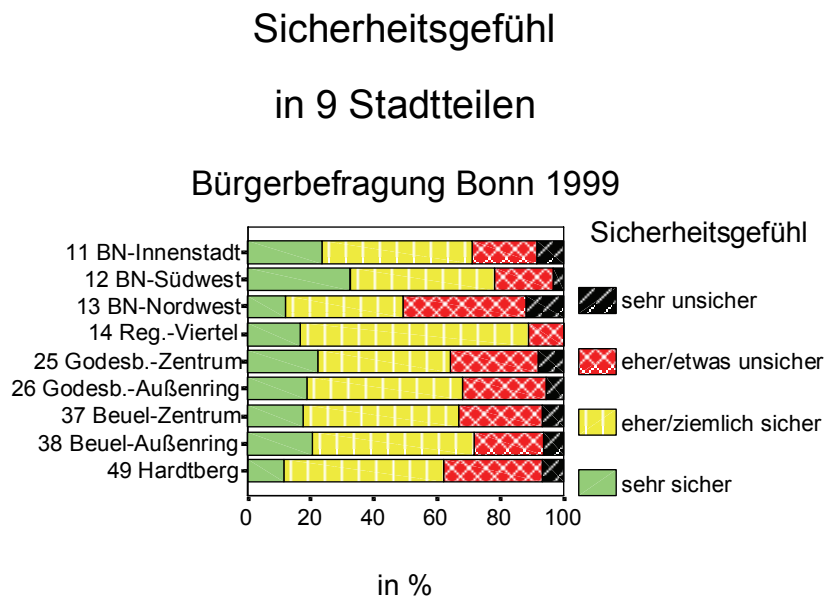
Sicherheitsgefühl und Ruf nach 'schärferen Strafgesetzen'



Die Bürger/innen, welche die Schaffung von ‚schärferen Strafgesetzen‘ für eine sehr wichtige Maßnahme halten (n=360), fühlen sich überwiegend unsicher. Bei denen, die dies für überhaupt nicht wichtig erachten (n=156), sind es nur 12,8%.

3. nach städtischen Regionen und Bezirken

Hinsichtlich der vier Stadtbezirke gibt es noch keine sehr deutlichen Unterschiede beim Sicherheitsgefühl. Die Quote der Unsicheren (eher/etwas und sehr) liegt hier noch überall relativ nah am Durchschnitt von 32%. Bei einer weiteren Differenzierung in die insgesamt 9 Stadtteile zeigen sich jedoch schon größere Abweichungen nach oben und nach unten:



Während von den 18 Befragten aus dem Regierungsviertel nur ganze 2 (=11,1%) sich eher unsicher fühlen, sind es von den 152 Befragten aus dem Bonner Nordwesten mit 77 immerhin schon knapp mehr als die Hälfte (50,6%). Mit einigem Abstand folgt dann an zweiter Stelle der Stadtteil Hardtberg mit 55 von 145 Befragten (=37,9%).

Die Bürger/innen aus der Innenstadt (n=218; davon 28,9%) und aus dem Bonner Südwesten (n=253; davon nur 21,8%) fühlen sich am wenigsten unsicher, wenn sie im ‚Dunkeln allein in ihrer Wohngegend unterwegs‘ sind.

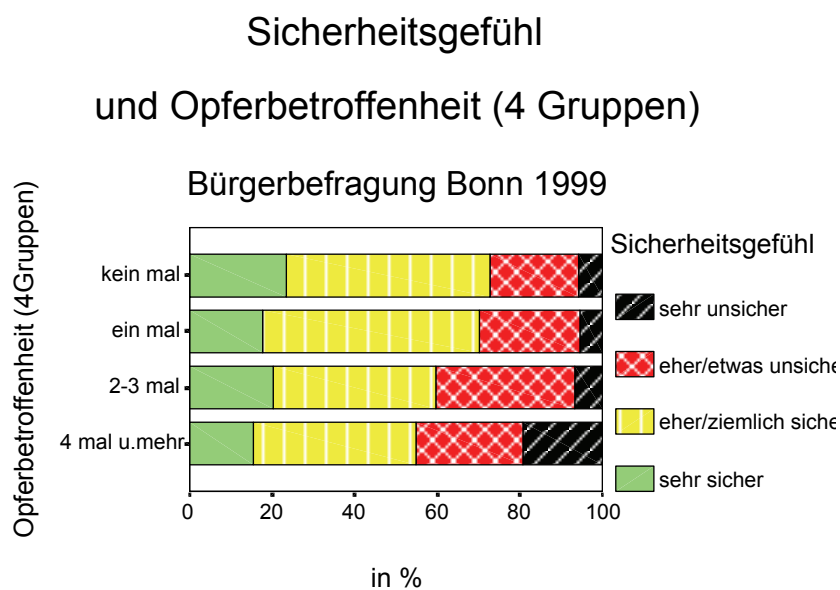
Bei einer weitergehenden Differenzierung nach 62 statistischen Bezirken ist es vor allem der Bezirk ‚Vor dem Sterntor‘, der im innerstädtischen Bereich sehr selten als ‚unsicher‘ empfunden wird (n=27; davon 14,8%); damit liegt er in etwa auf einer Linie mit ‚Poppelsdorf‘ (n=28; davon 14,3%) und ‚Venusberg‘ (n=12; davon 16,6%). In den ‚ländlicheren‘ Außenregionen gibt es jedoch noch einige weniger unsichere Bezirke. So hat sich in Vilich-Müldorf (10%) und in Ueckesdorf (6,3%) jeweils nur eine Person dazu bekannt, dass sie sich ‚etwas unsicher‘ fühlt. Dort fühlt man sich somit zu fast 100% sicher.

Auf der anderen Seite gibt es insgesamt fünf Bezirke, bei denen die ‚Unsicheren-Quote‘ größer als 50% ist; mit 67,8% führt hier eindeutig ‚Neu-Tannenbusch‘ vor ‚Alt-Tannenbusch‘ (60%) und ‚Auerberg‘ (57,1%). Auf den nächsten Plätzen folgen ‚Lannesdorf‘ (53%) und ‚Beuel-Ost‘ (52,1%).

Welche Faktoren dieses relativ hohe Unsicherheitsgefühl im wesentlichen beeinflussen, darauf wollen wir in einem der späteren Kapitel noch näher eingehen. Neben städtebaulichen, infrastrukturellen Merkmalen und solchen der sozialen Sicherheit werden hier auch immer wieder die eigenen Opfer-Erfahrungen mit verschiedenen Straftaten und das persönliche Viktimisierungs-Risiko in die Diskussion gebracht.

4. nach Opferbetroffenheit (Viktimisierung)

Hierzu haben wir die Angaben herangezogen, welche die Befragten zu den Dunkelfeldfragen zur Opferbetroffenheit (V5.01-13) gemacht haben. Je nachdem wie häufig sie von den insgesamt 13 Tatbeständen im letzten Jahr betroffen waren, haben wir sie zu insgesamt 4 Viktimisierungs-Gruppen zusammengefasst. Im Anschluss daran haben wir den bivariaten Zusammenhang der Opferbetroffenheit mit dem Sicherheitsgefühl untersucht:



Es zeigt sich ein relativ deutlicher, überzufälliger Zusammenhang zwischen beiden Variablen ($\chi^2=0,000$), welcher besagt, dass das Sicherheitsgefühl mit zunehmender Opferbetroffenheit abnimmt. Während von den Befragten, die im letzten Jahr kein Mal ($n=659$; davon 27,3%) oder nur ein einziges Mal ($n=389$; davon 29,8%) von einer Straftat direkt betroffen gewesen sind, weniger als 30% sich unsicher fühlen, sind es von den Mehrfach-Betroffenen doch mehr als 40%. Die meisten ‚Unsicheren‘ befinden sich in der Gruppe der Meist-Betroffenen ($n=104$; davon 45,2%).

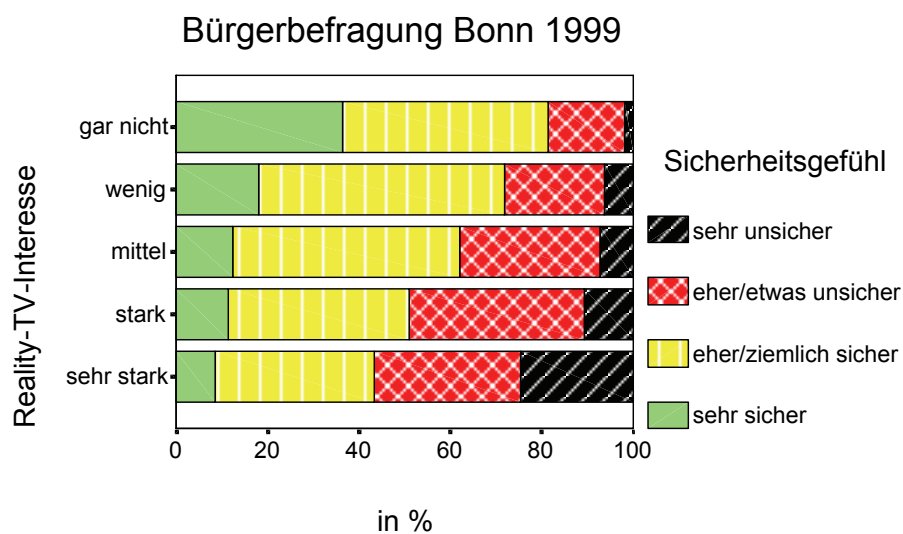
Der hier festgestellte Zusammenhang bestätigt somit ansatzweise die sogenannte ‚Viktimisierungs-These‘ hinsichtlich der Kriminalitätsfurcht. Diese ist einer der drei wichtigsten Erklärungsansätze¹⁵⁹ in diesem Bereich.

Einen noch viel stärkeren Zusammenhang haben wir aber hinsichtlich des Fernsehnutzungs-Verhaltens und hier speziell hinsichtlich des Interesses an den sogenannten ‚Reality-TV-Sendungen‘ gefunden.

5. nach Reality-TV-Interesse

Hier wurden die Bürger/innen danach gefragt, wie stark sie sich für solche Sendungen, wie zum Beispiel ‚AktENZEICHEN XY, Notruf, Fahndungsakte, Brisant, Explosiv, taff, Bitte melde Dich u.ä.‘ interessieren. Zur Beantwortung stand ihnen eine 5-stufige Skala (von ‚gar nicht‘ bis ‚sehr stark‘) zur Verfügung. Die Kreuztabellierung mit dem ‚Sicherheitsgefühl‘ erbrachte folgendes sehr deutliche Ergebnis:

Sicherheitsgefühl und Reality-TV-Interesse



Je größer das Interesse an derartigen ‚Reality-TV-Sendungen‘ ist, desto größer ist auch das ‚Unsicherheitsgefühl‘. Während die immerhin größte Gruppe (n=411), die keinerlei Interesse an diesen Sendungen zeigt, nur einen Anteil von 18,7% an ‚Unsicheren‘ in ihren Reihen hat, sind es bei jener Gruppe (n=81), die ein sehr starkes Interesse am Reality-TV äußert, weit mehr als die Hälfte (56,8%). Beide Phänomene hängen damit sehr stark zusammen. Zunächst ist noch nicht geklärt, in welche Richtung dieser Zusammenhang geht, d.h. was Ursache und was Wirkung ist. Es gibt jedoch einige klare Anzeichen dafür, dass das große Interesse an ‚Reality-TV‘ und das entsprechende Nutzungsverhalten

¹⁵⁹ Näheres hierzu siehe u.a. bei Boers, 1991

in stärkerem Maße die Angst und das Unsicherheitsgefühl beeinflussen als umgekehrt.¹⁶⁰ Wir werden hierauf später (Kapitel 4.6) noch näher eingehen.

Festzuhalten bleibt zunächst, dass das besondere Zuschauer-Interesse an bestimmten dramatisierend und spannend aufbereiteten und zugleich realistisch (und nicht fiktional) wirkenden Kriminal- Katastrophen- und Skandalgeschichten das Unsicherheitsgefühl beim Zuschauer offensichtlich negativ beeinflusst.

Welchen Einfluss dies bei der bekannten Verbreitung und den hohen Einschaltquoten von derartigen Sendungen (vorwiegend im privaten Fernsehen) auf das gesamte Niveau des Sicherheitsgefühls in einer Gesellschaft hat, dürfte kein besonderes Geheimnis sein. Eine Gesellschaft, die sich derartige Sendungen in derartiger Breite und Intensität leistet, muss sich fragen, ob sie dafür den entsprechenden Preis zu zahlen bereit ist; angesichts der mit gutem Grund verfassungsrechtlich garantierten Pressefreiheit wird sie weitgehend damit leben müssen und schließlich werden auch noch verschiedene andere Gruppen an dem durch die Medien erzeugten, erhöhten Unsicherheitsgefühl verdienen (z.B. die gesamte Sicherheits-Industrie und das private Sicherheitsgewerbe). Die Kriminalitätsfurcht ist somit ähnlich wie die Kriminalität in gewissem Umfang für eine Gesellschaft funktional und auch normal.

¹⁶⁰ So haben zum Beispiel Personen mit einer grösseren Opferbetroffenheit kein signifikant grösseres Interesse an ‚Reality-TV‘. Hier gibt es aber in erster Linie nur eine hypothetische Wirkungsrichtung (Viktimisierung→ Reality-TV-Interesse), die also nicht bestätigt werden kann. Dies spricht eher für die gegenläufige Richtung auch bei dem Zusammenhang ‚Unsicherheitsgefühl ← Reality-TV-Interesse‘.

4.3. Nennung von Furchtzonen/Angsträumen (V9)

Im Anschluss an die Standardfrage zum Sicherheitsgefühl (V8) haben wir eine ebenfalls häufig angewandte halb-offene Ergänzungsfrage (V9) gestellt: „Gibt es – außerhalb ihrer Wohngegend – eine andere Gegend in Bonn, wo Sie sich möglicher Weise fürchten würden?“ Zunächst wurden zwei alternative Antwortkategorien (*ja, gibt es/ nein, gibt es nicht*) zum Ankreuzen vorgegeben. Anschließend wurde mit dem Vermerk ‚und zwar in:‘ Platz gelassen für die Nennung einer oder mehrerer Gegenden bzw. ‚Furchtzonen‘. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle (zu 71,1%) ist den Bonnern hierzu auch eine (mehr oder weniger stereotype) Antwort eingefallen.¹⁶¹ Wir werden nun zunächst (4.3.1.) darstellen, wie diese Antworten sich auf die beiden Geschlechter verteilen, um dann (4.3.2.) noch darauf einzugehen, welche Schwerpunkte eventuell bei verschiedenen anderen sozialen Gruppen vorzufinden sind.

4.3.1 nach Geschlecht

Genannte Furchtzonen Bonner Bürger/innen nach Geschlecht (in %) (KRABBE-V09.2)			
1. Genannte Furchtzone	Männer	Frauen	alle zus.
Keine	34,9	24,3	28,9
Tannenbusch	23,8	24,2	24,0
Bonner Loch/ Bahnhof	18,4	18,3	18,3
Innenstadt/ Zentrum	7,0	6,1	6,5
Dransdorf	4,2	4,3	4,2
BN-Nord	3,4	3,9	3,7
Altstadt	1,3	2,6	2,0
dunkle, einsame Gegenden (allgemein)	0,3	2,9	1,8
dunkle, eins. Gegenden spez. z.B. U-Bf, Tiefgar., Hochh.	1,1	4,8	3,2
‘überall’	0,6	1,7	1,3
alle sonst. Zusammen	5,0	6,9	6,0
Gesamt	100	100	100
n =	625	815	1440

¹⁶¹ Es wäre interessant zu untersuchen, inwieweit hier eine andere Ausformulierung und Gestaltung der Frage eventuell zu deutlich anderen Ergebnissen kommen würde. In der jetzigen Form ist die Frage sehr einladend und eher ‚stereotyp-abrufend‘ formuliert. „...wo Sie sich **möglicher Weise** fürchten würden.“

Die größte Gruppe wird sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen von jenen Personen gebildet, die keine bestimmte Furcht-Gegend in Bonn nennen. Bei den Männern ist dies etwa jeder dritte, bei den Frauen immerhin noch jede vierte.

Hinsichtlich der konkreten Nennungen gibt es mit ‚Tannenbusch‘ (24,0%) und ‚Bonner Loch/ Bahnhof‘ (18,3%) auf den ersten Plätzen eigentlich keine besonderen Überraschungen. Dabei sind sich die Frauen und die Männer weitgehend einig, was auf ein sehr verbreitetes negatives Image dieser beiden Regionen in der Bonner Bevölkerung hindeutet. Anders als es das öffentliche und wohl auch mediale Bild erkennen lässt, gibt es in Bezug auf diese beiden bekannten Brennpunkte eigentlich keine besonderen ‚objektiven‘ Indikatoren und Anzeichen dafür, dass es sich hier um herausragende Kriminalitäts-Schwerpunkte oder Risiko-Zonen für den Normalbürger handelt. Dennoch ist dieses Image bei Männern und bei Frauen in gleicher Weise vorhanden und wohl nur äußerst schwierig zu verändern.

Ein Hinweis darauf, dass hier eventuell ein längere und eingehendere Befassung mit der Situation in Bonn die vorhandenen Bilder etwas differenzierter gestalten kann, zeigt sich in dem vorhandenen Befund, dass die Nennung von ‚Tannenbusch‘ als Furchtzone mit zunehmender Bonner Wohndauer abnimmt. Befragte, die erst seit bis zu fünf Jahren in Bonn wohnen, nennen ‚Tannenbusch‘ zu 41,6%; bei den langjährigen Bonner Bürgern (seit 20 Jahren u. mehr) erscheint der Name ‚Tannenbusch‘ nur noch zu 22,9%. Hier kann sich eventuell eine auf Erfahrung beruhende und weniger stereotypie-geleitete, differenziertere Betrachtung bemerkbar gemacht haben.

Ein ähnliches Phänomen konnten wir hinsichtlich des ‚Bonner Lochs‘ bei einer Gruppe von Seminar-Studenten/innen feststellen. Die anfänglich vorhandene relativ große Unsicherheit und Angst war gekoppelt mit einer großen Unwissenheit über die Arbeit und das Konzept von GABI im Bonner Loch und mit zahlreichen eher stereotypen Bildern über die dortige Situation, welche eher zur Verunsicherung beitragen. Eine differenzierte und kompetente Aufklärung durch von uns eingeladene einschlägige Experten und eingehende persönliche Gespräche und Erfahrungen vor Ort konnten hier zu einem erheblichen Abbau der bestehenden Vorurteile und Ängste beitragen.

Anders als bei einzelnen ‚bekannten‘ Bonner Problemregionen, die von beiden Geschlechtern in gleicher Häufigkeit genannt wurden, gab es auch bestimmte Nennungen, die eindeutig mehr von Frauen gemacht wurden. Hierzu gehören sowohl ‚dunkle, einsame Gegenden‘ allgemein als auch ganz konkret der Hinweis auf bestimmte Tiefgaragen, U-Bahnhöfe, Hochhäuser, Parks u.ä. Mit insgesamt weniger als 10% sind diese Nennungen jedoch relativ gering.

4.3.2 nach verschiedenen sozialen Merkmalen

Bei einer Differenzierung nach Altersgruppen fällt auf, dass die älteren Befragten (ab 65 Jahren) tendenziell eher ‚keine Furchtzone‘ nennen als zum Beispiel die jüngeren Befragten (15-29 Jahre). Bei dieser Gruppe wird überproportional häufig (zudem noch eher von jungen Frauen) die ‚Altstadt‘ als besondere Furchtzone erwähnt. In diesen Zahlen mögen sich geringere Aufenthalts-Frequenzen der älteren Jahrgänge im öffentlichen Raum und in eher von jungen Leuten aufgesuchten Regionen widerspiegeln.

Diese Hypothese wird bestätigt bei einer näheren Analyse hinsichtlich des Freizeitverhaltens. Die Personen, die sich hinsichtlich ihrer außer-häuslichen Freizeitaktivitäten nur sehr wenig hervortun, nennen auch überproportional häufig ‚keine‘ Furchtzone.

Dieses Ergebnis zeigt sich in ganz ähnlicher Weise auch bei einer Differenzierung nach einzelnen Berufsgruppen. Hier sind es vor allem die Rentner, die bei der Nennung von bestimmten ‚Furchtzone‘ Fehlanzeige erstatten. Auf der anderen Seite stehen hier wiederum die jungen Gruppen der Schüler, Studenten und Lehrlinge. Aus ihren Reihen wird auch am häufigsten der Name ‚Tannenbusch‘ genannt. Er scheint somit vor allem in eher jugendlichen und studentischen Kreisen ein bestimmtes Reizwort zu sein.

Dabei darf selbstverständlich nicht vollkommen übersehen, dass es neben der möglichen negativen Image-Wirkung auch bestimmte strukturelle und situative Faktoren gibt, die das relativ große subjektive Unsicherheitsgefühl bezüglich dieser sozialen Brennpunkte und sogenannten Trabanten-Städte real beeinflussen. Es geht also nicht nur um eine Image-Aufbesserung, sondern auch um die mögliche Verbesserung sozialer und (städte)baulicher Strukturen.¹⁶²

Übereinstimmend mit Schwind¹⁶³ fordern zahlreiche Fachleute, dass die vorhandenen Betonsilo-Hochhäuser einer architektonischen Auflockerung und einer infrastrukturellen Ergänzung bedürfen. Der monotone Wohnhaus-Hochbau, der vielfach zur Ghettobildung beigetragen hat, sollte in Zukunft die Ausnahme bilden.

¹⁶² Siehe in diesem Zusammenhang den NRW-Planungsleitfaden „Für eine Stadt ohne Angsträume“ oder auch die Bemühungen des aktuellen Bund-Länderprogramms „Soziale Stadt“. Bezüglich der kriminalpräventiven Thematik siehe u.a.: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW, Hrsg., Kommunale Kriminalitätsvermeidung und Stadtentwicklung. Anspruch, Möglichkeiten, Praxisbeispiele. Dortmund 1998

¹⁶³ neuerdings und zum wiederholten Mal in seinem Vortrag auf dem Kriminologentag in Göttingen (Arbeitskreis 1: Die unsichere Stadt; Thema: Raumstrukturen und Kriminalität)

4.4. Viktimisierung und Anzeigeverhalten (V5)

Neben dem ‚Sicherheitsgefühl‘ sind die Opferbetroffenheit (Viktimisierung) und das Anzeigeverhalten die zentralen Variablen der Bürgerbefragung. Inwieweit sind die Bonner Bürger/innen von den verschiedenen Tatbeständen im Jahr 1998 als Opfer betroffen gewesen und in welchem Umfang haben sie Strafanzeige erstattet bzw. das Delikt im Dunkelfeld belassen? Wir wollen im folgenden Kapitel näher auf diese Fragen eingehen. Dabei werden wir zunächst (4.4.1.) die Ergebnisse für die einzelnen abgefragten Deliktsbereiche darstellen, um danach (4.4.2.) dann auf die unterschiedlichen Hellfeld-Dunkelfeld-Relationen im Vergleich mit den offiziellen Daten der PKS einzugehen. Im Anschluss daran (4.4.3.) werden wir versuchen, die Bonner Viktimisierungs-Ergebnisse mit denen aus anderen Kommunen zu vergleichen, um sie dann abschließend (4.4.4.) im Rahmen eines intra-kommunalen Vergleichs nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen innerhalb Bonns zu analysieren. Hier steht dann die Frage im Mittelpunkt, welche Gruppen und Bezirke in Bonn am stärksten viktimisiert werden.

Mit der einleitenden und stets gleichen Frage „*Ist es Ihnen persönlich im letzten Jahr passiert...?*“ wurden den Befragten insgesamt 13 (+2) verschiedene Tatbestände¹⁶⁴ präsentiert, zu denen sie sich jeweils im einzelnen äußern sollten. Im negativen Falle war ein einziges Mal mit ‚nein‘ zu antworten. Im zutreffenden Fall hatte man noch weitere Angaben zum Ort, zur Häufigkeit und zum Anzeigeverhalten zu machen.

Um differenzierte Aussagen über die lokale Betroffenheit in Bonn oder außerhalb Bonns machen zu können, wurden insgesamt vier verschiedene Antwortkategorien vorgegeben („*in meiner Wohngegend/ in der Bonner Innenstadt/ sonst wo in Bonn/ außerhalb Bonns*“); jedes Mal konnten die Häufigkeiten der einschlägigen Betroffenheit angegeben werden.

Danach sind von den insgesamt 1467 Personen, die sich an unserer Befragung beteiligt haben, mehr als die Hälfte (n=770; 52,5%) zumindest einmal von einem der 15 Tatbestände betroffen gewesen. In der eigenen Wohngegend hat es in etwa jeden Dritten aus der Antwortpopulation (n=470; 32%) erwischt; in der Bonner City sind es immerhin noch 18,2% (n=267), sonst wo in Bonn 13,5% (n=198) und außerhalb Bonns 13,2% (n=193). Überschneidungen und Mehrfach-Betroffenheiten sind dabei nicht selten. Man muss jedoch davon ausgehen, dass unter den Befragten, die nicht geantwortet haben, die Betroffenheitsquote wahrscheinlich deutlich geringer ist. Bezogen auf die Gesamtstichprobe von 4000 Personen liegt die Betroffenheitsquote nur bei 19,25%. Realistischer Weise wird sie irgendwo zwischen den Werten 19,25% und 52,50% anzusiedeln sein. Hochgerechnet auf die gesamte Bevölkerung und

¹⁶⁴ Diese entstammen alle dem sogenannten Musterfragebogen der ‚Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention Baden-Württemberg‘.

konfrontiert mit den offiziellen PKS-Zahlen zeugt dies von einem erheblichen Dunkelfeld, wie es aus vielen Opferbefragungen bekannt ist und wie es auch für Bonn nicht anders zu erwarten war.

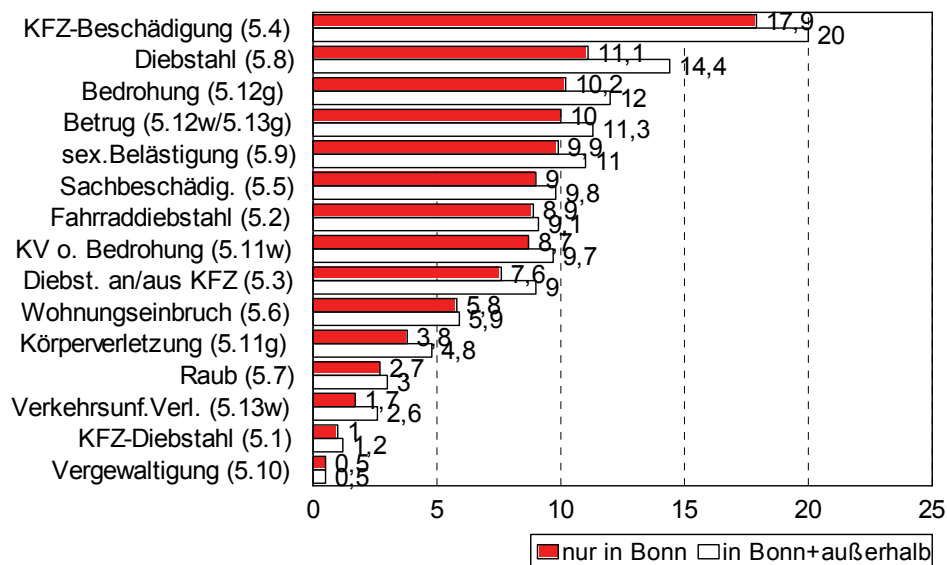
4.4.1. nach einzelnen Deliktsbereichen

Die Tatbestände V5.11 – V5.13 wurden in den beiden gesplitteten Fragebogen-Versionen noch zusätzlich variiert, so dass insgesamt 15 verschiedene Einzeldelikte befragt wurden.

Wir haben zunächst einmal ausgewertet, von welchen Delikten die Bonner Bürger/innen am meisten betroffen worden sind. Hierzu haben wir eine Rangliste der Viktimisierungsquoten gebildet und diese danach unterteilt, ob die Viktimisierung ausschließlich in Bonn oder auch außerhalb Bonns stattgefunden hat:

Rangliste der Viktimisierungsquoten (1998)

nach einzelnen Deliktsarten (V5.1 - 5.13g) - in % -



Quelle: KRABBE-Projekt, Uni Bonn 1999

Danach führt der Tatbestand 5.4 (KFZ-Beschädigung) die Betroffenheitsliste eindeutig und unangefochten an. „Dass ihr Kraftfahrzeug absichtlich beschädigt oder demoliert worden ist“ haben im Jahr 1998 immerhin 20% der Befragten generell (bzw. 17,9% nur in Bonn) erlebt. An sonstiger Sachbeschädigung (V5.5) kommen dann noch einmal die Hälfte hiervon (9-10%) dazu. In diesem Betroffenheitsbereich von ca. 10% liegen vor allem auch verschiedene Eigentumsdelikte wie der ‚Diebstahl persönlichen Eigentums‘ (V5.8), der ‚Fahrraddiebstahl‘ (V5.2) und der ‚Betrug‘ (V5.12/13).

Mit einigem Abstand folgt der ‚Diebstahl an/aus KFZ‘ (V5.3) und der ‚Wohnungseinbruch‘ (V5.6). Während der Diebstahl an/aus KFZ zu einem

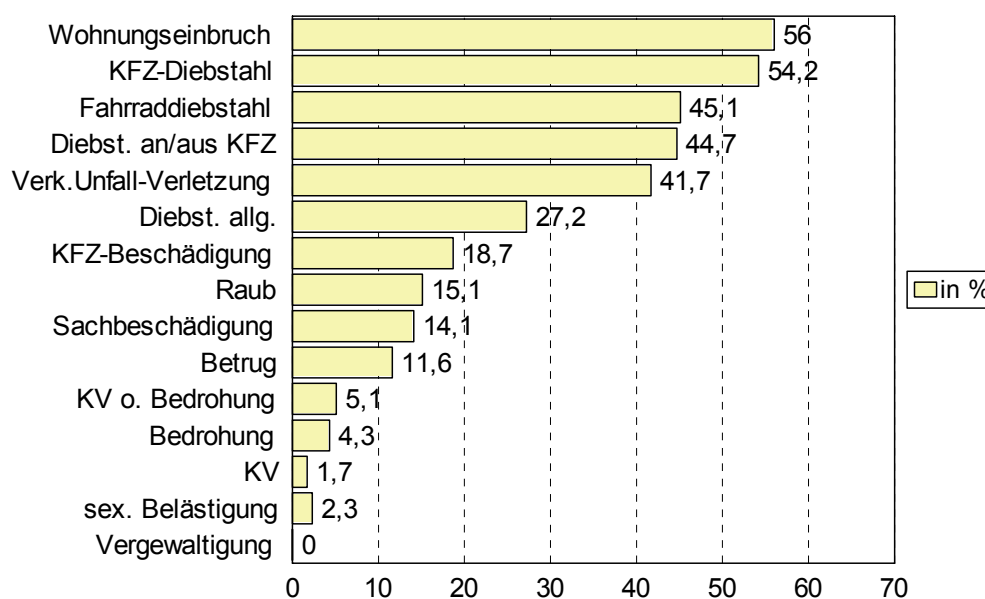
gewissen Prozentsatz (von 1,4) auch außerhalb Bonns erlebt worden ist, bezieht sich der Wohnungseinbruch fast ausschließlich auf die Bonner Region.

Körperverletzungs- und Raubdelikte haben die Bonner Bürger/innen nur zu 3,8% bzw. zu 2,7% am eigenen Leibe und speziell in Bonn erlebt. Noch seltener sind am unteren Ende der gesamten Rangliste der KFZ-Diebstahl (1,0% in Bonn) und die Vergewaltigung (0,5%).

Hinsichtlich der Anzeigequoten¹⁶⁵ sieht die Rangliste ein wenig anders aus:

Rangliste der Anzeigequoten (1998)

nach einzelnen Deliktsarten (V5.1 - 5.13g) - in % -



Quelle: KRABBE-Projekt, Uni Bonn 1999

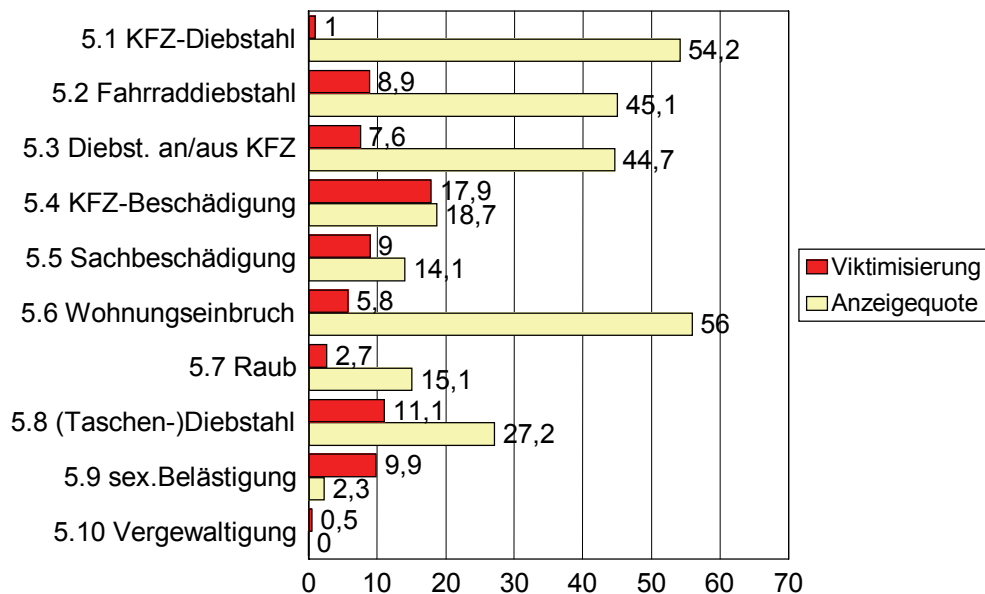
Hier liegen ‚Wohnungseinbruch‘ und ‚KFZ-Diebstahl‘ mit jeweils über 50% eindeutig an der Spitze. Der ‚Fahrraddiebstahl‘ und der ‚Diebstahl an/aus KFZ‘ folgen mit ca. 45% auf den nächsten Plätzen. Im Mittelfeld liegen mit 27% der allg. Diebstahl und (mit ca. 14-19%) die Sachbeschädigungen und der Raub. So gut wie keine Strafanzeigen (0-2,3%) werden bei Vergewaltigung, sexueller Belästigung und Körperverletzung gemeldet.

Ein direkter Vergleich von Viktimisierungs- und Anzeigequoten stellt sich in der Reihenfolge des Fragebogen-Aufbaus folgendermaßen dar:

¹⁶⁵ Gemessen wird hier der Prozentsatz von Fällen, wo eine Anzeige bei der Polizei erstattet worden ist. Da letztendlich nur ein Vergleich mit den Bonner PKS-Zahlen sinnvoll und möglich ist, haben wir uns hier auf die Betroffenenheiten in Bonn konzentriert und jene Fälle außen vor gelassen, die außerhalb Bonns passiert sind.

Viktimisierungs- und Anzeigequoten in der Stadt Bonn - 1998

nach einzelnen Deliktsarten (V5.1 - 5.10) - in % -



Quelle: KRABBE-Projekt, Uni Bonn 1999

Die höchsten Anzeigequoten werden bei den Delikten registriert, die einerseits eine gewisse Gewichtigkeit aufweisen und bei denen man sich andererseits auch etwas von der Anzeige verspricht. Häufig ist es auch nur das Erfordernis einzelner versicherungsrechtlicher Auflagen, welche die Abgabe einer Strafanzeige bewirkt. Insoweit können bestimmte Änderungen von Versicherungsbedingungen auch gleichzeitig eine Änderung des Anzeigeverhaltens und damit eine veränderte Ausschöpfung des Dunkelfeldes bzw. einen veränderten Umfang des offiziell in der PKS registrierten Hellfeldes zur Folge haben. Besonders auffallende Veränderungen in versicherungs-relevanten Deliktsbereichen (wie z.B. Fahrrad- und KFZ-Delikte) sollten somit stets auch in dieser Hinsicht überprüft werden.

Die Motive der Nichtanzeige-Erstattung sind aus zahlreichen empirischen Untersuchungen bekannt.¹⁶⁶ Sie werden weitgehend in ihren Grunddimensionen immer wieder bestätigt und sie sind deshalb aus forschungs-ökonomischen Gründen in der Bonner Befragung nicht noch einmal wiederholt worden.¹⁶⁷

Bei der Anzeigenerstattung stehen grundsätzlich die Verfolgung persönlicher Ziele und individueller Interessen im Vordergrund und nicht etwa allgemeine Motive wie ‚die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung‘. Die geringe

¹⁶⁶ Zusammenfassend siehe hierzu: Weiß, Rüdiger, Bestandsaufnahme und Sekundäranalyse der Dunkelfeldforschung. Wiesbaden 1997

¹⁶⁷ Der Fragebogen hat mit seinem Umfang von alles in allem 20 Seiten (davon allein 4 Seiten zur Viktimisierung und zum Anzeigeverhalten) die Grenze des gerade noch Zumutbaren erreicht.

Schwere-Einschätzung der Straftat als Bagatelle („Schaden zu gering“) und die Einschätzung der „Ineffektivität der Strafverfolgung“ („zu viel Aufwand für zu wenig Erfolg“) sind in der Regel die häufigsten Motive für die Nichtanzeige. Direkte Abneigung gegenüber der Polizei („will nichts mit der Polizei zu tun haben“) oder spezielle Ängste („vor Vergeltung/ Rache“) gegenüber den Tätern werden demgegenüber nur selten als Gründe genannt. Auch die „Rücksichtnahme auf den Täter“ oder die „Regelung mit dem Täter bzw. anderen“ spielen eine relativ untergeordnete Rolle.

4.4.2. Hellfeld-Dunkelfeld-Relationen bei einz. Delikten

Besonderes Interesse erwecken die in Opferstudien berichteten Viktimisierungshäufigkeiten in der Regel hinsichtlich der speziellen Relationen zum offiziell registrierten Hellfeld. Angesichts der zahlreichen methodischen Variations- und Gestaltungsmöglichkeiten sind die hieraus ermittelten Hellfeld-Dunkelfeld-Relationen nur als grobe Näherungswerte aufzufassen, die eine erste Orientierung abgeben können:

Hellfeld-Dunkelfeld-Relationen bei einz. Delikten (Stadt Bonn / 1998)					
PKS-Schlüssel- Nummer	Deliktsart	Krabbe- Variablen- Nummer	Dunkelfeld: Krabbe- Viktimisierung für Bonn (in %)	Hellfeld- Viktimisierung PKS-HZ (in %)	Hellfeld- Dunkelfeld- Relation (5) : (4)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
***1	KFZ-Diebstahl	V5.1	1,0	0,199	1 : 5
***3	Fahrraddiebstahl	V5.2	8,9	0,767	1 : 12
50 + *550	Diebstahl an/aus KFZ	V5.3	7,6	1,246	1 : 6
6741	Sachbeschädigung an KFZ	V5.4	17,9	0,406	1:44
6740	Sachbeschädigung allg.	V5.5	9,0	0,949	1:10
335.+435. 340.+440.	Wohnungseinbruch (inkl.Keller u.ä.)	V5.6	5,8	0,503	1 : 12
2100	Raub (inkl.Versuch)	V5.7	2,7	0,120	1 : 23
90	(Taschen-) Diebstahl	V5.8	11,1	0,389	1 : 29
1***	Sexuelle Belästigung	V5.9	9,9	0,094	1 : 105
1110	Vergewaltigung (inkl.Versuch)	V5.10	0,5	0,014	1 : 36

Die hier erfassten Zahlen sind am Beispiel „Fahrraddiebstahl“ in folgender Weise zu interpretieren:

In den ersten drei Spalten sind zunächst die verschiedenen Identifikationsnummern des betreffenden Delikts registriert (PKS-Schlüssel, Name, Krabbe-

Fragebogen-Nummer), um die entsprechende Zuordnung zwischen Hellfeld (PKS) und Dunkelfeld (Krabbe-Befragung) vornehmen zu können. Eine Dunkelfeld-Viktimisierung von 8,9 (in Spalte 4) bedeutet, dass genau 8,9% (n=129) der Antwortpopulation (N=1444) unserer Bonner Befragung im Jahr 1998 von einem Fahrraddiebstahl betroffen war. Laut PKS beträgt die Häufigkeitsziffer für den Fahrraddiebstahl im Jahr 1998 genau 767 auf 100.000 Einwohner; das sind in Prozentwerten ausgedrückt 0,767% (Spalte 5). Diese 0,767% Hellfeld-Betroffenen stellen etwa ein Zwölftel der Dunkelfeld-Betroffenen (8,9%) dar. Das heißt: die Hellfeld-Dunkelfeld-Relation beim Fahrraddiebstahl beträgt 1 : 12 (Spalte 6).

Das eindeutig größte Dunkelfeld besteht hiernach im Bereich der sexuellen Belästigung; auf einen offiziell registrierten PKS-Fall aus diesem Bereich kommen über einhundert Belästigungsfälle in unserer Befragung. Dabei muss man bedenken, dass die jeweilige Definition einer ‚sexuellen Belästigung durch freches Benehmen‘ als sehr subjektiv und variabel anzusehen ist und wohl auch von den meisten Betroffenen bei näherer Nachfrage eher als ungehöriges und abweichendes Verhalten denn als kriminelles Verhalten definiert würde. Es handelt sich hier also streng genommen nicht um ein entsprechend großes ‚kriminelles Dunkelfeld‘. Sehr viel bedenklicher stimmt da schon die ebenfalls relativ große Dunkelziffer bei der Vergewaltigung (1 : 36).

Demgegenüber weisen die Eigentumsdelikte im Bereich des KFZ die geringsten Dunkelziffern auf, was wahrscheinlich mit der hohen Versicherungsdichte und den entsprechenden Anzeige-Gepflogenheiten zusammenhängt. KFZ-Sachbeschädigungen können bis zu einer bestimmten Schadensgrenze von den Beteiligten und Betroffenen ohne Einschaltung der Polizei mit ihren Versicherungen selbst geregelt werden. Hierdurch ist die relativ hohe Dunkelziffer (1 : 44) in diesem Bereich zu erklären.

Eine nähere Einordnung und Interpretation dieser Zahlen lässt sich allerdings erst anhand verschiedener Vergleichszahlen aus anderen Kommunen und aus anderen Studien¹⁶⁸ vornehmen.

4.4.3. im interkommunalen Vergleich (PFA, u.a.)

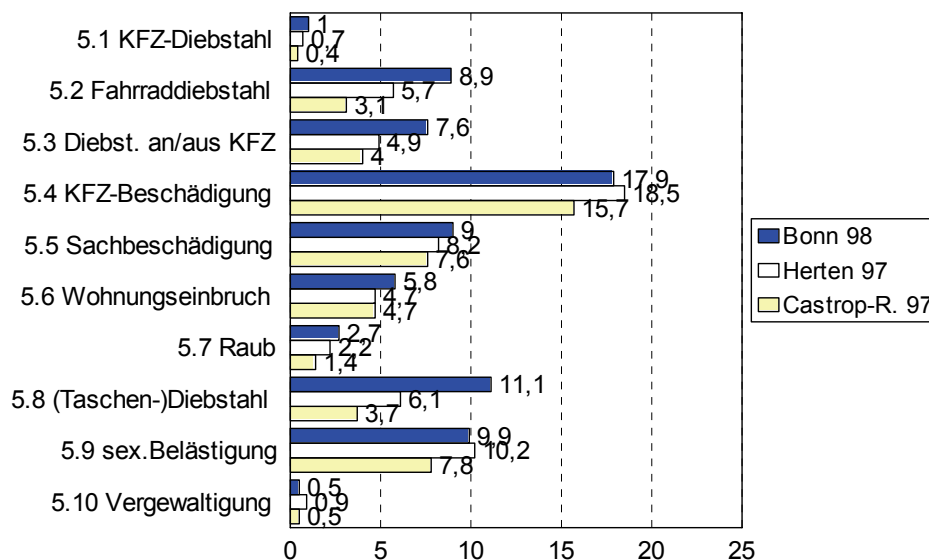
Da die verschiedenen Opferbefragungen, die in den letzten Jahren in der Bundesrepublik durchgeführt worden sind, vielfach von unterschiedlichen Frageformulierungen und Erfassungs- bzw. Bezugszeiträumen ausgehen, ist es äußerst schwierig und problematisch in diesem Bereich mit möglichst aktuellen und angemessenen Vergleichszahlen zu arbeiten. Hier bot sich allenfalls eine

¹⁶⁸ Als eine Orientierungsmöglichkeit sei hier auf die bereits genannte Zusammenfassung von Weiß (1997) verwiesen. Mit einer Dunkelfeld-Viktimisierung von 8,9% beim Fahrraddiebstahl liegt Bonn danach im Mittelfeld (zwischen 4,8% und 11,0%). Dies gilt in ähnlicher Form auch für andere Delikte.

empirische Untersuchung aus dem Jahr 1998 an, die von der PFA Münster (Jäger und Mitarbeiter/innen) in Herten und Castrop-Rauxel durchgeführt wurde und die (wie wir) ebenfalls weite Teile des sogenannten Standardfragebogens aus Baden-Württemberg eingesetzt haben. Speziell die Liste der einzelnen Straftaten ist in beiden Untersuchungen weitgehend identisch.¹⁶⁹ Die folgende Grafik stellt die erhaltenen Ergebnisse im direkten Vergleich dar:

Viktimisierungsquoten in der Stadt Bonn

im Vergleich zu anderen Städten in NRW - in % -



Quelle: KRABBE-Projekt, Uni Bonn 1999; Jäger, J., PFA, Münster 1998

Die aktuellen Viktimisierungs-Quoten im sogenannten Dunkelfeld sind in den drei Städten weitgehend gleich. Während Bonn bei der ‚sexuellen Belästigung‘ und der ‚KFZ-Sachbeschädigung‘ sogar noch von Herten übertroffen wird, liegt Bonn andererseits bei verschiedenen Diebstahlsdelikten relativ klar vorn. Alles in allem liegen die Bonner Zahlen im Rahmen dieses Vergleiches im weiteren Bereich der ‚Normalität‘ und sie liegen damit ebenfalls im Trend der Erkenntnisse aus dem Hellfeld. Es sind zumindest keine Besorgnis erregenden Sonderentwicklungen in einem speziellen Deliktsbereich erkennbar.

4.4.4. im intrakommunalen Vergleich (innerhalb Bonns, KRABBE)

Im folgenden Abschnitt wollen wir nun die möglicher Weise unterschiedlichen Viktimisierungsquoten innerhalb verschiedener Gruppen der Bonner Bevölkerung näher unter die Lupe nehmen. Hierzu werden wir die Erkenntnisse einzelner bi-variater Analysen darstellen. Dabei interessiert uns zunächst die Viktimisierung der Geschlechts-, Alters- und Berufsgruppen:

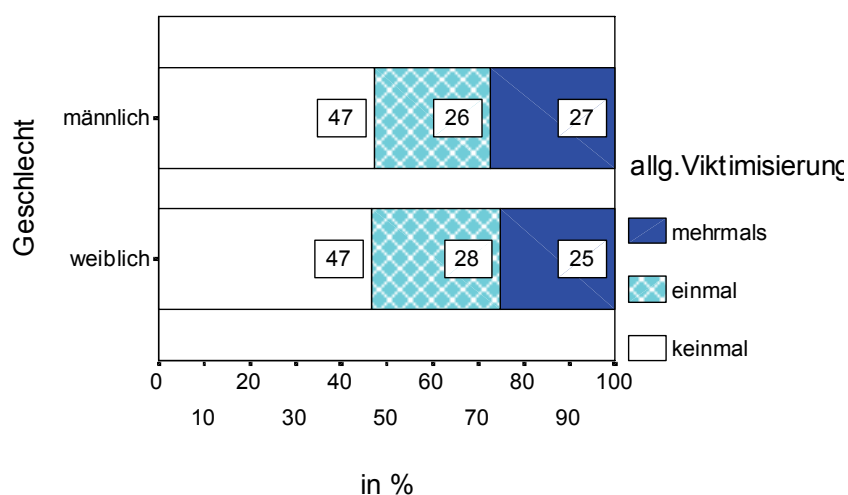
1. nach soz. Merkmalen (Geschlecht, Beruf, Alter)

¹⁶⁹ Auch die Beteiligungs- bzw. Rücklaufquoten wiesen keine großen Unterschiede auf (siehe oben 4.4.2.2.1.1)

War hinsichtlich des ‚Unsicherheitsgefühls‘ noch ein relativ großer Unterschied zwischen Männern und Frauen feststellbar, so zeigt sich hinsichtlich der allgemeinen Viktimisierungsquote so gut wie kein Unterschied:

Allg. Viktimisierung nach Geschlecht

Bürgerbefragung Bonn 1999



Mit der ‚allgemeinen Viktimisierungsquote‘ wird der Anteil von Bonner Befragten (bzw. Antwortenden) gemessen, welcher im Jahr 1998 von den insgesamt 15 verschiedenen vorgegebenen Tatbeständen überhaupt betroffen worden ist, sei es in Bonn oder außerhalb Bonns.¹⁷⁰ Danach sind knapp die Hälfte (47%) bei beiden Geschlechtern von keinem der Tatbestände betroffen worden.

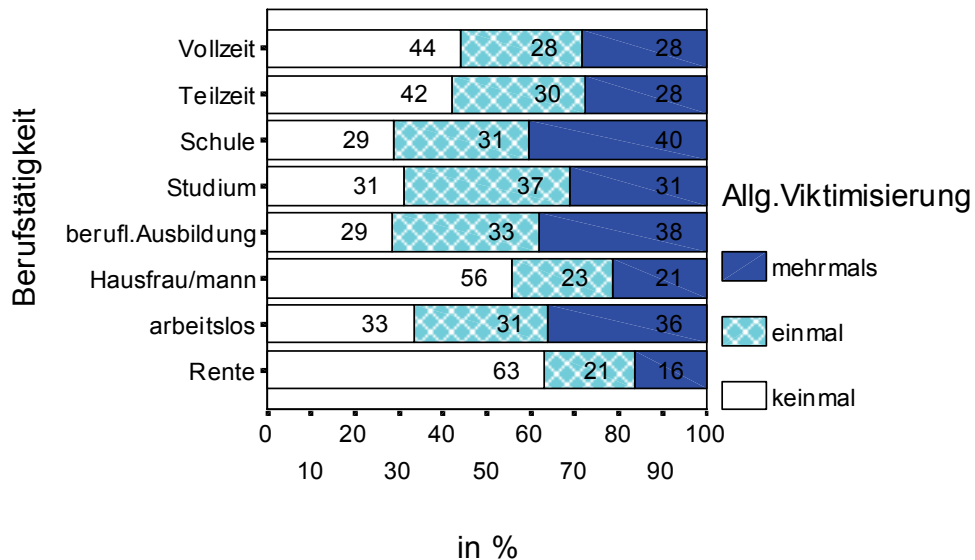
Von den anderen 53% sind wiederum jeweils etwa die Hälfte nur von einem Tatbestand oder aber von mehreren Tatbeständen betroffen. Das bezieht sich in ganz ähnlicher Weise auf beide Geschlechter, wobei die Frauen anders als die Männer die eindeutig höchste Betroffenheit bei der ‚sexuellen Belästigung‘ aufweisen (15,8% gegenüber 5,6%). Männer sind demgegenüber eher Opfer bei verschiedenen KFZ-Delikten, aber auch bei Raubdelikten.

Sehr viel größere Viktimisierungs-Unterschiede gibt es bezüglich der verschiedenen Berufsgruppen und besonders bezüglich der verschiedenen Altersgruppen. Zunächst wollen wir die Differenzierung nach Berufstätigkeit (V30) näher betrachten:

¹⁷⁰ Für die Betroffenheit allein und speziell in der Stadt Bonn verwenden wir den Begriff der ‚lokalen Viktimisierung‘. Desweiteren kann man noch nach der ‚Wohngegend-Viktimisierung‘ und der ‚City-Viktimisierung‘ differenzieren. Bei allen gibt es keine signifikanten Geschlechter-Unterschiede.

Allg. Viktimisierung nach Berufstätigkeit

Bürgerbefragung Bonn 1999



Die Gruppe, die eindeutig am wenigsten von den verschiedenen aufgeführten Tatbeständen betroffen ist, ist die der Rentner. Von 328 Rentnern geben immerhin 207 (=63,1%) keinerlei Viktimisierung an. Dies deckt sich weitgehend mit den Erkenntnissen, die aus zahlreichen Opferstudien vorhanden sind, aber auch mit den Erkenntnissen, die durch die Hellfelddaten der PKS immer wieder bestätigt werden. Danach sind die alten Leute durchgängig diejenige Gruppe, die die geringsten Opferquoten aufweist. Auf der anderen Seite sind es aber auch wiederum genau diese älteren Jahrgänge, die das größte Unsicherheitsgefühl zeigen. Dieser Befund, der zum klassischen Bestand kriminologisch-viktimologischer Erkenntnisse gehört, ist somit auch in unserer Befragung eindeutig bestätigt worden. Er wird vielfach als Kriminalitätsfurcht-Viktimisierungs-Paradoxon (geringstes objektives Risiko bei gleichzeitig größter subjektiver Angst) bezeichnet, obwohl bei näherer Betrachtung und bei Einbeziehung der subjektiv empfundenen größeren Verletzbarkeit (Vulnerabilität) der alten Leute dieser vordergründige Widerspruch durchaus nachvollziehbar wird und sich von daher weitgehend auflösen lässt.¹⁷¹

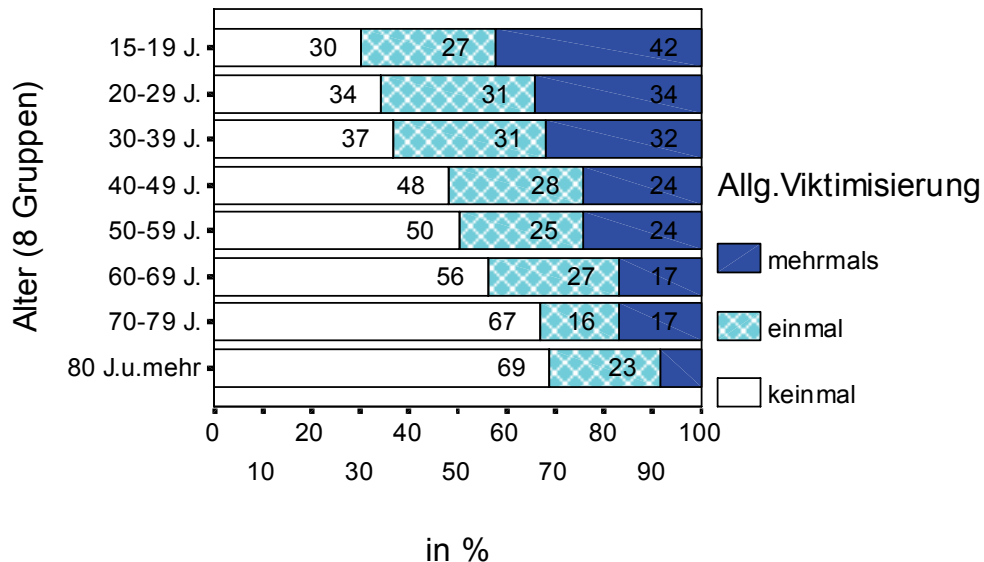
Auf der anderen Seite sind es vor allem die jüngeren Jahrgänge der Schüler, Lehrlinge (Azubis) und Studenten, welche die höchsten Viktimisierungsquoten aufweisen. Mit 40,4% haben wiederum auch die Schüler, den größten Anteil an Mehrfach-Betroffenen in ihren Reihen.

¹⁷¹ Siehe hierzu im einzelnen auch die einschlägigen Forschungsarbeiten vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (Wetzels, Greve u.a.)

Dieser Befund wird eindrucksvoll bestätigt durch eine Differenzierung der ‚allgemeinen Viktimisierung‘ nach Altersgruppen:

Allg.Viktimisierung nach Altersgruppen

Bürgerbefragung Bonn 1999



Danach wird der aus vielen empirischen Untersuchungen bekannte Zusammenhang zwischen ‚Alter und Viktimisierung‘ auch in der Bonner Population klar bestätigt: je jünger die Personen, desto größer das Viktimisierungsrisiko. Ähnlich wie bei den Berufsgruppen die ‚Schüler‘ sind es hier die ‚15-19-Jährigen‘, welche die meisten Opferbetroffenheiten (speziell auch Mehrfach-Betroffenheiten) angeben. Dies bezieht sich sowohl auf die Betroffenen in der direkten Wohngegend, als auch in der Bonner City, als auch außerhalb Bonns.

Dieses erhöhte Risiko der jungen Leute bildet sich nicht nur in den Dunkelfelddaten, sondern in ähnlicher Weise auch in den Hellfelddaten der PKS ab. Dort sind die Jugendlichen nicht nur als Täter eher auffallend, sondern vor allem auch als Opfer, was auf risiko-geneigte interaktive Geschehensabläufe hindeutet.

Zur weiteren Aufhellung dieses Phänomens erscheint es besonders interessant, die altersspezifischen Viktimisierungen nach einzelnen Delikten näher zu differenzieren.

2. nach einz. Delikten und Alter

Danach konzentriert sich die Opferbetroffenheit der jungen Leute (15-19Jahre) in Bonn auf insgesamt sechs einzelne Delikte:

Deliktsart	15-19 Jahre	20-29 Jahre	30-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60-69 Jahre	70-79 Jahre	80J.+	Alle
Fahrrad- Diebstahl (V05.2)	<u>15,1</u>	10,1	12,1	10,3	10,8	5,3	1,2	0	8,9
Raub (V05.7)	<u>7,5</u>	2,0	2,7	2,1	2,4	2,1	3,6	2,1	2,7
Diebstahl pers.Eigent. (V05.8)	<u>28,8</u>	8,1	10,9	11,6	12,2	7,9	9,0	14,6	10,9
sexuelle Belästigung (V05.9)	<u>27,3</u>	21,7	13,0	6,0	6,1	3,7	3,0	2,1	9,9
tätlicher Angriff (V05.11gelb)	<u>29,7</u>	2,0	4,2	4,5	2,8	1,1	0	0	3,9
Bedrohung (V05.12gelb)	<u>32,4</u>	7,8	14,2	9,0	8,2	5,4	8,3	4,2	10,4
Verkehrs- Unfall (V05.13.weiß)	0	<u>5,2</u>	1,9	0,8	1,0	0	2,9	0	1,7

Neben dem allg. Diebstahl (5.8) und dem Fahrraddiebstahl sind es vor allem die ‚Bedrohung‘¹⁷² und der ‚tätliche Angriff‘¹⁷³, von denen die Jugendlichen weit überproportional betroffen sind. Aber auch beim ‚Raub‘¹⁷⁴ liegen sie prozentual eindeutig vorn (7,5% gegenüber 2,7% bei allen). Die hohe Betroffenheit von der ‚sexuellen Belästigung‘ bezieht sich in erster Linie auf die Mädchen und sie verlagert sich zudem auch noch auf die nächste Altersgruppe (20-29 Jahre). Diese Altersgruppe ist es wiederum auch (speziell bei den Männern), die vermehrt bei einem Verkehrsunfall verletzt worden ist. Dies deckt sich mit den Erkenntnissen aus den Unfallstatistiken. Die klassischen KFZ-Delikte (Diebstahl von/an/aus und KFZ-Sachbeschädigung) tangieren eher die mittleren Altersgruppen.

Die übermäßigen Diebstahls- und Gewalt-Betroffenheiten der Jugendlichen liegen durchaus im Trend und im Tenor der vorhandenen Hellfeld-Erkenntnisse und sie geben zusammen mit den oben beschriebenen Befunden bezüglich eines erhöhten Unsicherheitsgefühls bei jungen Leuten ohne Zweifel genügend Anlass, um ein besonderes Augenmerk auf diesen Problembereich zu lenken,

¹⁷² „..., dass man Sie in einer Art bedroht hat, dass Sie wirklich Angst hatten, z.B. zu Hause oder in einer Gaststätte, auf der Strasse, in der Schule oder am Arbeitsplatz“

¹⁷³ „..., dass man Sie sonst tätlich angegriffen hat, z.B. zu Hause etc...“

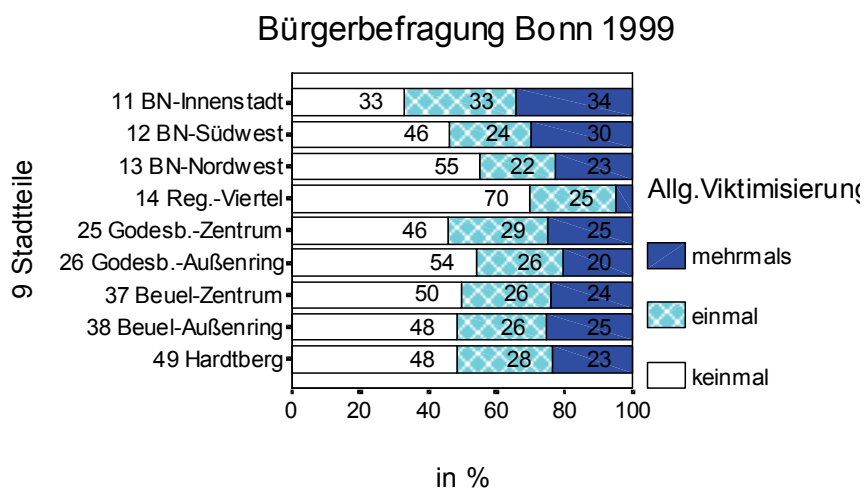
¹⁷⁴ „..., dass Ihnen jemand mit Gewalt oder unter Androhung von Gewalt etwas entrissen oder zu entreißen versucht hat.“

sowohl hinsichtlich weiterer Forschungsaktivitäten¹⁷⁵, als auch hinsichtlich der Planung und Durchführung zukünftiger Präventions-Maßnahmen. Die Einrichtung einer speziellen Arbeitsgruppe, die sich verstärkt mit der Situation der Jugendlichen befasst, erscheint auf Grund dieser Befundlage durchaus sinnvoll und empfehlenswert.

3. nach städtischen Regionen (Stadtteile, statist.Bez.)

Interessant ist in diesem Zusammenhang, ob und gegebenenfalls welche Schwerpunkte es bei der Viktimisierung in Bezug auf die einzelnen städtischen Regionen (Stadtteile) bzw. statistischen Bezirke gibt.

Allgemeine Viktimisierung in 9 Stadtteilen



Es fällt auf und überrascht, dass nach dem Reg.-Viertel der Stadtteil ‚BN-Nordwest‘ die geringste Viktimisierungsquote in ganz Bonn aufweist.

Am meisten betroffen sind die Bürger/innen der Innenstadtbezirke, wobei sich hier die statistischen Bezirke¹⁷⁶ 111-113, 115, 118-119 noch einmal besonders hervortun. So sind in den drei Kernbezirken (111-113, Münsterviertel, Wichelshof, Vor dem Sterntor) insgesamt 3 von 4 Leuten (55 von 73 = 75%) Opfer von zumindest einem Delikt im Jahr 1998 geworden. Das Unsicherheitsgefühl hält sich demgegenüber durchaus in Grenzen und ist eher unterdurchschnittlich.

¹⁷⁵ So planen wir innerhalb unseres Instituts die Durchführung einer repräsentativen Schülerbefragung in Bonn, die sich neben einer allgemeinen Situations-Beschreibung speziell auch mit dem aktuellen Phänomen des ‚Abziehens‘ näher befassen soll. (Jüngling 1999)

¹⁷⁶ Münster-Viertel, Wichelshof, Vor dem Sterntor/ Ellerviertel/ Bonner Talviertel, Vor dem Koblenzer Tor

Auf der anderen Seite fallen jene Bezirke aus dem Bonner Nordwesten, die ein relativ hohes ‚subjektives Unsicherheitsniveau‘ aufweisen, eher mit einer relativ niedrigen Viktimisierungsquote auf.

So geben nahezu zwei von drei Befragten (37 von 59 = 63%) aus Tannenbusch¹⁷⁷ an, dass sie von den 15 vorgelegten Straftatbeständen im Jahr 1998 kein einziges Mal betroffen worden sind. Ähnlich hohe ‚Nicht-Viktimisierungs-Quoten‘ gibt es auch in Grau-Rheindorf (58,8%) und Dransdorf (55,6%); Spitzenreiter in dieser Hinsicht ist ‚Lessenich/Meßdorf‘ mit einer Quote von 81,3% (13 von 16). Im Vergleich dazu beträgt die Quote in den 3 Innenstadtbezirken nur 25%. Das Gros der Bezirke weist eine Quote um die 50% auf.

Diese relativ überraschenden Ergebnisse, welche sich auf alle Varianten der Opferbetroffenheit (Wohngegend, Bonn, City) beziehen, machen deutlich, dass das relativ hohe Unsicherheitsgefühl im Bonner Nordwesten keine direkte Entsprechung in hohen Viktimisierungsraten findet, sondern dass hier eher andere Faktoren herangezogen werden müssen, die die Unsicherheit vorrangig beeinflussen. Hierzu gehören neben (städte-)baulichen Eigenheiten wahrscheinlich auch Kennzeichen und Strukturen von sogenannten Stadtteil-Stigmatisierungen bzw. von ‚Stadtteil-Mobbing‘. Als besonders relevant werden wir später auch Faktoren der sozialen Lage und der sozialen Unsicherheit in die Analyse einbeziehen. (Kap. 4.11)

¹⁷⁷ Dabei sind die Bürger/innen aus Alt-Tannenbusch noch deutlich weniger betroffen; dennoch ist ihr Unsicherheitsgefühl ziemlich groß.

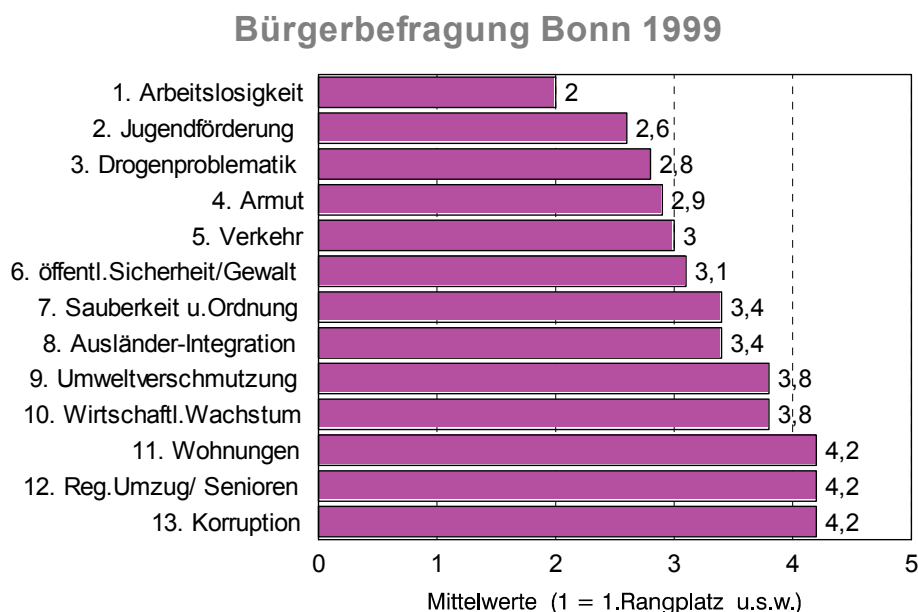
4.5. Einschätzung von lokalen Problemen

Innerhalb des Standardfragebogens und auch innerhalb unseres Krabbe-Fragebogens gibt es zwei Fragenkomplexe, die sich mit der Einschätzung von lokalen Problemen befassen. Wir wollen in diesem Kapitel die entsprechenden Auswertungen und Ergebnisse darstellen. Dabei geht es zunächst (4.5.1.) um Probleme in Bezug auf die gesamte Stadt Bonn (V4) und danach (4.5.2.) um solche Probleme, die sich speziell auf die jeweilige Wohngegend beziehen (V10).

4.5.1. in der Stadt Bonn allgemein (V4)

In Frage V4 wird nach den dringendsten Problemen in der Stadt Bonn gefragt. Aus einer (in alphabetischer Reihenfolge) vorgegebenen Liste von 13 verschiedenen Problemen¹⁷⁸ sollen die Befragten eine Rangfolge (1.-3.) nach der von ihnen eingeschätzten Dringlichkeit¹⁷⁹ bilden. Aus den weit über 1000 geäußerten Rangfolgen haben wir zunächst einmal die Durchschnitts- bzw. Mittelwerte¹⁸⁰ berechnet und dadurch folgende Rangliste von Problemen erhalten, die Bonner Bürger/innen für ihre Stadt als am dringendsten erachten:

Rangliste der dringendsten Bonner Probleme



¹⁷⁸ Im Pretest wurde diese Frage noch in offener Form gestellt; daraus wurde dann für die Hauptbefragung eine 13-er Liste mit den meist genannten Problemen gebildet. Jeweils 2 Probleme (öffentliche Sicherheit, Regierungsumzug und Gewaltdelikte, Seniorenhilfe) wurden in den beiden Fragebogenversionen alternativ eingesetzt, so dass insgesamt 15 Einzelprobleme zur Wahl standen.

¹⁷⁹ „das heißt, wo am ehesten etwas getan werden müsste“

¹⁸⁰ Nicht selten haben die Befragten durch entsprechende Notierungen die Rangplätze über den Platz 3 hinaus (bis maximal Platz 13) ausgedehnt, so dass sich Durchschnittswerte zwischen 2 und 4,2 ergeben.

Deutlich an der Spitze der genannten Probleme steht wie in der gesamten Bundesrepublik auch in Bonn (im Februar 1999) die Arbeitslosigkeit (Durchschnittswert = 2,0). Es folgt eine breite Mittelgruppe (2,6 – 3,4), die von der ‚Jugendförderung‘ (2,6) und von der ‚Drogenproblematik‘ (2,8) angeführt wird. Die Problembereiche ‚öffentliche Sicherheit/ Gewalt‘ (3,0/3,1) und ‚Sauberkeit und Ordnung‘ (3,4) folgen erst mit einem gewissen Abstand auf den späteren Rängen¹⁸¹. Ganz am Schluss rangieren in Bonn der ‚Regierungs-Umzug/ Seniorenhilfe‘ (4,1/4,2), die ‚Wohnungsproblematik‘ und die ‚Korruption‘ (jeweils 4,2). Dabei muss berücksichtigt werden, dass diese Rangliste den Meinungsstand vom Februar 1999 reflektiert, der bezüglich der ‚Korruptions-Problematik‘ am Ende des Jahres 1999 (aufgrund aktuell aufgedeckter Partei-Spenden-Affären und einer medialen ‚Korruptionswelle‘¹⁸²) wahrscheinlich ganz anders ausfallen würde.

4.5.2. speziell in der Wohngegend (V10)

Während die Problemsicht für ganze Städte oder sogar ganze Länder in erster Linie durch mediale Einflüsse mitgestaltet wird, kann man hinsichtlich der eigenen engeren Wohngegend davon ausgehen, dass hier auch der persönliche Erfahrungshintergrund eine nicht unbedeutende Rolle spielt. Probleme in der eigenen Wohngegend werden eher direkt erlebt als medial und somit indirekt vermittelt.

Insoweit ist es sehr interessant, im Rahmen dieser Befragung festzustellen, wie die Bonner Bürger/innen mögliche Probleme in ihrer eigenen Wohngegend beurteilen. Hierzu haben wir aus dem Standardfragebogen alle 13 dort aufgeführten Einzelprobleme übernommen und diese zur jeweiligen Einschätzung vorgelegt, die anhand einer 4-stufigen Skala (1=kein Problem/ 2=geringes Problem/ 3=ziemliches Problem/ 4=großes Problem) auszuführen war.

Die verschiedenen Einzelprobleme lassen sich insgesamt in drei Gruppen zusammenfassen, die in der Literatur auch häufig als unterschiedliche ‚Unordnungs- oder Disorder-Phänomene‘ bezeichnet werden; außer den verkehrsbezogenen Problemen handelt es sich zum einen um solche von

¹⁸¹ Bei einer Befragung von kommunalen Fachleuten der Stadtentwicklungsplanung durch das ‚Deutsche Institut für Urbanistik‘ (DIFU) nach den sechs dringendsten kommunalen ‚Problemen mit besonderem Handlungsdruck für Rat und Verwaltung‘ stand im Jahr 1998 die ‚Haushaltskonsolidierung und Verwaltungsmodernisierung‘ klar an erster Stelle. ‚Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarkt, wirtschaftlicher Strukturwandel‘ folgen vor der ‚Innenstadtentwicklung‘ auf den nächsten Plätzen. Die ‚öffentliche Sicherheit‘ ist bei den befragten Experten kein Thema und sie wird damit offensichtlich sehr viel weniger als Problem gesehen als bei den Bürgern. (siehe im Internet Michael Bretschneider unter: www.difu.de)

¹⁸² statt vieler anderer Artikel siehe z.B. den ‚Express‘ vom 5.12.1999, S.33: „Ja sind denn bei uns alle korrupt? Stadtverwaltung, Erzbistum, Industrie, Behörden.“ Prof.Scheuch meint: „Politiker leben es vor.“

„physical disorder“ (Dreck, Müll, Schmierereien etc.) und zum anderen um solche von „social disorder“ (Betrunkene, Drogis, Bettler etc.).

In unserem (Standard-)Fragebogen kann man unter ‘physical disorder’ folgende 4 Items der Frage V10 zusammenfassen:

- heruntergekommene und leerstehende Gebäude (V10.2)
- zerstörte Telefenzellen (V10.3)
- besprühte/beschmierte Hauswände (V10.7)
- Schmutz und Müll in den Straßen oder Grünanlagen (V10.8)

Demgegenüber kennzeichnen folgende 4 Items der gleichen Frage V10 vorrangig das Phänomen des ‚social disorder‘:

- sich langweilende und nichtstuende Jugendliche (V10.1)
- Drogenabhängige (V10.5)
- Betrunkene (V10.6)
- zu viele Ausländer/Asylbewerber (V10.10)

In die Kategorie der Verkehrsprobleme kann man folgende 3 Items einordnen:

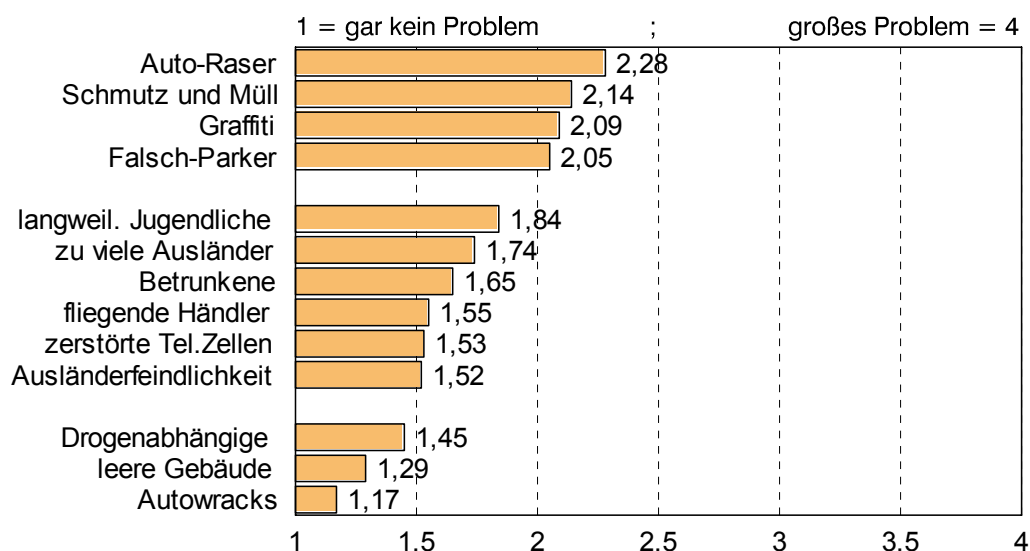
- undiszipliniert fahrende Autofahrer (V10.9)
- falsch oder behindernd parkende Autos (V10.13)
- herumstehende Autowracks

1. Rangfolge (insgesamt)

Eine erste Auszählung der gegebenen Antworten auf die Frage V10 nach Mittelwerten ergibt folgendes Bild:

Einschätzung von Problemen in der Wohngegend

Bonner Befragte insgesamt (Mittelwerte)



Je geringer die Zahl, desto geringer das Problem. Von daher kann man insgesamt sagen, dass die Einschätzung von Problemen in der eigenen Wohngegend in Bonn doch sehr minimal ist und sich auf dem Niveau der beiden

unteren Stufen (kein Problem/ geringes Problem) bewegt. Die ‚undiszipliniert fahrenden Autofahrer‘ (m=2,28) stellen dabei offensichtlich noch das relativ größte Problem dar; überhaupt befinden sich in der 4-er Spitzengruppe insgesamt 2 der 3 Verkehrsprobleme; auch die ‚falsch und behindernd parkenden Autos‘ (m=2,09) sehen die Bürger/innen noch am ehesten als problematisch an. Die beiden ‚physischen Unordnungs-Probleme‘ wie ‚Schmutz und Müll in den Strassen und Grünanlagen‘ (m=2,14) und ‚besprühte/beschmierte Hauswände‘ (m=2,09) überraschen in der Spitzengruppe aufgrund der aktuellen Thematisierung und Sensibilisierung in der Öffentlichkeit und in den Medien relativ wenig. Hier kann man andererseits auch auf ‚realer Ebene‘ ansetzen und wahrscheinlich am ehesten Abhilfe schaffen und zudem präventiv tätig werden.

Dass die ‚leeren Gebäude‘ (m=1,29) und die ‚herumstehenden Autowracks‘ (m=1,17) in der Stadt Bonn (anders als in den neuen Bundesländern) auf den allerletzten Plätzen in der Problematisierung landen, sprengt keinesfalls die Erwartungen. Besonders im direkten Vergleich mit der allgemeinen Problematisierung auf der gesamten Stadt-Ebene (V4) fällt auf, dass die ‚Drogenabhängigen‘ in den einzelnen Bonner Wohngegenden so gut wie ‚kein Problem‘ (m=1,45) darstellen. Dies entspricht der bekannten Bonner Situation, die man mit einer weitgehenden Konzentration der Drogenszene im city-nahen Bahnhofsbereich kennzeichnen kann und die auch für zahlreiche andere Städte typisch ist. In Bonn ist man zudem durch das ebenfalls dort angesiedelte ‚GABI-Projekt‘ zumindest ansatzweise in der Lage, nicht nur straf- und ordnungsrechtlich zu kontrollieren, sondern auch sozial, gesundheitlich und therapeutisch orientierte Hilfen anzubieten.¹⁸³

2. im interkommunalen Vergleich (KRA Bremen)

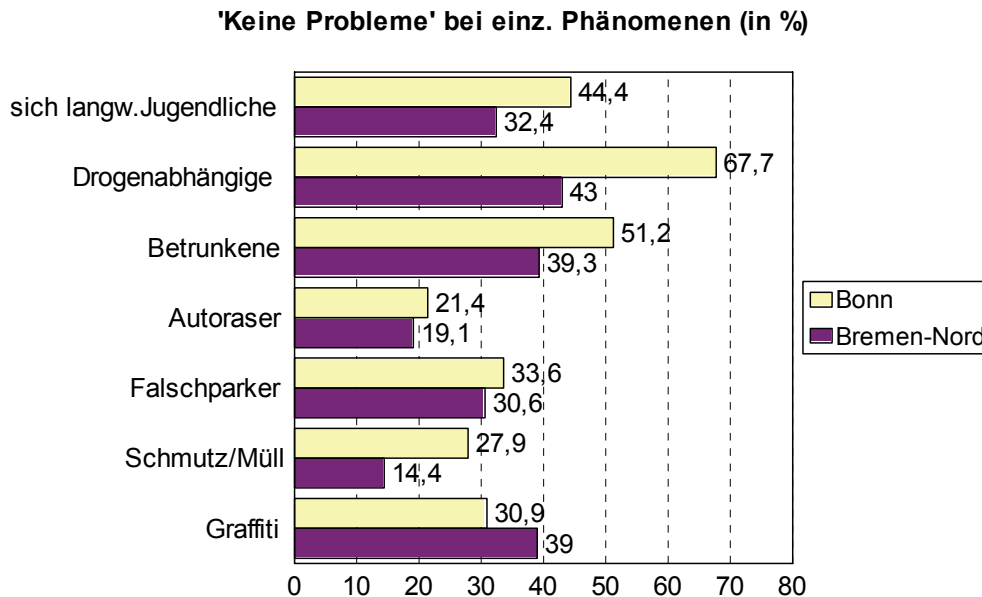
Um auch für die ‚Wohngegend-Problematisierungen‘ einen direkten Vergleich der Bonner Ergebnisse zu ermöglichen, haben wir wiederum ein möglichst aktuelles Befragungsprojekt herangezogen, bei dem genau diese Frage mit genau den gleichen Items aus dem Standardfragebogen eingesetzt worden ist.

Mit ‚Bremen‘, wo in diesem Jahr (1999) eine entsprechende ‚Kriminologische Regionalanalyse‘ veröffentlicht worden ist, haben wir eine Stadt gefunden, die auch von der gesamten Struktur und Größenordnung her mit Bonn durchaus vergleichbar ist.

In der folgenden Grafik haben wir jeweils den Prozent-Anteil jener Befragten vermerkt, die bei den einzelnen aufgeführten Phänomenen bezüglich ihrer Wohngegend absolut ‚kein Problem‘ gesehen haben:

¹⁸³ Ein spezielles Forschungsprojekt zu drogentherapeutischen Maßnahmen in der Bonner Szene und ihren möglichen Wirkungen wird (als Vertiefungsprojekt und als Dissertation) derzeit ebenfalls an unserem Institut durchgeführt. (J.M.König)

Vergleich von Wohngegend-Problematisierungen in Bonn und Bremen (1999)



Quelle: KRABBE 1999; Polizei Bremen, Bürgerbefragung 1999

Hierbei ist auffallend, dass bis auf ‚Graffiti‘ die Quote der ‚Nicht-Problematisierer‘ in Bremen durchgehend niedriger ist als in Bonn. Das heißt mit anderen Worten: In Bonn werden die Probleme in der Wohngegend als viel geringer eingeschätzt als in Bremen. Dies gilt vor allem für das Phänomen der ‚Drogenabhängigen‘. In Bremen haben hiermit weniger als die Hälfte (43%) keinerlei Probleme; in Bonn sind es dagegen mehr als zwei Drittel (67,7%). Bei den Verkehrsproblemen (Autoraser und Falschparker) liegt Bonn mit Bremen nahezu gleichauf, allerdings auf einem relativ niedrigen Niveau.

3. im intrakommunalen Vergleich

Während die ‚Falschparker‘ eher in den city-nahen Stadtbezirken als Problem gesehen werden, verteilt sich die Problematisierung der ‚Autoraser‘ nahezu vollständig und mehr oder weniger gleich über das gesamte Stadtgebiet. Ähnlich wie die Verteilung der registrierten ZVV-Delikte nach einzelnen statistischen Bezirken haben wir auch die Verteilung der verschiedenen ‚Wohngegend-Problematisierungen‘ in einzelnen Landkarten (maps) abgebildet und im Anhang dieses Berichts zusammengefasst.¹⁸⁴ Wir sind dabei so verfahren, dass wir die einzelnen Probleme nach ‚social und physical disorder‘ differenziert haben.¹⁸⁵ Bei der späteren Suche nach Erklärungen wird sich noch

¹⁸⁴ Erstellt wurden diese Karten wiederum durch das Software-Programm ‚Easy-Map 6.2‘ des Bonner DV-Unternehmens ‚Lutum+Tappert‘. Dieses Programm wird auch von der Statistikstelle der Stadt Bonn eingesetzt und es wurde uns dankenswerter Weise für die ‚Kriminologische Regionalanalyse Bonn‘ von der Firma Lutum+Tappert kostenfrei zur Verfügung gestellt. Die einzelnen Maps sind zu finden im Anhang 2.

¹⁸⁵ Social disorder: - sich langweilende Jugendliche/ -‘zu viele Ausländer’/- Betrunkene, Drogenabhängige
Physical disorder: - Leere Gebäude, Autowracks/ - Graffiti; Verkehr: - Autoraser/ -Falschparker

herausstellen, dass die Problematisierung von ‚Disorder-Phänomenen‘ weniger durch die besonderen Eigenschaften einzelner Stadtbezirke beeinflusst wird als vielmehr durch spezielle Werthaltungen und politische Einstellungen einzelner Bürger/innen. So ist zum Beispiel der Zusammenhang der ‚Problematisierung von zu vielen Ausländern in der Wohngegend‘ mit der politischen ‚Links-Rechts-Einstufung‘ größer als mit dem ‚statistischen Bezirk‘. Nicht so sehr die Wohngegend, sondern mehr der politische Standort lässt auf ausländerfeindliche Haltungen und entsprechende Problematisierungen rückschließen. So weist z.B. der Innenstadt-Bezirk mit einem relativ großen Ausländer-Anteil neben dem Regierungs-Viertel und BN-Südwest die niedrigste Problematisierungsquote von ‚zu vielen Ausländern‘ auf. Es gibt dort zwar relativ viele Ausländer, aber man regt sich relativ wenig darüber auf.

4.6. Rolle der Medien

Die Rolle der Medien ist nicht nur bei den öffentlichen Thematisierungs- und Problematisierungs-Prozessen von besonderer Wichtigkeit, sondern auch bei dem vermuteten Einfluss auf das Sicherheitsgefühl der Bürger/innen.¹⁸⁶ Wir werden dieser wahrscheinlich immer noch zunehmenden Bedeutung der Medien dadurch gerecht, dass wir für diesen Themenbereich ein eigenes empirisch ausgerichtetes Forschungsprojekt planen, welches im Rahmen der Gesamtkonzeption der Kriminologischen Regionalanalyse Bonn von einer Doktorandin durchgeführt wird.¹⁸⁷

Zur Ermittlung einer möglichst repräsentativen Datenbasis haben wir einige ‚Medien-Fragen‘ (V11-V14) in unseren Fragebogen aufgenommen, über deren Ergebnisse wir im folgenden (in Form eines ersten Überblicks) berichten wollen.

¹⁸⁶ Siehe hierzu Boers, K. 1991, S.139-175; diese Untersuchung hat auch die zentrale Orientierung für die Formulierung der entsprechenden Krabbe-Fragen geliefert.

¹⁸⁷ Hebold, Jennifer, Das ‚mediale‘ Kriminalitätsbild bzw. die Presseberichterstattung über Kriminalität in der Stadt Bonn. (geplante Dissertation)

4.6.1. Fernsehen als Informationsmedium für Kriminalität (V11)

In Frage V11 des Krabbe-Fragebogens geht es um die zentralen Informationsquellen der Bürger zum Thema ‚Kriminalität‘: *“Wodurch und wie häufig¹⁸⁸ erhalten Sie Informationen über Kriminalität ?“* Neben dem Fernsehen sind noch ‚Radio, Tageszeitungen, Wochenzeitschriften und Gespräche‘ aufgelistet. Uns interessiert in erster Linie die Nutzung des Fernsehens als Informationsquelle für Kriminalität, da speziell bei diesem Medium in den letzten 15 Jahren eine enorme Entwicklung stattgefunden hat und wir zudem die Möglichkeit haben, Vergleichsdaten aus den 80-er Jahren¹⁸⁹ heranzuziehen:

Fernsehen als Informationsmedium für Kriminalität			
Vergleich von Daten der 80-er und 90-er Jahre (in %)			
Häufigkeits-Angabe	KRA HH 1984/85	KRABBE 1999	Differenz
sehr häufig	18,1	42,8	+ 24,7
häufig	38,9	41,6	+ 2,7
gelegentlich/ selten	37,2	13,2	- 24,0
ganz selten/ nie	5,8	2,4	- 3,4
Summe	100	100	0
N =	309	1422	-

Die Bedeutung des Fernsehens als Informationsquelle für ‚Kriminalität‘ hat gegenüber den 80-er Jahren stark zugenommen. Dies ist sowohl auf das verbreitete Angebot an Kriminalitäts-Themen durch die privaten Fernsehsender zurückzuführen, als auch auf die veränderten Nutzungsgewohnheiten der Zuschauer seit Einführung des dualen Systems am Ende der 80-er Jahre.

So ist z.B. in der Zeit von 1985 - 1995 die Anzahl der Fernseh-Sender von drei auf über dreißig angestiegen; parallel dazu hat sich die Anzahl der Sendestunden pro Tag ebenfalls nahezu verzehnfacht: von 35 auf 340 Stunden. Da sich vor allem die privaten Fernsehsender aus den erzielten Werbe-Einnahmen finanzieren, diese sich wiederum nach den Einschaltquoten richten, werden letztere zum zentralen Steuerungsinstrument über die vermittelten Fernseh-Inhalte. Wegen der bekannten Attraktivität von ‚Sex-and-Crime-Themen‘ machen diese einen großen Anteil bei dem Zuwachs an Sendestunden aus.

Dabei schauen nach den Mediennutzungs-Studien¹⁹⁰ vor allem die älteren Jahrgänge vermehrt in die Röhre. So nahm der Prozentsatz der Fernseh-Extensiv-Nutzer bei den Alten (über 70-Jährigen) am meisten zu, von 44% im Jahre 1970 auf 62% im Jahre 1995. (Berg/Kiefer 1996, S.328) Saß man im Jahre

¹⁸⁸ als Antwortkategorien sind vorgegeben: sehr häufig/ häufig/ selten/ nie

¹⁸⁹ empirische Untersuchungen aus Hamburg zur Kriminalitätsfürcht (Boers 1991)

¹⁹⁰ z.B. Berg,K./Kiefer,M.-L., Hrsg, *Massenkommunikation V. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung. Baden-Baden 1996*

1970 durchschnittlich nur 1,5 Stunden täglich vor dem Fernseher, so waren es 1995 bereits mehr als drei Stunden (= 3,25), mit zunehmender Tendenz.

Dass dieses veränderte Fernsehangebot zusammen mit dem veränderten Nutzungsverhalten auch seine Spuren bei den verschiedenen Ängsten und Einstellungen der Bürger/innen und bei ihrem Kriminalitätsbild hinterlässt, ist wohl nur schwerlich von der Hand zu weisen.

4.6.3. Reality-TV-Interesse

Besonders deutlich sind diese Spuren bei einer ganz speziellen Gruppe von Fernseh-Zuschauern zu vermuten, welche sich für das sogenannte ‚Reality-TV‘ stark interessieren. Hierunter kann man verschiedene Sendungen zusammenfassen, deren gemeinsame Basis darin besteht, *„dass tatsächliche Ereignisse nachgestellt oder durch Videoaufnahmen von sogenannten Augenzeugen dokumentiert werden. Bei den Ereignissen handelt es sich zu einem ganz erheblichen Teil um Katastrophen, Unfälle oder Verbrechen.“*¹⁹¹

Dabei werden die aus dem Sensationsjournalismus schon weitgehend bekannten Geschichten fernseh-gerecht mit einem größeren Inszenierungs-Spielraum und für ein breiteres Publikum in einer Fülle von Sendungen aufbereitet. Es kommt weitgehend zu einer Auflösung der Grenzen zwischen Wirklichkeit und Fiktion. Gemeinsam ist allen Reality-TV-Sendungen, dass sie ein Konzentrat an Emotionen bieten mit der zusätzlichen Garantie des Realen. Emotionen werden sozusagen unter dem Deckmantel der Information verkauft.¹⁹² Dies führt zu der Vermutung, dass Reality-TV-Sendungen sowohl einen besonders großen Einfluss auf die Gestaltung von dramatischen und gefährlichen Wirklichkeitsbildern beim Zuschauer haben, als auch eine besondere Bedeutung bei der Schaffung und Förderung von angst-besetzten Positionen und Emotionen, speziell auch bei der Kriminalitätsfurcht und beim Unsicherheitsgefühl.

Um diese nahe liegende Vermutung zumindest ansatzweise überprüfen zu können, haben wir in Anlehnung an den ALLBUS 1998¹⁹³ eine spezielle Frage zum Interesse an Reality-TV-Sendungen aufgenommen: *„Bitte kreuzen Sie im folgenden an, wie stark (sehr stark/ stark/ mittel/ wenig/ gar nicht) Sie sich für solche Sendungen, wie zum Beispiel ‚Aktenzeichen XY, Notruf, Fahndungsakte, Brisant, Explosiv, taff, Bitte melde Dich u.a.‘ interessieren.“*

Mit ca. 16% ist der Anteil der (sehr) stark Interessierten am Reality-TV bei unserer Bonner Befragung zwar nicht so groß wie der Anteil der ‚Krimi-

¹⁹¹ Wegener, Claudia, Reality-TV. Fernsehen zwischen Emotion und Information. Opladen 1994

¹⁹² In einer empirischen Untersuchung von Merten (Wegener 1994, S.63) ist zudem nachgewiesen worden, dass Reality-TV weit überdurchschnittlich lange Gewaltsequenzen aufweist und auf der ‚Grausamkeitsskala‘ ebenfalls Skalenwerte erreicht, die weit über dem Durchschnitt liegen.

¹⁹³ Dort wurde die gleiche Frage nach ‚Krimis‘, ‚Action-Filmen‘ u.a. gestellt.

Interessierten‘ (42%) in der bundesweiten ALLBUS-Umfrage aus dem Jahr 1998, dennoch ist der Zusammenhang mit dem Unsicherheitsgefühl mehr als deutlich und höchst signifikant.¹⁹⁴ Je stärker das Interesse am Reality-TV, desto größer ist das Unsicherheitsgefühl (allein im Dunkeln draußen in der Wohngegend). Es spricht einiges dafür, dass das Reality-TV stärker die Angst beeinflusst als umgekehrt.

4.6.3. Einschätzung von medialen Übertreibungstendenzen (V12)

Wiederum in Anlehnung an die Studie von Boers (1991) haben wir eine Frage in unseren Fragebogen aufgenommen, bei der die Bürger/innen den Realitäts- bzw. Wahrheits-Gehalt verschiedener medialer Kriminalitätsdarstellungen einschätzen sollten:

“Nun wird ja in den Medien des öfteren über Kriminalität berichtet. Dabei sind manche Berichte näher an der Wahrheit, manche nehmen es mit der Wahrheit auch mal weniger genau. Was denken sie persönlich über die Kriminalitätsdarstellung in den Medien? Bitte beurteilen Sie Tages- und Wochenzeitungen, Radio und Fernsehen jeweils für sich danach, ob diese eher übertrieben, im wesentlichen zutreffend oder eher untertrieben berichten.”¹⁹⁵

Wir haben in der folgenden Tabelle jeweils jenen Prozentsatz von Befragten vergleichend dargestellt, der von Übertreibungstendenzen bei den einzelnen Medien ausgeht:

<u>Einschätzung von medialen Übertreibungstendenzen</u>			
Vergleich von Daten der 80-er und 90-er Jahre (in %)			
Medien	eher übertrieben (KRA HH 84/85)	eher übertrieben (KRABBE 99)	Differenz
Tageszeitungen	49,7	12,0	- 37,7
Wochenzeitungen	40,0	43,7	+ 3,7
Radio	1,2	6,0	+ 4,8
Fernsehen	5,4	44,6	+ 39,2
N =	298	1403	-

Während in den 80-er Jahren (speziell in HH) vor allem den Tageszeitungen die meisten Übertreibungstendenzen bei der Berichterstattung über Kriminalität zugeschrieben wurden, hat am Ende der 90-er Jahre bei der Bonner Bürgerbefragung das Fernsehen in dieser Hinsicht den Spitzenplatz übernommen; 44,6% der Bürger sind der Meinung, dass das Fernsehen eher übertrieben über Kriminalität berichtet. Die besonders auf Erhöhung der

¹⁹⁴ Siehe hierzu die entsprechende Grafik im Kapitel 4.4.2.2.4.4.2.

¹⁹⁵ aus: Boers, K., KRA HH 1984/85; V27

Einschaltquoten ausgerichtete Berichterstattung der privaten Sender über 'Sex and Crime'-Themen mag hier eine nicht unwesentliche Rolle spielen.

Die Wochenzeitungen (SPIEGEL, STERN u.ä.) haben ihr relativ hohes zugeschriebenes 'Übertreibungs-Niveau' gehalten bzw. nur noch leicht ausbauen können (von 40% auf 43,7%).

Vom Radio wird am ehesten angenommen, dass es im wesentlichen zutreffend über das Kriminalitätsgeschehen berichtet; 90% der Bonner Bürger (95% in HH 1985) vertreten diese Ansicht; nur 6% (bzw. 1,2%) sehen hier Übertreibungstendenzen.

Ein wenig überraschend erscheint das Ergebnis bei den Tageszeitungen; hier sind nur (noch) 12% der befragten Bonner der Meinung, dass diese 'eher übertreiben'; 1985 in Hamburg waren noch fast 50% dieser Ansicht. Regionale und zeitliche Effekte mögen sich bei diesen enormen Differenzen ergänzen.

4.6.4. Lesefrequenz von Zeitungen (V14)

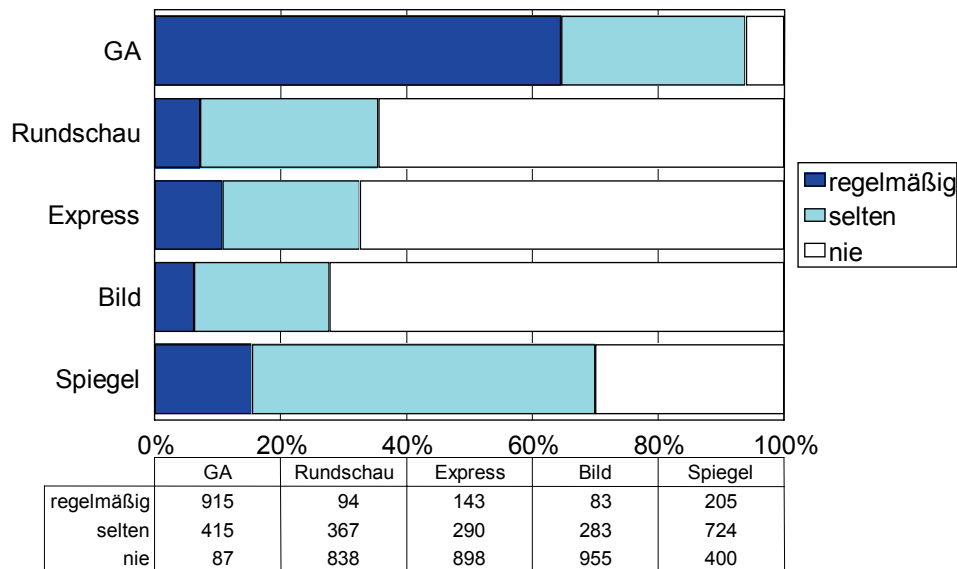
Hinsichtlich der Einschätzung von Tages- und Wochenzeitungen und ihrer jeweiligen Effekte ist zu vermuten, dass es hier große Unterschiede je nach Art der Zeitung gibt, ob es sich nun eher um eine 'seriöse' Zeitung oder eher um ein Produkt der Boulevardpresse handelt. Wir haben daher die Bonner danach gefragt, wie häufig (regelmäßig/ selten/ nie) sie eine Reihe von hier gängigen Zeitungen/Zeitschriften lesen. Neben dem 'Bonner Generalanzeiger' und der 'Bonner Rundschau' als einschlägige Regionalzeitungen waren dies der 'Bonn-Express' und die 'Bild-Zeitung' als Boulevard-Zeitungen und der 'Spiegel' als Wochenzeitschrift.¹⁹⁶

¹⁹⁶ Die Bürger/innen konnten weitere überregionale Tageszeitungen und Wochenzeitschriften handschriftlich ergänzen, wovon sie auch regen Gebrauch gemacht haben.

Die Auswertung der Antworten ergibt folgendes Bild:

Lesefrequenz von Zeitungen

Bonner Bürgerbefragung 1999



Danach hat in der Stadt Bonn, wie auch nicht anders zu erwarten, der ‚Bonner Generalanzeiger‘ die weitaus höchste Quote (64,6%; n=915) an regelmäßigen Lesern.

Als regelmäßige Leser von ‚Express‘ (10,8%; n=143) und ‚Bild-Zeitung‘ (6,3%; n=83) bekennt sich dagegen höchstens nur jeder 10. Bürger. Der ‚Spiegel‘ weist die größte Gruppe (54,5%; n=724) an Gelegenheitslesern auf.

Bei den sonstigen Zeitungen, die man selbst ergänzen konnte, haben sich folgende Zahlen ergeben: FAZ (219 Leser/innen); Die Zeit (171); Focus (128); SZ (111); Stern (88); Welt (65); FR (35); Handelsblatt (25); TAZ (19); Die Woche (14); Wirtschafts-Woche (14); TV-Zeitschriften (64) u.v.a. (334)

4.6.5. Art der Zeitungslektüre und (Un-)Sicherheitsgefühl

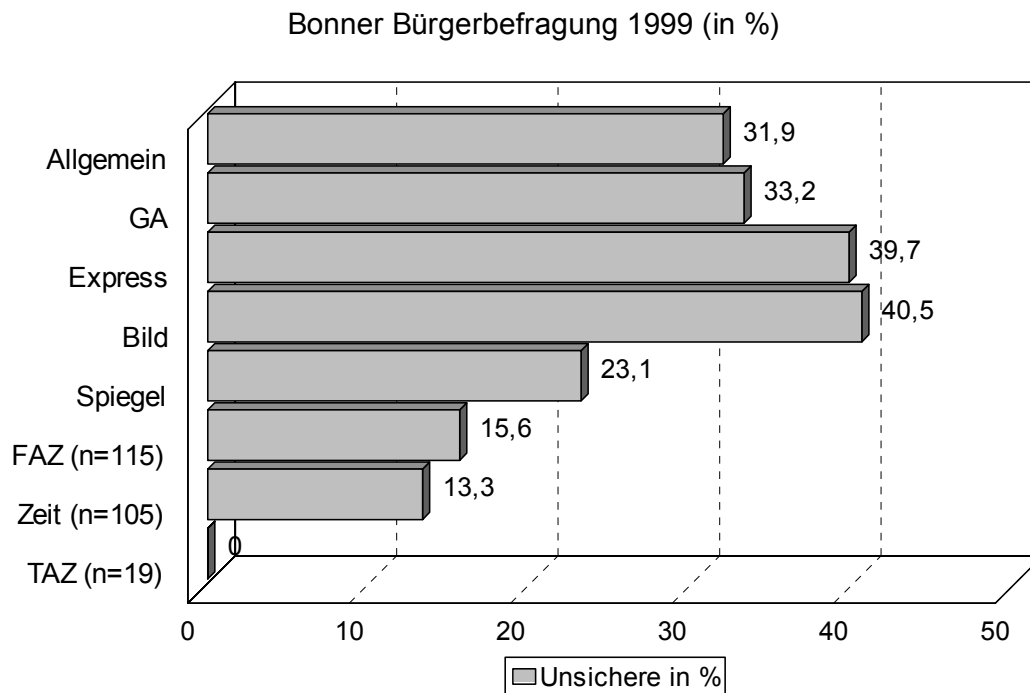
Um die bekannte Hypothese zu überprüfen, dass die Leser/innen von Boulevard-Blättern wegen der dort praktizierten dramatisierenden Sensationsberichterstattung eine tendenziell größere Kriminalitätsfurcht aufweisen, haben wir den Zusammenhang der beiden Variablen V14 (Art der Zeitungslektüre) und V8 (Unsicherheitsgefühl) in verschiedenen Kreuztabellen auf seine Chi-Quadrat-Signifikanz hin überprüft. Die dabei erhaltenen Ergebnisse lassen sich in folgender Übersicht zusammenfassen:

Regelmäßige Zeitungslektüre und Unsicherheitsgefühl	
Signifikant (**) <u>geringeres</u> Unsicherheitsgefühl (V08) bei regelmäßigen Lesern folgender Zeitungen (V14=2):	Signifikant (**) <u>größeres</u> Unsicherheitsgefühl (V08) bei regelmäßigen Lesern folgender Zeitungen (V14=2):
FAZ (n=115)	Bild (n=79)
SZ (n=55)	Express (n=141)
TAZ (n=19)	
ZEIT (n=105)	
SPIEGEL (n=203)	
Tendenziell geringeres Unsicherheitsgefühl bei regelmäßigen Lesern folgender Zeitungen:	Tendenziell größeres Unsicherheitsgefühl bei regelmäßigen Lesern folgender Zeitungen:
FR (n=18)	Focus (n=60)
Handelsblatt (n=25)	Stern (n=50)
	GA (n=909)
	TV-Zeitschriften (n=58)

Zum einen hat sich bezüglich der ‚Bild-Zeitung‘ und des ‚Express‘ die Ausgangshypothese bestätigt. Die Leser/innen dieser Zeitungen fühlen sich signifikant häufiger unsicher. Dies trifft in abgeschwächter, tendenzieller Weise auch auf die Leser/innen von ‚Focus‘, ‚Stern‘ und ‚Generalanzeiger‘ zu, was hinsichtlich der beiden ersteren nicht einmal als überraschend bezeichnet werden kann. Allerdings müssten hier (wie auch beim GA) als Erklärungshintergrund eventuell noch weitere Dritt-Faktoren (wie z.B. politische Einstellungen) herangezogen und kontrolliert werden.

So fühlen sich zum Beispiel die (wohl eher links-liberalen) Leser einer überwiegend links-liberalen Presse (Spiegel, Zeit, TAZ) signifikant häufiger sicherer. Dies gilt aber auch für die Leser der FAZ, was eher auf einen eigenständigen Stil-Effekt dieser ‚seriösen‘ überregionalen Tageszeitung hindeutet:

Regelmäßige Zeitungslektüre und Unsicherheitsgefühl



Während von den (insgesamt allerdings nur 19) TAZ-Lesern kein einziger Unsicherheitsgefühle äußert, von den Zeit-Lesern auch immerhin nur 13,3%, sind es bei den Bild-Lesern doch immerhin mehr als 40%.

Der Zusammenhang von ‚Zeitungs-Lektüre‘ und ‚Unsicherheitsgefühl‘ ist ähnlich wie beim ‚Reality-TV-Interesse‘ überdeutlich. Die Wirkungsrichtung ist hier wie dort letztendlich nicht eindeutig geklärt. Es spricht jedoch einiges dafür, dass der Medien-Einfluss auf die ‚Unsicherheitsgefühle‘ größer ist als umgekehrt. Insoweit ist das alte Brecht-Zitat voll zutreffend, der einmal gesagt haben soll: “Haben Sie Angst vor Kriminalität? Dann wählen Sie eine andere Tageszeitung!”

4.7. Bedeutung des Freizeitverhaltens (V17)

Das Freizeitverhalten gewinnt im Rahmen der sogenannten ‚life-style‘-Ansätze als unabhängige (erklärende) Variable in der sozialwissenschaftlichen Forschung immer mehr an Bedeutung. Auch in der Kriminologie hat es in Form des sogenannten ‚routine-activity-approach‘ Eingang in die theoretischen Diskussionen und die empirischen Untersuchungen gefunden. Dieser Ansatz will auf den relativ engen Zusammenhang zwischen der Ausübung bestimmter routinierter (Freizeit-)Aktivitäten und besonderen Risiken der Täter- und Opferwerdung hinweisen. Dies soll speziell auch für den Bereich der Jugenddelinquenz gelten, wo der intensivierte Aufenthalt in gefahren-geneigten Situationen und ebensolchen Orten (z.B. in der Disco-Szene) die Wahrscheinlichkeit erhöht, in bestimmte delinquente Aktivitäten verwickelt zu werden, sei es als Täter oder auch als Opfer.

Der mögliche Zusammenhang des Freizeitverhaltens mit der Opferbetroffenheit (Viktimisierung) ist in ähnlicher Weise auf das hier ebenfalls zur Diskussion stehende ‚Sicherheitsgefühl‘ übertragbar, wobei man davon ausgehen kann, dass ein allzu großes ‚Unsicherheitsgefühl‘ bestimmte Freizeitaktivitäten (im öffentlichen Raum) eher behindert. Andere eher häusliche Aktivitäten (wie z.B. das Fernsehen) werden möglicherweise noch intensiviert, was dann wiederum (in einer Art Teufelskreis) Rückwirkungen auf verstärkte Unsicherheitsgefühle haben kann usw.usf. Das Freizeitverhalten erscheint im Rahmen von Sicherheits- und Opferbefragungen ein durchaus relevanter und interessanter Variablenbereich zu sein.

Wir haben seine Operationalisierung in Anlehnung an die im Jahre 1998 durchgeführte ALLBUS-Umfrage vorgenommen. In dieser Umfrage bildete das ‚Freizeitverhalten‘ eines der im Laufe der Jahre jeweils wechselnden Schwerpunktthemen. Ähnlich¹⁹⁷ wie beim ALLBUS 1998 ist den Befragten in unserer Untersuchung (KRABBE 1999) eine Liste von insgesamt 13 verschiedenen Freizeitaktivitäten vorgelegt worden; sie sollten nun jeweils ankreuzen, „*wie häufig sie diese Tätigkeiten im letzten Jahr ausgeführt haben.*“ Als mögliche Antwortkategorien waren (genau wie im ALLBUS) vorgegeben:

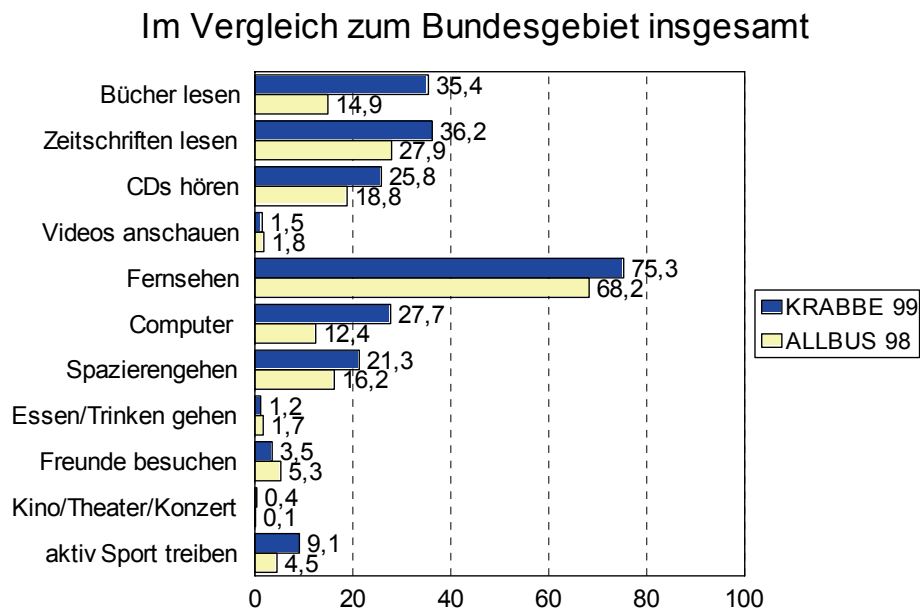
- *täglich*
- *mindest. 1 mal pro Woche*
- *mindest. 1 mal pro Monat*
- *seltener*
- *nie*

¹⁹⁷ Leichte Veränderungen in Form von Zusammenfassungen hat es bei einzelnen Items wie z.B. dem Konzertbesuch gegeben; das Fernsehverhalten wurde beim ALLBUS in einer gesonderten Frage erfasst.

4.7.1. im bundesweiten Vergleich

In einer ersten vergleichenden Auswertung haben wir uns auf die Prozentanteile der Kategorie ‚täglich‘ konzentriert; das heißt: wir haben die besonders Aktiven aus jedem Bereich zunächst einmal aufgelistet. Durch die Einfügung der entsprechenden ALLBUS-Zahlen ist zudem ein bundesweiter Vergleich ermöglicht:

Tägliche Freizeitaktivitäten Bonner Bürger (in %)



Quellen: KRABBE 1999, ALLBUS 1998

Wie nicht anders zu erwarten, stellt das ‚Fernsehen‘ bundesweit (so auch in Bonn) die Haupt-Freizeitbeschäftigung dar; zwei Drittel bzw. drei Viertel aller Bürger/innen sitzen danach täglich vor dem Fernseher.

Das Lesen von Büchern, aber auch von Zeitschriften steht dagegen nur noch bei einem Drittel aller Bonner Befragten auf dem täglichen Programm. Hierbei ist auffallend, dass dieser Anteil im gesamten Bundesgebiet noch deutlich niedriger liegt. Die intensiven ‚Bücher-Leser/innen‘ machen bundesweit nur einen Anteil von knapp 15% aus. In der Beamtenstadt Bonn ist er immerhin mehr als doppelt so hoch.

Ähnlich verhält es sich bei der täglichen Beschäftigung mit dem Computer (12,4% im Bundesgebiet gegenüber 27,7% in Bonn). Hier mag aber auch ein gewisser Zeiteffekt eine Rolle spielen¹⁹⁸, da die Gemeinde der intensiven Computernutzer in letzter Zeit rasant und äußerst dynamisch zunimmt.

Außer dem täglichen ‚Spaziergehen‘ und ‚CD-Hören‘ (jeweils um die 20%) haben alle anderen Freizeitaktivitäten hinsichtlich ihrer täglichen Anwendung

¹⁹⁸ Die ALLBUS-Befragung wurde in der Mitte des Jahres 1998 durchgeführt; die KRABBE-Untersuchung lief dagegen erst im Februar 1999.

nur eine einstellige Quote und sie stehen von daher deutlich zurück (sowohl im Bund als auch in Bonn).

4.7.2. im Vergleich nach Alter und nach Geschlecht

Im folgenden Abschnitt wollen wir darauf eingehen, inwieweit sich die Freizeitaktivitäten nach Alters- und nach Geschlechtsgruppen unterscheiden. Hierzu haben wir die Prozentanteile der täglich Aktiven in den einzelnen Freizeitbereichen nach Alter und Geschlecht differenziert:

Tägliche Freizeitaktivitäten nach Alter und nach Geschlecht							
(in %)							
Freizeit-Aktivitäten	Altersgruppen				Alle	Geschlecht	
	15-29	30-49	50-64	65+		Männl.	Weibl.
Bücher lesen	39,5	35,3	30,5	42,4	36,4	27,9	42,7
Zeitschr. lesen	22,5	36,6	43,6	46,1	37,4	42,4	33,1
CDs hören	59,9	28,7	12,5	7,6	27,1	26,9	27,2
Fernsehen	64,6	67,9	87,7	93,9	76,9	79,6	74,7
Computer	39,2	37,1	25,2	5,3	29,2	35,9	24,1
Spazieren	11,8	15,6	20,3	45,4	21,7	17,5	24,8
Einkaufen	2,7	5,7	9,2	21,7	9,1	5,7	11,6
Sport treiben	14,9	8,0	9,0	6,8	9,3	10,4	8,5
Kinobesuche (wöchentlich)	21,7	8,9	3,7	1,9	8,8	9,5	8,4

Danach sind die älteren Jahrgänge (ab 65) besonders stark vertreten beim Fernsehen, Lesen, Spazieren und Einkaufen. Hier bilden sie jeweils die größte Gruppe an ‚täglich Aktiven‘. Beim Fernsehen sind es gar 93,9% aller alten Leute, die hier täglich dabei sind.

Auf der anderen Seite liegen die jüngeren Jahrgänge (15-29) klar an der Spitze beim CD-Hören, Computern, Kino-Gehen und Sport-Treiben. Während die

jüngeren Leute in ihrer Freizeit zu fast 40% täglich mit dem Computer umgehen, sind es bei den alten Leuten gerade einmal 5%.

Hinsichtlich der Geschlechter-Verteilung fällt auf, dass das Bücher-Lesen offensichtlich eine Domäne der Frauen ist, während sich die Männer nach unserer Befragung überwiegend den verschiedenen Zeitschriften (wahrscheinlich aus den Bereichen Sport, Auto, Hobby, Politik u.a.) zuwenden.

Wie auch aus anderen Untersuchungen bekannt, sind es vor allem die Männer, welche sich täglich (auch in ihrer Freizeit) mit dem Computer beschäftigen. Beim täglichen Einkaufen und besonders beim täglichen Spazieren-Gehen liegen dann allerdings die Frauen wieder klar vorn. Bei allen anderen Freizeitaktivitäten (z.B. CD-Hören, Fernsehen, Kinobesuche, Sport-Treiben) gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Dies deckt sich im Großen und Ganzen auch mit den bundesweiten Erkenntnissen aus der ALLBUS-Befragung.

4.7.3. Freizeitaktivitäten und Viktimisierung

In Anlehnung an den oben beschriebenen ‚routine-activity-approach‘ gehen wir davon aus, dass das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, für jeden einzelnen Bürger mit zunehmender Aktivierung und Betätigung im öffentlichen Raum wächst. Je aktiver jemand in seiner Freizeit ist, desto größer ist sein Viktimisierungs-Risiko.

Um diese Hypothese zu überprüfen, haben wir zunächst einmal aus den 13 verschiedenen Freizeitaktivitäten eine einzige Variable gebildet.

Durch eine spezielle Zähl-Operation hat jeder Befragte einen ganz speziellen Aktivitäten-Wert zugewiesen bekommen. Jede Freizeitaktivität, die zumindest wöchentlich ausgeführt wird, erhöht diesen Wert. Maximal kann dabei ein Wert von 13 erreicht werden, wenn der/die Betreffende sich bei allen 13 Freizeitbeschäftigungen täglich oder wöchentlich als aktiv bezeichnet. Im anderen Extremfall erhält man einen Wert von Null, nämlich dann wenn man in keinem Fall aktiv ist. Dazwischen liegen die Werte 1-12.

Wir haben diese nun vor allem aus Darstellungsgründen noch einmal zusammengefasst und folgende drei ‚Aktivitäten-Gruppen‘ mit den jeweiligen Besetzungen (n) erhalten:

1. Wenig Aktive (n=335)

Hierunter fallen alle Personen, welche bis maximal 4 Aktivitäten aufweisen.

2. Mittel Aktive (n=546)

Hierunter fallen alle Personen, welche 5-6 Aktivitäten aufweisen.

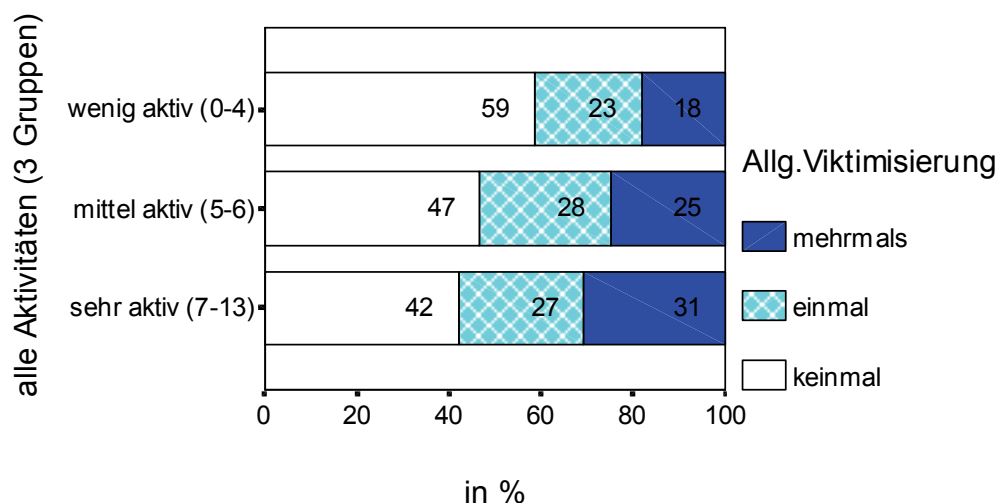
3. Sehr Aktive (n=586)

Hierunter fallen alle Personen, welche mehr als 6 Aktivitäten (7-13) aufweisen.

Wir haben diese Variable dann in einer Kreuztabellierung mit der ‚Viktimisierungs-Variablen‘ in Zusammenhang gebracht und dabei folgendes Ergebnis erzielt:

Allgemeine Viktimisierung und Freizeitaktivitäten

Bürgerbefragung Bonn 1999



Je aktiver die Befragten sich geben, desto größer ist ihre allgemeine Viktimisierung, die wir anhand von 15 verschiedenen Tatbeständen (V5) gemessen und ebenfalls zu einer Variablen mit drei Ausprägungen (keinmal/ einmal/ mehrmals) zusammengefasst haben.

Von den ‚wenig aktiven‘ Bürgern sind gerade einmal gut 40% als Opfer betroffen gewesen; von den ‚sehr aktiven‘ sind es immerhin fast 60%. Damit ist die obige Ausgangsthese im wesentlichen bestätigt worden.

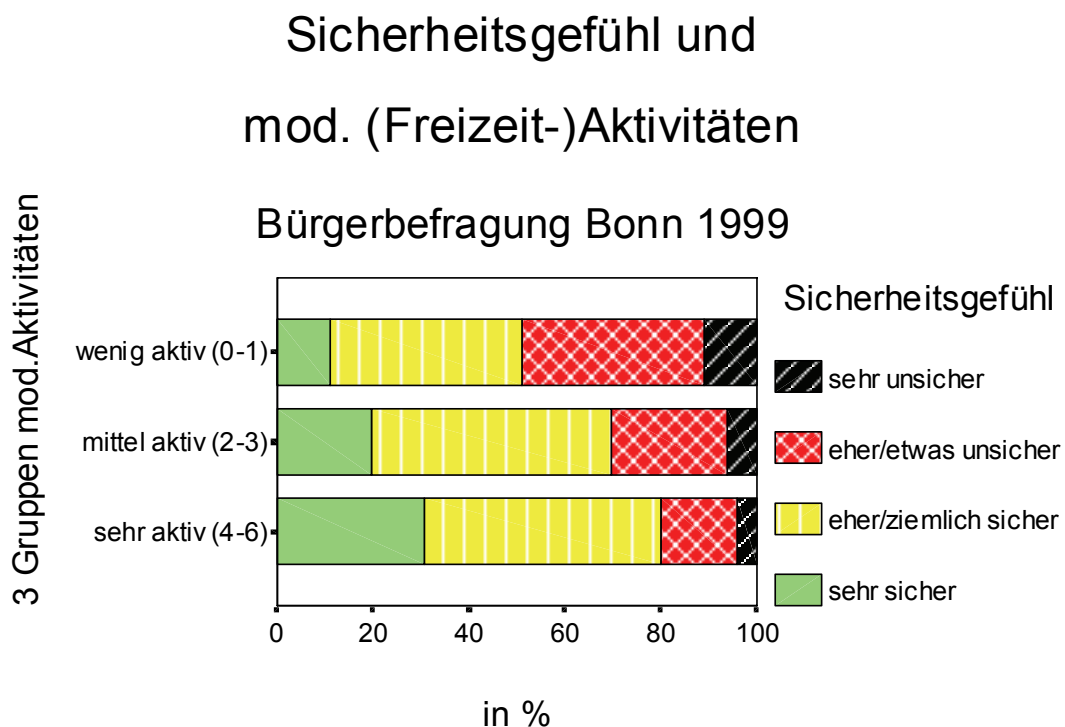
Diese Bestätigung dürfte noch eindrucksvoller ausfallen, wenn man die 13 Freizeitaktivitäten danach differenziert, ob sie eher im häuslichen oder eher im öffentlichen Bereich praktiziert werden. Hierbei haben wir festgestellt, dass Personen, die routinemäßig keinerlei Außenaktivitäten pflegen, nicht einmal zu

einem Drittel viktimisiert werden. Bei den extremen ‚Außen-Aktivisten‘ (6 Außen-Aktivitäten¹⁹⁹) sind es dagegen nahezu zwei Drittel.

4.7.4. Freizeitverhalten und Sicherheitsgefühl

Zur Veranschaulichung und Verdeutlichung dieses Zusammenhangs haben wir die ‚Freizeitvariable‘ noch weiter differenziert und auf eine sogenannte ‚moderne‘ Variante konzentriert.

Hierzu haben wir drei der sechs Außenaktivitäten (Kneipenbesuch/ Kinobesuch/ Sport treiben) mit weiteren drei relativ ‚modernen‘ Innenaktivitäten (Computer, CD-Hören, Bücher-Lesen) kombiniert, welche überwiegend von den jüngeren Jahrgängen (15-29) praktiziert werden. Ähnlich wie oben bei den allgemeinen Aktivitäten sind daraus dann drei Gruppen (wenig/ mittel/ sehr) entwickelt worden. In direkter Kombination mit dem ‚Sicherheitsgefühl‘ zeigt sich folgendes Bild:



Von den modernen, aktiven Leuten (n=384) fühlt sich nur jeder Fünfte (20,1%) auf der unsicheren Seite. Von den in dieser Hinsicht ‚wenig aktiven‘ Personen (n=340) ist es hingegen nahezu jeder Zweite (48,8%).

Auf der anderen Seite zeigt sich, dass die Bürger/innen, die ihre Freizeit täglich und überwiegend vor dem Fernseher verbringen, sich in der Tendenz unsicherer fühlen (zu 32%) als jene Bürger/innen, die seltener ‚vor der Glotze‘ sitzen (zu

¹⁹⁹ Dies sind im einzelnen: Kneipenbesuch/ Freunde besuchen/ Kinobesuch/ Shopping/ Sportveranstaltung besuchen/ aktiv Sport treiben

24%). Die Frage nach Ursache und Wirkung bleibt hierbei ungeklärt, obwohl der Einfluss des Viel-Fernsehens (ähnlich wie der des intensiven Reality-TV-Interesses) auf die Förderung von Angststrukturen und realitätsfernen Kriminalitätsbildern durchaus plausibel ist.

4.8. Bedeutung von Nachbarschaft

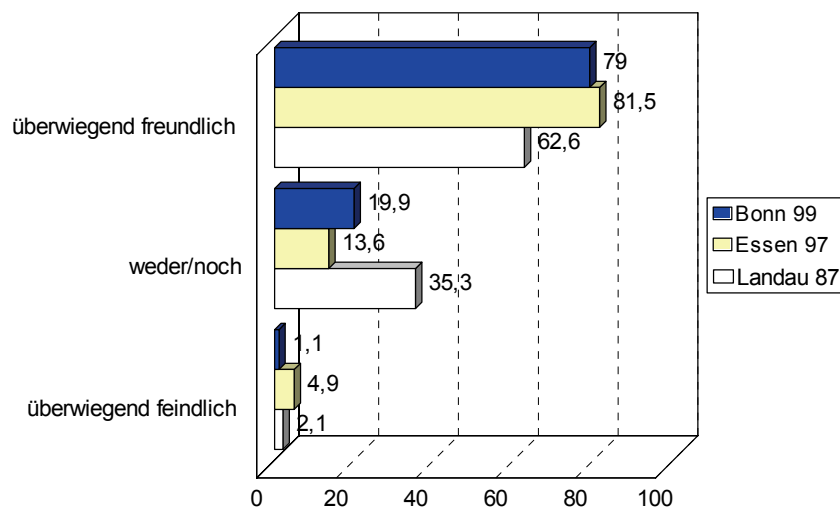
Gerade im Zusammenhang mit Überlegungen zur Verbesserung der objektiven und subjektiven Sicherheitslage in den jeweiligen Wohngegenden spielt das Thema ‚Nachbarschafts-Beziehungen‘ eine zunehmend wichtige Rolle. Durch positive, aufmerksame und hilfsbereite Nachbarschafts-Kontakte können wertvolle Strukturen informeller sozialer Kontrolle gefördert werden. Wir haben deshalb zwei konkrete Fragen (V20 und V21) zu diesem Bereich in die Bonner Bürgerbefragung aufgenommen, auf deren Ergebnisse wir im folgenden näher eingehen wollen.

4.8.1. Einschätzung des Nachbarschaftsverhältnisses (V20)

Wir haben zunächst danach gefragt, wie die Bürger/innen das Verhältnis zu ihren nächsten Nachbarn empfinden. Dabei hat sich gezeigt, dass dies in Bonn zum großen Teil (79%) als ‚überwiegend freundlich und hilfsbereit‘ eingeschätzt wird. Dies deckt sich weitgehend mit Erkenntnissen aus anderen Regionalanalysen:

Einschätzung des Nachbarschaftsverhältnisses

Vergleich: Bonn, Essen, Landau (in%)



Quellen: KRABBE 1999, KRA Essen 1997, KRA Landau 1987

Der Prozentsatz jener Bürger/innen, die ihre nächsten Nachbarn als ‚überwiegend feindlich und ablehnend‘ empfinden, ist in Bonn (1,1%) noch geringer als in den beiden Vergleichsstädten. Er ist im Grunde genommen vollkommen zu vernachlässigen. Sehr viel interessanter erscheint jene Gruppe, die kaum oder keinen persönlichen Kontakt mit ihren Nachbarn aufweist und daher ein ‚weder/noch‘ angekreuzt hat. Mit ca. 20% ist diese Gruppe der ‚anonymen Nachbarschaftsverhältnisse‘ in Bonn relativ groß.

Bei einer näheren Differenzierung nach einzelnen statistischen Bezirken ergeben sich einige interessante Erkenntnisse. Der weitaus überwiegende Teil der 62 statistischen Bezirke hat eine ‚Weder/Noch-Quote‘ (oder besser ‚Anonymitäts-Quote‘) von mehr oder weniger als 20%; sie liegen somit im Bonner Durchschnittsbereich. Im folgenden sind alle jene Bezirke aufgelistet, die von diesem Durchschnittswert relativ deutlich nach oben oder unten abweichen:

Einschätzung des Nachbarschaftsverhältnisses in Bonn als ‚weder /noch‘ nach statistischen Bezirken (V20 nach V32)	
statistischer Bezirk	weder freundlich/noch feindlich (in%)
Rheinviertel	30,0
Münsterviertel	57,1
Wichelshof	26,3
Vor dem Sterntor	25,0
BN-Innenstadt insg.	25,0
Baumschulviertel	29,7
Bonner Talviertel	27,5
Poppelsdorf	31,0
Kessenich	28,3
Dottendorf	25,8
Auerberg	41,4
Neu-Plittersdorf	33,3
Alt-Plittersdorf	41,2
Beuel-Süd	25,0
Vilich-Müldorf	30,0
Duisdorf-Zentrum	25,0
Medinghoven	27,3
Neu-Tannenbusch	14,3
Dransdorf	11,1
Buschdorf	6,7
insgesamt	19,9

Dass die ‚Anonymitätsquote‘ in den direkten Innenstadt-Bezirken (wie dem Münsterviertel) sehr hoch liegt, erscheint bei der gegebenen Struktur und der hohen Fluktuation nicht weiter verwunderlich.

Auf den ersten Blick nicht sofort zu erklären ist demgegenüber der enorme Unterschied zwischen der hohen Quote in Auerberg (41,4%) und den sehr

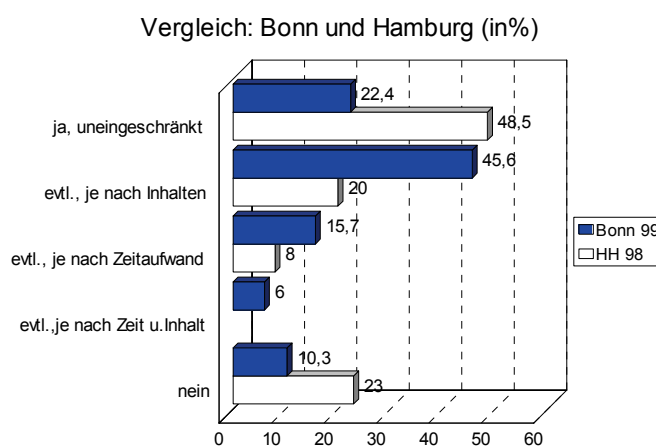
niedrigen Quoten in Neu-Tannenbusch (14,3%), Dransdorf (11,1%) und Buschdorf (6,7%). Offensichtlich sind aber die sozialen Beziehungen und menschlichen Kontakte in den ‚sozialen Brennpunkten‘ des Bonner Nordwestens (aus der eigenen Perspektive betrachtet) sehr viel besser als ihr Ruf und ihr Fremd-Image. Die vielfach beklagte Anonymität der baulichen Strukturen findet danach keine Entsprechung in den sozialen Strukturen bzw. in der Einschätzung der Nachbarschaftsbeziehungen. Dies ist ein Ergebnis, an das sich bei eventuellen Planungen und Maßnahmen hinsichtlich informeller Kontrollstrukturen durchaus anknüpfen lässt und das jedenfalls mit reflektiert werden sollte.

Dies führt zu der Vermutung, dass in bestimmten Bezirken möglicher Weise eine größere gegenseitige Unterstützungs- und Hilfsbereitschaft unter den Bürgern vorhanden ist als weithin angenommen wird.

4.8.2. Bereitschaft zur Mitarbeit in Nachbarschaftsgruppen (V21)

Zu diesem Themenbereich haben wir folgende Frage²⁰⁰ gestellt: *„Man hört heute häufig, dass unsere Städte immer anonym werden und es keine Nachbarschaft mehr gibt, in der sich die Menschen umeinander kümmern und einander helfen. Wenn sich in Ihrem Wohnviertel eine Gruppe bilden würde, die sich für die Angelegenheiten der unmittelbaren Nachbarschaft einsetzt, wären Sie bereit, in einer solchen Gruppe mitzuarbeiten?“* Es wurden vier Antwortkategorien (ja/ evtl. ja, je nachdem, was gemacht wird/ evtl. ja, je nachdem, wie viel Zeit das erfordert/ nein) vorgegeben von denen eine angekreuzt werden sollte. Im Vergleich mit Hamburg²⁰¹, zeigt sich folgendes Ergebnis:

Bereitschaft zur Mitarbeit in Nachbarschaftsgruppen



Quellen: KRABBE 1999 (V21), ISIP-Umfrage HH, 1998

²⁰⁰ sie ist aus Vergleichsgründen übernommen aus einer ISIP-Umfrage in Hamburg aus dem Jahr 1998; Institut für Sicherheits- und Präventionsforschung e.V. Hamburg (Vorstand: F.Sack/R.Lautmann; Geschäftsführung: A.Legnaro; Internet-Präsenz: www.rz.uni-hamburg.de/isip/welcome.html)

²⁰¹ Die relativ großen Unterschiede in den Zahlen bei den ersten drei Kategorien erklären sich möglicher Weise aus einer (ungewollten) unterschiedlichen Art und Präsentation der Kategorien-Vorgabe.

In Bonn ist immerhin mehr als jeder fünfte Bürger (22,4%) uneingeschränkt bereit, in einer Nachbarschaftsgruppe aktiv mitzuwirken. Weitere zwei Drittel (67,3%) der Befragten wollen dies davon abhängig machen, welche Inhalte dort auf dem Programm stehen (45,6%) oder wie viel Zeitaufwand dies erfordert (15,7%) bzw. beides (6%). Im Endeffekt sagt nur jeder 10. Bürger (10,3%) ein klares und eindeutiges ‚Nein‘ zu derartigen Nachbarschaftsgruppen. In Hamburg ist diese ablehnende Gruppe mehr als doppelt so groß (23%).

Im folgenden wollen wir näher auf die Gruppe jener Bürger/innen eingehen, die sich in Bonn uneingeschränkt zur Mitarbeit in Nachbarschaftsgruppen bereit erklärt haben (22,4%). Wir werden sie daher zunächst nach einzelnen statistischen Bezirken und dann auch nach verschiedenen sozialen Merkmalen (Geschlecht, Alter, Beruf) differenzieren.

Uneingeschränkte Bereitschaft zur Mitarbeit in Nachbarschaftsgruppen nach statistischen Bezirken in Bonn (V21 nach V32)	
statistischer Bezirk	uneingeschränkte Bereitschaft (in%)
Neu-Tannenbusch	46,4
Holtdorf	46,2
Hoholz	42,9
Buschdorf	40,0
Godesberg-Zentrum	38,5
Obermehlem	37,9
Pützchen/Bechlinghoven	37,5
Beuel-Ost	34,8
Auerberg	34,5
Dransdorf	33,3
Beuel-Außenring	30,5
BN-Nordwest	29,6
BN-insgesamt	22,4
BN-Hardtberg	18,4
BN-Innenstadt	13,8
BN-Reg.Viertel	11,1
Vor dem Sterntor	10,7
Zentrum-Rheinviertel	10,0
Bonner Talviertel	7,7

Es bestätigt sich hier das Ergebnis, welches wir zuvor bereits vermutet haben: In den sogenannten ‚sozialen Brennpunkten‘ (Neu-Tannenbusch, Auerberg, Dransdorf) ist die Bereitschaft zur Mitarbeit in Nachbarschaftsgruppen überproportional größer als in der Stadt Bonn insgesamt. Der gesamte Stadtteil BN-Nordwest liegt mit einer Bereitschaftsquote von nahezu 30% mehr als 10% vor den Stadtteilen BN-Hardtberg (18,4%) und BN-Innenstadt (13,8%). Absoluter

Spitzenreiter ist der Bezirk ‚Neu-Tannenbusch‘ , wo fast jeder Zweite (46,4%) sich zu einer derartigen uneingeschränkten Mitarbeit bereit erklärt. Auch bei allem möglichen Problemdruck sollte sich hieran positiv anknüpfen lassen und zwar in Richtung einer Aktivierung und Förderung von basis-orientierten Initiativen und Bürgerbeteiligungen.

Welche sozialen Gruppen hierbei besonders ansprechbar und aktivierbar sein könnten, zeigt ein Blick auf die folgende Tabelle:

Uneingeschränkte Bereitschaft zur Mitarbeit in Nachbarschaftsgruppen nach verschiedenen soz. Merkmalen (V21 nach V24, 25, 30, 31)	
<u>Merkmal</u>	<u>uneingeschränkte Bereitschaft (in %)</u>
alle insgesamt	22,4
Männer	19,5
Frauen	24,5
15-29 Jahre	14,3
30-49 Jahre	18,2
50-64 Jahre	33,2
65 J. u. älter	25,7
Arbeiter	26,9
Angestellte	20,3
freie Berufe	20,3
Beamte	12,5
Lehrer/innen	39,5
Schüler	11,8
Studenten	12,2
Arbeitslose	22,9
Rentner	27,4
Hausfrauen	32,1
Vollzeit-Beschäftigte	18,2
Teilzeit-Beschäftigte	25,9

Nach diesen Zahlen findet sich eine Mitarbeit-Bereitschaft eher bei Frauen als bei Männern, eher bei älteren als bei jüngeren und eher bei Arbeitern als bei Beamten. Danach sind es vor allem Hausfrauen und Rentner/innen, aber auch speziell die Lehrer/innen, die sich signifikant häufiger als die anderen uneingeschränkt zu einer Mitarbeit bereit erklären. Betrachtet man demgegenüber die relativ geringen Quoten von Schülern und Studenten, so ist es

vermutlich nicht nur der Zeitfaktor, der dieses Ergebnis bewirkt, obwohl diese beiden Gruppen gerade diesen Faktor überproportional häufig betonen.²⁰²

Dabei dürfte es selbstverständlich sein, dass vor allem auch die Inhalte und Ziele derartiger Nachbarschafts-Initiativen die Teilnahmebereitschaften (besonders der jüngeren Mitbürger/innen) beeinflussen. Die Rolle einer eher kontrollorientierten und überwiegend staatlich organisierten bürgerlichen Ersatz- bzw. Zusatz-Polizei (mit allen negativen Assoziationen an die Blockwart- und Stasi-Mentalität unserer doppelten deutschen Vergangenheit) dürfte vor allem auch bei den mittleren Jahrgängen deutlich weniger attraktiv sein als eher hilfsorientierte Angebote²⁰³, die von der bürgerlichen Basis selbst ausgehen.

Analog zu den Erkenntnissen aus der Hamburger Befragung²⁰⁴ lässt sich auch für die Bonner Situation resümieren: „Der politische Handlungswille, den die Mehrheit für Angelegenheiten der unmittelbaren Nachbarschaft äußert, könnte – mit eigener Arbeit und geringen finanziellen Mitteln – genutzt werden, um die Lebensverhältnisse vor Ort positiv zu beeinflussen und eine kommunal gegründete Zivilgesellschaft zu entwickeln. Die weithin beschworene Kriminalitätsfurcht der Bevölkerung (gerade auch in den soz. Brennpunkten) würde sich mit großer Sicherheit dabei erheblich relativieren. Und generell stärkt Partizipation nicht nur das Selbstbewusstsein, sondern auch das bürgerschaftliche Interesse an kommunalen Angelegenheiten und trägt zur Aneignung sowohl des politischen Raumes im allgemeinen Sinne wie auch des öffentlichen Raumes im engeren Sinne bei, so dass sich ‚self-empowerment‘ und ‚community empowerment‘ produktiv miteinander verbinden.“

²⁰² Beträgt der Anteil jener Personen, die ihre Mitarbeit vom Zeitbedarf abhängig machen, insgesamt nur 15,7%, so liegt er bei den Studenten (20,4%) und besonders bei den Schülern (25,5%) doch beträchtlich höher, was angesichts von unterstellten relativ großzügigen Zeitbudgets nicht unbedingt zu erwarten war. Entweder muss diese Unterstellung reflektiert und korrigiert werden oder der Zeitfaktor muss zum Teil als vorgeschoben gelten.

²⁰³ Diese Tendenz wird auch bestätigt durch die erhaltenen Antworten auf unsere Frage V19, bei der es um die grundsätzliche Entscheidung bzw. Favorisierung für Kontroll- oder Hilfsmaßnahmen geht.

²⁰⁴ Siehe hierzu A.Legnaró, Umfrage zeigt: In Ausbildung und nicht in Gefängnisse investieren! (www.rz.uni-hamburg.de/isip/umfrage.html)

4.9. Benotung der Polizei (V22)

Besonders vor dem Hintergrund der neuen ‚Dienstleistungs-Orientierung‘ der Polizei wird es für diese zunehmend wichtiger, die unterschiedlichen Ausmaße der (Un-)Zufriedenheit ihrer ‚Kunden‘ mit der von Ihnen geleisteten Arbeit in Erfahrung zu bringen, um sich so immer besser auf die Wünsche und Bedürfnisse der von ihnen ‚betreuten‘ Bürgerinnen und Bürger einstellen zu können. In diesem Zusammenhang wird in den verschiedenen Bürgerbefragungen sehr häufig die Frage nach der Benotung der Polizeiarbeit hinsichtlich der Kriminalitätsbekämpfung gestellt. Wir haben diese Frage wörtlich aus dem Standardfragebogen der Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention (Baden-Württemberg) übernommen²⁰⁵ und sind dadurch in der Lage, die Benotungs-Ergebnisse für die Bonner Polizei bundesweit zu vergleichen und einzuordnen:

<u>Polizei-Bewertung nach Noten</u>						
Bonn im Vergleich zum Bundesgebiet (in %)						
Note	1990 ²⁰⁶		1994 ²⁰⁷		1995 ²⁰⁸	1999 ²⁰⁹
	Ost	West	Ost	West	Ost + West	Bonn
1	3	7	2	5	5	5
2	22	42	18	35	28	30
3	28	30	30	39	38	40
4	27	12	31	15	17	13
5	11	2	11	4	7	4
6	5	1	5	1	4	2
zus.	96	94	97	99	99	94
N	4999	2027	2034	1994	20.349	1467

²⁰⁵ Die Frage lautet: „Alles in allem, wie gut arbeitet die Polizei in Bonn Ihrer Meinung nach bei der Kriminalitätsbekämpfung? Welche Note von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend) würden Sie ihr hierfür geben? Es folgt eine 6-stufige Skala, bei der ein entsprechendes Kreuz gemacht werden soll. In der Meinungsforschung wird dieses Instrument relativ häufig angewandt, da alle Bürger/innen aufgrund der eigenen Schulerfahrungen hiermit in ähnlicher Weise vertraut sind und in der Regel damit auch sofort etwas anfangen können.

²⁰⁶ Aus: Dörmann, Uwe, Wie sicher fühlen sich die Deutschen? Repräsentativbefragung der Bevölkerung zu Rauschgiftsituation, Polizeibewertung und Sicherheitsgefühl - zum Teil als Replikation früherer Erhebungen. BKA-Forschungsreihe Bd. 40, Wiesbaden 1996, S.33

²⁰⁷ Aus: Dörmann, Uwe, a.a.O., Wiesbaden 1996, S.34

²⁰⁸ Aus: Forschungsgruppe Kriminalprävention Baden-Württemberg, Bundesweite Viktimisierungsstudie, 1995

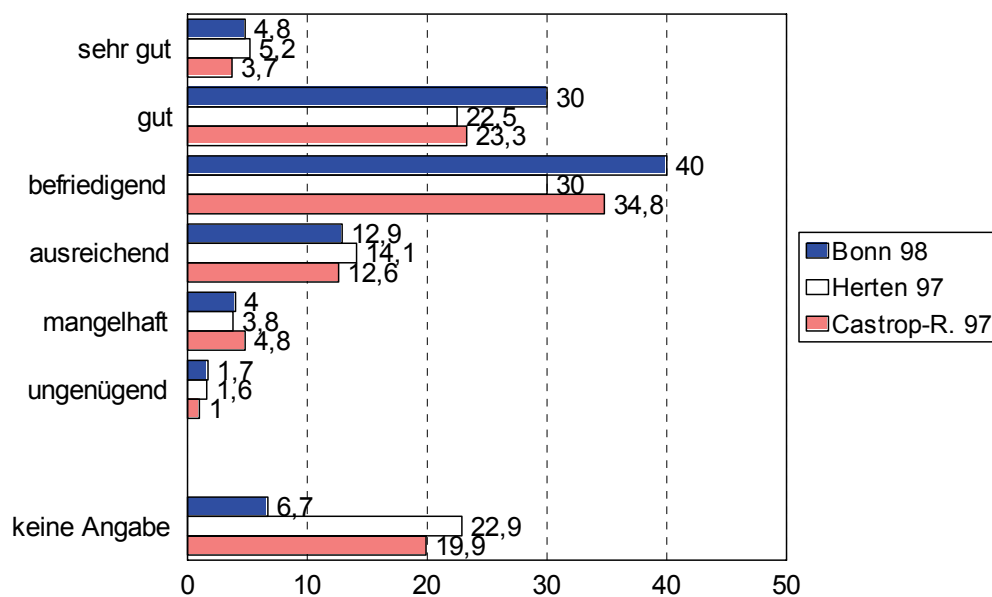
²⁰⁹ Aus: Kriminologische Regionalanalyse Bonn, 1999 (KRABBE)

Genau 75% der Bonner Bürger/innen vergeben für die Arbeit der Polizei bei der Kriminalitätsbekämpfung positive Noten (1-3) aus der oberen Hälfte der Noten-Skala. Damit liegt die Bonner Polizei im bundesweiten Vergleich in etwa auf dem Niveau aller westlichen Bundesländer insgesamt. In den neuen Bundesländern (aus dem Osten) ist die Zufriedenheit mit der Arbeit der dortigen Polizei deutlich geringer. Hier sind es gerade einmal 50% der Befragten, die entsprechend positive Noten (1-3) vergeben.

Auch im direkten Vergleich mit weiteren Polizeibehörden aus NRW, die in letzter Zeit im Rahmen von Bürgerbefragungen mit dem gleichen Instrument bewertet wurden, kann sich die Bonner Polizei durchaus messen und sehen lassen.

Polizei-Benotung in der Stadt Bonn

im Vergleich zu anderen Städten in NRW - in % -



Quelle: KRABBE-Projekt, Uni Bonn 1999; Jäger, J., PFA, Münster 1998

Die Prozentanteile bei den relativ gering besetzten Noten ‚sehr gut‘ (5%) auf der einen Seite und ‚ausreichend (13%)/ mangelhaft (4%)/ ungenügend (2%)‘ auf der anderen Seite sind für alle drei Behörden in etwa gleich. Während in den beiden Ruhrgebietsstädten Castrop-Rauxel und Herten die Quote der Personen ziemlich hoch ist, welche keine Angaben gemacht bzw. keine Noten vergeben haben, haben die Bonner Befragten ihrer Polizei deutlich häufiger die beiden Noten ‚gut‘ (30%) und ‚befriedigend‘ (40%) verpaßt, was man als ein durchaus zufriedenstellendes Ergebnis bezeichnen kann, auf dem sich aufbauen lässt.

Dieses relativ positive Ergebnis konnte auch durch eine leicht veränderte Frageformulierung, die wir im Rahmen der split-half-Technik angewandt haben,

nicht wesentlich geschmälert werden. Die ursprüngliche Frage aus der weißen A-Version „*wie gut arbeitet die Polizei in Bonn...?*“ wurde in der gelben B-Version zu „*wie gut oder schlecht arbeitet die Polizei in Bonn...?*“ Während in der ‚guten‘ A-Version nur zu 4,8% ‚Fünfen und Sechsen‘ vergeben wurden, waren es in der ‚schlechten‘ B-Version immerhin 7,3%. Dieser leichte Unterschied ist jedoch noch nicht signifikant. Die Durchschnittsnote, die insgesamt bei 2,85 liegt, fällt in der ‚schlechten‘ B-Version nur minimal auf 2,88 (A-Version = 2,83); es bleibt also in jeder Version etwa bei der Note ‚3+‘.

Während es hinsichtlich der Variablen ‚Geschlecht‘ und ‚Beruf‘ keine signifikanten Unterschiede bei der Polizeibenotung gibt, sind diese jedoch bei den verschiedenen Altersgruppen deutlich feststellbar. Mit zunehmenden Alter wächst auch die positive Benotung der Polizei. Sind es bei den 15-29-Jährigen nur ganze 4 Leute (1,6%), welche zu der Note ‚sehr gut‘ greifen, so sind es bei den 65-Jährigen (u. mehr) immerhin doch 30 Leute (11,2%).

Auffallend ist auch, dass die schlechten Noten (4-6) überproportional häufig von den jungen Auszubildenden (zu 38,1%) und von den Schülern (zu 31,4%) vergeben werden. In diesen Kreisen ist somit ungefähr jeder Dritte mit der Arbeit der Polizei bei der Kriminalitätsbekämpfung nicht zufrieden.²¹⁰

Bei den Studenten/innen ist die Situation hingegen vollkommen anders. Diese sind nahezu vollständig mit der Kriminalitätsbekämpfung der Polizei zufrieden; fast 90% (von immerhin 94 studentischen Befragten) vergeben die Noten 1 bis 3; nur 11,7% greifen zur Note 4; Fünfen und Sechsen gibt es von studentischer Seite gar keine.

Hinsichtlich der einzelnen statistischen Bezirke gibt es keine allzu großen Unterschiede in der Benotung. In der weitaus überwiegenden Zahl der Bezirke liegt die Durchschnittsnote wie in der gesamten Stadt zwischen 2,5 und 3,0 (also bei ‚3+‘)²¹¹.

Die beste Note wird mit 2,14 in dem Bezirk ‚Regierungs-Viertel/ Hochkreuz‘ erreicht, in dem sich die Polizei mit ihrer Zentrale ganz in der Nähe befindet.²¹²

Die eindeutig schlechteste Note (3,67) ergibt sich auf der anderen Seite im Bezirk Medinghoven. Wegen der geringen einstelligen Basis-Zahlen sollten beide Extrem-Werte jedoch keinesfalls überinterpretiert werden.

²¹⁰ Dies kann mit der größeren Viktimisierung dieser Personengruppen zusammenhängen. Personen mit größerer Opfererfahrung benoten die Arbeit der Polizei danach tendenziell eher schlechter als Nicht-Betroffene.

²¹¹ siehe hierzu die spezielle Karte im Anhang: Polizei-Benotung in den statist. Bezirken, Bonn 1999

²¹² Außerdem ist die Befragten-Zahl mit insgesamt 7 Personen hier äußerst gering. Die Ergebnisse können bei dieser geringen Basis sehr schnell schwanken (siehe Durchschnittsnote in dem benachbarten Bezirk ‚Reg. Viertel/ Gronau‘ = 3,4 bei insgesamt nur 5 Befragten).

Die Interpretation und Analyse der Daten der Polizei-Benotung wird erst in Zukunft besonders interessant, wenn durch entsprechende Befragungs-Intervalle und Replikationen weitere Messpunkte vorliegen sollten und über eventuelle Veränderungen und ihre Hintergründe (im Rahmen von Zeitreihen-Analysen) nachgedacht werden kann.

4.10. Einschätzung verschiedener präventiver/repressiver Maßnahmen (V19/V23)

Zum Abschluss des Ergebnisteils geht es nun um die Beliebtheit bzw. Favorisierung verschiedener (kriminal- und sozial-)politischer Maßnahmen, welche wir den Befragten in zwei verschiedenen Varianten zur Einschätzung vorgelegt haben. Zum einen (4.10.1) haben wir aus der Hamburger Befragung²¹³ eine sehr polarisierende Fragestellung übernommen (V19), die wir in unserer ‚split-half-Version‘ zusätzlich variiert haben. Zum anderen (4.10.2) haben wir eine Eigenkonstruktion (V23) von insgesamt 17 verschiedenen Maßnahme-Items gewählt und eingesetzt, welche sich in drei große Gruppen (soz.Prävention/ strafrechtl.Repression/ sachl.Aufklärung) unterteilen lassen, die jeweils unterschiedliche theoretische und politische Grundlinien reflektieren.

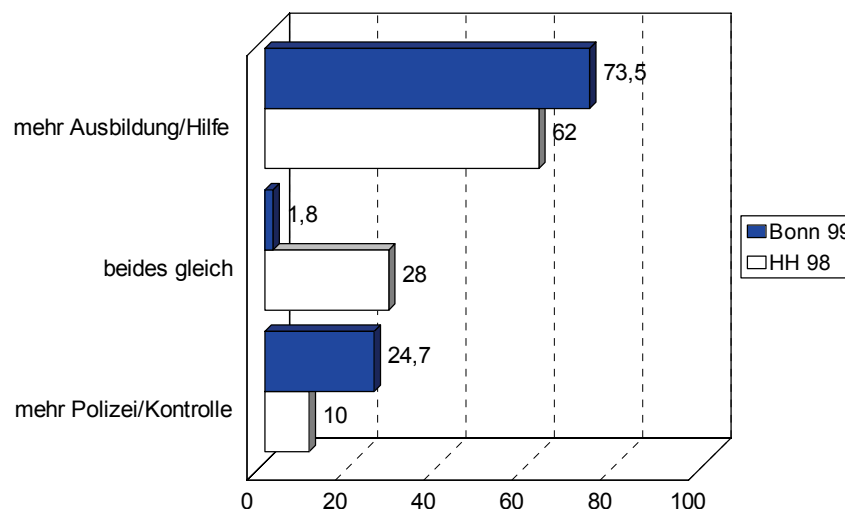
4.10.1. bei polarisierender Fragestellung (V19)

Die Befragten werden hier vor die Entscheidung gestellt, bei der bekannten Ausgangslage von knappen öffentlichen Mitteln entweder in Programme *„für den Arbeitsmarkt und für Bildung und Ausbildung“* zu investieren oder aber in Programme *„für den Ausbau von Polizei und Gefängnissen“*. Es geht also im Kern um die Frage, ob man mehr für Prävention durch soziale Hilfsmaßnahmen oder durch strafrechtliche Kontrollmaßnahmen eintritt.

Die Auswertung dieser Frage erbrachte folgendes Ergebnis im direkten Vergleich mit Hamburg:

Mehr Ausbildung (soz.Hilfe) oder mehr Polizei (soz.Kontrolle) ?

Vergleich: Bonn insg. und Hamburg (in %)



Quellen: KRABBE 1999 (V19) ; ISIP-Umfrage, HH 1998

²¹³ Siehe A.Legnaro, a.a.O., Institut für Sicherheits- und Präventionsforschung (ISIP), Hamburg

Es zeigt sich anhand dieser Grafik, dass sowohl in Hamburg als auch (noch etwas mehr) in Bonn die Befragten zu etwa zwei Dritteln die Investitionen in Arbeitsmarkt, Bildung und Ausbildung vorziehen gegenüber dem Ausbau von Polizei und Gefängnissen. Dabei erscheint es nicht sehr überraschend, dass bei einer derartigen Formulierung von Alternativen (Bildung/Ausbildung versus Polizei/Gefängnisse) dieses Ergebnis so klar und eindeutig ausfällt. Wir haben daher im Rahmen unserer ‚split-half-Technik‘ eine zweite (weniger suggestive) Alternativen-Formulierung gewählt, welche die gleichen kontroversen Positionen mit allgemeineren (weniger emotionalisierenden) Worten ausdrückt. An Stelle des ‚Ausbau von Polizei und Gefängnissen‘ geht es um ‚mehr soziale Kontrollmaßnahmen‘ und an Stelle der Programme für ‚Arbeitsmarkt, Bildung und Ausbildung‘ geht es um ‚mehr soziale Hilfsmaßnahmen‘. Vor derartig formulierte Alternativen gestellt, fällt das Ergebnis doch deutlich anders aus:

Mehr Ausbildung/Bildung (soz.Hilfe) oder mehr Polizei/Gefängnisse (soz.Kontrolle) ? Vergleich von 2 unterschiedlichen Bonner Frageversionen (in%)		
Persönl. Präferenz:	A-Version weiß²¹⁴	B-Version gelb²¹⁵
Lieber mehr:	91,7 (Ausbildung/ Bildung)	55,4 (soz.Hilfsmaßnahmen)
Beides gleich	2,1	1,5
Lieber mehr:	6,1 (Polizei/ Gefängnisse)	43,0 (soz.Kontrollmaßnahmen)
Insgesamt	99,9	99,9

Bei den Alternativen (der A-Version) entweder mehr ‚Ausbildung/Bildung‘ oder mehr ‚Polizei/Gefängnisse‘ entscheiden sich über 90% für erstere und gegen letztere. Bei den anders formulierten Alternativen (der B-Version) ‚soz. Hilfsmaßnahmen‘ gegenüber ‚soz. Kontrollmaßnahmen‘ halten sich diese beide nahezu schon die Waage. Das heißt: der allgemeinen Forderung nach mehr ‚Kontrolle‘ schließen sich weit mehr Leute an als der ganz konkreten Forderung nach einem ‚Polizei- und Gefängnis-Ausbau‘. Die in jeder Gesellschaft vorhandenen, eher repressiven und kontroll-orientierten Personengruppen werden mit der allgemeineren Frageformulierung wohl besser und zuverlässiger erfasst. Mit der Gefängnis-Ausbau-Alternative wird offensichtlich nur der harte

²¹⁴ Sie wissen sicher, dass der Staat hoch verschuldet ist und die öffentlichen Kassen nahezu leer sind. Deswegen muss man sich gut überlegen, wie man mit dem Geld umgehen sollte. Wenn Sie zu bestimmen hätten, ...würden Sie knappe Mittel lieber in Programme für den Arbeitsmarkt und für Bildung und Ausbildung investieren oder lieber in den Ausbau von Polizei und Gefängnissen ?

²¹⁵ ... würden Sie knappe Mittel lieber in Programme für mehr soziale Hilfsmaßnahmen investieren oder lieber in Programme für mehr soziale Kontrollmaßnahmen ?

Kern der ‚Repressionisten‘ angesprochen und dementsprechend auch abgebildet. Dieser hat offensichtlich einen Anteil von ca. 10% an der gesamten Bevölkerung (sowohl in Hamburg als auch in Bonn). Die Gruppe der ‚gemäßigten Repressionisten‘ ist demgegenüber beträchtlich größer, auch wenn sie den Anteil der überwiegend hilfe-orientierten ‚sozialen Präventionisten‘ nicht erreicht. Diese Erkenntnis bestätigt sich auch bei einem differenzierteren Zugang zu dieser Thematik, auf den wir abschließend eingehen wollen.

4.10.2. bei differenzierter Fragestellung (V23)

Mit der Frage V23 haben wir eine Reihe von Maßnahmen aufgelistet, die in der aktuellen Diskussion genannt werden, um die Sicherheit der Bevölkerung zu verbessern. Die Befragten werden gebeten jeweils auf einer 7-stufigen Skala anzukreuzen, für wie wichtig (von 1=sehr wichtig bis 7=gar nicht wichtig) sie ganz persönlich die jeweilige Maßnahme halten.

Die insgesamt 17 aufgeführten Maßnahmen lassen sich dabei folgenden drei theoretischen und politischen Grundlinien zuordnen:

1. Strafrechtliche Repression:

- schärfere Strafgesetze (V23.1)
- mehr Polizei (V23.3)
- mehr technische Überwachung (V23.6)
- mehr private Sicherheitskräfte (V23.8)
- mehr Ordnungsbeamte (V23.17)

2. Soziale Prävention:

- mehr soziale Hilfen (V23.2)
- mehr Arbeitsplätze (V23.4)
- mehr Angebote für die Jugend (V23.9)
- bessere Integration von Ausländern (V23.12)
- bessere Resozialisierung (V23.16)

3. Sachliche Aufklärung:

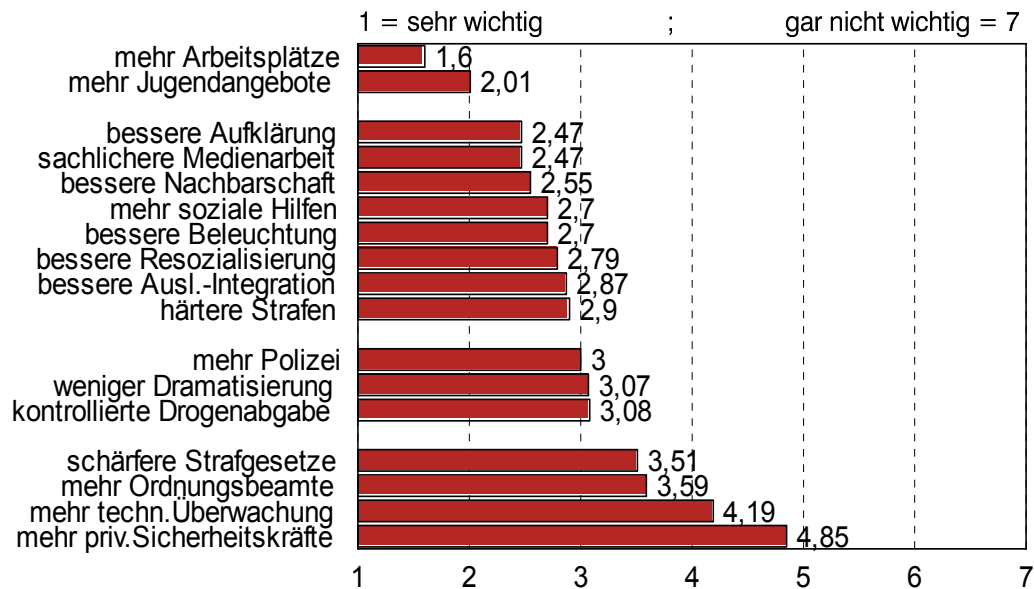
- bessere Aufklärung, sachliche Information (V23.4)
- sachlichere Medienarbeit (V23.10)
- weniger Dramatisierung (V23.15)

Die übrigen Maßnahmen (wie bessere Beleuchtung, besser funktionierende Nachbarschaft etc.) sind nicht eindeutig zuordnenbar.

1. Bei der Auswertung der Ergebnisse haben wir die einzelnen Maßnahmen nach ihrer jeweiligen durch die Bürger/innen zugewiesenen Wichtigkeit in eine Rangfolge gebracht, die sich an den entsprechenden Mittelwerten orientiert. Je geringer der Mittelwert, für desto wichtiger wird die Maßnahme gehalten:

Einschätzung (kriminal- und sozial-)politischer Maßnahmen

Bonner Befragte insgesamt (Mittelwerte)



Quelle: KRABBE-Projekt, Kriminologisches Seminar der Uni Bonn, 1999

Mit weitem Abstand an erster Stelle liegt die Forderung nach ‚mehr Arbeitsplätzen für Arbeitslose‘ (m=1,6). Dies entspricht der allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Problematisierung der Arbeitslosigkeit am Ende der 90-er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland und ist somit alles andere als eine Überraschung. Ebenfalls nicht besonders überraschend ist die Tatsache, dass die Forderung nach ‚mehr Angeboten für die Jugend‘ mit einem Mittelwert von 2,01 an zweiter Stelle steht.

Schon ein wenig außergewöhnlich erscheint es allerdings, wenn auf den nächsten Plätzen immer noch keine ‚Repressions-Forderungen‘ auftauchen, sondern sich hier erst einmal zwei Maßnahmen aus dem ‚Aufklärungsbereich‘ behaupten. Die relativ große Bedeutungs-Zuschreibung für eine ‚sachlichere Medienarbeit‘ (m=2,47) kann allerdings zu einem gewissen Teil auch als Folge der Thematisierung innerhalb des Fragebogens gesehen werden. Dies trifft in ähnlicher Weise auch auf die nächst-plazierte Maßnahme zu, bei der es um eine besser funktionierende Nachbarschaft‘ (m=2,55) geht.

Die in der aktuellen politischen Diskussion sehr häufig gehörte und nahezu von allen politischen Parteien geäußerte Forderung nach ‚mehr Polizei auf die Straße‘ (m=3,0) rangiert auf der ‚Wunschliste‘ der Bonner Bürger/innen direkt hinter der Forderung nach ‚härteren Strafen‘ (m=2,9) erst an 11. Stelle.

Weit abgeschlagen und ganz am Schluss befinden sich die weiteren repressions-geneigten Maßnahmen, wie ‚schärfere Strafgesetze‘ (m=3,51), ‚mehr Ordnungsbeamte‘ (m=3,59) und ‚mehr technische Überwachung‘ (m=4,19). Am allerwenigsten halten die Bonner Bürger/innen jedoch von einem weiteren Ausbau der privaten Sicherheitskräfte (m=4,85).

Zusammenfassend kann man feststellen, dass zur Verbesserung der Sicherheit der Bevölkerung die sozialen Präventionsmaßnahmen (mehr Arbeitsplätze/ Jugendangebote u.a.) in der Stadt Bonn eindeutig am meisten favorisiert werden. Die (strafrechtlichen) Repressionsmaßnahmen (schärfere Strafgesetze/ mehr Polizei u.a.) finden demgegenüber den geringsten Anklang. Im (oberen) Mittelfeld rangieren verschiedene Aufklärungs-Maßnahmen, wie z.B. die Forderung nach einer sachlicheren Medienarbeit.

2. Bezüglich der verschiedenen demografischen und sozialen Merkmale zeigt sich die Tendenz, dass die Frauen und die mittleren Jahrgänge²¹⁶ besonders die sozialen Präventionsmaßnahmen bevorzugen, während die älteren Jahrgänge und die Rentner einen gewissen Schwerpunkt bei den repressiven Maßnahmen aufweisen.

Bildet man aus jeweils sechs Präventions- und Repressions-Items zwei zusammengefasste Variablen, so erhält man die Möglichkeit, jene Personen herauszufiltern, die alle Maßnahmen der einen oder anderen Kategorie für wichtig (1-3) bzw. unwichtig (5-7) halten:

Extreme (Un-)Wichtigkeitseinschätzung von Prävention und Repression		
	(fast) alle wichtig (5-6)	Keine wichtig (0)
6 Präventions-Maßnahmen	31,9%	5,4%
6 Repressionsmaßnahmen	9,3%	29,9%
N =	1440	1440

Während nahezu jeder Dritte zumindest 5 soziale Präventionsmaßnahmen für wichtig hält, ist es bei den Repressionsmaßnahmen nicht einmal jeder Zehnte. Umgekehrt stufen auch knapp 30% der Befragten²¹⁷ alle Repressionsmaß-

²¹⁶ Einen Sonderstatus nehmen hierbei offensichtlich die ganz jungen Befragten (15-19) ein; bei ihnen kann man ansatzweise überproportionale Vorlieben für repressive Maßnahmen erkennen.

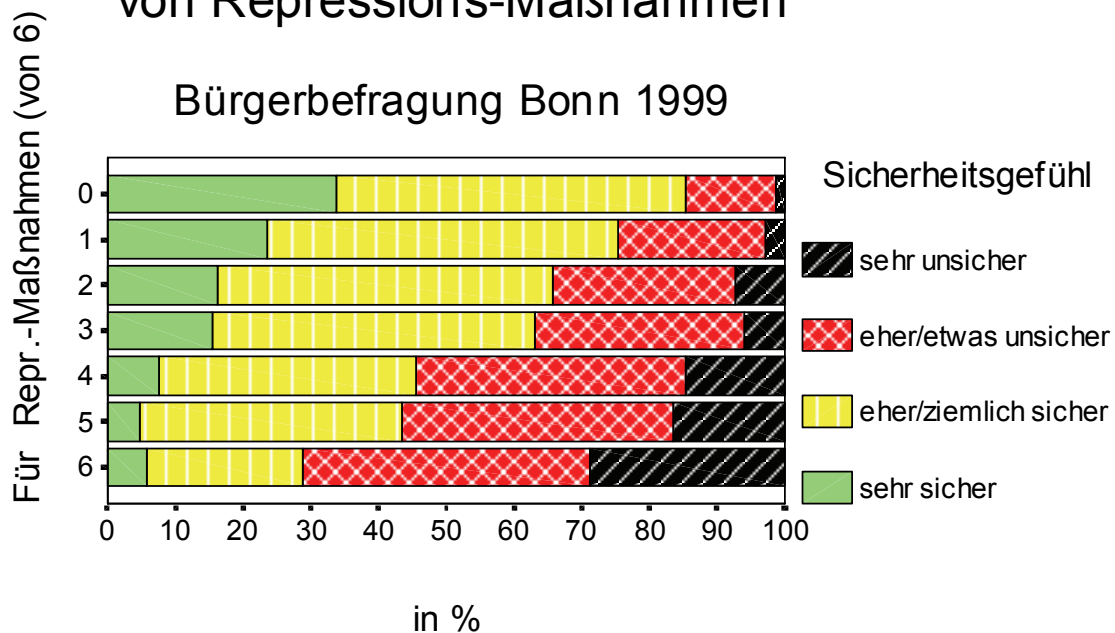
²¹⁷ Bei den Studenten sind dies sogar über 50%, bei den Rentnern dagegen nur 14%. (Azubis 19%; Schüler 27%)

nahmen als unwichtig ein, bei den soz. Präventionsmaßnahmen sind es nur 5,4%, die diese alle für nicht wichtig erachten. Dabei fällt auf, dass die Bürger/innen aus dem Stadtzentrum repressive Maßnahmen eher ablehnen als die übrigen Bürger/innen.

3. Bei einer näheren Analyse der ‚Präventions- und Repressions-Präferenzen‘ in Bezug auf die Kernvariablen zeigt sich ein extrem großer Zusammenhang mit dem ‚(Un-)Sicherheitsgefühl‘. Je größer das Unsicherheitsgefühl, desto intensiver ist das Eintreten für repressive Maßnahmen²¹⁸:

Sicherheitsgefühl und Forderung

von Repressions-Maßnahmen



Von den 429 Befragten, die keine einzige repressive Maßnahme für wichtig erachten, fühlen sich auch nur ganze 6 (=1,4%) als sehr unsicher. Auf der anderen Seite findet man unter den relativ wenigen (52) ‚Intensiv-Repressionisten‘ mehr als doppelt so viele Personen (15=28,8%), die sich als ‚sehr unsicher‘ empfinden. Hinzu kommen dann noch einmal 42,3% ‚eher Unsichere‘, so dass in dieser Gruppe letztendlich mehr als 70% auf der unsicheren Seite sind. Es spricht in diesem Fall einiges dafür, dass das ‚Unsicherheitsgefühl‘ wohl eher die Repressions-Neigung fördert als umgekehrt. Dabei kann man aber auch vermuten, dass beide Variablenbereiche eventuell zu einem umfassenden (politischen) Einstellungs-Syndrom zu rechnen sind, auf das wir im späteren Erklärungsteil noch näher eingehen wollen.

²¹⁸ Das gilt sowohl für die älteren als auch für die ganz jungen Jahrgänge.

4.4.2.3. Zusammenfassung der Ergebnisse der Bürgerbefragung (beschreibender Teil)

Im folgenden Abschnitt wollen wir noch einmal die wichtigsten Daten und Ergebnisse der Bürgerbefragung, die als Herzstück der Kriminologischen Regionalanalyse gelten kann, in beschreibender Form zusammenfassen:

- Nachdem gegen Ende des Jahres 1998 neben einem **Pretest** bei knapp 100 Studenten/innen auch eine **Expertenbefragung** bei über 150 Bonner Fachleuten aus Parteien, Ämtern, Organisationen, Vereinen, Verbänden und Initiativen durchgeführt worden ist, hat die eigentliche repräsentative Bürgerbefragung zu Beginn des Jahres 1999 (1.2.-15.3.99) stattgefunden. Mit Stichtag vom 12.1.1999 ist eine **repräsentative Zufallsstichprobe** (von ca.1,5%) aller mit Hauptwohnsitz in Bonn gemeldeten Bürger/innen (ab 15 Jahren) gezogen worden (N=246.495; n=4000).

- Diese 4000 zufällig ausgewählten Personen sind von uns aus methodischen Gründen noch einmal (nach Zufallsprinzip) in zwei Teilstichproben (à 2000) aufgeteilt worden, um einzelne Wirkungen von veränderten Frageformulierungen testen zu können.

Von den insgesamt 4000 angeschriebenen Bürger/innen haben genau 1467 geantwortet. Das entspricht einer alles in allem zufriedenstellenden **Rücklaufquote** mit 36,7%, die sich auch im Vergleich mit anderen schriftlichen Bürgerbefragungen sehen lassen kann. Da (wie zu erwarten) vor allem die ausländischen Mitbürger/innen eher nicht geantwortet haben, steigt die Antwortquote allein der Deutschen auf nahezu 40% und sie nähert sich damit der Wahlbeteiligungsquote bei der letzten Kommunalwahl vom Herbst 1999.

- Die **Repräsentativität der Antwortpopulation** (von 1467 Personen) ist hinsichtlich der Merkmale Alter und Geschlecht durchaus akzeptabel. Diesbezüglich dürfte es keine allzu großen Verzerrungen gegeben haben. Hinsichtlich der ‚Opferbetroffenheit‘ und des ‚Unsicherheitsgefühls‘ können wir keine klaren Aussagen machen, da hierzu Angaben über die Grundgesamtheit fehlen; es ist jedoch zu vermuten, dass sich tendenziell eher solche Bürger/innen beteiligt haben, die sich von dieser Thematik stärker tangiert gefühlt haben. Die diesbezüglich erhaltenen Ergebnisse dürften danach (wie bei derartigen Befragungen üblich) tendenziell eher etwas überzeichnet sein.

- So waren von den insgesamt 1435 Personen, die uns auf die Viktimisierungsfragen geantwortet haben, genau 770 (=53,7%) zumindest ein Mal von einem der 15 Straftatbestände betroffen. Bezogen auf die angeschriebene Ausgangspopulation sind dies jedoch nur 19,25%. Die realistische **allgemeine Viktimisierungsquote** dürfte danach zwischen 20 und 50% liegen. Das heißt: Mindestens jeder fünfte bis maximal jeder zweite Bürger ist im Jahr 1998 Opfer

von zumindest einem der aufgeführten Straftatbestände geworden. Bei einer Grundgesamtheit von ca. 245.000 Bonner Bürgern sind dies ca. 50.000 – ca. 125.000 Fälle allein bei diesen 15 Straftatbeständen. Hier sind die zahlreichen Massendelikte (wie z.B. Ladendiebstahl und Schwarzfahren) und weitere sogenannte opferlose Delikte (wie z.B. Drogendelikte), bei denen die Bürger nicht persönlich und nicht direkt betroffen sind und die somit nicht durch diese Befragung erfasst werden können, noch zu addieren.

- Es ergibt sich somit das aus allen derartigen Opferbefragungen bekannte Phänomen eines relativ großen Dunkelfeldes, welches u.a. auch daraus resultiert, dass nicht alle Straftaten von den ‚Opfern‘ als solche erlebt und definiert bzw. (aus den verschiedensten Gründen) nicht als solche angezeigt werden. Die durchschnittliche Anzeigequote variiert je nach Delikt zwischen Werten von über 50% (bei Wohnungseinbruch und KFZ-Diebstahl) bis zu Werten von unter 5% (bei Körperverletzung und sex. Belästigung).

- **Im direkten Vergleich mit anderen Kommunen**, deren Bürger/innen mit dem gleichen Erhebungsinstrument befragt worden sind (z.B. Herten und Castrop-Rauxel), kann man die Bonner Viktimisierungsquoten als durchaus normal und durchschnittlich bezeichnen, zumindest geben sie (ähnlich wie die offiziellen PKS-Zahlen) keinen Anlass zu besonderer Sorge.

- Dies verhält sich ein wenig anders **beim sog. intrakommunalen Vergleich**, bei dem es **hinsichtlich der Viktimisierung ein deutliches Alters-Gefälle** gibt. Danach sind die jungen Jahrgänge (15-19 Jahre) sehr viel stärker von den verschiedenen Straftaten betroffen als die älteren Jahrgänge. Dies bezieht sich vor allem auf einzelne Eigentums- und Gewaltdelikte und es bestätigt und ergänzt damit die vorliegenden Erkenntnisse aus dem Hellfeld. Der Bereich der häufig interaktiv ablaufenden Jugenddelinquenz verdient somit auch aus der Opferperspektive eine gewisse Aufmerksamkeit.

- Während der **Zusammenhang** zwischen Alter und Viktimisierung linear absteigend ist, stellt er sich **zwischen Alter und Unsicherheitsgefühl** als kurven-linear dar; er weist einen u-förmigen Verlauf auf. Das bedeutet: sowohl die jüngeren als auch die älteren Jahrgänge haben ein deutlich größeres Unsicherheitsgefühl als die mittleren Jahrgänge. Während die relativ große Kriminalitätsfurcht bei älteren Bürgern durch viele empirische Untersuchungen bekannt ist, eine lange Geschichte hat und immer wieder bestätigt wird, ist ein derartiges Ergebnis bei jüngeren Leuten (Schülern und Azubis) bisher eher nur in Ansätzen belegt und es drückt sich darin offensichtlich eine aktuelle Tendenz aus, die nicht nur auf Bonn beschränkt sein dürfte und in Zukunft allgemein einer intensiveren Beobachtung bedarf.

- Insgesamt lässt sich zu den verschiedenen gemessenen Angst- und Unsicherheits-Indikatoren sagen, dass sie sich in Bonn im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet und zu anderen Kommunen tendenziell eher auf einem niedrigeren Niveau bewegen. Das heißt: **auch die ‚subjektive Sicherheitslage‘ ist in der Stadt Bonn überwiegend normal** und alles in allem eher leicht unterdurchschnittlich. Dabei hat sich gezeigt, dass die Bonner Bürger/innen nicht nur geringere Kriminalitätsängste haben als die Bundesbürger/innen insgesamt, sondern dass diese zudem auch noch weit geringer sind als die Ängste vor anderen bedeutenden (allgemeinen und persönlichen) Lebensrisiken (wie z.B. Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alters-Hilflosigkeit).

- **Auch hinsichtlich der Standardfrage (V8) nach dem Unsicherheitsgefühl** („im Dunkeln allein auf der Strasse in der Wohngegend“) sieht die Situation in Bonn sehr viel besser aus als in anderen NRW-Kommunen, aus denen vergleichbare Daten vorliegen. Fühlt man sich dort (z.B. in Bochum, Essen, Herten) nur etwa zur Hälfte (50%) auf der sicheren Seite, so ist dies in der Stadt Bonn zu mehr als zwei Dritteln (67,8%) der Fall. Im internationalen Vergleich **fällt die gute Bonner Sicherheitslage erst recht ins Auge.**

- **Im intrakommunalen Vergleich** zeigt sich (anders als in den nordwestlichen Stadtbezirken) ein relativ geringes und unterdurchschnittliches Unsicherheitsgefühl bei den Bürgern aus den zentralen und den zentral-südwestlichen Stadtbezirken, wo an sich die meiste Kriminalität registriert wird. Dies deutet darauf hin, dass das Gesamtbild des Sicherheitsgefühls wohl weniger von kriminalitäts- und risiko-geneigten Umgebungen und Ereignislagen beeinflusst wird als vielmehr von den politischen Grundüberzeugungen und Werthaltungen der dort lebenden Bewohner. Eher linksliberal-postmaterialistisch eingestellte Bürger/innen, die vermehrt in den zentrumsnahen Gegenden zu finden sind, äußern signifikant weniger Unsicherheitsgefühle. Die eigene Betroffenheit als Opfer einer Straftat spielt demgegenüber eine deutlich geringere Rolle beim Unsicherheitsgefühl.

- Den wohl auffallendsten **Zusammenhang** mit dem **Unsicherheitsgefühl** weist das Interesse an sogenannten **‚Reality-TV-Sendungen‘** auf. Je größer das Interesse an derartigen Sendungen (wie z.B. Aktenzeichen XY, Notruf, Fahndungsakte), desto größer ist auch das Unsicherheitsgefühl. Gemeinsam ist allen diesen Sendungen, die es seit der Zeit des Privatfernsehens sehr viel häufiger gibt als zuvor, dass sie ein Konzentrat an Emotionen bieten mit der zusätzlichen Garantie des Realen; dies führt weitgehend zu einer Auflösung der Grenzen zwischen Wirklichkeit und Fiktion. Die dargestellten Katastrophen- und Kriminalfälle werden (anders als bei einem fiktionalen Krimi) als Realität und als mögliche und realistische persönliche Bedrohungen von verschiedenen Zuschauern wahrgenommen und (je nach Disposition) in entsprechende Ängste

umgesetzt. Derartige Sendungen haben somit wohl weniger angst-begründende als viel mehr angst-fördernde Wirkungen.

- Auf die gezielte Frage (V9) nach einer anderen Gegend in Bonn (außerhalb ihrer Wohngegend), wo sie sich möglicherweise fürchten würden (sog. Furchtzonen), hat die größte Gruppe aller Befragten (nahezu 30%) geantwortet, dass es keine derartige Gegend (in ihren Augen) gibt. Mit den Nennungen ‚Tannenbusch‘ (24%) und ‚Bonner Loch/Bahnhof‘ (18%) sind einerseits in der Stadt Bonn offensichtlich vorhandene Stereotype abgerufen worden, andererseits wird man die zum Teil dahinter stehenden realen Ängste auch durchaus ernst nehmen und mit ihnen umgehen müssen. Dabei geht es nicht nur um entsprechende Image-Aufbesserungen und Aufklärungsansätze auf der Bewusstseinssebene (nach dem Motto: alles gar nicht oder halb so schlimm), sondern auch um eventuelle Verbesserungen sozialer und realer Lagen, die möglicherweise angst-mindernd wirken können.

- Auf die Frage (V4) nach den **drei dringendsten Problemen in der Stadt Bonn**, die wir durch 13 verschiedene Items vorstrukturiert haben, rangieren in der Einschätzung der Bonner Bevölkerung soziale Probleme (wie Arbeitslosigkeit, Jugendförderung, soziale Unterschiede/Armut) und Verkehrsprobleme deutlich vor Sicherheits- und Ordnungsproblemen. Der Drogenproblematik, die als eine Art Meta-Phänomen (zwischen Gesundheits-, Sozial- und Sicherheitspolitik) zu betrachten ist, wird ebenfalls eine hohe Priorität (3.Rangplatz) eingeräumt. Ganz am Ende der Dringlichkeits-Skala befinden sich im Februar 1999 solche Probleme wie ‚Regierungs-Umzug‘ und ‚Korruption‘, wobei letztere aufgrund der aktuellen Thematisierungs-Welle gegen Ende des Jahres 1999 wahrscheinlich einen höheren Rangplatz zugewiesen bekommen hätte.

Wenn im Rahmen einer Bürgerbefragung zum Sicherheitsgefühl die Sicherheitsprobleme in ihrer Dringlichkeit erst im Mittelfeld eingestuft werden, ist dies ein weiteres Indiz dafür, dass die Stadt Bonn in diesem Punkt auch aus ‚subjektiver Perspektive‘ keinen besonderen und außergewöhnlichen Handlungsbedarf aufweist, was nicht bedeutet, dass überhaupt nichts zu tun ist.

- Diese Erkenntnis wird tendenziell bestätigt hinsichtlich der Einschätzung von **speziellen Problemen in der Wohngegend (V10)**. Auf einer Skala von 1 (gar kein Problem) bis 4 (großes Problem) bewegt sich die durchschnittliche Problematisierung auf einem Niveau zwischen 1 und 2 (geringes Problem). Das bedeutet: in den einzelnen Wohngegenden werden so gut wie gar keine oder nur sehr geringe Probleme gesehen. In der 4-er Spitzengruppe (von 13) befinden sich wiederum zwei Probleme, die dem Verkehrsbereich zuzurechnen sind. Auto-Raser und Falsch-Parker bereiten danach in der Wohngegend sogar noch ein wenig mehr Ärger als die derzeit sehr aktuellen und öffentlich thematisierten

Probleme wie ‚Schmutz und Müll in Straßen und Grünanlagen‘ und ‚Graffiti-Sprüher‘. Anders als bei der Problematisierung auf Stadt-Ebene stellen die Drogenabhängigen in den einzelnen Wohngegenden offensichtlich so gut wie kein Problem dar.

- Die Medien spielen durch ihre weiterhin zunehmende gesellschaftliche Verbreitung und Bedeutung eine immer wichtigere Rolle bei der Konstituierung von Kriminalitätsbildern und auch Kriminalitätsängsten und somit bei der Beeinflussung von ‚subjektiven Sicherheitslagen‘. Speziell das Fernsehen ist im Verlauf der 80-er und 90-er Jahre zum wichtigsten Informationsmedium für Kriminalität geworden (V11). Die Abhängigkeit vor allem der privaten Sender von den Werbeeinnahmen und den hierdurch alles dominierenden Einschaltquoten macht einen gewissen Druck, spezielle Phänomene wie soziale Probleme und Kriminalität noch dramatisierender und spektakulärer darzustellen als es für Massenmedien eh schon charakteristisch ist. Mit dem Dramatisierungs-Pegel wächst aber auch der ‚Unsicherheits-Pegel‘ der Zuschauer. Besonders jene Personen, die ein großes Interesse für ‚Reality-TV-Sendungen‘ bekunden, haben tendenziell mehr Kriminalitätsfurcht und mehr Unsicherheitsgefühle. Das gleiche gilt aber auch für Leser/innen der Boulevardpresse (Bild und Express).

- Auch hinsichtlich des Freizeitverhaltens (V17) zeigt sich, dass das Fernsehen bei weitem die häufigste und zeit-intensivste Beschäftigung der Bevölkerung darstellt; dies gilt vor allem auch für die älteren Jahrgänge, die somit und angesichts sich verringernder sonstiger sozialer Kontakte ihr Wirklichkeitsbild in zunehmendem Umfang aus den Fernseh-Inhalten konstituieren. Dabei ist es durchaus nachvollziehbar, dass dies auch entsprechende Auswirkungen auf das Unsicherheitsgefühl hat. Bürger/innen mit überwiegend häuslichen Freizeitaktivitäten fühlen sich unsicherer als solche mit überwiegend modernen Aktivitäten bzw. mit Außenaktivitäten (Kneipenbesuch/ Kinobesuch/ Sport treiben). Die Viktimisierungsrisiken sind demgegenüber verständlicher Weise bei letzteren größer.

- Die Einschätzung des Nachbarschaftsverhältnisses (V20) ist in der Stadt Bonn zum weit überwiegenden Teil ‚freundlich/hilfsbereit‘ (79%) und sehr viel weniger ‚anonym‘ oder gar ‚feindlich/ablehnend‘. Dabei fällt auf, dass in den ‚Beton-Strukturen‘ und den ‚sozialen Brennpunkten‘ des Bonner Nordwestens die Anonymität sehr viel geringer und die Hilfsbereitschaft der Bürger/innen untereinander sehr viel größer zu sein scheint als in manchen anderen Stadtbezirken. Dies gilt auch für die Bereitschaft zur Mitarbeit in Nachbarschaftsgruppen (V21). Absoluter Spitzenreiter in dieser Hinsicht ist der Bezirk Neu-Tannenbusch, wo fast jeder zweite (46,4%) sich zu einer derartigen uneingeschränkten Mitarbeit bereit erklärt. Hieran lässt sich positiv anknüpfen in Richtung einer Aktivierung und Förderung basis-orientierter Initiativen,

welche wirkungsvoller für das Sicherheitsgefühl sein können als die Verschärfung von verschiedenen repressiven Maßnahmen.

- **Der Stellenwert von strafrechtlich-repressiven Maßnahmen** (V19/V23) zur Verbesserung der Sicherheit ist in der Bonner Bevölkerung nicht besonders hoch. Demgegenüber schätzen die Bürger/innen verschiedene sozial-präventive Maßnahmen als sehr viel wichtiger ein. Eine Verbesserung des Arbeitsplatz-Angebots und der Beschäftigungs-Situation (speziell auch für Jugendliche) erscheint den Bürgern in Hinsicht auf ihre Sicherheit im Durchschnitt doppelt so wichtig wie ‚schärfere Strafgesetze‘ und ‚mehr Polizei‘ und sogar dreifach so wichtig wie ‚mehr private Sicherheitskräfte‘. Eine erstaunlich hohe Bedeutung wird auch einzelnen Aufklärungs-Maßnahmen wie z.B. einer sachlicheren Medienarbeit beigemessen.

- Während der Wunsch nach ‚mehr Polizei‘ sich durchaus in Grenzen hält und vor dem Hintergrund der aktuell laufenden öffentlichen Diskurse und Forderungen schon eher ein wenig überraschend ist, liegt die **Bewertung/Benotung der Arbeit der Bonner Polizei** bei der Kriminalitätsbekämpfung (V22) vergleichsweise im normalen oder sogar eher etwas überdurchschnittlichen Bereich. Vor dem Hintergrund der bekannten Schulnoten-Skala von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend) kann sie sich mit einer Durchschnittsnote von 2,85 (3+) im Vergleich mit anderen NRW-Kommunen, aber vor allem auch mit den neuen Bundesländern durchaus sehen lassen. Zumindest lässt sich auf dieser Bewertungsbasis die zukünftige polizeiliche Arbeit solide aufbauen und weiter entwickeln.

- **Alles in allem** ergeben somit auch die ‚subjektiven‘ Daten aus der Bürgerbefragung für die Bonner Sicherheitslage eher **ein positives Gesamtbild** ab, welches zwar viele interessante Einzelaspekte und Anregungen liefert, aber insgesamt wohl keinen erkennbaren Grund zu besonderer Sorge und zu unreflektierter Hektik bietet.

4.4.2.4. Ansätze zur multivariaten und multidimensionalen Erklärung der Sicherheitslage

Während die bisherige Analyse der Ergebnisse der Bürgerbefragung vorwiegend auf der beschreibenden (deskriptiven und bi-variaten) Ebene verblieben ist, wollen wir nun zumindest ansatzweise auch die Erkenntnisse einiger erklärender (multivariater und multidimensionaler) Analyseschritte in Hinblick auf die Sicherheitslage darstellen. Hierzu haben wir sowohl kontext-analytische Verfahren auf der Aggregatdaten-Ebene (1.) als auch regressions- und korrelations-analytische Verfahren auf der Individualdaten-Ebene (2.) angewandt.

4.4.2.4.1. Kontext-Analyse auf der Aggregatdaten-Ebene (für 62 stat.Bezirke)

Alle Kontext-Variablen liegen als Aggregatdaten vor; sie unterscheiden sich damit im wesentlichen von den Individualdaten, die sich immer auf einzelne Personen beziehen. Aggregatdaten beschreiben demgegenüber stets ganze Systeme, Kontexte, Strukturen oder wie in diesem Fall ganze Stadtbezirke oder auch statistische Bezirke.

Die insgesamt 62 stat.Bezirke der Stadt Bonn lassen sich durch verschiedene Struktur- oder Kontextmerkmale kennzeichnen, welche wir ausschließlich aus dem ‘Sozialatlas der Bundesstadt Bonn 1998’ entnommen haben. Sie können Aussagen machen über folgende Aspekte eines Stadtbezirks:

Demografische Struktur und Lage:

- Einwohner-Zahl (KV 3)
- Anteil der 18-u.30-Jährigen (KV 4)
- Anteil der ü.64-Jährigen (KV 5)
- Anteil der u.15-Jährigen (KV 6)
- Frauen-Anteil (KV 8)
- Einwohnerdichte /pro qm (KV 10)
- Einwohner-Entwicklung 1990-1998 (KV 11)
- Ledigen-Anteil (KV 12)
- Single-Hh-Anteil (KV 13)
- Alleinerziehenden-Anteil (KV 14)

Mittels einer Faktorenanalyse haben wir aus verschiedenen Einzelvariablen (KV4, 10, 12, 13, 14) einen neuen Faktor (Fac2_Yup) gebildet, welcher auch als demografischer Faktor oder als ‘Yuppie-Struktur-Faktor’ bezeichnet werden

kann. Er unterscheidet die einzelnen statist. Bezirke nach ihrer Alters- und Single-Struktur.

Soziale Struktur und Lage (inkl. Migranten-Struktur):

- Wohngeldempfänger/ auf 100.000 Einw. (KV 15)
- Arbeitslosenquote (KV 17)
- Arbeitslosenquote unter 25 Jahren (KV 18)
- Sozialhilfe-Empfänger/ auf 100.000 Einw. (KV 19)
- Sozialhilfe-Empfänger unter 18 Jahren (KV 20)
- Ausländer-Anteil (KV 7)
- Spätaussiedler-Anteil (KV 9)

Wiederum mittels einer Faktorenanalyse haben wir aus allen diesen sozialstrukturellen Einzelvariablen einen einheitlichen Faktor 'Sozialstruktur' (Fac1_soz) gebildet. Dieser beschreibt in komprimierter Form die soziale Lage eines statistischen Bezirks.

Diese demografischen und sozialen Struktur-Faktoren lassen sich nun in Zusammenhang bringen mit subjektiven und objektiven Sicherheits- und Kriminalitätsdaten, die allerdings auch in Aggregatdatenform vorliegen müssen, d.h. es muss jeweils ein Wert für jeden einzelnen der 62 statistischen Bezirke vorhanden sein.

Da wir bei unserer Bürgerbefragung zum Sicherheitsgefühl auch den stat. Bezirk als eine Variable mit erhoben haben, ist es uns nun möglich die erhobenen subjektiven Variablen nach diesen 62 Bezirken zu differenzieren, in jeweils einen Kontextwert zu aggregieren und zusammen mit den anderen Kontext-Daten aus dem Sozialatlas zu analysieren. Folgende Variablen, die sich bei der Individualdaten-Analyse schon als erklärungskünftig erwiesen haben und die theoretisch Sinn machen, haben wir entsprechend aggregiert und zur näheren Kontext-Analyse herangezogen:

Zentrale abhängige Variablen zu Kriminalität und Kriminalitätsfurcht:

- KV 30: Durchschnittliche Viktimisierung (V05.14)
- KV 31: Durchschnittliches Sicherheitsgefühl (V08)
- KV 35: Straftaten-Angst (V01)

- KV 36: (Keine) Problematisierung von 'physical disorder' in der Wohngegend
Unter 'physical disorder' wurden folgende 4 Items der Frage V10 zusammengefasst:
 - heruntergekommene und leerstehende Gebäude
 - zerstörte Telefonzellen
 - besprühte/beschmierte Hauswände
 - Schmutz und Müll in den Straßen oder Grünanlagen

- KV 37: (Keine) Problematisierung von 'social disorder' i.d. Wohngegend (V10)

Hierunter wurden folgende 4 Items der gleichen Frage V10 gefasst, bei der es um verschiedene Probleme in der Wohngegend ging:

- sich langweilende und nichtstuende Jugendliche
- Drogenabhängige
- Betrunkene
- zu viele Ausländer/Asylbewerber

Variablen zur politischen Einstellung und zum Lebensstil:

- KV 32: Repressions-Neigung (V23)
- KV 33: Post/-Materialistische Einstellung (V03)
- KV 34: Links-Rechts-Einstufung (V16)
- KV 38: aktiv-mod. Freizeitverhalten (V17)

Aus den Variablen KV33, KV34 und KV36 haben wir faktorenanalytisch einen neuen Faktor (fac3_pol) konstruiert, welcher so etwas wie die politische Grundeinstellungs-Struktur der statistischen Bezirke beschreiben kann; hiermit ist gemeint, ob in einem Bezirk nun eher mehr konservativ-materialistische oder eher mehr linksliberal-postmaterialistische Bürger/innen wohnen.

Neben den Sozialdaten und den Befragungsdaten bilden die sogenannten ZVV-Daten des PP Bonn einen dritten Schwerpunkt der Kontextanalyse. Die ZVV-Daten haben im Unterschied zu den PKS-Daten den Vorteil, dass sie auch für die 62 statistischen Bezirke heruntergebrochen werden können und so zusammen mit den obigen Variablen in ein- und denselben Analysezusammenhang gebracht werden können.

Von den ZVV-Daten haben wir folgende Einzelvariablen für die Kontextanalyse ausgewählt:

- KV 40: alle Delikte - absolute Zahlen
- KV 41: alle Delikte - HZ
- KV 42: Fahrraddiebstähle
- KV 43: Diebstähle an/aus KFZ
- KV 44: Wohnungseinbrüche (inkl. Keller u. Lauben)
- KV 45: Körperverletzungen (einf. u. schwere)

Alle Variablen sind mit ihren Aggregatdaten in eine einheitliche SPSS-Datei übertragen worden und im Anschluss daran faktorenanalytisch zu einem einheitlichen Deliktsstruktur-Faktor (fac4_zvv) zusammengefasst worden. In einem weiteren Arbeitsgang sind dann die verschiedenen Einzelvariablen und

die neu gebildeten Kern-Faktoren regressions- und korrelations-analytisch auf ihren jeweiligen Einfluss und Zusammenhang näher untersucht worden.

Dabei haben sich folgende interessante Ergebnisse gezeigt:

1. Die demografische Lage beeinflusst die ‘Viktimisierung’: Wohngegenden mit einem relativ großen Anteil an älteren Bewohnern weisen durchschnittlich eher geringe Viktimisierungsraten auf; d.h. derartige ‘Alten-Wohngegenden’ sind tendenziell sicherer als Wohngegenden mit überwiegend jüngerer Altersstruktur. Hierin kann man eine weitere Bestätigung für jenes Phänomen erkennen, welches in der wissenschaftlichen Diskussion auch als ‘Kriminalitäts-Furcht-Paradoxon’ bekannt ist. Die älteren Bürger haben auf der einen Seite zwar das geringste reale Kriminalitätsrisiko, auf der anderen Seite weisen sie jedoch in der Regel die größte ‘Kriminalitätsfurcht’ auf, was im wesentlichen allerdings auf ihre tendenziell größere Verletzbarkeit (‘Vulnerabilität’) zurückgeführt wird und somit nicht mehr ganz so paradox erscheint wie zunächst angenommen.

2. Die soziale Lage beeinflusst im besonderen Maße das ‘Sicherheitsgefühl’: Wohnbezirke, die aufgrund verschiedener Indikatoren (wie z.B. hohe Arbeitslosenquote, hohe Anteile an Wohngeld- und Sozialhilfe-Empfängern) als eher ‘sozial schwach’ bezeichnet werden können, weisen tendenziell die höchsten Raten an ‘Kriminalitätsfurcht’ (gemessen an der Standardfrage) auf. Offensichtlich führen unsichere und defizitäre soziale Strukturen und Situationen auch eher zu allgemeinen Verunsicherungen, Zukunfts- und Lebensängsten der Bevölkerung, was sich u.a. somit wohl auch an der vermehrt gemessenen ‘Kriminalitätsfurcht’ feststellen lässt. Eindrucksvolle empirische Belege hierfür gibt es vor allem auch aus den neuen Bundesländern. (Reuband u.a.) Auf der kommunalen Ebene scheint dieser Befund bestätigt zu werden. Soziale und sozialpolitische Maßnahmen erweisen sich hiernach als ein wichtiger Hebel, um sowohl allgemeine Lebens-Verunsicherungen als auch konkrete Kriminalitätsängste in der Bevölkerung zu reduzieren.

3. Die Einordnung von ‘physical disorder’ als spezielles Problem in der Wohngegend hängt nicht unwesentlich von der politischen Grundeinstellung der Bewohner ab:

Gemessen an verschiedenen Indikatoren kann man sagen: Je liberaler, weniger repressiv und eher postmaterialistisch sich die politische Grundeinstellung in den verschiedenen Stadtbezirken abbildet, desto größer ist der Anteil jener Leute, die keine Probleme mit Erscheinungen der physischen Unordnung und Unsauberkeit haben. Unter den Begriff der ‘physical disorder’ werden solche Phänomene wie Müll und Schmutz auf den Straßen, zerstörte Telefonzellen, ‘Graffiti’ u.a. gefasst.

4. Die Einordnung von ‘social disorder’ wird demgegenüber eher von sozialstrukturellen Faktoren innerhalb des Wohngebiets beeinflusst:

Je größer der Anteil an sozial schwachen Personen in einzelnen Wohngebieten, desto größer wird auch der Anteil von Befragten, welche in bestimmten sozialen Randgruppen und Personen, wie zum Beispiel Drogensüchtige und Betrunkene, aber auch ‘sich langweilende und nichtstuende Jugendliche’ eher ein Problem sehen. Man spricht in diesem Fall in Abgrenzung zu dem Phänomen der ‘physical disorder’ auch von der sog. ‘social disorder’; einmal stehen eher Sachen im Zentrum des Ordnungsdenkens und das andere Mal sind es vorwiegend Personen bzw. Menschen. Im Gegensatz zu New-York und dem dortigen ‘Null-Toleranz-Aufräum-Modell’ sollte mit Menschen (und seien sie auch noch so ‘problematisch’) grundsätzlich anders umgegangen werden als mit ‘physischem Müll und Unrat’, worauf man bei der äußerst bedenklich stimmenden Euphorie über das New-Yorker Modell in unseren Landen nicht oft genug aufmerksam machen kann. Diese klare und eindeutige Differenzierung und Abgrenzung ist jedoch auch in den Antworten der Bonner Bürgerinnen und Bürger zu erkennen. ‘Soziale Ordnungsprobleme’ werden auf einem noch sehr viel geringeren Niveau gesehen als die eh schon nicht besonders hoch gehängten ‘physischen Ordnungsprobleme’.

5. Die weit überwiegende Zahl an Strafanzeigen wird in Bonn (wie auch in anderen Städten und Großstädten) im Stadtzentrum und den zentrumsnahen Stadtteilen bzw. in den Geschäftszentren der anderen Stadtteile (Bad- Godesberg, Beuel) registriert, was im wesentlichen auf die dort günstigen Gelegenheitsstrukturen für die Massendelikte (Ladendiebstahl, einf. Diebstahl, Schwarzfahren etc.) zurückzuführen ist.

Diese Strukturen bestimmen die Gesamtverteilung der Kriminalität in einer Stadt, was sich durch einen Blick auf die Verteilung der Massendelikte sehr gut nachvollziehen lässt.

6. Der Fahrraddiebstahl als relativ häufiges Einzeldelikt wird signifikant beeinflusst durch demografische Faktoren in den Stadtbezirken:

Er hat vor allem dort seine intra-kommunalen Hochburgen, wo es relativ viele junge Single-Haushalte, Ledige und Studenten gibt. Diese Bezirke sind relativ universitäts- und zentrumsnah, sehr stark fahrrad-frequentierte und zudem mit relativ günstigen einschlägigen Gelegenheitsstrukturen für Fahrraddiebstähle versehen, d.h. mit vielen Abstellflächen im öffentlichen (wenig geschützten) Raum.

7. Ganz ähnliche Zusammenhänge und Einflüsse zeigen sich bei dem ‘Diebstahl an/aus KFZ’, welche in den überwiegend zentrumsnahen Stadtbezirken gehäuft auftreten.

Hier sind die Gelegenheitsstrukturen für derartige Delikte in Form von viel öffentlichem, relativ ungeschütztem, aber häufig genutztem Parkraum besonders günstig.

Weitere Zusammenhänge mit anderen Deliktsverteilungen lassen vermuten, dass hier eventuell auch gewisse Anzeige-Effekte und/oder mögliche polizeiliche Kontrollschwerpunkte eine Rolle spielen können.

8. Wohnungseinbrüche werden nach unseren Kontext-Analysen am ehesten vom Faktor ‘Sozial-Struktur’ und in zweiter Linie vom ‘demografischen Faktor’ beeinflusst. Dabei sind hier die Einzelvariablen Einwohnerzahl und Einwohnerdichte besonders zu beachten:

Je größer die Einwohnerzahl und -dichte, desto größer ist das Risiko eines Wohnungseinbruchs, was darauf hindeutet, dass hier wohl vor allem eher Mietwohnungen das Objekt der Begierde darstellen (z.B. im Bonner Norden, auf dem Hardtberg und in Beuel-Zentrum). Einfamilienhauslagen mit einer deutlich geringeren Einwohnerdichte scheinen demgegenüber rein quantitativ und in absoluten Zahlen weniger betroffen zu sein, was sich im Vergleich zur Einwohnerzahl dann jedoch wieder relativieren dürfte.

9. Körperverletzungsdelikte werden sowohl von zentrumsnahen demografischen Lagen (mit einer bestimmten ‘aktiven’ Lebensstil-Struktur) als auch von sozialen Lagen beeinflusst.

Körperverletzungen konzentrieren sich neben den Stadtzentren offensichtlich eher in solchen Bezirken, in denen es auch tendenziell mehr soziale Probleme gibt; sei es, dass hier der Druck zu gewalttätigem Verhalten größer ist (eig. Gewalterfahrungen in der Sozialisation oder anomische Situationen der soz. Desintegration); sei es, dass hier (wie in den Zentrums-lagen) die Gelegenheits- und Lebensstilstrukturen für Gewalthandlungen besonders günstig sind (sog. routine activity approach); sei es, dass hier eventuell auch eher die Öffentlichkeit Zugang hat bzw. eher angezeigt wird oder die Anzeige durch die Polizei eher aufgenommen wird (sog. Selektions-Labeling).

4.4.2.4.2. Korrelations- und Regressionsanalyse auf der Individualdatenebene (für 1467 Befragte)

Hinsichtlich der verschiedenen Fragen bzw. Variablen des Fragebogens lassen sich modell-artig und hypothetisch folgende grundlegende Einflussrichtungen unterstellen. Danach beeinflussen die unabhängigen Variablen in ihren verschiedenen Ausprägungen die abhängigen Variablen, zu denen wir neben ‚Viktimisierung‘ und ‚Kriminalitätsfurcht‘ auch die ‚Disorder-Problematisierungen‘ und die ‚Polizei-Benotung‘ gerechnet haben:

unabh. Variablen:

Berufsposition (V30)/ soz.Lage (V18)/ Alter (V25)/ Geschlecht (V24)
polit.Einstellung (V3/V16) / Repressions-Neigung (V23) / Lebensstil (V17)/
Viel-Fernseher (V17.5/V13)

abhängige Variablen:

Viktimisierung (V5)/ Kriminalitätsfurcht (V8/V1) / Zukunfts-Angst (V2/V15)
Disorder-Problematisierung (V10)
Polizei-Bewertung (V22)

Dieser Variablen-Satz wurde mit Hilfe verschiedener korrelations- und regressions-analytischer Verfahren auf den komplexen Zusammenhang und Einfluss der einzelnen Variablen untersucht. Auch der Einsatz von Faktoren- und Cluster-Analysen ist durch das Software-Paket ‚Statistical Package for the Social Sciences‘ (SPSS 8.0) möglich gemacht worden.

Folgende Ergebnisse aus diesen Analysen sind zusammenfassend hervorzuheben²¹⁹:

- Die Berufsposition und damit auch die soziale Lage haben einen sehr starken Einfluss auf die allg. Unsicherheit und Zukunftsangst, speziell auf die Kriminalitätsfurcht, aber auch auf die Viktimisierung. Vor allem Arbeitslose, Lehrlinge und Schüler sind hier in besonderer Weise betroffen. Diese haben ihrerseits wiederum deutlich repressivere Vorstellungen und Wünsche als die meisten anderen Bevölkerungsgruppen. Hier werden sie nur noch von den Rentnern übertroffen. Die etablierten und sozial am besten abgesicherten Vollzeit-Berufstätigen trifft es am wenigsten, sowohl subjektiv als auch objektiv. Damit bestätigt sich der Befund der Kontextanalyse, der besagt, dass unsichere soziale Lagen besonders viktimisierungs- aber auch besonders kriminalitätsfurcht-anfällig sind.

²¹⁹ Einen synoptischen Überblick über die festgestellten Zusammenhänge und Einflüsse liefern die Schaubilder ‚Zentrales Krabbe-Erklärungsmodell für Kriminalitätsfurcht und für Viktimisierung‘ im Anhang.

- Die intensive Fernseh-Nutzung von Bürgern und speziell das besondere Interesse an den dramatisierenden Reality-TV-Sendungen (wie AZ XY, Notruf, Explosiv, Brisant u.a.) weist einen sehr deutlichen Zusammenhang auf mit verschiedenen subjektiven Unsicherheitsfaktoren, speziell auch mit der durch die Standardfrage gemessenen Kriminalitätsfurcht. Hinsichtlich der Frage der Wirkungsrichtung zeigen multivariate Regressions-Analysen, dass die entsprechende intensive Fernseh-Nutzung stärker die Angst beeinflusst als umgekehrt.

- Ängste und Unsicherheiten hängen zudem sehr stark mit besonders konservativen und repressiven polit. Einstellungen zusammen. Auch die Problematisierung von Disorder-Phänomenen in der Wohngegend ist bei eher ängstlichen und repressiv eingestellten Bürgern besonders groß.

Danach darf man vermuten, dass die Problematisierung von Disorder-Phänomenen eher ein Reflex von persönlichen Ängsten und von repressiven Einstellungen der Bürger ist als eine Abbildung von realen Problemen. Als solche werden Disorder-Probleme in den Bonner Stadtbezirken von den befragten Bürgern nur in sehr geringem Ausmaß berichtet. Verkehrsprobleme (Auto-Raser, Falsch-Parker) rangieren hier eindeutig an erster Stelle vor physical-disorder-Problemen (Schmutz, Müll, Graffiti u.a.); an letzter Stelle finden sich dann erst die social-disorder-Probleme (Penner, Drogis, nichtstuende Jugendliche u.a.).

- Hinsichtlich der verschiedenen Maßnahme-Konzepte für zukünftige Präventionsarbeit kann man drei verschiedene Grund-Positionen ausfindig machen:

- 1) die 'Repressionisten' (mehr Strafe, mehr Polizei, mehr Überwachung)
 - 2) die 'Soz.Präventionisten' (mehr soz.Hilfe, Arbeitsplätze, Jugendangebote)
 - 3) die 'rationalen Aufklärer' (mehr sachl. Information, weniger Dramatisierung)
- Die Korrelations- und Faktorenanalysen belegen, dass die Positionen 2 und 3 (Soz.Prävention und Aufklärung) noch sehr viel deutlicher als die 'repressive Position' ein Reflex von politischen Grundüberzeugungen sind.

- Die Viktimisierung wird am stärksten vom Lebensalter und damit wohl auch vom Lebensstil der Befragten beeinflusst: besonders die 15-19Jährigen sind von verschiedenen Delikten (wie z.B. Raub, Körperletzung, Diebstahl, Bedrohung) eindeutig am meisten betroffen. Lehrlinge dabei ebenso wie Schüler. Die aus dem Hellfeld bekannten Zahlen werden hier um ein vielfaches noch übertroffen.

- Bei einer Gesamtanalyse der verschiedenen Zusammenhänge auf den verschiedenen Ebenen zeichnet sich eine gemeinsame Tendenz ab:

Sozial (noch) nicht integrierte Personen (Arbeitslose, Schüler, Lehrlinge, Soz.Hilfe-Empfänger etc.) weisen neben ihren relativ großen Lebens- und Zukunftsängsten auch relativ große Kriminalitätsängste auf. Letztere werden gefördert durch ihre besonderen Lebensumstände, in denen sie einerseits aufgrund ihrer besonderen Zeit-Ressourcen und Lebensstile offensichtlich eher den modernen Dauer-Berieselungen und Skandalisierungen/Dramatisierungen vor allem der privaten Fernseh-Sender der 90-er Jahre ausgesetzt sind, in denen sie sich andererseits aber auch im öffentlichen Raum in besonders ungeschützten und gefahr-geneigten Situationen relativ häufig aufhalten.

Ihre besondere und auch unsichere soziale Lage ist gekennzeichnet von mehreren begünstigenden Faktoren sowohl für ihre Viktimisierung als auch für ihre Kriminalitätsfurcht.

- Als Konsequenz lässt sich die alte Forderung von Liszt's wiederholen und entsprechend ergänzen bzw. umformulieren:

Eine gute Sozialpolitik ist die beste Sicherheitspolitik, und zwar in dreifacher Hinsicht:

- 1) Reduzierung von sozialer Unsicherheit
- 2) Reduzierung von Zukunftsängsten und Kriminalitätsfurcht
- 3) Reduzierung von Kriminalität

Während der alte Liszt'sche Satz sich allein auf die Kriminalpolitik bezog und dabei vor allem die ‚objektive‘ Kriminalitätslage anzielte, kann man diesen nach unseren Erkenntnissen auch auf die ‚subjektive‘ Kriminalitätslage‘ und das Sicherheitsgefühl ausdehnen.

4.5. Zusammenfassung der objektiven und subjektiven Datenlage

Das Kriminologische Seminar der Universität Bonn (Prof. Marquardt/Dr. Rüther) hat im Auftrag des Rates zur Kriminalprävention der Stadt Bonn (Vorsitz: OB Bärbel Dieckmann/ PP Dierk-Henning Schnitzler) im Jahr 1999 erstmals eine Kriminologische Regionalanalyse für das Gebiet der Stadt Bonn durchgeführt. Dabei findet dieses Projekt seine theoretische Orientierung in den zentralen und allgemein anerkannten Ansätzen der kriminologisch-soziologischen Fachdisziplin²²⁰ und seine methodische Anleitung in den einzelnen Standards, die in den letzten Jahren für derartige Analysen entwickelt worden sind. Letztere beinhalten zunächst die grundsätzliche Zweiteilung in einen ‚objektiven‘ und in einen ‚subjektiven‘ Analyse-Teil, was somit auch für die Bonner Vorgehensweise gilt.

Im ersten ‚objektiven‘ Teil geht es um die Beschreibung und vergleichende Einordnung der offiziellen statistischen Kriminalitätsdaten, die in aller Regel von den Polizeibehörden selbst erfasst und zusammengestellt werden. Hiermit wird aber nur ein ganz bestimmter selektiver Ausschnitt des gesamten Kriminalitätsgeschehens beschrieben, der vielfach auch als ‚Hellfeld‘ bezeichnet wird.

Im zweiten ‚subjektiven‘ Teil geht es um die Beschreibung und vergleichende Einordnung der Antworten der Bürger/innen, die diese auf eine entsprechende Befragung hinsichtlich ihrer Viktimisierung und ihrer Kriminalitätsfurcht gemacht haben. Die offiziellen Daten werden dadurch in zweifacher Hinsicht angereichert: einerseits wird das sog. Dunkelfeld ein wenig aufgehellt, andererseits wird die Kriminalitäts-Dimension durch die Dimension der ‚Kriminalitätsfurcht‘ ergänzt. Beide gelten heute als wichtige ‚Ziel-Dimensionen‘ von kriminalpolitischen Aktivitäten. Beide (Kriminalität und Kriminalitätsfurcht) sind möglichst gering zu halten.

Die umfassende und differenzierte Analyse der Bonner Situation für das Jahr 1998 hat ergeben, dass sowohl die offiziellen Kriminalitätsdaten der Polizei (PKS und ZVV) als auch die subjektiven Antworten und Einschätzungen der Bonner Bürger/innen hinsichtlich ihrer Kriminalitäts-Betroffenheiten (Viktimisierungen) und ihrer Kriminalitätsfurcht eher als normal und (unter)-durchschnittlich zu bezeichnen sind denn als besonders auffallend und besorgniserregend. Dies zeigen vor allem die zahlreichen Vergleiche mit anderen Kommunen in NRW und im gesamten Bundesgebiet. Die Bonner Kriminalität und Kriminalitätsfurcht im Jahr 1998 ist in doppelter Hinsicht ‚normal‘.

²²⁰ Ausgehend von einer Integration des neueren ‚Labeling- oder Definitionsansatzes‘ in klassische ätiologische Theorie-Ansätze hat sich die Hauptströmung kriminologischen Denkens in den letzten Jahren in Richtung eines moderaten ‚sozialen Konstruktivismus‘ entwickelt (Kerner, Scheerer, Hess, Frehsee u.a.). Die offizielle Kriminalitätslage wird danach hergestellt sowohl durch die zugrunde liegenden Handlungen einzelner Akteure als auch durch die Definitionen, Bewertungen, Selektionen und Zuschreibungen verschiedener Interaktionspartner, Kontrollinstanzen und gesellschaftlicher Organisationen.

Mit einer Häufigkeitszahl von 10.753 registrierten Straftaten auf 100.000 Einwohnern liegt die Stadt Bonn auf einem akzeptablen Mittelplatz der kommunalen Gesamtrangliste des Jahres 1998, die von Frankfurt/Main (19.128) angeführt wird und mit Solingen (5.097) das Schlusslicht bildet. Angesichts der überproportional hohen Zahlen bei den bagatellartigen Massendelikten (Ladendiebstahl, Schwarzfahren) ist die ‚Normalität‘ der Bonner PKS-Zahlen insgesamt noch eindrücklicher.

Weniger normal und durchaus erklärungsbedürftig ist demgegenüber ein auffallender ‚Zick-Zack-Kurs‘ bei den Bonner Kriminalitäts-Zahlen (PKS) in der Mitte der 90-er Jahre. Dieser spiegelt nach unseren Erkenntnissen nicht etwa reale Kriminalitätsentwicklungen wider, sondern er ist in erster Linie eine Folge von veränderten Registrierungspraktiken der Polizei, für die es wiederum sehr plausible Gründe gibt, die mit der Personalzuweisung nach der belastungsbezogenen Kräfteverteilung (BKV) zusammenhängen. Der in gewissen Grenzen selbst steuerbare PKS-Output bekommt als Messgröße für die Personalzuweisung eine sich vergrößernde Eigendynamik, die vom realen Kriminalitätsgeschehen ein Stück weit abgekoppelt ist.

Diese Erkenntnisse bestätigen die Wichtigkeit der grundlegenden Hinterfragung von PKS-Zahlen auf ihren Herstellungsprozess, bevor sie im Rahmen von Kriminologischen Regionalanalysen als mehr oder weniger zuverlässige Indikatoren von Kriminalitätswirklichkeiten herangezogen werden können. Gerade in relativ überschaubaren Grundgesamtheiten wie in den Kommunen fallen die konstruierten Anteile an der registrierten Kriminalität besonders schnell ins Gewicht und sie müssen von daher besonders gründlich identifiziert werden, damit es nicht zu eilfertigen Fehl- und Überinterpretationen gerade auch vor dem Hintergrund falsch angesetzter kriminalpräventiver Aktivitäten kommt. Umso wichtiger sind kritische Begutachtungen von externen Sachverständigen, aber auch die möglichst fundierte und professionell betriebene Ergänzung durch ‚subjektive‘ Indikatoren anhand von repräsentativen Bürgerbefragungen.

Für die ‚subjektiven‘ Indikatoren liegen leider noch keine Zeitreihen-Daten vor, da die entsprechende ‚Bürgerbefragung zum Sicherheitsgefühl‘ in Bonn zum ersten Mal durchgeführt worden ist. Die erhaltenen Ergebnisse können somit (noch) nicht über die Zeit verglichen werden, sondern zunächst nur mit anderen Kommunen und dem gesamten Bundesgebiet. Hierbei stellt sich heraus, dass die Bürger/innen in der Stadt Bonn weniger Kriminalitätsfurcht aufweisen als in anderen Städten. Im direkten Vergleich mit den Ängsten vor anderen allgemeinen und persönlichen Lebensrisiken ist die Angst vor Straftaten zudem deutlich geringer. Die häufig thematisierte und als besorgnis-erregend hoch bezeichnete Kriminalitätsfurcht wird so doch erheblich relativiert, was durch einen Blick auf verschiedene objektiv gemessene gesellschaftliche Risikolagen (GBE) noch unterstrichen wird.

Auch hinsichtlich der Standardfrage nach dem Unsicherheitsgefühl („im Dunkeln allein auf der Strasse in der Wohngegend“) sieht die Situation in Bonn sehr viel besser aus als in anderen NRW-Kommunen, aus denen vergleichbare Daten vorliegen. Fühlt man sich dort (z.B. in Bochum, Essen, Herten) nur etwa zur Hälfte (50%) auf der sicheren Seite, so ist dies in der Stadt Bonn zu mehr als zwei Dritteln (67,8%) der Fall. Im internationalen Vergleich fällt die gute Bonner Sicherheitslage erst recht ins Auge.

Auch bei der Einschätzung der drei dingendsten Probleme in der Stadt Bonn rangiert die ‚öffentliche Sicherheit‘ in den Augen der Bürger/innen keineswegs auf einem der vorderen Plätze. Soziale Probleme und auch Verkehrsprobleme laufen den Sicherheitsproblemen hierbei deutlich den Rang ab. Die sogenannten ‚Disorder-Probleme‘ in der eigenen Wohngegend werden demgegenüber als noch weit geringer eingeschätzt.

Andererseits erscheint das Aktivierungspotential in Bezug auf basis-orientierte Nachbarschaftsinitiativen relativ groß zu sein, was vor allem auch auf jene Stadtbezirke zutrifft, die in der Regel als soziale Brennpunkte bezeichnet werden. Angesichts des relativ geringen Stellenwerts von ‚strafrechtlich-repressiven Maßnahmen‘ bei den Bürgern insgesamt eröffnet dies vergleichsweise gute Aussichten auf mehr sozial ausgerichtete Präventionsmaßnahmen. Da sozial unsichere Lagen offensichtlich auch mit größeren Kriminalitätsängsten und diesbezüglichen Unsicherheitsgefühlen zusammenhängen, erscheint eine stärkere Betonung sozial-präventiver Elemente durchaus angezeigt.

Eine nicht zu übersehende Rolle bei der Konstituierung von Kriminalitätsbildern und auch von Kriminalitätsängsten spielen jedoch in zunehmenden Maße die modernen Medien, wozu in erster Linie das auf Einschaltquoten fixierte Privatfernsehen zu rechnen ist. Mit dem speziellen Genre des ‚Reality-TV‘ hat sich eine spezielle Variante des Skandal- und Katastrophen-Journalismus etabliert, die nicht nur ihre Spuren in Richtung Ausdehnung des ‚Gaffertums‘ hinterlässt, sondern die vor allem in den Reihen der Vielseher gewisse Kriminalitätsängste und Unsicherheitsgefühle forciert. Dies kann man in gewissen Grenzen als die Kosten einer freiheitlichen Gesellschaft ansehen, die mehr Furcht produziert je mehr Bedrohliches und Schreckliches sie medial herausfiltert und inszeniert und massenmedial verbreitet. Einschränkungen der Pressefreiheit zur Reduzierung von Kriminalitätsfurcht sind aber genauso problematisch wie das Setzen auf mehr Repression, (Video-)Überwachung und staatliche Kontrolle. Für die aktuell sehr verbreitete ‚Forderung nach mehr Polizei-Präsenz‘ besteht die Gefahr, dass sie überstrapaziert und standes-politisch instrumentalisiert wird und ähnlich wie die alte, ebenso populäre wie pauschale ‚Forderung nach härteren Strafgesetzen‘ zu einem Instrument rein symbolischer Kriminalpolitik degeneriert.

5. Fazit und Schlussfolgerungen aus den Erkenntnissen der Kriminologischen Regionalanalyse Bonn (KRABBE).

In dem abschließenden Kapitel wollen wir nun einige zentrale Schlussfolgerungen aus den Erkenntnissen der von uns durchgeführten Regionalanalyse ziehen (5.2) und diese zusammen mit einzelnen, möglichst konkreten Empfehlungen für die weitere Diskussion und Arbeit im ‚Rat zur Kriminalprävention‘ der Stadt Bonn zur Verfügung stellen (5.3). Ganz zum Schluss soll dann noch auf einige Vorschläge hinsichtlich der weiteren wissenschaftlichen Analyse eingegangen werden (5.4). Zu Beginn des Schlusskapitels wollen wir jedoch die Bonner Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen lassen, indem wir eine Auswertung ihrer speziellen Wünsche und Bemerkungen vornehmen. (5.1)

5.1 Wünsche und Bemerkungen der Bürger/innen

Als Informationsquelle und Datenbasis ziehen wir zum einen (5.1.1) die schriftlich formulierten Bemerkungen aus unserer ‚Bürgerbefragung zum Sicherheitsgefühl‘ heran, zum anderen (5.1.2) beziehen wir uns auf quantitative Auswertungen von Leserbriefen des Generalanzeigers und von Anrufen beim Bürgertelefon der Stadt Bonn.

5.1.1. Analyse der persönlichen Bemerkungen in der schriftlichen Befragung

Auf der gesamten letzten Seite des von uns verschickten Fragebogens stand ein freier Raum zur Verfügung, auf dem die Bürger/innen eventuelle Wünsche, Bemerkungen und Kommentare schriftlich formulieren und zur Kenntnis bringen konnten. Von diesem Angebot haben immerhin 280 Personen von insgesamt 1467 Antwortenden (= 19,1%) auch Gebrauch gemacht.

Nahezu die Hälfte aller Bemerkungen (46,2%) beziehen sich mehr oder weniger direkt auf die gesamte Befragung bzw. auf einzelne Aspekte des Fragebogens; dabei überwiegen die positiv-lobenden Kommentare²²¹ (17,9%) sowohl die relativ kritischen²²² (15,4%) als auch die neutral-erläuternden²²³ (12,9%).

²²¹ Zum Beispiel: „Ich finde gut, dass eine solche Befragung gemacht wird.“ „Ich begrüße ausdrücklich diese Initiative.“ „Generell möchte ich bemerken, dass die Fragen gut durchdacht waren.“ „Guter Fragebogen! Viele Plausibilitätsprüfungen - super: Objektivierung des Themas.“

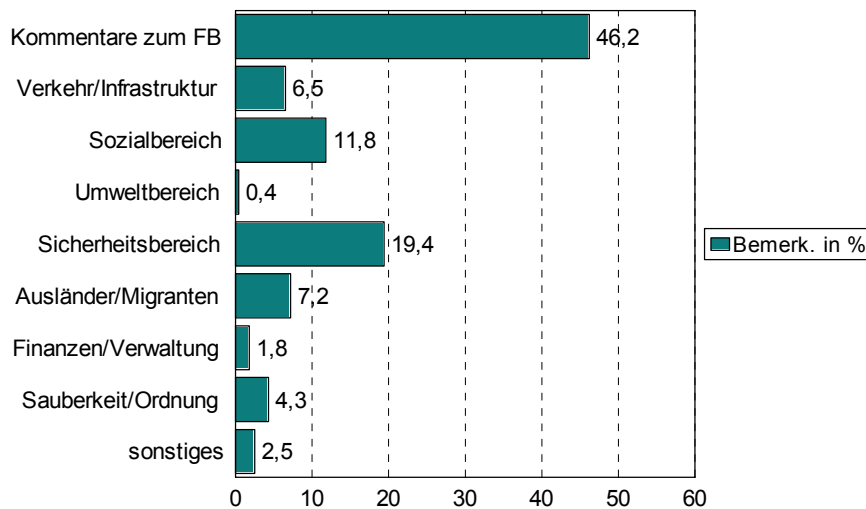
²²² Zum Beispiel: „Ich finde die Zahl von 4000 Befragten zu gering, die für diese Umfrage ausgewählt wurden. Die Angaben, die ich hier gemacht habe, beziehen sich nur auf mich persönlich. Wenn meine Frau diese

Mehrere Befragte haben den ausdrücklichen Wunsch nach einer individuellen Zusendung bzw. einer Veröffentlichung der Ergebnisse geäußert.²²⁴

Ist es nicht der Fragebogen selbst, so beziehen sich die schriftlichen Bemerkungen auf einzelne unterschiedliche Themenbereiche, die in der kommunalpolitischen Diskussion eine gewisse Bedeutung haben:

Schriftliche Bemerkungen bei der Sicherheits-Befragung (1999)

-Auswertung nach Themenbereichen- (in%; n=279)



Quelle: Kriminologisches Seminar der Uni Bonn, Krabbe-Projekt

Nahezu jede fünfte Bemerkung (19,1%) bezieht sich im engeren Sinne auf den Sicherheitsbereich²²⁵, was bei einer ‚Befragung zum Sicherheitsgefühl‘ nicht unbedingt sehr verwunderlich ist. An zweiter Stelle folgt aber schon der Sozialbereich²²⁶ (11,8%), während die in Bonn häufig genannte

Befragungen ausgefüllt hätte, würde mit Sicherheit ein anderes Ergebnis herauskommen.“ „Befragung ist sehr detailliert.“ „Fragebogen ist zu lang.“

²²³ Zum Beispiel: „V22 kann ich nicht beurteilen.“ „V18 verstehe ich nicht.“ „Für V12 und V23 weiß ich nicht genug.“

²²⁴ „Bitte senden Sie mir das Ergebnis dieser Studie zu. Würde mich sehr interessieren! Gute Arbeit!“ „Das nächste Mal bitte angeben, wann und wo die Umfrageergebnisse veröffentlicht werden.“

²²⁵ Zum Beispiel: „Ich halte es für wichtig, dass die Politik weniger dramatisiert und weniger Wahlkampf mit dem Thema ‚Innere Sicherheit‘ führt. Das schürt Ängste.“ „Ich fühle mich in Bonn ausgesprochen sicher, bin auch häufiger nachts zu Fuß unterwegs, ohne dass mir irgendetwas passiert wäre. Die Boulevard-Magazine bauschen das Thema Kriminalität m.E. mächtig auf, weil quotenträchtig.“ „Insgesamt kann ich sagen, dass ich mich als ‚Ur-Bonner‘ hier sehr wohl fühle und mit ‚meiner‘ Stadt zufrieden bin.“ „Die Haltestelle ‚Tannenbusch-Mitte‘ ist nachts bedrohlich, nicht der ganze Stadtteil. Zur positiven Klarstellung: Am Hauptbahnhof fühle ich mich sehr sicher.“ „Ich gehe bei Dunkelheit nicht mehr aus dem Hause.“ „Ich denke, das Thema Sicherheit/Kriminalität ist eines der dringendsten Themen, dessen sich auch in Bonn einer immer noch sehr liebenswürdigen Stadt, die Kommunalverwaltung verstärkt widmen sollte.“

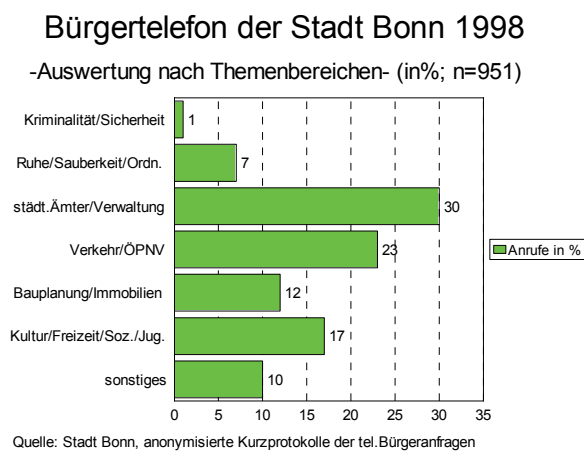
²²⁶ Zum Beispiel: „Seit Beginn meiner Arbeitslosigkeit habe ich mehr Verständnis für Obdachlose und damit evtl. kriminell gewordene Menschen!“ „Als Mutter von zwei Kindern ist mir die Förderung der Jugend sehr wichtig...In den Schulen gibt es immer mehr auffällige, vernachlässigte Kinder...Dort gibt es zu wenig Lehrer, zu alte Lehrer und pädagogisch nicht genügend ausgebildete. Die Räumlichkeiten der Schulen sind ebenfalls sehr renovierungsbedürftig.“ „Ich habe um meine Zukunft keine Angst, eher um die meiner Kinder. In unserem Ort geht eigentlich noch alles ruhig und friedlich zu, aber an den Schulen herrscht doch ein rauher Ton.“ „Ich bin

Verkehrsproblematik²²⁷ (6,6%) bei dieser Auswertung erst hinter der zum Zeitpunkt der Befragung relativ aktuellen Ausländer-Thematik²²⁸ (7,2%) rangiert. Der Bezug auf Sauberkeit und Ordnung (4,3%) spielt bei den Bemerkungen überraschender Weise eigentlich nur eine untergeordnete Rolle; auffallend häufig geht es dabei um Probleme mit Hundekot auf öffentlichen Strassen und Spielplätzen.²²⁹

Bei einer Differenzierung der genannten Probleme nach dem jeweiligen Bezugsrahmen stellt man fest, dass die lokalen Probleme (20,4%) vor den allgemein gesellschaftlichen Problemen (18,6%) und den persönlichen Problemen (15%) rangieren. Der Stellenwert lokaler Sicherheitsprobleme ist somit auch nach dieser Auswertung in Bonn alles andere als vorrangig.²³⁰

5.1.2. Vergleich mit alternativen Datensätzen von Bürgerwünschen

Dieses Ergebnis einer relativ geringen Thematisierung von lokalen Kriminalitäts- und Sicherheitsproblemen durch die Bonner Bürger/innen wird auch bei einer Auswertung von Leserbriefen und Bürgeranrufen nach angesprochenen Themenbereichen bestätigt.



persönlich der Meinung, es solle mehr für Jugendliche getan werden. Es gibt zwar hier ein Jugendheim, doch dieses ist eh immer besetzt....Dadurch ziehen die Jugendlichen auf den Strassen herum, gammeln und stellen somit für andere Bürger eine Art ‚Bedrohung‘ dar.“ „Es müsste mehr für Obdachlose getan werden, die meiner Ansicht nach hier in Bonn immer mehr werden. Darunter sind mittlerweile leider auch Jugendliche.“

²²⁷ Zum Beispiel: „Die Rücksichtslos-Parker härter anpacken (abschleppen!)“ „Zu wenig beachtet werden die Bedrohungen und Gefahren, die vom aggressiven Fahrverhalten von Autofahrern ausgehen.“ „Zu viele rote Ampeln.“ „Bonn hat die Radfahrer leider nicht im Griff.“

²²⁸ Zum Beispiel: „Mir macht die Strasse weniger Angst. Ich habe Angst vor der versteckten Ausländerfeindlichkeit.“ „Ich bin nicht Rechtsradikal aber wir haben zu viel Ausländer und dadurch zu viel verbrechen!!!“

²²⁹ Zum Beispiel: „Die Spielplätze werden von Hunden beschmutzt.“ „Der Sand ist verseucht mit Glas, Müll und Tierkot.“ „Die Wiesen sind so voller Hundekot, dass die Kinder nur auf den Wegen gehen bzw. spielen können.“

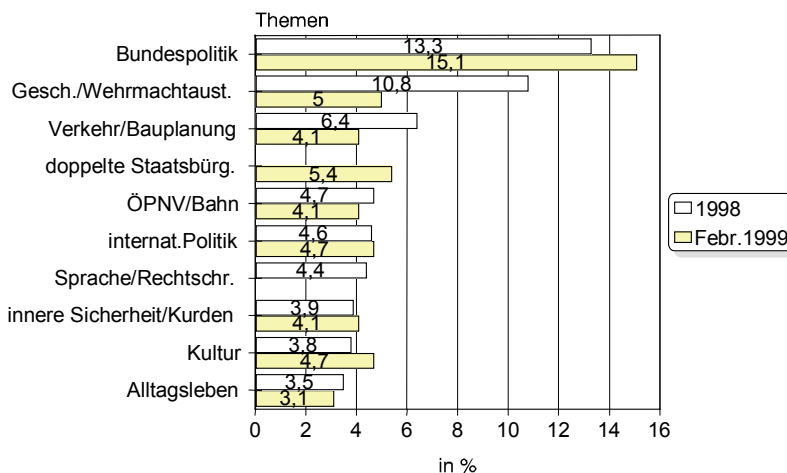
²³⁰ Nur jeder fünfte Befragte (20%) macht überhaupt schriftliche Bemerkungen; davon beziehen sich wiederum nur etwa 20% auf den Sicherheitsbereich und wiederum nur 20% auf lokale Sicherheits-Probleme.

Wie zu erwarten spielt das Thema ‚Kriminalität/Sicherheit‘ bei den telefonischen Bürgeranfragen, die im Bonner Rathaus registriert werden²³¹, eine noch weit geringere Rolle als bei den schriftlichen Bemerkungen unserer ‚Sicherheits-Befragung‘. Während sich nahezu jeder vierte Anruf (beim Bürger-Telefon) mit der Verkehrsproblematik befasst, bewegt das Thema ‚Kriminalität/Sicherheit‘ allenfalls nur jeden hundertsten Anrufer.

Ähnlich verhält es sich auch bei den Themen der Leserbriefe, die beim Bonner Generalanzeiger eingegangen sind; diese wurden in der dortigen Redaktion für den gesamten Jahrgang 1998 und für den Erhebungsmonat unserer Befragung (Februar 1999) ausgewertet und von uns in eine entsprechende Grafik umgesetzt:

GA-Leserbrief-Themen (Top Ten)

1998 und Febr.1999 (im Vergleich)



Quelle: Generalanzeiger, Bonn

Es zeigt sich bei dieser Auswertung, dass die bundespolitischen Themen bei den Bonner Leserbriefschreibern klar vor anderen, eher lokalen Themen die Rangliste anführen. Während im Jahr 1998 aus aktuellem Anlass die Diskussion um die Wehrmachaustellung auch in den Leserbriefen ihren Ausdruck gefunden hat, hat im Februar 1999 das von der rot-grünen Koalition vorgeschlagene und von der CDU/CSU-Opposition heftigst kritisierte, neue Staatsbürgerschaftsrecht seine Spuren hinterlassen. Das Sicherheitsthema hat im Zusammenhang mit den ‚Öcalan-Ereignissen‘ eine gewisse Aktualität erlangt. Hinsichtlich lokaler Sicherheitsthemen und kommunaler Kriminalitätsphänomene bestätigt sich bei der Leserbrief-Analyse der Befund aus den anderen methodischen Zugängen: das Kriminalitätsthema und die öffentliche Sicherheit spielt in den Augen der Bonner Bevölkerung keine zentrale und übermäßig herausragende Rolle.

²³¹ Hiervon haben wir einen aus Datenschutzgründen anonymisierten Satz von knapp 1000 protokollierten Anrufen aus einigen Monaten des Jahres 1998 zur Verfügung gestellt bekommen und anschließend nach Themenbereichen ausgewertet.

5.2. Zentrale Beurteilungen und Schlussfolgerungen

Für die Präferenz sozialer Prävention und gegen ‚Null-Toleranz-Konzepte‘.

Die Bonner Sicherheitslage kann sowohl in objektiver als auch in subjektiver Hinsicht als normal und eher durchschnittlich gekennzeichnet werden: Bonn ist nicht New York und auch nicht Berlin oder Frankfurt. Es besteht von daher kein Grund für ein überhastetes, hektisches und unreflektiertes Agieren kommunaler Instanzen und für ein möglicherweise unkritisches Übernehmen radikal-repressiver Instrumente, welche neuerdings durch die mediale Verbreitung des ‚Null-Toleranz-Modells‘ aus New York‘ (Giuliani/ Bratton) auch in der Bundesrepublik Deutschland vor allem in politisch eher rechts-konservativen Kreisen einen gewissen Widerhall gefunden haben. Aus wissenschaftlich-kriminologischer Sicht gibt es hierzu eine Menge an kritischen Anmerkungen²³². Hat die sogenannte ‚Broken-windows-Theorie‘ für den Bereich von physikalischen Unordnungsphänomenen („physical disorder“ wie Dreck, Müll, Unrat, zerstörte und verschmierte Gebäude) eine gewisse Plausibilität und wohl auch politische Handlungsrelevanz, so findet sie ihre deutlichen Grenzen bei der Übertragbarkeit auf menschliche und soziale Problem- und Randgruppenphänomene („social disorder“ wie z.B. Obdachlosigkeit, Drogenabhängigkeit, soziale Randständigkeit und Armut). Menschen lassen sich nicht wegräumen und beseitigen wie Müll und Unrat. Auch die rigorose Ahndung kleinster Vergehen findet ihre rechtsstaatlichen Grenzen in der Existenz des Verhältnismäßigkeits-Grundsatzes. In Kenntnis der relativ normalen Bonner Sicherheitslage erscheint ein Setzen auf ‚Null-Toleranz-Strategien‘ als nicht zu verantwortende Überreaktion. Die Stadt Bonn tut gut daran, ihre schon vor Jahren eingeschlagene Linie der vorrangig sozialen Prävention, Intervention und Integration fortzusetzen. Hierbei findet sie nach unserer Befragung die klare Unterstützung der überwiegenden Mehrzahl ihrer Bürger/innen.

Für einen weiteren Ausbau von ‚GABI‘.

Nach unseren theoretischen und empirischen Erkenntnissen ist die in Bonn seit einigen Jahren eingeschlagene Richtung einer Kombination von sozial präventiven, unterstützenden, helfenden und (straf-)rechtlich kontrollierenden Elementen, wie sie im Modell-Projekt „Gemeinsame Anlaufstelle Bonn-Innenstadt (GABI)“ ihren Ausdruck finden, als durchaus positiv zu bewerten. Während andere Städte im Rahmen kommunal-präventiver Räte nach neuen Formen gemeinsamer und integrierter Handlungsstrategien von

²³² Siehe hierzu u.a.: Dreher/Feltes 1998; Hassemer 1998; Walter 1998; Cornel 1998; Legge 1998; Schwerpunktthema der Zeitschrift ‚Neue Kriminalpolitik‘ (Heft 4/1997)

Strafverfolgungs- und Verwaltungsbehörden suchen, wird in Bonn dieses gemeinsame Projekt schon seit mehreren Jahren praktiziert und durchaus erfolgreich angewendet. Es besteht nach unserer Ansicht und auch nach Ansicht vieler von uns befragter Experten nicht so sehr das Problem mangelnder Effizienz/Wirksamkeit und erst recht nicht das Problem fehlender Konzeption²³³, sondern eher das Problem unzureichender Bekanntmachung, Transparenz und (damit zusammenhängend) Akzeptanz des ‚GABI-Projekts‘. Alle kriminalpräventiven Gremien und Initiativen, die in Bonn tätig werden, tun gut daran, die im ‚Bonner Loch‘ konzipierte und geleistete Arbeit möglichst nicht zu verstecken, sondern offensiv und selbstbewusst nach außen zu vertreten und auch als mögliches Modell für andere Kommunen in die Diskussion zu bringen und permanent weiter zu entwickeln. Dies bezieht selbstverständlich auch die selbstkritische Reflexion von möglichen Problemen und eigenen Schwächen mit ein und gibt so genügend Motivation und Anregung, den eingeschlagenen Weg mit noch größerer Effizienz und vermehrter Akzeptanz fortzusetzen.

Mit einer möglichst optimalen Einbindung und Vermittlung/Verdeutlichung der unterstützend-präventiven Arbeit von ‚GABI‘ bei den Bonner Bürgern ergibt sich auch die Möglichkeit, im positiven Sinne auf das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung einzuwirken und dadurch sozusagen ‚zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen‘: neben dem subjektiven Sicherheitsgefühl wird durch die gemeinsame Tätigkeit und Präsenz von Polizei und Ordnungsamt auch die objektive Sicherheitslage verbessert. Zudem werden für die betroffenen Personen aus den sozialen Rand- und Problemgruppen Wege der Unterstützung und (Selbst-)Hilfe aufgezeigt, welche positive Entwicklungen zumindest ermöglichen und sich von denen der reinen Ausgrenzung und Repression doch deutlich abheben. Indem über die sozial unterstützenden und zugleich auch schützenden Funktionen und Wirkungen von ‚GABI‘ mehr berichtet und intensiver aufgeklärt wird, vergrößert sich gleichzeitig die Chance des Abbaus irrationaler und diffuser Ängste in den Reihen der Bevölkerung.

Für die Erstellung eines unabhängigen Sicherheitsberichts.

Bei dem enormen Verängstigungs- und Verunsicherungspotential, welches in der inneren Logik der auf Dramatisierung und Skandalisierung angewiesenen Arbeitsweise der Massenmedien angelegt ist, erscheint ein entsprechendes Gegenpotential erforderlich, welches bei der zunehmenden Ausbreitung und Konsumierung massenmedialer Erzeugnisse (speziell aus dem privaten TV-Bereich) immer wichtiger wird. Ein solches angst-reduzierendes Potential liegt in einer möglichst rationalen, fundierten und differenzierten Information und

²³³ siehe hierzu: OB der Stadt Bonn/ PP Bonn, Hrsg., Gemeinsame Anlaufstelle – City Streife; besonders auch: Behrendes 1998,

Aufklärung der Bürger/innen über Kriminalitätsphänomene, über die diese in der Regel bisher nur durch die vorwiegend dramatisierende Berichterstattung vieler Medien erfahren.

Ein entsprechendes externes Sachverständigen-Gutachten zur (kommunalen) Sicherheitslage könnte (in etwa vergleichbar mit ähnlichen Gutachten aus anderen Politikbereichen²³⁴) als Grundlage dienen zur Objektivierung und Versachlichung der Diskussion und zur Angst-Reduktion bei den Bürgern. Zudem sind nützliche Funktionen im Zusammenhang mit der Politikberatung und der Handlungsorientierung von kriminalpräventiven Gremien und Initiativen denkbar.

Dabei kann es in jedem größeren und komplexeren Gemeinwesen realistischer Weise niemals um die vollständige Abschaffung, sondern immer nur um die Reduktion von Kriminalitätsphänomenen gehen. Ein begrenztes Ausmaß an Kriminalität und an Kriminalitätsfurcht ist in jeder Gesellschaft und somit auch in jeder Kommune im doppelten Sinne ‚normal‘ und im positiven Sinne als eine Art normatives und soziales Immunsystem durchaus ‚funktional‘. Die Grenzen dieses Ausmaßes sind politisch kontrovers verhandelbar und zudem empirisch schwierig messbar. Die verwendeten Hauptindikatoren aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) werden gegenwärtig in ihrem Herstellungsprozess von einer Reihe von externen und sachfremden Faktoren beeinflusst und sie bedürfen von daher der fachkundigen Interpretation und/oder einer grundlegenden Reform.

Für eine Entkoppelung der PKS von Personalzuweisungs-Modellen (BKV).

Solange die offiziellen Kriminalitätszahlen der PKS auch als Indikatoren für die zentrale Personalzuweisung und als eine Art Tätigkeitsnachweis benutzt werden und vor diesem Hintergrund in gewissen Grenzen von der Polizeibehörde selbst beeinflussbar sind, besteht (ausgehend von der behördlichen und kommunalen Ebene) ein gewisser Druck und ein besonderer Motor für mittel- und langfristig stets steigende Kriminalitätszahlen, mit denen sozusagen der steigende behördliche Geschäftsanteil und Personalbedarf nachgewiesen wird. Steigende Kriminalitätszahlen in der PKS haben insoweit ihre ganz spezielle Funktion; sie sind dadurch ein Stück weit von der Abbildung ‚realer‘ Kriminalitätsentwicklungen abgekoppelt und dürfen nicht überinterpretiert werden.

Am Beispiel Bonns kann sehr eindrucksvoll demonstriert werden, dass eine Kriminologische Regionalanalyse die feststellbaren Veränderungen des Kontroll- und Registrierungsverhaltens der jeweiligen Polizeibehörde vor Ort bei der Interpretation der PKS-Zahlen mit zu berücksichtigen hat, um möglichen

²³⁴ Zum Beispiel auf Bundesebene das jährliche ‚Wirtschaftsgutachten der fünf Weisen‘ oder das Umwelt-Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen.

Fehlschlüssen vorzubeugen. So ergibt sich aus der Analyse der Bonner Daten, dass rasant steigende PKS-Zahlen nicht etwa einen eben solchen realen Kriminalitätsanstieg widerspiegeln, sondern nur ein deutlich verändertes polizeiliches Registrierungsverhalten aus Gründen der Abwendung eines drohenden Personalabzuges. Ein derartiger Personalabbau ist nach den derzeitigen Regeln der sog. ‚Belastungsbezogenen Kräfteverteilung (BKV)‘ bei einem deutlichen PKS-Rückgang zu erwarten. Hier kann mittelfristig nur eine Veränderung der landesweiten Rahmenbedingungen grundlegende Abhilfe schaffen. Eine Entkoppelung der PKS-Zahlen von der Personalzuweisungs-Praxis ist die Voraussetzung für sachgerechte Lösungen bei der PKS-Reform, vor allem wenn die PKS als Indikator für Präventionseffekte genutzt werden soll. Sollen Präventionserfolge in Zukunft auch durch die PKS gemessen werden, so dürfen rückläufige Zahlen nicht mit negativen Konsequenzen verbunden sein, sondern im Gegenteil sie müssen sich im positiven Sinne für die Polizei auszahlen und somit einen zusätzlichen Anreiz für präventive Bemühungen darstellen. Dies ist die ganz einfache und plausible Logik einer am Kosten-Nutzen-Kalkül ausgerichteten Polizei-Praxis; darin unterscheidet sich das polizeiliche Verhalten in keiner Weise von anderen sehr verbreiteten, rationalen Verhaltensstilen im Sinne der ‚ökonomischen Theorie‘. Dazu zählt, wie wir gesehen haben, selbstverständlich auch das polizeiliche Registrierungsverhalten.

Für die Schaffung eines Anreiz-Systems für behördliche Präventionserfolge und sinkende PKS-Zahlen.

Durchaus überlegenswert erscheint in diesem Zusammenhang die Etablierung eines positiven Anreiz-Systems für behördlich nachweisbare Präventionserfolge und entsprechend rückläufige PKS-Zahlen. Danach würden sich dann kommunale (bzw. bezirkliche) PKS-Rückgänge für die jeweilige Polizeibehörde (bzw. für den jeweiligen Polizeibezirk) positiv auszahlen und somit die Präventionsphilosophie noch zusätzlich beflügeln und den entsprechenden präventiven Antriebsmotor richtig einstellen.²³⁵ Wie die Erfahrungen mit computer-basierten Registrierungssystemen zeigen, können regional sehr fein differenzierbare Erfassungen durchaus unterstützend wirken, da hierdurch die Zurechnung und Evaluierung von ganz speziellen und konkreten Verantwortungsbereichen ermöglicht wird. So zeigt das Beispiel des Kriminalitätsatlases der Stadt Heidelberg²³⁶, dass mit Einführung der grafischen

²³⁵ Insoweit ist es alles andere als überraschend, dass unter den herrschenden Rahmenbedingungen der New Yorker Polizei die registrierten Fallzahlen so gut wie nicht mehr ansteigen. Wer als verantwortlicher Polizist steigende Kriminalitätszahlen in seinem Revier aufzuweisen hat, wird gnadenlos gefeuert. Der Druck auf sinkende Zahlen ist insoweit enorm und er zeitigt wohl auch unter diesem Aspekt die entsprechenden Folgen.

²³⁶ Die Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg/ Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Hrsg., Der Heidelberger Kriminalitätsatlas, Heidelberg Juli 1999. Dieser Atlas stellt nach eigenen Angaben innerhalb des

Visualisierung von PKS-Registrierungen auf der Ebene kleinster Bezirke auch die Zahlen überproportional rückläufig sind, da offensichtlich jeder einzelne Verantwortliche in seinem Bezirk darum bemüht ist, rückläufige Zahlen als Beleg für gewünschte Präventionseffekte nachweisen zu können.²³⁷

Es besteht die begründete Vermutung, dass durch derartige Maßnahmen nicht nur auf der Ebene der statistischen Erfassung ähnlich rückläufige Effekte in einzelnen Stadtbezirken und Kommunen zu erreichen sind; dies gilt selbstverständlich auch für Bonn.²³⁸

5.3 Empfehlungen für die Einrichtung von Arbeitsgruppen

AG ‚Bonner Kriminalitätsatlas‘

In einer möglichen Arbeitsgruppe des ‚Rates zur Kriminalprävention‘ wäre zu prüfen, auf welcher Datenbasis, in welcher Form und durch welche Beteiligung die Erstellung eines Bonner Kriminalitätsatlases in Angriff genommen und realisiert werden kann. Als durchaus erwägenswert erscheint derzeit ein gemeinschaftliches Projekt, bei dem die Polizei in erster Linie die entsprechenden Daten zur Verfügung stellt, welche durch städtische Daten ergänzt werden können. Unter Beteiligung von externen, unabhängigen Fachleuten erfolgt die Auswertung und Interpretation, welche auch die Reflexion über die angewandten Methoden und den Herstellungsprozess der Daten einbeziehen sollte. Die Veröffentlichung der möglichst jährlich zu erstellenden Karten empfiehlt sich in Form eines kommentierten Kriminalitätsatlases, welcher auszugsweise auch in den lokalen Medien publiziert wird. Damit kann einerseits das große Informationsbedürfnis der Bürger/innen in diesem Bereich bedient werden, zum anderen kann man damit

Präventionsnetzwerkes der Stadt Heidelberg ein wichtiges Element dar, welches die dezentrale soziale und polizeiliche Arbeit unterstützt.

²³⁷ So kommt es aus der Sicht der Heidelberger Oberbürgermeisterin „nicht von ungefähr, dass Heidelberg u.a. auf dem verfeinerten Analyseverfahren aufbauend, durch gezielten Einsatz das Kriminalitätsaufkommen unter allen Großstädten Baden-Württembergs 1998 am stärksten abgebaut hat.“ Neben realen Effekten dürften hier auch statistische Effekte eine gewisse Rolle gespielt haben. Nach dem Motto ‚Transparent organisieren, berichten und informieren (Tobi)‘ geht es um die Schaffung eines Verantwortungs- und Anreizsystems für Präventionsaktivitäten und -erfolge.

²³⁸ Das von uns genutzte ‚Easy-Map-Programm‘ ermöglicht vergleichbare Auswertungen und Darstellungen (rein technisch) bereits jetzt und bietet sich zudem für die Zukunft als synergie-trächtig und noch weiter ausbaufähig an, zumal es auch von der städtischen Statistikstelle seit einiger Zeit für die kleinräumige Darstellung der eigenen Daten eingesetzt wird, so zum Beispiel im Rahmen des Bonner Sozialatlases.

zur Versachlichung der ‚Sicherheits-Diskussion‘ und zur Reduzierung von irrationalen Ängsten beitragen.

Angesichts der besonderen Praktikabilität, Flexibilität, Interaktivität und Internationalität sollte man auch eine mögliche Präsentation der Daten, Karten und Interpretationen auf einer speziellen ‚Homepage‘ im Internet in Erwägung ziehen.

AG ‚Medien und Öffentlichkeitsarbeit‘

Im Zusammenhang mit kommunalen Präventionsbemühungen erscheint es als durchaus sinnvoll, eine systematische Einbeziehung der lokalen Medien anzuzielen und hierfür auch im Rahmen der Arbeit des ‚Rates zur Kriminalprävention‘ eine möglichst konkrete Beteiligungs- und Organisationsform zu finden. Die Medien spielen, wie sich auch in unserer Untersuchung gezeigt hat, eine zunehmend wichtige Rolle bei der Konstruktion von Kriminalitätsbildern und damit zusammenhängend auch von Kriminalitätsängsten²³⁹. Will man im Bereich der Verbesserung von subjektiven Sicherheitslagen auch spürbare Erfolge erreichen, so besteht eine gewisse Notwendigkeit und Selbstverständlichkeit, hier auch die (lokalen) Medienvertreter mit ins Boot zu nehmen.

‚Subjektiv (un)sichere Städte‘ sind ein Stück weit genau so massenmedial herstellbar wie politische und wirtschaftliche Stimmungen und (Miss-)Erfolge. Positive Präventionsarbeit erfordert gleichzeitig auch eine positive Öffentlichkeitsarbeit. Dabei geht es darum, den in der Logik des (privaten) Mediensystems liegenden Dramatisierungstendenzen in Richtung negativer Schlagzeilen auch einige positive und differenzierende Ansatzpunkte entgegen zu halten.

AG ‚Integration und Weiterentwicklung von GABI‘

Gerade auch unter der Perspektive einer anstehenden Neugestaltung des gesamten Bonner Bahnhofsbereichs sollte die möglichst optimale Einbindung des ‚GABI-Projekts‘ eine wichtige und nicht zu vernachlässigende Aufgabe kommunaler und kriminalpräventiver Planungsgremien sein. Der Bonner ‚Rat zur Kriminalprävention‘ wird bei dieser anstehenden Thematik und zu lösenden Problematik eine sehr sinnvolle und hilfreiche Rolle spielen können. Es bietet sich die Einrichtung einer speziellen Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung und Integration des GABI-Projekts im Zusammenhang mit der Neugestaltung des

²³⁹ In unserer Bürgerbefragung zum Sicherheitsgefühl hat sich ein besonders starker Zusammenhang zwischen der Intensität und Art der Mediennutzung (speziell bei großem Reality-TV-Interesse) und der Kriminalitätsfurcht gezeigt.

gesamten Bahnhofsbereichs geradezu an²⁴⁰. Die Stadt Bonn hat somit die große Chance, hinsichtlich der Einbindung sozial- und kriminalpräventiver Elemente in zentrale Stadtplanungs-Aktivitäten neue und sinnvolle Wege im Interesse möglichst vieler Bürger/innen zu beschreiten und dabei zusätzlich eine gewisse Vorreiterrolle und Vorbildfunktion auch für andere vergleichbare Kommunen zu übernehmen.

Die Qualität eines Gemeinwesens dürfte letztendlich nicht daran gemessen werden, wie viel Quadratmeter kommerzielle Vermarktungsflächen und ‚Einkaufsflächen mit Gleisanschluss‘ es zur Verfügung stellt, sondern vor allem daran, wie menschlich und sozial es mit seinen schwächsten Mitgliedern umgeht. Dabei besteht durchaus die Möglichkeit, die verschiedenen Aspekte und Interessen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern in tragfähiger Weise unter einen Hut zu bringen. Eine lebens- und lebenswerte Stadt mit großzügigen und attraktiven Unterhaltungs- und Einkaufsangeboten sollte auch ohne eine radikale Verdrängung und Ausgrenzung ihrer Rand- und Problemgruppen denkbar und realisierbar sein, wozu Bonn durchaus ausbaufähige Ansatzpunkte bietet. Eine akzeptierende und integrierende Vorgehensweise verdient unter den Rahmenbedingungen unseres sozialen Rechtsstaates volle Unterstützung.²⁴¹

AG ‚Drogen‘

Dies gilt auch für den eminent wichtigen Drogenbereich²⁴², wo es um die schwierige Doppelstrategie von vorwiegend gesundheitspolitisch orientierten Hilfsangeboten für die einzelnen Drogenabhängigen und von in erster Linie kriminalpolitisch motivierten Aktionen gegen die Eindämmung des illegalen und organisierten Drogenhandels geht.

Da Drogenabhängigkeit aus nahe liegenden Gründen, wozu in erster Linie auch ein besonders extremer Druck zur Beschaffung der illegalen Drogen zu rechnen ist, nach zahlreichen empirischen Erkenntnissen²⁴³ und praktischen Erfahrungen

²⁴⁰ Dies wird in eindrucksvoller Weise unterstützt durch die Ergebnisse einer Expertenbefragung im Vorfeld unserer Bürgerbefragung, bei der sich die weit überwiegende Mehrzahl der einschlägigen Bonner Fachleute sehr positiv über das ‚GABI-Projekt‘ geäußert haben und einen weiteren Ausbau bzw. eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit gefordert haben.

²⁴¹ Dies in klarer Abgrenzung von amerikanischen Verhältnissen, wo die ‚Bekämpfung der Armut‘ immer mehr mit einer ‚Bekämpfung der Armen‘ verwechselt wird (Wacquant, 1997). Die dortige Expansion des repressiv-strafenden Staates muss nicht in erster Linie als Reaktion auf steigende Kriminalität gesehen werden, sondern vor allem als Antwort auf die sozialen Probleme und Verwerfungen, die der stete Rückzug des wohlthätigen Staates dort mit sich bringt.

²⁴² Bei der Frage nach den drei dringendsten Problemen in der Stadt Bonn (V4) wurde in unserer Untersuchung die Drogenproblematik hinter der Arbeitslosigkeit und hinter der Jugendförderung an dritter Stelle genannt. Als Problem in der jeweiligen Wohngegend (V10) spielen die Drogenabhängigen dagegen nur eine untergeordnete Rolle.

²⁴³ Für die Drogensituation in Bonn sei verwiesen auf ein aktuelles empirisches Forschungsprojekt, welches im Rahmen eines Promotionsvorhabens an unserem Institut von J.M.König durchgeführt wird. Die Ergebnisse und Erkenntnisse dieser Arbeit, die u.a. eine umfangreiche Befragung der Methadon-Substituierten in Bonn umfasst,

mit einer besonders großen Anfälligkeit für abweichendes und kriminelles Verhalten zusammenhängt, sind im Umgang mit der Drogenproblematik ganz wichtige und zentrale Ansatzpunkte für kommunale Präventionsaktivitäten zu sehen. Dabei geht es darum, durch möglichst sinnvolle und effektive Hilfsangebote für die direkt Betroffenen deren gesundheitliche, sozialen und ökonomischen Probleme weitgehend zu lindern, um somit auch bessere Voraussetzungen zu schaffen für eine Reduktion des Kriminalitätsdrucks und speziell der Beschaffungskriminalität, welche selbstverständlich auch im Interesse der gesamten Bevölkerung liegt.

Nicht zuletzt auch wegen der Zuständigkeit und Beteiligung mehrerer kommunaler Behörden, Gruppen, Initiativen und Interessen besteht in diesem Bereich ein sehr wichtiges und sinnvolles Aktivitätsfeld für kommunale (Kriminal-)Prävention, für die sich die Einrichtung einer speziellen Arbeitsgruppe anbietet, in der durchaus auch neue und unkonventionelle Wege aus einer weitgehend schwierigen Situation umfassend diskutiert und abgestimmt und gemeinsam begangen und begleitet werden können.²⁴⁴

AG ‚Jugend‘

Der Einsatz für das Wohlergehen und die Zukunftschancen seiner Jugend steht für jedes Gemeinwesen so gut wie außer Frage. Dabei hat es offensichtlich auch so gut wie in jeder Gesellschaft und in jeder historischen Epoche gewisse Probleme und Konflikte von jeweils unterschiedlicher Qualität und Quantität mit der jeweiligen Jugend gegeben.

Speziell seit Beginn der 90-er Jahre gibt es in unserer Gesellschaft einen relativ intensiven Problematisierungs-Diskurs um die Situation der Jugend allgemein und speziell auch um das abweichende/kriminelle Verhalten von einzelnen Jugendlichen. Dabei werden für beide Bereiche verschiedene Problem-Indikatoren genannt und öffentlich diskutiert. Zum einen wird die soziale Lage vieler Jugendlicher beschrieben als geprägt durch zunehmende Risiken und Gefährdungen im Prozess des Erwachsenwerdens, durch eine gewisse Perspektivlosigkeit, durch Zukunftsängste, durch wachsenden Konkurrenzdruck, durch Individualisierung und Desintegration (Heitmeyer). Zum anderen gibt es verschiedene Anzeichen dafür, dass Jugendliche vermehrt in Kontakt mit Straftaten geraten, was nicht nur für die Situation als Täter, sondern vor allem

können für das Vorgehen einer entsprechenden ‚AG Drogen‘ innerhalb des Rates zur Kriminalprävention sehr hilfreich und anregend sein.

²⁴⁴ Neben der fachlich begleiteten und kontrollierten Drogenabgabe und der gezielten Einrichtung von sogenannten Druckräumen gehört hierzu auch das Nachdenken über eine angemessene Differenzierung und räumliche Entzerrung der verschiedenen Hilfsangebote für die unterschiedlichen Betroffenengruppen in der Stadt Bonn. Für den Bereich der tertiären Prävention sollte auch über die Praktizierung von gezielten Spritzenprogrammen in den einzelnen Justizvollzugsanstalten nachgedacht werden, für die zwar das Land NW originär zuständig ist, für die es aber auch Abstimmungsbedarf für die Zeit vor und nach der Entlassung mit den entsprechenden kommunalen Angeboten gibt.

auch für die Situation als Opfer zutrifft. Dieser auch für Bonn bekannte Befund aus der ‚objektiven Datenlage‘ der offiziellen Statistiken wird durch unsere Befragung auch für die sogenannte ‚subjektive Datenlage‘ bestätigt. Speziell die Antworten der 15-19Jährigen weisen sowohl hinsichtlich ihrer Viktimisierung als auch hinsichtlich ihres Unsicherheitsgefühls auf eine relativ große und überdurchschnittliche Betroffenheit hin. Hier unterscheiden sie sich auch deutlich von den älteren Befragten, die sich allein beim Unsicherheitsgefühl besonders hervor tun. Dieses (hinsichtlich der Jugendlichen) nicht unbedingt erwartete Ergebnis erscheint Anlass genug, sich speziell mit der Situation und Problematik der Jugendlichen zu befassen, wozu sich eine eigene Arbeitsgruppe²⁴⁵ anbietet, die betroffene Jugendliche auf jeden Fall mit einbezieht und insoweit vor allem ‚mit ihnen‘ und nicht ‚über sie‘ redet und handelt. Auch der Bereich der Schulen²⁴⁶ und ihrer Schüler/innen ist hier von besonderem Interesse.²⁴⁷

AG ‚Graffiti‘

Dieser Ansatz einer aktiven Beteiligung möglichst vieler Betroffenen-Gruppen ist ebenfalls sehr gut vorstellbar und bei entsprechender Bereitschaft auch anwendbar auf den Umgang mit dem sogenannten ‚Graffiti-Phänomen‘, welches vor allem in den Großstädten in den letzten Jahren zu einem wachsenden Problem geworden ist. Dies zeigt sich in Ansätzen auch in unserer Bonner Bürgerbefragung. Nach den ‚undiszipliniert fahrenden Autofahrern‘ und dem ‚Schmutz und Müll in den Straßen‘ sehen die Bonner Bürger/innen die ‚besprühten/beschmierten Hauswände‘ als das dritt-größte Problem in ihrer Wohngegend an. Der Ruf nach harten strafrechtlichen Sanktionen ist für die unmittelbar und mittelbar von den ‚Schmierereien‘ betroffenen Personen ebenso verständlich wie er hinsichtlich seiner gesamten Problemlösungsfähigkeit zumindest fraglich ist. Dies liegt vor allem an der bestehenden Ambivalenz des gesamten Graffiti-Problems (legitime Bedürfnisse/Kunst versus illegale Sachbeschädigung/Kriminalität), zu dessen allgemeiner Lösung sich möglichst umfassende und gemeinsame Strategien anbieten, von denen letztendlich alle

²⁴⁵ Dabei sollte man sich darüber im Klaren sein, dass eine kommunale Jugendhilfepolitik und Jugendförderung, welche in dieser Arbeitsgruppe eine zentrale Rolle spielen dürfte, nicht in erster Linie aus kriminalpräventiven Gründen betrieben wird, sondern zu den selbstverständlichen kommunalen Aufgaben zählt. (siehe zu der Gefahr einer Vereinnahmung der Jugend- und Sozialpolitik durch die Kriminalpolitik neuerdings vor allem Frehsee, 1998)

²⁴⁶ Eine kritische Auseinandersetzung mit neuerdings verstärkt geforderten repressiven Überwachungs- und Kontrollsystemen (Einsatz von Video-Kameras u.ä.) erscheint hier ebenso wichtig wie die Prüfung, Weiterentwicklung und praktische Nutzung von theoretisch sehr sinnvollen Mediations- und Streit-Schlichter-Modellen.

²⁴⁷ Da in unserer Befragung (ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend) nur relativ wenige Jugendliche einbezogen waren, halten wir eine gesonderte empirische Untersuchung bei einer gezielten und repräsentativen Auswahl von Bonner Schülern/innen (14-16Jahre) für angezeigt. Die erste Planungsphase in diesem Zusammenhang ist bereits angelaufen. Eine Doktorandin unseres Instituts (H.Jüngling) will sich neben einer generellen Dunkelfeldbefragung näher mit dem sog. ‚Abzieh-Phänomen‘ befassen.

Parteien profitieren können und die somit eine hoch interessante Aufgabe für kommunale Präventionsgremien²⁴⁸ darstellen.

Einerseits sollte in einer entsprechenden Arbeitsgruppe das verständliche Interesse und Bedürfnis von Hauseigentümern und zahlreichen Bürgern an der Unversehrtheit ihres Eigentums deutlich gemacht und akzeptiert werden, andererseits sollten aber auch gewisse kanalisierte und unschädliche Möglichkeiten für jugendliche und künstlerische Gestaltungs- und Ausdruckswünsche aufgezeigt, angeboten und vereinbart werden²⁴⁹ (z.B. sogenannte Flächenbörsen).

Des Weiteren ist in diesem Bereich auch an verschiedene sekundär-präventive Vorgehensweisen zu denken, die an den Gelegenheitsstrukturen ansetzen. (z.B. durch entsprechende Flächen-Beschichtungen)

Auf der Ebene der tertiären Prävention und des (straf)rechtlichen Umgangs mit ertappten Einzeltätern bieten sich unterschiedliche Diversionsmodelle und die Anwendung von Projekten im Zusammenhang mit dem Täter-Opfer-Ausgleich geradezu an.²⁵⁰

AG ‚Massendelikte‘

Unter ‚Massendelikten‘ werden hier jene beiden Deliktsarten (Ladendiebstahl und Leistungerschleichung) gefasst, die in der Jahresstatistik (ZVV) die Hitliste aller registrierten Straftaten in Bonn deutlich anführen. Im Jahre 1998 wurden 3427 Ladendiebstähle und 2986 Leistungerschleichungen gezählt. Das sind jeweils mehr als 10% vom Gesamtaufkommen. Zusammen weisen diese beiden Delikte einen Anteil von 21,7% an der gesamten registrierten Kriminalität (ZVV=29.548) in der Stadt Bonn auf. Besonders bei der Leistungerschleichung belegt Bonn auch im landesweiten Vergleich einen der ganz vorderen Plätze. Hier bieten sich demnach hinsichtlich einer spürbaren Reduktion des gesamten offiziellen Kriminalitätsaufkommens die eindeutig besten Möglichkeiten. Diese müssen nicht nur auf das Kontroll- und Registrierungsverhalten beschränkt bleiben. So sind in den letzten Jahren durch die vermehrte Einführung von Job- und Semester-Tickets die Gelegenheitsstrukturen zum Schwarzfahren bei bestimmten Gruppen radikal reduziert worden. Eine weitere Ausdehnung derartiger Tickets auf sozial schwache Gruppen (in Form von subventionierten

²⁴⁸ So gibt es entsprechende ‚Graffiti-Arbeitsgruppen‘ derzeit in sehr vielen kommunalen Präventionsgremien; je nach Zusammensetzung sind dabei auch unterschiedliche Handlungsentwürfe in der Diskussion.

²⁴⁹ Eine gewisse Orientierung für ein derartiges Vorgehen kann hier u.a. der von der Berliner Landeskommission ‚Berlin gegen Gewalt‘ vorgelegte ‚Aktionsplan Graffiti‘ bieten, welcher sich als ein zuständigkeits-übergreifendes Präventionsmodell sieht. Danach soll das Grundanliegen glaubwürdig bleiben, etwas gegen Schmierereien und Sachbeschädigungen unternehmen zu wollen, ohne das Medium Graffiti und graffiti-interessierte Jugendliche insgesamt und pauschal zu verteufeln.

²⁵⁰ De lege ferenda könnte man hier dem österreichischen Beispiel (ab 1.1.2000) folgend und angelehnt an die derzeitigen Überlegungen im Zivilrechtsbereich (siehe JM in NW) auch an einen Ausbau der strafprozessualen Rahmenbedingungen für derartige Schlichtermodelle denken (z.B. obligatorischer TOA für bestimmte Fälle).

Sozial-Tickets) erscheint nicht nur sozialpolitisch sinnvoll, sondern auch kriminal-präventiv angezeigt.²⁵¹

Hinsichtlich der bagatellartigen Massendelikte sind im Rahmen einer speziellen Arbeitsgruppe auch solche Präventionsstrategien zu diskutieren, die vor allem auch die normative Ebene anzielen und somit nicht mehr allein im Verantwortungsbereich der Kommune liegen. Interessant erscheinen in diesem Zusammenhang die aktuellen Diskussionen um die Einführung polizeilicher Sanktionen („Strafgelder“) im Bagatellbereich, die neben Entlastungsfunktionen für die Justiz auch mit besseren Präventionseffekten begründet werden.²⁵² Wegen des verfassungsrechtlich gebotenen Gewaltenteilungsgrundsatzes bestehen hier jedoch gewichtige Bedenken gegenüber einer Übertragung der Strafgewalt auf die Polizei. Eine Verlagerung von einzelnen Bagatellstraftaten in das Ordnungswidrigkeitenrecht könnte hier einen Ausweg bieten, der auch kriminalpolitisch und aus Präventionsgesichtspunkten durchaus vertretbar erscheint.²⁵³

Insgesamt ist der Bereich der Massendelikte ein interessantes Feld vor allem für strukturelle Ansätze²⁵⁴ und für das Beschreiten neuer und unkonventioneller Wege mit aussichtsreichen und merklichen Präventionseffekten, die sich nicht nur (aber auch) in der Statistik niederschlagen.

AG ‚Korruption‘

Die im letzten Jahr (1999) vor allem durch journalistisches Recherchieren ans Tageslicht gekommenen Korruptions-Affären haben in der Bonner Szene nicht nur im bundespolitischen Bereich²⁵⁵, sondern auch im eher kommunalen

²⁵¹ In der Regel werden überproportional häufig und in ständiger Wiederholung vor allem einzelne Personen aus dem Kreis der Arbeits-, Wohnungs- und Mittellosen von den Strafverfahren im Bereich des Schwarzfahrens getroffen, was für alle Beteiligten und für das Gemeinwesen insgesamt wahrscheinlich höhere Kosten mit sich bringt als die gezielte Subventionierung von Sozialtickets.

²⁵² Eine geringe, aber schnelle und konsequente polizeiliche Sanktion ist wirkungsvoller als ein langwieriges Strafverfahren mit einer (am Ende) justiziellen Einstellung

²⁵³ siehe hierzu: Ostendorf und Frommel, in: Neue Kriminalpolitik, Heft 3/1999; ähnlich auch Jasch, M., in: Neue Kriminalpolitik, Heft 4/1999, u.a.)

²⁵⁴ Ein schönes Beispiel für die Vorzugswürdigkeit struktureller Ansätze bietet die durch enormen Polizeieinsatz betriebene Aktion zur ‚Prävention von gefährlichen Gleis-Überschreitungen‘ im Kölner Südbahnhof. Die technische Lösung eines ungehinderten Gleiszugangs wäre langfristig nicht nur kostengünstiger, sondern in jedem Fall auch effektiver und sicherer als der generalpräventiv gedachte und nur sporadisch wirksame Einsatz von Polizeibeamten, die auf dem Bahnsteig postiert sind und ‚Gleis-Sünder‘ mit Bußgeldern belegen.

²⁵⁵ Siehe in diesem Zusammenhang die CDU-Partei-Spenden-Affäre und das von der Bonner Staatsanwaltschaft eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Bundeskanzler Kohl.

Bereich²⁵⁶ ihre deutlich erkennbaren Spuren hinterlassen und dabei die gesamte Öffentlichkeit entsprechend beschäftigt.

Die kriminologische Forschung sieht in der Beschäftigung mit der sogenannten Wirtschaftskriminalität seit vielen Jahren eine wichtige und insgesamt unverzichtbare Aufgabe, welche die Prävention von solchen Straftaten anzielt, die gesellschaftlich einen sehr viel größeren Schaden anrichten als die Masse der Bagatellen. Ein kommunales Präventionsgremium, welches diesen Bereich der ‚White-Collar-Kriminalität‘ und der ‚Korruption‘ vollkommen ausklammert, stünde in den Reihen der Bürgerschaft unter einem enormen Rechtfertigungsdruck, zumal die verschiedenen Erscheinungsformen der Korruption einerseits gerade im kommunalen Raum besonders naheliegend sind und diese sich andererseits vor allem dadurch auszeichnen, dass sie besonders präventabel sind²⁵⁷; das heißt: Korruption ließe sich durch überlegte und gezielte Maßnahmen und strukturelle Vorkehrungen zwar nicht gänzlich verhindern, aber immerhin doch weitgehend mindern.

Nicht nur aus optischen Gründen ist dem Bonner ‚Rat zur Kriminalprävention‘ die Einrichtung einer speziellen ‚AG Korruption‘ daher sehr zu empfehlen.

5.4. Empfehlungen und Überlegungen hinsichtlich der weiteren wissenschaftlichen Analyse

Das Projekt der ‚Kriminologischen Regionalanalyse Bonn (KRABBE)‘ hat mit der Konzeption, Durchführung und Auswertung der hier berichteten Untersuchungen ein sehr umfangreiches und solides Fundament erhalten, auf das sich in Zukunft weiter aufbauen lässt. Das Ausmaß der bisher getätigten Investitionen an wissenschaftlichen, personellen und zeitlichen Ressourcen übersteigt bei weitem den formal ausgewiesenen Kostenrahmen²⁵⁸ und ist vor allem auch unter der Voraussetzung zu rechtfertigen, dass es sich bei der bisherigen Arbeit um eine aufwendige Anfangs- und Basis-Investition handelt, die sich erst im Laufe hieran anknüpfender Arbeiten und Untersuchungsschritte amortisiert, rechnet und auszahlt.

²⁵⁶ Erinneert sei hier an das Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Bonner Oberstadtdirektor Diekmann und dessen tragischen Freitod in der Untersuchungshaft.

²⁵⁷ Siehe hierzu u.a.: Vahlenkamp, Werner / Knauß, Ina, Korruption – hinnehmen oder handeln ? Wiesbaden 1995 (BKA-Forschungsreihe Band 33)

²⁵⁸ Bei der Summe von 40.000,-DM handelt es sich im wesentlichen um eine Erstattung der entstandenen Porto- und Druckkosten und die Bezahlung der für das Projekt eingesetzten studentischen Hilfskräfte (Kathrin Motzke, Yenigün Oguz und Simone Scherger) über den Zeitraum von 7-12 Monaten. Die zahlreichen Arbeitsstunden für die Konzeption, Durchführung, Auswertung und Berichtsfassung sind vom Projektleiter z.T. im Rahmen und z.T. außerhalb des Rahmens seiner Dienstzeit (ohne Überstunden-Bezahlung) geleistet worden. Die wesentliche Motivation bestand in der Schaffung einer soliden Grundlage für das weitere kommunal-präventive und wissenschaftliche Vorgehen.

So ist zum einen die Basis gelegt für zukünftige, regelmäßig zu wiederholende kommunale Sicherheitsberichte und Expertisen, welche als eine Fortschreibung und Aktualisierung der bisher gemachten Erkenntnisse aufgefasst werden können und welche die jährliche Präsentation der offiziellen Kriminalitätszahlen durch die Polizei in fachlich-kritischer und konstruktivistisch-interpretativer Weise ergänzen. Weiterhin bietet sich eine fachliche Beratung und/oder (Mit)verantwortung bei der regelmäßigen Erstellung und Veröffentlichung eines Bonner Kriminalitätsatlases an.

Hinsichtlich der ‚subjektiven Sicherheitslage‘ ist zu prüfen, in welchem Umfang und in welchen zeitlichen Abständen Replikationen der Bonner Bürgerbefragung durchgeführt werden, um so wichtige Erkenntnisse über Veränderungen im Zeitablauf und eventuell auch über verschiedene Effekte von gezielt eingesetzten präventiven Maßnahmen zu erhalten.

Dabei erscheint es aus wissenschaftlich-kriminologischer Sicht sehr sinnvoll, zum einen eine standardisierte bundesweite Befragung zur Viktimisierung (victim survey) und zum Sicherheitsgefühl durchzuführen, die (wie z.B. in den USA) möglichst jährlich stattfindet und durch ein entsprechendes ‚Bundesländer-Gremium‘ in Auftrag gegeben und finanziert wird. Für die Bonner Situation kann diese Untersuchung als standardisierter Vergleichsmaßstab herangezogen werden.

Zum anderen bietet sich (wie im Jahre 1999) eine spezielle Befragung in der Stadt Bonn an, die durch einige bonn-spezifische Fragen und Themen ergänzt werden kann²⁵⁹ und in einem größeren zeitlichen Abstand (von etwa 2-3 Jahren) wiederholt werden sollte.

Zur speziellen Messung und gezielten Evaluation von einzelnen präventiven Maßnahmen und zur vertiefenden Untersuchung von einzelnen Problemfeldern und Themenbereichen empfiehlt sich die Konzeption und Durchführung von gesonderten empirischen Projekten, die in der Regel von Doktoranden des Kriminologischen Seminars der Universität Bonn bearbeitet werden können.

Gegenwärtig befinden sich in diesem Zusammenhang bereits einige Arbeiten in der Planung bzw. Ausführung oder Auswertung. Auf sie haben wir im Laufe dieses Forschungsberichtes zwar schon an verschiedenen Stellen in einzelnen Fußnoten hingewiesen. Zur Verdeutlichung wollen wir sie hier jedoch noch einmal im Überblick zusammenfassen:

²⁵⁹ Durchaus überlegenswert ist in diesem Zusammenhang eine ergänzende Untersuchung und Ausdehnung der Befragung auf bisher unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen (wie z.B. ausländische Mitbürger/innen). (siehe Kapitel 4.4.2.1.1)

- Der Beitrag der Methadon-Substitution zur kommunalen Kriminalprävention am Beispiel der Stadt Bonn - Eine mündliche (und z.T. schriftliche) Befragung von Bonner Drogenabhängigen in Substitutionsprogrammen aus dem Jahr 1998. (König, Jens Martin)
- Das polizeiliche Entscheidungs- und Registrierungsverhalten und seine Determinanten im kommunalen Raum – Eine systematische empirische Analyse von Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft Bonn und polizeilichen ADV-Belegen aus den 90-er Jahren. (von Grotthuss, Patrick)
- Das ‚mediale‘ Kriminalitätsbild bzw. die Presseberichterstattung über Kriminalität in der Stadt Bonn. (Hebold, Jennifer)
- Kriminalitäts- und Gewalterfahrungen von Bonner Schulkindern (8. - 10. Klasse) – Eine repräsentative schriftliche Befragung an Bonner Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien. (Jüngling, Heike.)
- Studenten-Delinquenz im Unterschied zur Delinquenz von Oberstufen-Schülern – Eine repräsentative schriftliche Befragung von Bonner Studenten/innen und Oberstufen-Schülern/innen an Bonner Gymnasien. (Tübben, Jan)
- Zur Kriminalität und Kriminalitätseinschätzung älterer Menschen – Eine empirische Erhebung in der Stadt Bonn. (Mudrack, Gerd)

Zusätzlich zu diesen bereits in Arbeit (Planung) befindlichen Projekten sind weitere interessante Themen und Fragestellungen denkbar²⁶⁰, welche in dem Gesamtrahmen einer Kriminologischen Regionalanalyse Bonn anzusiedeln sind und deren Bearbeitungen die bisher vorhandenen Erkenntnisse in sinnvoller Weise ergänzen und vertiefen sollen. Neben dem angezielten systematischen und reflektierten Zugang zu unterschiedlich konstruierten sozialen Wirklichkeiten und ihrer Beschreibung und Erklärung soll dabei möglichst auch immer der praktische Handlungsgewinn für die konkrete kriminalpräventive Arbeit im Zentrum des Interesses stehen. In der optimalen Ausgestaltung sollen sich wissenschaftliche und praktische Erkenntnisinteressen möglichst verbinden bzw. ergänzen.

²⁶⁰ Neben der Konzentration auf einzelne interessante Adressatengruppen (Jugendliche, Schüler, Studenten, Alte, ausländische Mitbürger/innen u.a.) erscheint auch eine Konzentration auf einzelne besonders gravierende und zudem präventable Deliktsbereiche (z.B. (häusliche) Gewalt gegen Frauen, fremdenfeindliche Gewalt, Sachbeschädigungen/Graffiti, Wirtschaftskriminalität/Korruption) besonders angezeigt. Als weitere methodische Zugänge (neben der Befragung) bieten sich u.a. an: eine systematische Analyse der polizeilichen Notrufe und Funkstreifenwagen-Einsätze (CEBI-Protokolle); eine Analyse von Strafverfahrensakten zum Bereich Jugendgewalt über einen Zeitraum von mehreren Jahren zur Überprüfung von eventuellen qualitativen Veränderungen der Gewalt; teilnehmende Beobachtungen von Aktivitäten in ‚Präventions-Brennpunkten‘ (wie z.B. dem Bonner Loch) zur Evaluierung von Maßnahmen.

Aktuelle Literatur zur „Kommunalen Kriminalprävention“

2000 - 2004

Albrecht, Hans-Jörg (2002)

Kriminologische Erfahrungen und kriminalpräventive Räte.

In: Prätorius, Rainer (Hrsg.): Wachsam und kooperativ? Der lokale Staat als Sicherheitsproduzent. Staatslehre und politische Verwaltung, Band 6, Baden-Baden, Seite 22-40

Ammer, Andreas (2000)

Präventionsmanagement (Teil 1) - Leitfaden zur erfolgreichen Gründung und Führung eines kriminalpräventiven Rates -

In: Die Kriminalprävention, Jg. 4, Nr. 4, Seite 125 – 131

Ammer, Andreas (2000)

Präventionsmanagement - Teil 2 - Leitfaden zur erfolgreichen Gründung und Führung eines kriminalpräventiven Rates -

In: Die Kriminalprävention, Jg. 4, Nr. 5, Seite 166 – 172

Amt für Stadtentwicklung und Statistik (2002)

Der Heidelberger Kriminalitätsatlas - Kleinräumige Kriminalitätsentwicklung 2000/2001

Heidelberg, Selbstverlag

Belina, Bernd (2000)

"Kriminalität" und "Raum". Zur Kritik der Kriminalgeographie und zur Produktion des Raums.

In: Kriminologisches Journal, Jg. 32, Nr. 2, Seite 129 – 147

Beste, Hubert (2000)

Neue Sicherheit für die Stadt.

In: Neue Kriminalpolitik, Jg. 12, Nr. 1, Seite 17 – 21

Boor, Wolfgang de Hrsg. (2000)

Prävention und Kriminalität. Utopie und Wirklichkeit der Verbrechensbekämpfung

Köln, Inst.f.Konfliktforschung

Dölling, Dieter Hrsg. (2003)

Kommunale Kriminalprävention - Analysen und Perspektiven - Ergebnisse der Begleitforschung zu den Pilotprojekten in Baden-Württemberg

Holzkirchen, Felix

Feltes, Thomas (2003)

Kommunale Kriminalprävention: Studien zur Viktimisierung, Verbrechensfurcht und Polizeibewertung als Ansätze zu einer Neuorientierung von Polizeiarbeit.

In: Dölling, Dieter u.a. (Hrsg.): Kommunale Kriminalprävention - Analysen und Perspektiven - Ergebnisse der Begleitforschung zu den Pilotprojekten in Baden-Württemberg. Holzkirchen, Seite 5-13

Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden- (2000)
Standardinventar zur Durchführung kommunaler Opferstudien - Handbuch -
2., überarb.Auflage , Stuttgart, Landeskriminalamt

Gesellschaft für praxisorientierte Kriminalitätsforschung (2002)
**Städte im Wandel. Alte und neue Unsicherheiten und Möglichkeiten ihrer
Prävention.Beiträge zum 7.Potsdamer Kolloquium am 19.10.2001 in Potsdam**
Potsdam, Selbstverlag

Goldberg, Frank (2000)
Der Präventionsrat der Stadt Frankfurt/Main.
In: Die Kriminalprävention, Jg. 4, Nr. 5, Seite 177 – 181

Görgens, Bernhard (2000)
Kriminalprävention in und mit den Kommunen.
In: Bewährungshilfe, Jg. 47, Nr. 2, Seite 169 – 180

Hawighorst, Christine (2000)
Ergebnisse der kriminologischen Regionalanalyse der Stadt Lingen (Ems).
In: Die Kriminalprävention, Jg. 4, Nr. 3, Seite 87 - 92

Hawighorst, Christine (2003)
**Untersuchungen zur Kriminalität und Kriminalitätsfurcht in einer Mittelstadt.
Problembereiche, Handlungskonzepte für kommunale Präventionsmaßnahmen
und deren Erfolge, dargestellt am Beispiel der Stadt Lingen (Ems)**
Lengerich, Pabst

Hefendehl, Roland (2000)
**Wie steht es mit der Kriminalitätsfurcht und was hat der Staat damit zu tun?
Zugleich ein Beitrag zur Tauglichkeit der Sicherheitswacht.**
In: Kritische Justiz, Jg. 33, Nr. 2, Seite 175-187

Herrmann, Heike / Sessar, Klaus / Weinrich, Martin (2003)
**Unsicherheit in der Moderne am Beispiel der Großstadt. Kontexte eines
europäischen Forschungsprojekts.**
In: Stangl, Wolfgang; Hanak, Gerhard (Hrsg.): Innere Sicherheiten. Jahrbuch für
Rechts- und Kriminalsoziologie 2002. Baden-Baden, Seite 251-286

Herrmann, Holger / Jasch, Michael / Rütz, Eva-Maria (2000)
**Analyse der polizeilichen Kriminalstatistik und eine Befragung der Rostocker
Bevölkerung 1999. 1.Bericht**
Rostock, Komm.Präventionsrat d.Hansestadt Rostock

Hohmeyer, Christine (2000)
Wachsamenachbarn. Lokale Gemeinschaften im Dienst der Sicherheit.
In: Bürgerrechte & Polizei CILIP, Nr. 2, Seite 51 – 58

Hunsicker, Ernst (2003)
**Kriminologische Regionalanalyse 1996/97 und 2002/03 in Osnabrück.
6.Fortschreibung der Grunddaten (seit 1997) für das Jahr 2002**
Osnabrück, Selbstverlag

Hunsicker, Ernst (2003)

Kritische Reflektion der Kriminalprävention in Osnabrück.

In: Die Kriminalprävention, Jg. 7, Nr. 2, Seite 51-59

Innenministerium Baden-Württemberg (2002)

Kommunale Kriminalprävention - Netzwerk der Zukunft. Dokumentation des Fachkongresses am 22.11.2001

Stuttgart, Selbstverlag

Jäger, Joachim (2002)

Kommunale Kriminalprävention: Probleme, Projekte, Perspektiven.

In: Prätorius, Rainer (Hrsg.): Wachsam und kooperativ? Der lokale Staat als Sicherheitsproduzent. Staatslehre und politische Verwaltung, Band 6, Baden-Baden, Seite 58-63

Janssen, Helmut / Schollmeyer, Katrin (2001)

Unsicherheit im öffentlichen Raum. Eine empirische Studie zum subjektiven Sicherheitsempfinden in Erfurt

Mainz, Weisser Ring

Jasek, Michael / Hefendehl, Roland (2001)

Kriminalgeographie und Furcht in ostdeutschen Städten oder von der Notwendigkeit, auf schnelle Veränderungen forschungstechnisch zu reagieren oder diese zu ignorieren.

In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, Jg. 84, Nr. 1, Seite 67 – 81

Kasperzak, Thomas (2000)

Stadtstruktur, Kriminalitätsbelastung und Verbrechensfurcht. Darstellung, Analyse und Kritik verbrechensvorbeugender Maßnahmen im Spannungsfeld kriminalgeographischer Erkenntnisse und bauplanerischer Praxis

Holzkirchen, Felix

König, Jens Martin (2002)

Der Beitrag der Methadonsubstitution zur kommunalen Kriminalprävention. Eine Delinquenzmessung bei Methadonpatienten in Bonn

Mönchengladbach, Forum Verlag Godesberg

Kriminalpräventiver Rat der Stadt Nordhorn (2002)

Kriminologische Regionalanalyse der Stadt Nordhorn

Osnabrück, Sozio-Publishing

Laue, Christian (2002)

Broken windows und das New Yorker Modell - Vorbilder für die Kriminalprävention in deutschen Großstädten?

In: Institut für Kriminalwissenschaften Marburg (Hrsg.): Empirisch gesicherte Erkenntnisse über kriminalpräventive Wirkungen. Eine Sekundäranalyse der kriminalpräventiven Wirkungsforschung. Gutachten für die Landeshauptstadt Düsseldorf. Düsseldorf, Seite 333-436

Lehne, Werner (2002)

Aktuelle Präventionskonzepte im Spiegel der kriminologischen Debatte.

In: Anhorn, Roland; Bettinger, Frank (Hrsg.): Kritische Kriminologie und Soziale Arbeit. Impulse für professionelles Selbstverständnis und kritisch-reflexive Handlungskompetenz. Weinheim, Seite 169-187

Liebl, Karlhans (2002)

Lokale Kriminalpolitik -Fragen nach Auftrag und Legitimation.

In: Prätorius, Rainer (Hrsg.): Wachsam und kooperativ? Der lokale Staat als Sicherheitsproduzent. Staatslehre und politische Verwaltung, Band 6, Baden-Baden, Seite 132-144

Obergfell-Fuchs, Joachim (2000)

Kriminologische Forschung und kommunale Kriminalprävention.

In: Neue Kriminalpolitik, Jg. 12, Nr. 2, Seite 33 – 37

Obergfell-Fuchs, Joachim (2001)

Ansätze und Strategien Kommunalen Kriminalprävention. Begleitforschung im Pilotprojekt Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg anhand der Stadt Freiburg i. Breisgau

Freiburg, edition iuscrim

Pohl-Laukamp, Dagmar (2004)

Kriminalprävention auf kommunaler Ebene.

In: Ostendorf, Heribert (Hrsg.): Effizienz von Kriminalprävention. Erfahrungen im Ostseeraum. Lübeck, Seite 43-45

Präventionsrat der Stadt Lingen/Ems (2000)

Kriminalität, Kriminalitätsfurcht und Möglichkeiten der Prävention in einer Mittelstadt - Regionale kriminologische Analyse der Stadt Lingen/Ems

Lengerich u.a., Pabst

Rolfes, Manfred (2003)

Kriminologische Regionalanalyse Osnabrück 2002/03. Ergebnisse der Bürger- und Schülerbefragung

Osnabrück, Universität

Rolfes, Manfred (2003)

Kriminologische Regionalanalyse Osnabrück 2002/03. Ergebnisse der Bürger- und Schülerbefragung

Osnabrück, Universität

Rüther, Werner (2000)

Behördliche, politische und mediale Einflüsse auf Sicherheitslagen. Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus einer "Kriminologischen Regionalanalyse" in Bonn.

In: Die Kriminalprävention, Jg. 4, Nr. 2, Seite 67 - 71

Rüther, Werner (2001)

Zum Einfluss polizeilicher Erfassungskontrollen auf die registrierte Kriminalität. Am Beispiel der Kriminalitätsentwicklung in Bonn in den 90er Jahren.

In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, Jg. 84, Nr. 4, Seite 294 - 309

Rüther, Werner (2003)

Kommunale Kriminalprävention, Delinquenz von Drogenabhängigen und die Bedeutung von Substitutionsprogrammen. Erkenntnisse aus einem Forschungsprojekt in der Stadt Bonn.

In: Die Kriminalprävention, Jg. 7, Nr. 1, Seite 7-10

Sächsisches Staatsministerium des Innern (2000)

Kommunale Kriminalprävention. Informationsbroschüre zur kriminalpräventiven Gremienarbeit in den Landkreisen, Städten und Gemeinden des Freistaates Sachsen. Ausgabe 1/2000

Dresden, Selbstverlag

Schairer, Martin (2004)

Die vernetzte Sicherheitspolitik in Stuttgart; 10 Punkte zur Kommunalen Kriminalprävention

In: forum kriminalprävention, Nr. 4/2004, Seite 16

Schneider, Heiko / Spieß, Nadin (2000)

Geographische Kriminalitätsanalyse - Die Renaissance der Kriminalgeographie. Ein Bericht über das 1.Forum: Geographische Kriminalitätsanalyse in Seeheim-Jugenheim.

In: Der Kriminalist, Jg. 32, Nr. 7-8, Seite 323 – 327

Stadt Aalen (2003)

Offizielle Bürgerbefragung 2002 zur Sicherheits- und Kriminalitätslage in Aalen

Aalen, Selbstverlag

Steffen, Wiebke (2004)

Kommunale Kriminalprävention in Deutschland - Eine Erfolgsstory?

In: forum kriminalprävention, Nr. 4/2004, Seite 18-21

Sterbling, Anton / Burgheim, Joachim (2004)

"Modell Hoyerswerde" - Teilergebnisse empirischer Untersuchungen im Rahmen kommunaler Präventionsforschung

In: Die Kriminalprävention, Jg. 8, Nr. 3/2004, Seite 93-99

Trabs, Norbert (2000)

Sicherheitsanalyse Lübeck 2000. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse.

In: Die Kriminalprävention, Jg. 4, Nr. 3, Seite 108 – 111

Vogt, Sabine (2000)
Trendanalyse - Schwerpunkte aktueller amerikanischer Entwicklungen
Wiesbaden, BKA

Walter, Bernd (2001)
Kommunale Kriminalprävention - eine gesamtgesellschaftliche Sicherheitsstrategie im Spannungsfeld zwischen symbolischem Aktionismus und gesetzlicher Verpflichtung.
In: Die Kriminalprävention, Jg. 5, Nr. 2, Seite 64 – 71

Walter, Michael (2002)
Kommunale Kriminalprävention: Wozu wird sie führen?
In: forum kriminalprävention, Nr. 4, Seite 6 – 7

Walter, Michael (2003)
Kriminalprävention auf kommunaler Ebene: neue kriminalpolitische Ansätze und neue Akteure.
In: Stober, Rolf (Hrsg.): Der Beitrag des Sicherheitsgewerbes zur Kriminalprävention. Bestandsaufnahme, Problemfelder, Lösungswege. Köln, Seite 109-122

Ziercke, Jörg (2002)
Kommunale Kriminalpolitik und Kriminalprävention. Kooperation und Vernetzung der Präventionsakteure aus polizeilicher Sicht.
In: forum kriminalprävention, Nr. 4, Seite 8 – 10

Klassiker der „Kriminologischen Regionalanalyse“
90-er Jahre

Ammer, Andreas (1990)
Kriminalität in Landau. Analyse und (Re)Konstruktion des Kriminalitätsbildes einer Kleinstadt mit hoher Kriminalitätsbelastung
Holzkirchen, Felix

Papendorf, Knut u.a. Bearb. (1991)
Kriminologische Regionalanalyse Lübeck. Untersuchung zur Wahrnehmung, Erfassung und Darstellung von Kriminalität in Lübeck - eine Grundlage für die Planung der Kriminalprävention
Lübeck, Kriminalpolizeidirektion

Legge, Ingeborg (1994)
Kriminologische Regionalanalyse Hamburg-Altona. Methodische Grundlagen lokaler Sicherheitsdiagnosen
Hamburg, Landeskriminalamt

Wälter, Helmut / Pannenbäcker, Frank (1996)
Kriminologische Regionalanalyse Essen. Zusammenstellung von Daten einer Bürgerbefragung mit Bezug zur aktuellen Sicherheitslage in Essen als Grundlage für Präventionsentscheidungen des Kriminalpräventiven Rates in der Stadt Essen
Essen, Polizeipräsidium

Universität Bonn

Bürgerbefragung zum Sicherheitsgefühl

Prof.Dr.jur. Helmut Marquardt - Dr.rer.pol. Werner Rüther

Adenauerallee 24-42 53113 Bonn

Tel.: 0228/73-9133 Fax: 0228/73-9732

e-mail: wruether@mailhost.jura.uni-bonn.de

Im Auftrag des Rates zur Kriminalprävention der Stadt Bonn

Vorsitz: Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann
und Polizeipräsident Dierk-Henning Schnitzler

Universität Bonn

Prof.Dr.jur. Helmut Marquardt - Dr.rer.pol. Werner Rüter

Bürgerbefragung zum Sicherheitsgefühl

Bonn, den 1.2.1999

Liebe Bonner Bürgerinnen und Bürger !

Wie jede Zeit, so birgt auch die heutige ihre eigenen und vielfältigen Risiken und Gefahren, die von den einzelnen Menschen ganz unterschiedlich erlebt werden und mit denen sie wiederum auch ganz unterschiedlich umgehen. ***Der wohl beste Umgang mit Gefahren ist ein möglichst sachlicher Umgang, der auf der Basis von zahlreichen und gründlichen Informationen beruht.*** Je mehr man über mögliche Gefahren und ihre Hintergründe weiß, desto besser und gezielter kann man mit ihnen umgehen und auf sie einwirken.

Deswegen bitten wir Sie um Ihre freundliche Mithilfe.

Es geht in dem vorliegenden Fragebogen vor allem um ***Ihre ganz persönlichen Erfahrungen und Einschätzungen zu verschiedenen Bereichen der Kriminalität und des Sicherheitsgefühls.*** Während auf der einen Seite von einer ständig ansteigenden Kriminalität und damit einhergehenden Verunsicherungen der BürgerInnen berichtet wird, wird auf der anderen Seite auch immer wieder betont, daß speziell in der Stadt Bonn kein Grund zu besonderer Sorge und zur Dramatisierung der Lage besteht. Eine gründliche und umfassende Beschreibung der Situation kann man am besten aus den Aussagen und Antworten der BürgerInnen selbst gewinnen.

Zu diesem Zweck wurden 4000 Personen (ab 15 Jahren) nach einem reinen Zufallsverfahren aus der Einwohnermeldedatei der Stadt Bonn ausgewählt, zu denen auch Sie gehören. Ihre Teilnahme an der Untersuchung ist selbstverständlich vollkommen freiwillig. Je mehr jedoch von Ihnen antworten, desto aussagekräftiger werden die Ergebnisse.

Im Auftrag des Rates zur Kriminalprävention der Stadt Bonn

Vorsitz: Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und Polizeipräsident Dierk-Henning Schnitzler

Nehmen Sie sich daher bitte ein paar Minuten Zeit, und füllen Sie dieses Fragebogen-Heft möglichst ohne Beteiligung anderer Personen nach Ihren ganz persönlichen Erfahrungen und Einschätzungen aus.

Dies geschieht durch entsprechendes Ankreuzen der verschiedenen Antwortvorgaben in den dafür vorgesehenen grauen Feldern:

--	--

Bitte **schicken Sie** dieses von Ihnen ausgefüllte und angekreuzte Fragebogen-Heft

innerhalb der nächsten drei Wochen,
spätestens bis zum 22.2.1999,

in dem beiliegenden und bereits adressierten Rückantwort-Briefumschlag **an uns zurück**. Hierzu werfen Sie den entsprechend gefüllten und zugeklebten Briefumschlag ohne weitere Angaben und ohne Briefmarke in den nächsten Briefkasten. Es entstehen für Sie keine Kosten, da die Gebühren vom Empfänger (das heißt von uns) gezahlt werden.

Die Auswertung der Antworten geschieht vollkommen anonym und unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Alle Namen und Anschriften werden nach Abschluß der wissenschaftlichen Analyse vernichtet. Die für die Bürger interessanten Gesamtergebnisse werden selbstverständlich veröffentlicht, und sie sollen als Grundlage für die weitere vorbeugende Arbeit hinsichtlich der Kriminalität und der Kriminalitätsfurcht in der Stadt Bonn dienen.

Mit freundlichen Grüßen

(Prof.Dr.Helmut Marquardt)

(Dr.Werner Rüter)

Universität Bonn

Prof.Dr.jur. Helmut Marquardt - Dr.rer.pol. Werner Rüther

Bürgerbefragung zum Sicherheitsgefühl

VL.) Eines von vielen Problemen der heutigen Zeit ist die Kriminalität.

Die Gefahr, Opfer einer Straftat zu werden, ist für jeden von uns möglich. Unterschiede bestehen aber im Erleben der persönlichen Bedrohung. Im folgenden sind verschiedene Straftaten in einer beliebigen Reihenfolge aufgelistet. Uns interessiert nun, in welchem Maße Sie sich davon bedroht fühlen. Dabei kommt es allein auf Ihr derzeitiges Gefühl bzw. Ihre Einschätzung an. Wenn Sie keine Angst haben, in den nächsten 12 Monaten Opfer dieser Straftat zu werden, dann kreuzen Sie bitte eine „1“ an. Haben Sie dagegen besonders große Angst, so kreuzen Sie eine „7“ an. Für mögliche Angst-Einschätzungen dazwischen stehen Ihnen die Werte „2“ oder „3“ (eher weniger Angst) und die Werte „5“ oder „6“ (eher mehr Angst) zum Ankreuzen zur Verfügung; pro Straftat machen Sie bitte nur ein Kreuz!

Ich habe gar keine Angst... ...ich habe sehr große Angst vor:	gar keine Angst						sehr große Angst
	1	2	3	4	5	6	7
Raubüberfall	1	2	3	4	5	6	7
Wohnungseinbruch	1	2	3	4	5	6	7
Vandalismus	1	2	3	4	5	6	7
Autodiebstahl	1	2	3	4	5	6	7
Betrug	1	2	3	4	5	6	7
Diebstahl auf Reisen	1	2	3	4	5	6	7
Körperverletzung	1	2	3	4	5	6	7
Terror-Anschläge	1	2	3	4	5	6	7
Umweltkriminalität	1	2	3	4	5	6	7
Vergewaltigung	1	2	3	4	5	6	7
Sonstiges ?	1	2	3	4	5	6	7

Im Auftrag des Rates zur Kriminalprävention der Stadt Bonn

Vorsitz: Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und Polizeipräsident Dierk-Henning Schnitzler

V2.) Außer der Kriminalität gibt es ja auch noch viele andere Risiken/Gefahren im Leben. Einige davon haben wir im folgenden zusammengestellt. Wiederum interessiert uns, in welchem Maße Sie sich davon bedroht fühlen. Bitte kennzeichnen Sie Ihre ganz persönliche Einschätzung, für wie bedrohlich Sie dieses Ereignis halten. Eine „1“ drückt wiederum aus, daß Sie gar keine Angst davor haben. Mit einer „7“ geben Sie zum Ausdruck, daß Sie sehr große Angst davor haben. Die Zahlen „2“ bis „6“ kennzeichnen (wie oben) entsprechende Zwischenwerte.

Ich habe gar keine Angst davor sehr große Angst davor, daß...	gar keine Angst						sehr große Angst
...ich schwer erkrankte	1	2	3	4	5	6	7
...ich einen Verkehrsunfall erleide	1	2	3	4	5	6	7
...ich Opfer einer Straftat werde	1	2	3	4	5	6	7
...ich von Arbeitslosigkeit betroffen werde	1	2	3	4	5	6	7
...ich im Alter meinen Lebensstandard nicht halten kann	1	2	3	4	5	6	7
...ich im Alter anderen zur Last fallen werde	1	2	3	4	5	6	7
...ich im Alter vereinsame	1	2	3	4	5	6	7
...meine Partnerschaft zerbricht	1	2	3	4	5	6	7
...meine Kinder drogen- und/oder alkoholabhängig werden	1	2	3	4	5	6	7
...die fortschreitende Umweltzerstörung meinen Lebensraum beeinträchtigt	1	2	3	4	5	6	7
...die Arbeitslosigkeit in Deutschland weiter steigt	1	2	3	4	5	6	7
...die Lebenshaltungskosten stark steigen	1	2	3	4	5	6	7
...sich der politische Extremismus ausbreitet (Links- bzw. Rechtsradikalität)	1	2	3	4	5	6	7
...durch einen weiteren Zuzug von Ausländern/Asylanten das Zusammenleben beeinträchtigt wird	1	2	3	4	5	6	7
...Deutschland mit kriegerischen Auseinandersetzungen konfrontiert wird	1	2	3	4	5	6	7
...der Euro die Geldwertstabilität gefährdet	1	2	3	4	5	6	7
... sonstiges ?	1	2	3	4	5	6	7

Im Auftrag des Rates zur Kriminalprävention der Stadt Bonn

Vorsitz: Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und Polizeipräsident Dierk-Henning Schnitzler

V3.) Im folgenden finden Sie eine Liste von vier verschiedenen Zielen, die in der Politik allgemein verfolgt werden.

A) Aufrechterhaltung der Ordnung im Land

B) Verstärkte Mitsprache des Volkes bei den Entscheidungen der Regierung

C) Bekämpfung der Preissteigerung

D) Schutz der freien Meinungsäußerung

Wenn Sie zwischen diesen vier verschiedenen Zielen wählen müssten, welches Ziel erschiene Ihnen persönlich am wichtigsten ?

Schreiben Sie in das 1. Feld auf der rechten Seite bitte den entsprechenden Buchstaben des Ihrer Ansicht nach wichtigsten Zieles !

1

Schreiben Sie nun in das 2. Feld auf der rechten Seite bitte den entsprechenden Buchstaben des Ihrer Ansicht nach zweitwichtigsten Zieles !

2

V4.) Welches sind Ihrer Ansicht nach die drei dringendsten Probleme in der Stadt Bonn ?

Im folgenden sind verschiedene Probleme in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet.

Schreiben Sie bitte vor jenes Problem, welches Sie in der Stadt Bonn am dringendsten ansehen, das heißt, wo am ehesten etwas getan werden müsste, eine „1“, vor das zweitdringendste eine „2“ und vor das drittdringendste eine „3“.

Arbeitslosigkeit	Sauberkeit und Ordnung
Ausländerintegration	Soziale Unterschiede (Armut)
Drogenproblematik	Umweltverschmutzung
Jugendförderung	Verkehr
Korruption u. Wirtschaftskriminalität	Wirtschaftliches Wachstum
Öffentliche Sicherheit	Wohnungen
Regierungsumzug	Sonstiges: _____

Im Auftrag des Rates zur Kriminalprävention der Stadt Bonn

Vorsitz: Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und Polizeipräsident Dierk-Henning Schnitzler

V5.) Im folgenden werden Ihnen einige Fragen zu Straftaten gestellt, die Ihnen persönlich im letzten Jahr widerfahren sein könnten.

Bitte kreuzen Sie alle Örtlichkeiten an, wo Ihnen so etwas passiert ist und gegebenenfalls, wieviel ___mal Ihnen das passiert ist und ob und wieviel ___mal Sie bei der Polizei Anzeige erstattet haben.

Es ist manchmal schwierig, sich genauer an derartige Vorfälle zu erinnern. Bitte denken Sie sorgfältig darüber nach. Bitte denken Sie auch daran, daß es nur um den Zeitraum des letzten Jahres geht, also die Zeit von Januar bis Dezember 1998.

Is es Ihnen persönlich im letzten Jahr passiert ... (bitte Entsprechendes in den grauen Feldern ankreuzen und evtl. die Anzahl eintragen; Mehrfachnennungen sind möglich)

1) ...daß Ihnen Ihr Kraftfahrzeug (Personenwagen/Kombi, Kleintransporter, Motorrad, Moped oder Mofa) gestohlen wurde ?

NEIN

falls JA, wurde in dem jeweiligen Fall bei der Polizei Anzeige erstattet ?

<input type="checkbox"/>	JA, in meiner Wohngegend ___mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, in der Bonner Innenstadt ___mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, sonstwo in Bonn ___mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, außerhalb Bonns ___mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal

2) ...daß Ihnen Ihr Fahrrad gestohlen wurde ?

NEIN

falls JA, wurde in dem jeweiligen Fall bei der Polizei Anzeige erstattet ?

<input type="checkbox"/>	JA, in meiner Wohngegend ___mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, in der Bonner Innenstadt ___mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, sonstwo in Bonn ___mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, außerhalb Bonns ___mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal

3) ...daß Ihnen ein Autoradio oder sonst etwas, das in Ihrem Auto zurückgelassen wurde, oder ein Teil Ihres Autos (wie etwa Seitenspiegel oder Reifen) gestohlen wurde ?

NEIN

falls JA, wurde in dem jeweiligen Fall bei der Polizei Anzeige erstattet ?

<input type="checkbox"/>	JA, in meiner Wohngegend ___mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, in der Bonner Innenstadt ___mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, sonstwo in Bonn ___mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, außerhalb Bonns ___mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal

Im Auftrag des Rates zur Kriminalprävention der Stadt Bonn

Vorsitz: Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und Polizeipräsident Dierk-Henning Schnitzler

Ist es Ihnen persönlich im letzten Jahr passiert ... (bitte Entsprechendes in den grauen Feldern ankreuzen und evtl. die Anzahl eintragen; Mehrfachnennungen sind möglich)

4) ...daß Ihr Kraftfahrzeug absichtlich beschädigt oder demoliert worden ist ?

NEIN

falls JA, wurde in dem jeweiligen Fall bei der Polizei Anzeige erstattet ?

<input type="checkbox"/>	JA, in meiner Wohngegend	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, in der Bonner Innenstadt	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, sonstwo in Bonn	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, außerhalb Bonns	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal

5) ...daß Ihnen sonst (abgesehen vom Kraftfahrzeug) absichtlich Ihr Eigentum beschädigt oder zerstört wurde ?

NEIN

falls JA, wurde in dem jeweiligen Fall bei der Polizei Anzeige erstattet ?

<input type="checkbox"/>	JA, in meiner Wohngegend	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, in der Bonner Innenstadt	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, sonstwo in Bonn	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, außerhalb Bonns	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal

6) ...daß ein Einbruch oder Einbruchversuch in Ihre Wohnräume vorgenommen wurde ?

NEIN

falls JA, wurde in dem jeweiligen Fall bei der Polizei Anzeige erstattet ?

<input type="checkbox"/>	JA, in meiner Wohngegend	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, in der Bonner Innenstadt	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, sonstwo in Bonn	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, außerhalb Bonns	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal

7) ...daß Ihnen jemand mit Gewalt oder unter Androhung von Gewalt etwas entrissen oder zu entreißen versucht hat ?

NEIN

falls JA, wurde in dem jeweiligen Fall bei der Polizei Anzeige erstattet ?

<input type="checkbox"/>	JA, in meiner Wohngegend	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, in der Bonner Innenstadt	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, sonstwo in Bonn	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, außerhalb Bonns	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal

Im Auftrag des Rates zur Kriminalprävention der Stadt Bonn

Vorsitz: Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und Polizeipräsident Dierk-Henning Schnitzler

Ist es Ihnen persönlich im letzten Jahr passiert ... (bitte Entsprechendes in den grauen Feldern ankreuzen und evtl. die Anzahl eintragen; Mehrfachnennungen sind möglich)

8) ...daß Sie Opfer eines Diebstahls persönlichen Eigentums geworden sind (z.B. eines Taschendiebstahls oder eines Diebstahls einer Geldbörse, einer Bierflasche, eines Kleidungsstücks, von Schmuck oder Sportartikeln), sei es am Arbeitsplatz, in der Schule, in einer Gaststätte, auf der Straße oder an einem sonstigen Ort ?

NEIN

falls JA, wurde in dem jeweiligen Fall bei der Polizei Anzeige erstattet ?

<input type="checkbox"/>	JA, in meiner Wohngegend	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, in der Bonner Innenstadt	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, sonstwo in Bonn	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, außerhalb Bonns	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal

9) ...daß Sie jemand zwar nicht direkt angegriffen, aber durch freches Benehmen sexuell belästigt hat ? Das kann zu Hause oder anderswo vorgekommen sein, etwa in einer Gaststätte, auf der Straße, in der Schule oder am Arbeitsplatz.

NEIN

falls JA, wurde in dem jeweiligen Fall bei der Polizei Anzeige erstattet ?

<input type="checkbox"/>	JA, in meiner Wohngegend	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, in der Bonner Innenstadt	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, sonstwo in Bonn	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, außerhalb Bonns	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal

10) ...daß Sie in sexueller Absicht tätlich angegriffen oder bedroht wurden (Vergewaltigung, versuchte Vergewaltigung oder sonstiger sexueller Angriff) ?

NEIN

falls JA, wurde in dem jeweiligen Fall bei der Polizei Anzeige erstattet ?

<input type="checkbox"/>	JA, in meiner Wohngegend	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, in der Bonner Innenstadt	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, sonstwo in Bonn	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal
<input type="checkbox"/>	JA, außerhalb Bonns	___mal	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___mal

Im Auftrag des Rates zur Kriminalprävention der Stadt Bonn

Vorsitz: Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und Polizeipräsident Dierk-Henning Schnitzler

Ist es Ihnen persönlich im letzten Jahr passiert ... (bitte Entsprechendes in den grauen Feldern ankreuzen und evtl. die Anzahl eintragen; Mehrfachnennungen sind möglich)

11) ...daß man Sie sonst tätlich angegriffen oder in einer Art bedroht hat, daß Sie wirklich Angst hatten, z.B. zu Hause oder in einer Gaststätte, auf der Straße, in der Schule oder am Arbeitsplatz ?

NEIN

falls JA, wurde in dem jeweiligen Fall bei der Polizei Anzeige erstattet ?

<input type="checkbox"/>	JA, in meiner Wohngegend	___ mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___ mal
<input type="checkbox"/>	JA, in der Bonner Innenstadt	___ mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___ mal
<input type="checkbox"/>	JA, sonstwo in Bonn	___ mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___ mal
<input type="checkbox"/>	JA, außerhalb Bonns	___ mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___ mal

12) ...daß Sie betrogen worden sind, das heißt, daß jemand Sie absichtlich getäuscht hat und Ihnen dadurch ein finanzieller Schaden entstanden ist, z.B. durch einen Händler, Handwerker, (Versicherungs-)Vertreter, Anlageberater, Makler ?

NEIN

falls JA, wurde in dem jeweiligen Fall bei der Polizei Anzeige erstattet ?

<input type="checkbox"/>	JA, in meiner Wohngegend	___ mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___ mal
<input type="checkbox"/>	JA, in der Bonner Innenstadt	___ mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___ mal
<input type="checkbox"/>	JA, sonstwo in Bonn	___ mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___ mal
<input type="checkbox"/>	JA, außerhalb Bonns	___ mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___ mal

13)...daß Sie durch einen Verkehrsunfall, den ein anderer verursacht hat, verletzt worden sind?

NEIN

falls JA, wurde in dem jeweiligen Fall bei der Polizei Anzeige erstattet ?

<input type="checkbox"/>	JA, in meiner Wohngegend	___ mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___ mal
<input type="checkbox"/>	JA, in der Bonner Innenstadt	___ mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___ mal
<input type="checkbox"/>	JA, sonstwo in Bonn	___ mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___ mal
<input type="checkbox"/>	JA, außerhalb Bonns	___ mal	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	___ mal

Im Auftrag des Rates zur Kriminalprävention der Stadt Bonn

Vorsitz: Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und Polizeipräsident Dierk-Henning Schnitzler

V6.) In welchem Stadtteil Bonns wohnen Sie ?

PLZ: 53

V7.) Seit wann ?:

V8.) Wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine in Ihrer Wohngegend unterwegs sind ?

sehr sicher	1
eher sicher	2
eher unsicher	3
sehr unsicher	4

V9.) Gibt es - außerhalb Ihrer Wohngegend - eine andere Gegend in Bonn, wo Sie sich möglicherweise fürchten würden ?

ja, gibt es	1	und zwar in:
nein, gibt es nicht	0	

V10.) In einem Stadtbezirk können verschiedene Probleme auftauchen. Wie ist das in Ihrer Wohngegend ?

Kreuzen Sie bitte für jeden der hier aufgeführten Punkte an, inwieweit Sie das in Ihrer Wohngegend heute als Problem ansehen?

	kein Problem	ein geringes Problem	ein ziemliches Problem	ein großes Problem
sich langweilende und nichtsturende Jugendliche	1	2	3	4
heruntergekommene und leerstehende Gebäude	1	2	3	4
fliegende Händler, Haustürgeschäfte	1	2	3	4
zerstörte Telefonzellen	1	2	3	4
Drogenabhängige	1	2	3	4
Betrunkene	1	2	3	4
besprühte/beschmierte Hauswände	1	2	3	4
Schmutz und Müll in den Straßen oder Grünanlagen	1	2	3	4
undiszipliniert fahrende Autofahrer	1	2	3	4
zu viele Ausländer/Asylbewerber	1	2	3	4
Ausländerfeindlichkeit/Rechtsradikalismus	1	2	3	4
herumstehende Autowracks	1	2	3	4
falsch oder behindernd parkende Autos	1	2	3	4

Im Auftrag des Rates zur Kriminalprävention der Stadt Bonn

Vorsitz: Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und Polizeipräsident Dierk-Henning Schnitzler

V11.) Wodurch und wie häufig erhalten Sie Informationen über Kriminalität ? Machen Sie bitte in jeder Zeile jeweils ein Kreuz (X) !

Wodurch ?	wie häufig ?			
	sehr häufig	häufig	selten	nie
...durch das Fernsehen	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
...durch das Radio	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
...durch Tageszeitungen	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
...durch Wochenzeitschriften	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
...durch Gespräche	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
...durch sonstiges: _____	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

V12.) Nun wird ja in den Medien des öfteren über Kriminalität berichtet. Dabei sind manche Berichte näher an der Wahrheit, manche nehmen es mit der Wahrheit auch mal weniger genau. Was denken Sie persönlich über die Kriminalitätsdarstellung in den Medien ? Bitte machen Sie pro Zeile jeweils nur ein Kreuz (X) !

Die Kriminalitätsdarstellung ist...	eher übertrieben	im wesentlichen zutreffend	eher untertrieben
...in den Tageszeitungen	2	1	0
...in den Wochenzeitschriften	2	1	0
...im Radio	2	1	0
...im Fernsehen	2	1	0

V13.) Bitte kreuzen Sie im folgenden an, wie stark Sie sich für solche Sendungen, wie zum Beispiel 'Aktenzeichen XY, Notruf, Fahndungsakte, Brisant, Explosiv, tuff, Bitte melde Dich u.ä.' interessieren:

sehr stark	stark	mittel	wenig	gar nicht
4	3	2	1	0

Im Auftrag des Rates zur Kriminalprävention der Stadt Bonn

Vorsitz: Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und Polizeipräsident Dierk-Henning Schnitzler

V14.) Wie häufig lesen Sie folgende Zeitungen/Zeitschriften ? Bitte machen Sie pro Zeile jeweils ein Kreuz (X) !			
	regelmäßig	selten	nie
Bonner Generalanzeiger	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
Bonner Rundschau	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
Bonn-Express	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
Bild-Zeitung	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
Hürriyet	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
sonstige (überregionale) Tageszeitung: _____	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
Der Spiegel	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
sonstige Wochenzeitschrift: _____	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

V15.) Wenn Sie Ihre persönliche allgemeine Ängstlichkeit auf einer Skala von 1 (das heißt 'gar nicht ängstlich') bis 10 (das heißt 'sehr ängstlich') angeben müssten, welchen Wert würden Sie dann wählen ? Machen Sie bitte ein Kreuz (X) in eines der Kästchen auf der folgenden Skala !

gar nicht										sehr
ängstlich										ängstlich
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

V16.) Viele Leute verwenden die Begriffe 'links' und 'rechts', wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wir haben hier einen Maßstab, der von links nach rechts verläuft. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese Ansichten auf dieser Skala einstufen ? Machen Sie bitte ein Kreuz (X) in eines der Kästchen der folgenden 'Links-Rechts-Skala'.

Links										Rechts
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

V17.) Im folgenden ist eine Liste von möglichen Freizeit-Aktivitäten aufgeführt. Bitte kreuzen (X) Sie jeweils an, wie häufig Sie diese Tätigkeiten im letzten Jahr ausgeführt haben.

	Täglich	mindest. 1 mal pro Woche	mindest. 1 mal pro Monat	seltener	nie
Bücher lesen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
Zeitschriften lesen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
CDs hören	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
Videos anschauen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
Fernsehen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
mit dem Computer beschäftigen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
Spaziergehen, Wandern	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
Essen oder trinken gehen (Kneipe, Restaurant, Café)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
Freunde oder Bekannte besuchen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
Kino-, Theater- oder Konzertbesuche	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
Einkaufen (Shopping)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
Besuch von Sportveranstaltungen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
aktiv Sport treiben	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

V18.) In unserer Gesellschaft gibt es Bevölkerungsgruppen, die eher unten stehen und solche, die eher oben stehen. Wir haben hier eine Skala, die von unten nach oben verläuft. Wenn Sie an sich selbst denken: Wo auf dieser Skala würden Sie sich einordnen? Bitte nur ein Kreuz (X) machen!

Unten									Oben
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

V19.) Sie wissen sicher, daß der Staat hoch verschuldet ist und die öffentlichen Kassen nahezu leer sind. Deswegen muß man sich gut überlegen, wie man mit dem Geld umgehen sollte. Wenn Sie zu bestimmen hätten, würden Sie knappe Mittel lieber in Programme für den Arbeitsmarkt und für Bildung und Ausbildung investieren oder lieber in den Ausbau von Polizei und Gefängnissen?

Lieber in Programme <u>für den Arbeitsmarkt und für Bildung und Ausbildung</u>	1
Lieber in Programme <u>für den Ausbau von Polizei und Gefängnissen</u>	2

V20.) Wie empfinden Sie das Verhältnis zu Ihren nächsten Nachbarn?

überwiegend freundlich und hilfsbereit	1
überwiegend feindlich und ablehnend	2
weder/noch (da kaum oder keinen Kontakt)	3
sonstiges:	

V21.) Man hört heute häufig, daß unsere Städte immer anonym werden und es keine Nachbarschaft mehr gibt, in der sich die Menschen umeinander kümmern und einander helfen. Wenn sich in Ihrem Wohnviertel eine Gruppe bilden würde, die sich für die Angelegenheiten der unmittelbaren Nachbarschaft einsetzt, wären Sie bereit, in einer solchen Gruppe mitzuarbeiten?

ja	1
eventuell ja, (je nachdem, was gemacht wird)	2
eventuell ja, (je nachdem, wieviel Zeit das erfordert)	3
nein	4

V22.) Alles in allem, wie gut arbeitet die Polizei in Bonn Ihrer Meinung nach bei der Kriminalitätsbekämpfung? Welche Note von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend) würden Sie ihr hierfür geben?

sehr gut					ungenügend
1	2	3	4	5	6

V23.) Im folgenden sind eine Reihe von Maßnahmen aufgelistet, die in der aktuellen Diskussion genannt werden, um die Sicherheit der Bevölkerung zu verbessern. Bitte kreuzen Sie jeweils an, für wie wichtig Sie ganz persönlich die jeweilige Maßnahme halten:

	sehr wichtig						gar nicht wichtig
	1	2	3	4	5	6	7
schärfere Strafgesetze schaffen	1	2	3	4	5	6	7
mehr soziale Hilfen für Gefährdete	1	2	3	4	5	6	7
mehr Polizei auf die Straße	1	2	3	4	5	6	7
mehr Arbeitsplätze für Arbeitslose schaffen	1	2	3	4	5	6	7
bessere Aufklärung, sachliche Information	1	2	3	4	5	6	7
mehr technische Überwachung	1	2	3	4	5	6	7
besser funktionierende Nachbarschaft	1	2	3	4	5	6	7
mehr private Sicherheitskräfte	1	2	3	4	5	6	7
mehr Angebote für die Jugend	1	2	3	4	5	6	7
sachlichere Medienarbeit	1	2	3	4	5	6	7
bessere Beleuchtung, mehr Belebung	1	2	3	4	5	6	7
bessere Integration von Ausländern	1	2	3	4	5	6	7
härtere und konsequentere Strafen	1	2	3	4	5	6	7
kontrollierte Drogenabgabe	1	2	3	4	5	6	7
weniger Dramatisierung	1	2	3	4	5	6	7
bessere Resozialisierung	1	2	3	4	5	6	7
mehr Ordnungsbeamte	1	2	3	4	5	6	7
sonstiges ?	1	2	3	4	5	6	7

Im Auftrag des Rates zur Kriminalprävention der Stadt Bonn

Vorsitz: Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und Polizeipräsident Dierk-Henning Schnitzler

Zum Schluß noch ein paar statistische Angaben zum Ankreuzen:

V24.) Welches Geschlecht haben Sie ?	
Männlich	1
Weiblich	2

V25.) Wie alt sind Sie ?					
15-19 Jahre		40-44 Jahre		65-69 Jahre	
20-24 Jahre		45-49 Jahre		70-74 Jahre	
25-29 Jahre		50-54 Jahre		75-79 Jahre	
30-34 Jahre		55-59 Jahre		80-89 Jahre	
35-39 Jahre		60-64 Jahre		90 Jahre u.mehr	

V26.) Welche Staatsangehörigkeit haben Sie ?	
deutsch	1
türkisch	2
sonstige: _____	

V27.) Welchen Familienstand haben Sie ?	
ledig	1
verheiratet/ in Partnerschaft lebend	2
geschieden/getrennt lebend	3
verwitwet	4
sonstiges: _____	

V28.) Aus wievielen Personen - Sie selbst eingerechnet - besteht der Haushalt, in dem Sie leben ?	aus: _____ Person(en)
--	------------------------------

V29.) Wieviele Kinder haben Sie, die zur Zeit in Ihrem Haushalt leben ?	_____ Kind(er)
--	-----------------------

V30.) Was machen Sie derzeit beruflich ?	
bin vollzeit-beschäftigt als:	
bin teilzeit-beschäftigt als:	
gehe noch zur Schule	20
studiere noch	30
bin noch in der beruflichen Ausbildung	40
bin Hausfrau/Hausmann	50
bin arbeitslos	60
bin in Rente/Pension	70
sonstiges: _____	

VIELEN DANK FÜR IHRE MITHILFE !

Raum für eventuelle Bemerkungen:

BITTE !

WERFEN SIE DIESES FRAGEBOGEN-HEFT
NICHT WEG !

SONDERN WERFEN SIE ES
MÖGLICHST AUSGEFÜLLT,
DAS HEISST ANGEKREUZT,

IM BEILIEGENDEN
RÜCKANTWORT-BRIEFUMSCHLAG

IN DEN NÄCHSTEN BRIEFKASTEN !

DANKE !